G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Kade
Gefahr aus dem Osten?
Die Bedrohungslegende als Jahrhundertlüge

Günter Giesenfeld
Hintergründe der Entwicklung in Indochina

Knut Krusewitz und Karin Gauer
Umweltschutz durch Abrüstung

Dierk Joachim, Bernhard Keller und Volker Ullrich
Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung"?

Harald Jung
Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand

Jürgen Kuczynski
Zur Debatte über das Verhältnis von Technik und Fortschritt

Erich Süssdorf
Die Carter-Administration und die Panama-Frage

3'79

März 1979 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1979

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 257

KOMMENTARE UND BERICHTE

Mehr westliche Initiativen für die Abrüstung ..... *Gerhard Kade* 260

Berufsverbote – neue Grundsätze, aber grundsätzlich nichts Neues ..... *Ingrid Kurz* 263

Punktierte Grenzen ..... *Ryszard Wojna* 269

GLOSSE

Werter Herr Kamerad! ..... *Bernt Engelmann* 270

HAUPTAUFSÄTZE

Gefahr aus dem Osten? Die Bedrohungslegende als Jahrhundertlüge ..... *Gehard Kade* 271

Hintergründe der Entwicklung in Indochina ..... *Günter Giesenfeld* 287

Umweltschutz durch Abrüstung. Zusammenhänge von militärischer und ziviler Umweltzerstörung ..... *Knut Krusewitz und Karin Gauer* 300

Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung"? Zur Auseinandersetzung um Neofaschismus, „Kristallnacht" und Holocaust ..... *Dierk Joachim, Bernhard Keller und Volker Ullrich* 314

Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand ..... *Harald Jung* 332

Zur Debatte über das Verhältnis von Technik und Fortschritt ..... *Jürgen Kuczynski* 346

Die Carter-Administration und die Panama-Frage. Entkoloniasierung auf Raten – Kontinuität der strukturellen Abhängigkeit ..... *Erich Süssdorf* 353

MEDIENKRITIK

Die braven Soldaten des Imperialismus ..... *Lothar Müller* 361

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 362

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zum Aggressionskrieg der chinesischen Machthaber gegen Vietnam vom 17. Februar 1979 (Wortlaut) 365

Stellungnahme des Herausgeberkreises der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" zum Einmarsch chinesischer Truppen in Vietnam vom 18. Februar 1979 (Wortlaut) 367

Gemeinsames amerikanisch-chinesisches Pressekommuniqué vom 1. Februar 1978 (Wortlaut) 367

Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USA an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (Wortlaut) 368

Appell der Außerordentlichen Tagung des Weltfriedensrates vom 2. bis 5. Februar 1979 in Berlin (DDR) – „Schluß mit dem Wettrüsten" (Wortlaut) 378

Aufruf zur Internationalen Kundgebung für ein Europa ohne Faschismus am 21. April 1979 in Strasbourg (Wortlaut) 379

„Den Frieden sichern – das Wettrüsten beenden." Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit zum Antikriegstag 1979 (Wortlaut) 380

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang · Heft 3/1979

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Februar 1979

1. 2. – Iran. Der religiöse Führer der islamischen Opposition, Ayatollah Ruhollah Khomeini, kehrt nach 15 Jahren Exil in den Iran zurück. Auf dem Flughafen bezeichnet Khomeini die „Pahlewi-Dynastie" als „von Anfang an illegal" und die „verfassunggebende Versammlung" als „durch die Gewalt der Bajonette geschaffen". Khomeini fügt hinzu: „Von jetzt an bin ich es, der die Regierung ernennt." – Am 5. 2. beauftragt Khomeini den Politiker Mehdi Bazargan mit der Bildung einer „Übergangsregierung". – Am 6. 2. kündigt das Außenministerium des noch amtierenden Kabinetts Bahktiar (vgl. „Blätter", 2/1979, S. 129f.) den Austritt des Landes aus dem militärischen CENTO-Pakt an, dem neben dem Iran noch Großbritannien, Pakistan, die Türkei und (als assoziiertes Mitglied) die USA angehören. In Teheran findet am gleichen Tag eine Massendemonstration zur Unterstützung der von Khomeini eingesetzten „Übergangsregierung" und für eine „Islamische Republik" statt. – Am 7. 2. stimmt der Senat einem Gesetz des Unterhauses über die Auflösung der Geheimpolizei „Savak" zu. – Am 11. 2. löst sich das Parlament auf, um die Regierungsgebäude kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Später wird mitgeteilt, Ministerpräsident Schahpur

Bahktiar sei zurückgetreten. – Am 15. 2. verurteilt ein „islamisches Sondergericht" vier hohe Militärs, unter ihnen den ehemaligen Chef der „Savak", zum Tode. Die Urteile werden sogleich vollstreckt. – Am 18. 2., während sich der PLO-Vorsitzende Arafat in Teheran aufhält, verfügt die Regierung Bazargan den Abbruch aller Beziehungen mit Israel. Arafat eröffnet am 19. 2. eine PLO-Vertretung in der iranischen Hauptstadt.

– USA / China. Zum Abschluß des offiziellen Teils des Besuches von Vizepremier Deng Xiaoping in Washington (vgl. „Blätter", 2/1979, S. 131) wird ein „Gemeinsames Pressekommuniqué" veröffentlicht (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Carter nimmt eine Einladung zum Besuch der Volksrepublik China an. Deng, der sich noch bis zum 4. 2. in den USA aufhält, trifft am 3. 2. in Washington mit dem ehemaligen kambodschanischen Präsidenten Sihanouk zusammen. – Am 9. 2. gibt Präsident Carter vor Journalisten folgende Erklärung ab: „Nichts verbietet einem künftigen Präsidenten oder künftigen Kongreß, wenn wir das Gefühl haben, daß Taiwan unnötig gefährdet ist, die amerikanische Pazifikflotte zwischen die Inseln und das Festland zu entsenden, und es gibt bestimmt nichts, was einen künftigen Präsidenten oder Kongreß hindern könnte, einen Krieg zu führen, wenn sie das Volk von Taiwan beschützen wollen."

2. 2. – UdSSR / Rumänien. Der rumänische Außenminister Stefan Andrei beendet einen mehrtägigen Arbeitsbesuch in der Sowjetunion. In einem Kommuniqué über die Gespräche mit Außenminister Gromyko befürworten beide Seiten „den möglichst baldigen Abschluß eines Abkommens bei den Wiener Verhandlungen über den Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa". Beratungen „über Fragen von gegenseitigem Interesse" sollten „auch in Zukunft auf verschiedenen Ebenen" abgehalten werden.

3. 2. – Italien. Der am 31. 1. zurückgetretene Ministerpräsident Andreotti (Christdemokrat) wird von Präsident Pertini erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Andreotti gibt den Auftrag am 21. 2. zurück, nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, die „Fünfermehrheit" im Parlament (Christdemokraten, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikaner) zur Unterstützung seines Minderheitskabinetts wieder zu gewinnen. – Am 22. 2. unternimmt Ugo La Malfa, Vorsitzender der Republikanischen Partei den Versuch zur Neubildung der Regierung.

– Bündnisfreie Staaten. In einem Abschlußkommuniqué der Außenministerkonferenz bündnisfreier Staaten (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 2/1979, S. 131) wird Kritik an der Politik der Bundesrepublik, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas in der Namibia-Frage geübt. Diese fünf Staaten, so heißt es, hätten stillschweigend die Pläne der südafrikanischen Verwaltungsamacht Namibias gebilligt, die der dortigen Bevölkerung die Unabhängigkeit versage.

5. 2. – Abrüstung. Die Bundesrepublik hinterlegt bei der Regierung der USA die Beitrittsurkunde zum Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959. Der Vertrag regelt die friedliche Nutzung der Antarktis und untersagt alle militärischen Aktivitäten in dieser Region, die zur kernwaffenfreien Zone erklärt wird.

– EG. In Brüssel werden die Beitrittsverhandlungen zwischen Spanien und den Europäischen Gemeinschaften offiziell eröffnet. Am 21. 2. trifft der britische Vorsitzende der EG-Kommission, Roy Jenkins, zu einem neuntägigen Besuch der Volksrepublik China in Peking ein. Jenkins wird am 24. 2. vom Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Hua Guofeng empfangen.

6. 2. – Belgien / Zaire. Das Außenministerium in Brüssel bestätigt die Entsendung von Fallschirmjägereinheiten nach Zaire, die dort auf der Militärbasis Kitona stationiert werden sollten. Die Aktion erfolge im Rahmen eines Vertrages über militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

7. 2. – Algerien. Zum Präsidenten wird Chadli Ben Djedid, bisher Kommandeur der 2. Militärregion Oran, mit 98,7% der Stimmen gewählt. Ben Djedid ist auch neuer Generalsekretär der Regierungspartei FLN (vgl. „Blätter", 1/1979, S. 3).

– USA / Thailand. Gegenüber dem thailändischen Premierminister Kriangsak sagt Präsident Carter in Washington verstärkte Militärhilfe zu. Thailand solle im laufenden Jahr einen Betrag von 30 Mill. Dollar sowie zusätzlich Munition im Wert von 11,3 Mill. Dollar erhalten.

9.2. – Naher Osten. Der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown reist in den Nahen Osten, um Saudiarabien, Jordanien, Ägypten und Israel zu besuchen. In Presseberichten wird die Mission von Brown in Zusammenhang mit der Lage im Iran gebracht. – Am 21.2. werden in Camp David (USA) die Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten fortgesetzt. Teilnehmer sind der ägyptische Ministerpräsident Khalil, der auch das Amt des Außenministers wahrnimmt, der israelische Außenminister Dayan sowie US-Außenminister Vance. Die vertraulichen Verhandlungen werden am 25.2. unterbrochen. – Am 26.2. lädt Präsident Carter die Ministerpräsidenten Khalil und Begin zu einer „Gipfelkonferenz" nach Washington ein. Das Kabinett in Jerusalem lehnt die Einladung am 27.2. mit 14 gegen 2 Stimmen ab. Begin erklärt, er sei nur bereit, mit Carter zu zweiseitigen Gesprächen zusammenzutreffen.

13.2. – KSZE. Auf der Mittelmeerinsel Malta beginnt ein Expertentreffen der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Thema der Konferenz ist die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern.

15.2. – DDR. Eine Partei- und Staatsdelegation unter Leitung von SED-Generalsekretär Honecker tritt eine Reise durch mehrere Staaten Afrikas an. Die Delegation, der auch Ministerpräsident Stoph und Außenminister Fischer angehören, besucht Libyen, Angola, Sambia und Mosambik. In Angola führt Honecker u.a. ein Gespräch mit dem SWAPO-Vorsitzenden Sam Nuyoma. Honecker und Präsident Samora Machel unterzeichnen am 24.2. in Maputo einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Volksrepublik Mosambik".

16.2. – UNO. Ein Sonderausschuß der Vereinten Nationen, dem 35 Staaten angehören, einigt sich in Genf auf den Text eines Entwurfs für eine internationale Konvention gegen Geiselnahme (International Convention Against the Taking of Hostages). Der Entwurf, der noch von der UN-Generalversammlung gebilligt werden muß, geht auf ein Arbeitsdokument der Bundesrepublik aus dem Jahre 1976 zurück.

– Dänemark. Das Parlament verabschiedet ein Gesetz über die innere Autonomie für Grönland, die zum 1. Mai 1979 in Kraft treten soll. Vorausgegangen war am 17. Januar d.J. eine Volksabstimmung auf Grönland.

17.2. – China/Vietnam. Truppen der Volksrepublik China überschreiten auf breiter Front die Grenze nach Vietnam. Während die chinesische Führung den Angriff mit Hinweis auf frühere Grenzzwischenfälle als eine „Strafaktion" rechtfertigt, spricht die vietnamesische Regierung von einer „großangelegten Aggressionshandlung". China beschreite den „alten Weg der chinesischen Feudalherren, Imperialisten und Kolonisatoren" (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). – Am 18.2. heißt es in einer in Moskau verbreiteten Regierungserklärung, die Sowjetunion sei entschlossen, ihre Verpflichtungen aus dem vietnamesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag (Text in „Blätter", 2/1979, S. 254) einzuhalten. – Am 23.2. tritt auf Antrag der USA der UN-Sicherheitsrat in New York zusammen. Der offizielle Tagesordnungspunkt lautet: „Die Lage in Südostasien und ihre Auswirkungen für Frieden und Sicherheit." Im Verlauf der mehrtägigen und mehrfach vertagten Debatte werden von verschiedenen Seiten Resolutionsentwürfe vorgelegt, die jedoch wegen des Vetorechts der Großmächte nicht zur Abstimmung gestellt werden.

21.2. – St. Lucia. Die Karibikinsel, seit 1802 Teil des britischen Kolonialreiches, proklamiert sich als unabhängiger Staat. Ministerpräsident ist John Compton.

24.2. – Jemen. Aus dem Grenzgebiet zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) werden anhaltende Kämpfe gemeldet. Die Arabische Republik Jemen fordert die Einberufung einer Sondersitzung der Arabischen Liga.

25.2. – Türkei. Beide Häuser des Parlaments billigen mit Mehrheit die Verlängerung des in 13 der 67 Provinzen geltenden Kriegsrechts (vgl. „Blätter", 2/1979, S. 130).

28.2. – NATO. Der Ausschuß für Verteidigungsplanung stimmt der von Präsident Carter vorgeschlagenen Ernennung des amerikanischen Generals Bernard W. Rogers zum NATO-Oberbefehlshaber zu. Rogers übernimmt das Amt am 1. Juli d.J. von General Haig, der um seine vorzeitige Entlassung gebeten hatte (vgl. „Blätter", 2/1979, S. 130).

Gefahr aus dem Osten?

Die Bedrohungslegende als Jahrhundertlüge*)

Von Gerhard Kade

In den strategischen Debatten der letzten Monate ist mit einer Selbstverständlichkeit, die an die Hochzeiten des Kalten Krieges erinnert, von einer Bedrohung der Bundesrepublik oder des Westens generell durch eine angebliche Übermacht des Ostens die Rede. Die Legende von der „Gefahr aus dem Osten" hat sich inzwischen zur Jahrhundertlüge entwickelt. Sie spielt trotz oder gerade wegen der Fortschritte im politischen Entspannungsprozeß unvermindert ihre Rolle in den Auseinandersetzungen um Rüstungskontrolle und um konkrete Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung, zu der sich die Staats- und Regierungschefs mit ihrer Unterschrift unter die Schlußakte von Helsinki feierlich bekannt haben.

Trotz vielfältiger Bemühungen gerade auch von seiten einiger Militärexperten, die Legende von der sowjetischen Bedrohung zu entkräften und als das hinzustellen, was sie wirklich ist – ein Mittel der Desinformation und damit ein Instrument der psychologischen Kriegsführung –, wird diese Behauptung hartnäckig wiederholt und von vielen Menschen geglaubt. Mit schöner Regelmäßigkeit wird sie bei den Beratungen oder Abstimmungen über den Verteidigungsetat in unseren Parlamenten aufgetischt; über fünf Jahre schon schwebt sie beharrlich über den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Europa; immer wieder einmal wurde die sowjetische Bedrohung während der SALT-II-Verhandlungen beschworen, um konkrete Fortschritte zu verhindern [1]). Schließlich hat die Debatte über die Produktion der Neutronenwaffe und ihre Stationierung in Europa gezeigt, daß die Bedrohungslegende gerade dann ihre Rolle zu spielen hat, wenn die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines neuen Systems von Massenvernichtungswaffen überzeugt werden soll. Daß neben Politikern und Militärstrategen vor allem die Rüstungskonzerne daran interessiert sind [2]), daß der

*) Für die „Blätter" bearbeiteter Vorabdruck aus einem Buch des Autors, das voraussichtlich im April 1979 unter dem Titel „Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der ‚Gefahr aus dem Osten'" im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen wird. D. Red.

1) Daß das Bedrohungsgerede begleitet werden kann von der „Politik der Stärke" beweist eine AP-Meldung vom 15. November 1978: „Die Vereinigten Staaten versuchen zur Zeit offenbar, durch gezielte Indiskretionen und Hinweise auf ihre überlegene Technologie die Sowjetunion bei den Verhandlungen über SALT II zum Einlenken zu bewegen. Wie in der Nacht zum Mittwoch in Washington aus Regierungskreisen verlautete, will Carter dem Kongreß Anfang des kommenden Jahres eine Gesetzesvorlage zuleiten, durch die die Mittel für die Entwicklung eines mobilen Raketensystems bereitgestellt werden sollen. Am Dienstag hatte der Leiter der Forschungsabteilung im Pentagon, Perry, vor Journalisten erklärt, das gegenwärtige sowjetische Luftabwehrsystem wäre gegen einen Angriff von rund 3000 von Trägerwaffen auf den Weg gebrachten Marschflugkörpern (cruise missiles) ‚völlig unwirksam'. Schon am Montag hatten Offiziere der US-Luftwaffe in Washington mitgeteilt, die Vereinigten Staaten verfügten über ein neues System, durch das Raketen aus ihren Silos abgefeuert werden könnten, ohne daß dies durch Satelliten feststellbar sei."

2) Vgl. hierzu „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 30. 3. 1978: „Die amerikanische Rüstungsindustrie ist fest entschlossen, die SALT-Verhandlungen zu Fall zu bringen; denn sie befürchtet einen Geschäftsrückgang. Der US-Chefdelegierte bei SALT, Paul Warnke, erklärte vor einiger Zeit auf eine Frage der FR: ‚Wie die Dinge jetzt stehen, hätte ein SALT-Abkommen substantielle Beschneidungen der amerikanischen Waffenprojekte zur Folge.'"

Bedrohungslüge von Zeit zu Zeit neues Leben eingehaucht wird, ist vielleicht noch am ehesten verständlich, ist doch die Geschichte des Kapitalismus reich an Beispielen dafür, daß das Profitinteresse mit derartigen und noch abenteuerlicheren Abweichungen von der Wahrheit durchgesetzt wurde. Wer sich daran gewöhnt hat, die mit schöner Regelmäßigkeit wiederkehrende Behauptung von der „Gefahr aus dem Osten" als Begleitmusik des Rüstungswettlaufs der letzten drei Jahrzehnte hinzunehmen, wird darin nicht mehr sehen als eine plumpe Rechtfertigung für ständig neue Runden des Wettrüstens. Für ihn drückt sich die Bedrohungsthese ausschließlich in der von Zeit zu Zeit berufenen – tatsächlichen oder fiktiven – Überlegenheit in diesem oder jenem Waffensystem oder in Truppenstärken aus.

Aber steckt nicht mehr dahinter? Welche Rolle spielt die Bedrohungslegende wirklich? Wie kommt es, daß sie sich trotz sachkundiger Widerlegungen so beharrlich behaupten kann, sozusagen auf Abruf bereitsteht für diejenigen, die ihre dunklen Geschäfte mit ihr betreiben? Vielleicht muß zu ihrer Verbannung in das Fabelreich eben doch mehr geschehen als das Klarstellen der Zahlen von Raketen, Panzern oder Truppenstärken, um dort Aufklärung zu erzeugen, wo das undurchsichtige Geschäft mit der Angst der Menschen betrieben wird. Vielleicht müssen Ursprung und Wirkungsgeschichte der Bedrohungslüge offengelegt, ihre jeweiligen Funktionen analysiert werden, um endlich deutlich zu machen, welche Gefahren von einer künstlich erzeugten Angstpsychose ausgehen können, die letztlich nur dem einen Zweck zu dienen hat: das Wettrüsten fortzusetzen.

Fragen wir also zunächst nach dem Ursprung der Behauptung von der „Gefahr aus dem Osten"; denn erst wenn nachgewiesen ist, daß hier mehr im Spiel ist als nur ein vordergründiges Rechtfertigungsargument, das den Rüstungswettlauf seit der Zeit eines annähernden Gleichgewichts begleitet, läßt sich die wirkliche Gefahr dieser Variante der psychologischen Kriegsführung – und auch darum handelt es sich – abschätzen.

Wer sich eingehender mit der Nachkriegsgeschichte, vor allem mit der Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen, befaßt hat, ist sehr schnell bereit, den Beginn der psychologischen Kriegsführung in die Zeit des Kalten Krieges zu verlegen und nach den Anfängen der Bedrohungslegende dort zu suchen, wo sich ein bestimmtes Muster des Wettrüstens abzeichnete. Sicher sind viele heute noch gängige Formen der psychologischen Kriegsführung – „Gerüchte, Propagandalügen, Hetze, Einschüchterung, Verleumdung, Rufmord, Manipulation, Diversion, Korruption, Spionage, Sabotage"[3]) – nach dem Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition im Rahmen einer Gesamtstrategie des Kalten Krieges spezifisch geprägt worden. Sicher ist auch, daß die Bedrohungslüge in ihrer heute gebräuchlichen Form entstand, als das militärische Übergewicht der NATO-Staaten abgebaut und die Gesamtstra-

3) Vgl. die sehr instruktive Übersicht über Methoden und Probleme der psychologischen Kriegsführung von G. Wirth, Krieg vor dem Kriege. Streiflichter auf Inhalt und Methoden der psychologischen Kriegsführung des Imperialismus, Berlin (DDR) 1978, hier S. 5. – Daneben auch: G. Zazworka, Psychologische Kriegsführung, Berlin (DDR) 1962. – Autorenkollektiv, Kreuzzug gegen die Koexistenz – Psychologische Kriegsführung heute, Berlin (DDR) 1975.

tegie der NATO vom „containment" zur „Abschreckung" übergewechselt war. Doch die Sache selbst hat längere Tradition. Sie ist historisch unmittelbar verbunden mit der Entstehung des ersten sozialistischen Staates.

Der amerikanische Publizist und Politikwissenschaftler Matthias schreibt in seinem Buch „Die Kehrseite der USA":

„. . . die paradoxe Situation eines Krieges, der nicht mit Pulver geführt wird, hatte es bereits seit langem gegeben. Die Vereinigten Staaten hatten den Kalten Krieg gegen Rußland schon kurz nach der Oktober-Revolution begonnen. Dieser Krieg hatte sogar mit einem blutigen Feldzug begonnen: englische, französische, italienische, griechische, rumänische, serbische, japanische und amerikanische Truppen hatten eine Invasion in russisches Territorium vorgenommen, dem Beispiel der Engländer folgend, die bereits am 9. März 1918 in Murmansk (einer kleinen nördlichen russischen Hafenstadt) gelandet waren. Mit der Niederlage der alliierten Kräfte, 1921, verwandelte sich dieser Krieg dann in einen ‚kalten', der in den ersten zwei, drei Jahren von sämtlichen Alliierten geführt wurde, schließlich aber nur noch von den Vereinigten Staaten. Erst in den dreißiger Jahren wurde diese antirussische Kampagne durch die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion gedämpft. Abgesehen von einigen lateinamerikanischen Republiken, wie Brasilien und Kolumbien, waren die Vereinigten Staaten das letzte Land, das die Sowjetunion anerkannte. Man darf also mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß der Kalte Krieg 1918 bzw. 1921 begonnen hat . . ."[4])

Daß die Alliierten im historischen Kontext der Interventionskriege eine bestimmte Variante der Bedrohungsthese, der Behauptung von der „Gefahr aus dem Osten" entwickelten, die sich im Laufe der weiteren Entwicklung – Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs, Nachkriegszeit (Kalter Krieg) bis in die Jahre der Entspannungspolitik – als besonders wirksam erwies, kommt kaum deutlicher zum Ausdruck als in dem Text eines Telegrammes, das der Gesandte seiner britischen Majestät in Moskau am 6. September 1918 an die britische Regierung sandte und das auf Befehl des Königs dem Parlament unterbreitet wurde: „. . . Die ganze Sowjetregierung auf das Niveau einer Verbrecherorganisation herabgesunken. Bolschewiken haben eine Karriere verbrecherischen Wahnsinns begonnen. Wenn nicht unverzüglich dem Bolschewismus in Rußland ein Ende bereitet wird, ist die Zivilisation der ganzen Welt bedroht. Wenn der Bolschewismus nicht ausgetilgt wird, wird er sich in der einen oder anderen Form über Europa verbreiten, da er von Juden organisiert und geleitet wird, die an keine Nation gebunden sind."[5]) Die nationalsozialistische Kriegspropaganda konnte dann auch unmittelbar hieran anknüpfen und behaupten: „Die Ziele dieser Macht sind seither unverändert geblieben . . . Dieses Ziel lautet: Errichtung einer staats- und nationslosen Weltrepublik, Durchführung der Weltrevolution in allen Staaten der Erde durch Umwandlung des erstrebten und heraufbeschworenen Weltkrieges in einen

4) Vgl. L. L. Matthias, Die Kehrseite der USA, Reinbek 1964, S. 85.
5) Zitiert bei E. H. Bockhoff, Antibolschewistischer Völkerkampf, in: „Die Aktion", 4. Jg. (1942), November-Heft, S. 45f.

allgemeinen Weltbürgerkrieg, die Errichtung einer jüdischen Weltdiktatur und die Abschaffung des Staates als Staat sowie des Rechtes als regulatives Prinzip der völkischen und zwischenvölkischen Gemeinschaft."[6])

Man rufe sich die Situation der Interventionskriege ins Gedächtnis: „. . . Die Russen siegten, obgleich sie 1918 nur eine geschlagene Armee besaßen. Sie verfügten sogar noch nicht einmal über eine Armee, sondern nur desorganisierte Truppenverbände. Ein Generalhauptquartier gab es nicht. Sämtliche Verbände mußten unabhängig voneinander operieren, weil die Verbindungen zu den verschiedenen Kriegsschauplätzen, die Tausende von Kilometern auseinander lagen (in Polen und Ostsibirien, in Nordsibirien und im Kaukasus), unterbrochen waren. Diesen desorganisierten russischen Truppen gegenüber verfügten die Alliierten (nach Angaben des damaligen französischen Außenministers Stephan Pichon) über 140000 Franzosen, 140000 Engländer, 40 000 Italiener, 120 000 Griechen, 140 000 Serben, 190 000 Rumänen, 70 000 bis 80 000 Japaner und 8000 Amerikaner. Zu diesen 900 000 Mann kamen dann noch etwa 150 000 weißrussische Truppen und mongolische Regimenter hinzu, die unter dem Kommando des Admirals Koltschak in Ostsibirien und in der Äußeren Mongolei standen (Koltschaks Hauptquartier war damals Urga, das heutige Ulan Bator). Die kurz zuvor durch Deutschland geschlagenen Russen hatten also gegen mehr als eine Million Mann zu kämpfen, und das auf vier Fronten. Seit den Tagen Napoleons hatte das Land keinen vergleichbaren Sieg errungen. Die Russen kämpften unter sehr verschiedenen Fahnen: als Kommunisten, als Sozialreformer, als Revanchisten, aber stets als Patrioten. Sie wollten verhindern, daß ihr Land zerstückelt wird. Auf Befehl Trotzkis war ein Geheimvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien veröffentlicht worden, in dem sich beide Mächte im Falle eines Sieges über die Aufteilung Rußlands in Einflußzonen verständigen. Der Vertrag war am 23. Dezember 1917 unterzeichnet worden, also kurz nach der russischen Oktober-Revolution, und enthielt die Bestimmungen, daß Großbritannien eine Einflußzone im Norden, im Baltikum, erhalten sollte und eine zweite im Süden, die die Ölquellen von Baku umfaßte; Frankreich hingegen sollte das an Kohle, Eisen und anderen Mineralien sehr reiche Donezbecken erhalten und die Krim (mit dem Kriegshafen Sewastopol) . . ."[7])

Solange – auch allein schon angesichts dieser ungünstigen strategischen Situation – eine *militärische* „Bedrohung" durch Sowjetrußland auch mit den krudesten Mitteln der Propaganda nicht glaubhaft gemacht werden konnte, mußte eine allgemeine Bedrohungsthese herhalten – die These vom „Export der Weltrevolution", psychologisch oft wirksamer, weil verschwommener als das wenigstens zum Teil nachprüfbare Argument von der militärischen Bedrohung[8]). Daß aber die künstlich erzeugte Bedrohungspsychose auch zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung genutzt werden kann, hat Hitler mit seiner

6) Ebd., S. 46.
7) L. L. Matthias, a.a.O., S. 85f.
8) Vgl. ebd., S. 86ff. – Matthias schildert sehr anschaulich, auf welche Weise Hysterie erzeugt wurde, wie die öffentliche Meinung über die Sowjetunion manipuliert wurde und wie die Meinungsmache zwischen der Bedrohungsthese und einer lächerlichen Fehleinschätzung der Existenzfähigkeit Sowjetrußlands hin- und herschwankte.

berüchtigten Rede vom 10. November 1938 bewiesen, deren allgemeine Anweisungen bei Bedarf umgemünzt werden konnten in die praktische Aktion: Der inszenierte Überfall auf den Sender Gleiwitz am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zeigte dann, wie der konstruierte Bedrohungsfall benutzt werden kann, über Alibi-Funktion hinaus Bereitschaft zu einem Angriffskrieg zu erzeugen.

Es war nicht viel Zeit nach der bedingungslosen Kapitulation verstrichen, als nach dem Zweiten Weltkrieg die Bedrohungspropaganda wieder aufgenommen wurde. Die historisch zweite Phase des Kalten Krieges begann schon 1946 und brachte ein ganzes Arsenal der psychologischen Kriegsführung hervor, ja, eine Gesamtstrategie des Kalten Krieges: „. . . Es war Churchill gewesen, der durch unermüdliche diplomatische Arbeit die Allianz gegen Rußland zustande gebracht hatte und als der eigentliche Promotor der Invasion bezeichnet werden darf. Das war 1921 gewesen. Fast auf den Tag fünfundzwanzig Jahre später, 1946, nahm Churchill den Kampf gegen die Russen wieder auf. Es geschah das in einer berühmten Rede, die er in Fulton, Missouri, hielt und in der er eine nordatlantische Gemeinschaft, wie sie zur Zeit des Krieges bestanden hatte, auch für die Zukunft forderte. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, war anwesend und applaudierte . . ."[9])

Man kann hier nicht alle Einzelheiten der psychologischen Kriegsführung ausbreiten. Zu unterstreichen bleibt jedoch als Kernthese, daß eine „Strategie des Kalten Krieges" auf „The Coming Defeat of Communism" („Die bevorstehende Niederlage des Kommunismus") zielt – das eine der deutsche, das andere der englische Originaltitel des berühmten Buches von James Burnham aus dem Jahre 1950[10]). Daß psychologische Kriegsführung stets der „Krieg vor dem Kriege", also auch konkrete Kriegsvorbereitung zu sein hatte, ist immer wieder betont worden. William S. Schlamm z. B. er- und bekannte das in seinem Buch „Die Grenzen des Wunders. Ein Bericht über Deutschland": „Denn die ungeheuerliche Essenz des Konflikts zwischen dem Kommunismus und dem Westen – so ungeheuerlich, daß niemand diese Tatsache zu erwähnen wagt – ist es, daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert . . . Der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen."[11]) Fast nahtlos schließen sich dann auch die Versuche, eine Kreuzzugs-Mentalität in der Bundesrepublik zu erzeugen, an diejenigen Formen der antisowjetischen Propaganda an, die man unmittelbar nach der Oktoberrevolution und während der Zeit des Faschismus entwickelt hatte: Die „Gefahr aus dem Osten" als „Bedrohung des Abendlandes" ... So formulierte der damalige Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, am 31. Mai 1952: „Immer wieder ist die östliche Flut bis in die Herzkammern Europas hineingebrandet: Ich erinnere an die Awaren und Hunnen, an die Horden Dschingis Khans und an das Vordringen der Türken. Immer wieder pochten sie an die Tore Mitteleu-

9) L. L. Matthias, a.a.O., S. 86.
10) Vgl. J. Burnham, Die Strategie des Kalten Krieges, Stuttgart 1950.
11) W. S. Schlamm, Die Grenzen des Wunders. Ein Bericht über Deutschland, Zürich 1959, S. 185.

ropas, aber jedesmal noch gelang es unter dem Einsatz aller Kräfte, ihrem Ansturm Herr zu werden. Heute steht wieder eine asiatische Großmacht an Elbe und Werra, an der Saale, am Rand des Böhmerwaldes, im Herzen von Wien. Mehr als je zuvor bedarf es deshalb der Zusammenfassung aller europäischen Kräfte, um zu bewahren, was christlicher Humanismus in Jahrhunderten aufbaute." [12])

So wie Thedieck und andere an die These von der globalen Bedrohung der westlichen Zivilisation anknüpfen, so entwickelt James Burnham seine Gesamtstrategie des Kalten Krieges auf der Grundlage der Behauptung: „. . . offen verkündetes und niemals verändertes Ziel ist die Weltherrschaft der Kommunisten" [13]), und führte dazu aus: „Wie eine richtige und zulängliche Politik beschaffen sein muß, liegt deutlich genug zutage. Zuerst kommt die richtige Beurteilung der Lage, des Feindes, seiner Stärken und Schwächen und seiner Zielsetzung. Wir kennen den Feind: die kommunistische Weltbewegung, die sich auf die Sowjetunion stützt. Wir kennen sein Ziel: die einförmige Weltherrschaft. Analysieren wir das vorliegende Material, so finden wir folgende Lage: einen kontinuierlichen Krieg eines neuen Typs, einen politischen, untergründigen, ideologischen Widerstandskrieg, der in beschränktem Umfang auch ein bewaffneter Konflikt ist und sich zu einem unbeschränkten Schießkrieg entwickeln kann. Wenn das die Lage ist, so brauchen wir als nächstes eigentlich einen Kriegsplan, aber keinen Plan der herkömmlichen Art (wiewohl auch dieser dazu gehört), sondern einen Plan für diesen neuen Kriegstyp. Wenn ein Krieg im Gange ist, an dem wir, ob wir wollen oder nicht, beteiligt sind, dann müssen wir, sofern wir nicht zu kapitulieren bereit sind, versuchen, ihn durchzufechten und siegreich zu beenden. Der erste Schritt dieser Kriegführung besteht darin, daß wir den Krieg erkennen. Als nächstes muß die Bestimmung unseres eigenen Zieles folgen. Diese Bestimmung muß, wenn sie als brauchbare Richtschnur dienen soll, knapp und genau sein. Sie wird diktiert von der Lage, der Art des Feindes und dessen Zielsetzung und kann nur heißen: die Vernichtung des auf die Sowjetunion gestützten Kommunismus . . ." [14])

Warum man sich mit dem „psychologisch-untergründigen" Krieg (vorläufig) begnügen solle, begründet Burnham sehr ausführlich: „Ehe wir jedoch einen Plan für einen politisch-untergründigen Angriffskrieg in seinen Einzelheiten betrachten, dürfte es nützlich sein, eine Frage ans Tageslicht zu ziehen, die gewöhnlich nur hinter den Kulissen lauert. Warum sollten die Vereinigten Staaten nicht sofort einen totalen Angriffskrieg beginnen und damit die Angelegenheit erledigen? Wenn das Sowjetreich schwach ist, aber viele seiner

12) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 6. 6. 1952, S. 699.
13) J. Burnham, a.a.O., S. 105. – Beispiele für die globale Bedrohungsthese lassen sich Anfang der 50er Jahre in großer Menge nachweisen. Während des damals berühmten „Kongresses für die Freiheit der Kultur" spielte die Bedrohungslegende eine zentrale Rolle. Hier nur ein treffendes Beispiel aus einem Beitrag von Raymond Aron zu diesem Kongreß: „Wir wiederholen nur, daß Stalin nicht den Frieden im Sinn hat, sondern den Krieg betreibt. Einerlei, ob es um Europa oder um Asien geht, ob er Hitler oder Ulbricht die Hand drückt – sein Streben gilt nicht dem friedlichen Ausgleich, sondern der Eroberung . . . Das letzte Ziel des Kreml's besteht darin, den Westen unter seine Gewalt zu bringen und folglich die westliche Zivilisation zu zerstören." R. Aron, Zwischen begrenztem und totalem Krieg, in: „Der Monat", 2. Jg. (1950), S. 462.
14) Ebd., S. 182 f.

Schwächen sehr wohl überwinden kann; wenn es heute keine Atomwaffen in nennenswerter Menge besitzt, sie in einigen Jahren aber haben wird; wenn das Problem der kommunistischen Weltherrschaft eines Tages doch gelöst werden muß – worauf warten wir dann? Warum sollen wir dann nicht das beginnen, was gewöhnlich (wie wir aber sahen: zu Unrecht) Präventivkrieg genannt wird? – Diese Frage ist zu ernst, als daß man sie, wie das jetzt geschieht, den Privatgesprächen hinter verschlossener Tür überlassen könnte. Die Antwort ist weder selbstverständlich noch einfach. – In den Vereinigten Staaten ist der Gedanke, den ersten bewaffneten Schlag auszuteilen, den meisten Menschen aus ethischen Gründen zuwider. . . .

Die breitere, nichtpazifistische Öffentlichkeit scheint zu glauben, daß ein ‚Defensivkrieg' einem ‚Offensivkrieg' moralisch überlegen sei. Hier gründet sich die Unterscheidung aber nicht auf objektive Tatsachen, sondern nur auf subjektive Empfindungen. Vom militärischen Standpunkt aus ist im modernen Krieg jede erfolgreiche Strategie offensiv, denn eine defensive Strategie bildet immer nur den Übergang zur Offensive. Betrachtet man die Dinge in ihrer geschichtlichen Kausalität, so sieht jedermann ein, daß ein moderner Krieg nicht mit dem ersten Schuß beginnt, sondern seinen Ursprung in einer ganzen Kette von Ereignissen hat, aus denen sich Konflikte zwischen zwei Nationen oder Gruppen von Nationen entwickeln. Daher könnte die Feststellung, wer den ersten Schuß gefeuert hat, unmöglich die tiefere Frage beantworten, wer im historischen Sinne der ‚Angreifer' gewesen ist. – In Wirklichkeit sind in einem modernen Krieg beide Parteien zugleich ‚Verteidiger' und ‚Angreifer'. Jeder verteidigt, was er für seine Interessen hält, und greift mit Notwendigkeit das an, was die andere Seite für ihre Interessen hält. Sonst würden sie nicht kämpfen. Daher kommt es, daß die allermeisten Leute auf beiden Seiten – gleichgültig, was auf militärischem Gebiet geschehen ist – ganz ehrlich glauben, daß sie sich gegen den Angriff der anderen Partei verteidigten. – Die Erscheinungen sind typisch für alle modernen Kriege, doch ist die gewöhnliche Unterscheidung zwischen Angriff und Verteidigung heute besonders absurd, weil der Krieg ja schon im Gange ist. Es geht nicht mehr darum, den Krieg anzufangen, sondern ihn zu gewinnen oder zu verlieren. Die Kommunisten erstreben die Weltherrschaft. Vom Standpunkt der nichtkommunistischen Nationen aus sind sie daher bereits die Angreifer. Natürlich sieht die Sache vom kommunistischen Standpunkt aus umgekehrt aus: Angreifer ist, wer sich der Erreichung ihres Zieles in den Weg stellt. – Wenn man den absoluten Pazifismus ablehnt, ist die Frage, wo und wann man schießen will, eine Frage der Zweckmäßigkeit. Hätten wir guten Grund zu glauben, daß ein plötzlicher, geballter Schlag mit Waffengewalt im Endergebnis mehr Menschenleben und andere Güter retten, weniger Zerstörung und soziale Auflösung verursachen und uns bessere Aussichten für die Errichtung eines brauchbaren Weltstaates geben würde, als wenn wir einen derartigen Schlag des Feindes abwarteten, dann wäre ein solcher Schlag – weit entfernt von moralischem Unrecht – sogar unsere moralische Pflicht. Wenn es ohnehin zum Kriege kommt, ist schwer einzusehen, daß ein Krieg moralisch besser ist, weil er schwieriger, länger, grausamer, kostspieliger und blutiger ist. Mir scheint, daß ein schnel-

ler Krieg besser ist als ein langer, ein leichter besser als ein schwerer. . . . – Im jetzigen Fall können wir außerdem nahezu gewiß sein, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie sofort zum totalen Angriff übergingen, einen militärischen Sieg erkämpfen würden. Auch das ist für die moralische Betrachtung nicht unwichtig. . . . – Soviel zur historischen und moralischen Seite. Ob man einen Schießkrieg anfangen soll, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Demnach müssen wir also entscheiden, ob solches Handeln jetzt wirklich zweckmäßig ist. Aus folgenden Gründen scheint mir das nicht der Fall zu sein. – Zunächst ist es offenkundige Pflicht, einen totalen Schießkrieg so lange zu vermeiden, als eine selbst noch so kleine begründete Aussicht dafür besteht, daß auch ohne diesen die Krise zu lösen und das erforderliche Ziel zu erreichen ist. Dieses Buch vertritt die These, daß wir eine solche Aussicht haben, sofern die Vereinigten Staaten bereit sind, zur Erlangung ihres Zieles einen politisch-untergründigen Angriffskrieg zu führen .– Zweitens können wir, selbst wenn wir damit einen totalen Schießkrieg schließlich nicht verhindern können, durch kluges und kraftvolles Handeln vorher den Sieg leichter und in materieller und sozialer Hinsicht weniger kostspielig machen. – Drittens sind sich die Menschen in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt heute über das Wesen des Kampfes gegen den Kommunismus im unklaren und sind schlecht darauf vorbereitet, diesen Kampf zu führen und die künftige Niederlage des Kommunismus in fruchtbarer und positiver Weise zu nutzen. Ein richtig geführter politischer Krieg gegen den Kommunismus ist nicht nur ein Mittel, um den Kommunismus zu schwächen und vielleicht zu besiegen, sondern dient zugleich der Erziehung der Nichtkommunisten. Die Methoden, mit denen der politische Krieg geführt wird, sind zugleich die Methoden, mit denen man die geistige Haltung der Menschen und die Institutionen vorbereitet, welche die Lücken, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Reiches zurückbleiben, ausfüllen und beim Aufbau einer brauchbaren Weltordnung dienlich sein können. Wir geben daher jetzt dem politisch-untergründigen Krieg gegen die Kommunisten vor einem sofortigen totalen Angriff den Vorzug, weil wir damit nicht nur den Sieg verbürgen, sondern auch die Gewähr erhalten, daß der Sieg sich lohnen wird. – Diese drei Gründe scheinen mir heute auszureichen, um einer Entscheidung zugunsten eines sofortigen militärischen Angriffs zu widersprechen. Aber während sie heute ausreichen, braucht das morgen unter einer veränderten Situation nicht mehr der Fall zu sein. . . ."[15])

Burnhams Schlußkapitel trägt den Titel „Die kommunistische Niederlage ist unvermeidlich". Die Rechnung des Autors und seiner Freunde ist, wie wir heute wissen, nicht aufgegangen. Die „Niederlage" ist vermeidbar gewesen, nicht zuletzt durch die Fähigkeit der sozialistischen Länder, die militärische Übermacht der NATO-Länder abzubauen und ein friedensstabilisierendes ungefähres militärisches Gleichgewicht hervorzubringen. Dieser „Normalisierungs"-Prozeß verlief häufig genug hart am Rande des heißen Krieges – die Berlin-Krise 1958 und die Kuba-Krise 1961/1962 sind wichtige, jedoch längst

15) Ebd., S. 192ff. Absätze des Originaltextes sind hier durch Gedankenstriche gekennzeichnet. D. Red.

nicht alle Erinnerungsposten. Es war ein Prozeß, der heute mit dem Begriff „Wettrüsten" nur ganz unzulänglich beschrieben ist; täuscht dieser Begriff doch gleiche Startbedingungen, gleiche ökonomische und soziale Voraussetzungen der Rüstungsentwicklung, vergleichbare Interessen und vieles mehr vor, was den eigentlichen Gang der Geschichte in den letzten Jahrzehnten keineswegs charakterisierte.

Sieht man sich heute die wichtigsten Etappen des Rüstungswettlaufs an (vgl. Anhang meines angekündigten Buches „Die Bedrohungslüge"; d. Verf.), so ist eindeutig klar, daß die USA und ihre NATO-Verbündeten den Schnellgang der Handlung bestimmten, die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Paktes darauf reagierten. Gerade deshalb aber wird dieser Prozeß begleitet von der ständig wiederkehrenden, jetzt immer stärker auf die Frage nach dem militärischen Übergewicht begrenzten Variante der Bedrohungsthese.

Eine vollständige Dokumentation dieser ständig wiederholten Behauptung von der sowjetischen Bedrohung ist heute kaum noch möglich. Eine Auswahl von Zeitungsüberschriften seit den 50er Jahren mag demonstrieren, daß es sich bei der Bedrohungslüge um einen Dauerbrenner der westlichen Massenmedien handelt: *Fast alle Städte Amerikas bedroht – Der große Aktionsbereich sowjetischer Bomber*, „Münchner Merkur" v. 28. 2. 1952 – *Zum Superblitzkrieg bereit – Amerikanische Spekulationen über Moskauer Aufrüstung*, „Die Welt" v. 31. 1. 1953 – *Die sowjetische Luftwaffe – Kriegsinstrument von beachtlicher Stärke – Kein zuverlässiger NATO-Abwehrschirm*, „Vorwärts" v. 14. 10. 1955 – *Die Drohung der Roten Flotte*, „Vorwärts" v. 5. 7. 1957 – *Jede Stadt an der amerikanischen Küste kann ausgelöscht werden (Senator Morse)*, „Nürnberger Nachrichten" v. 5. 12. 1957 – *Die globale Bedrohung der Freiheit*, „Der Tagesspiegel" v. 23. 4. 1961 – *Moskau hat einen Vorrat von 350 000 C-Waffen*, „Die Welt" v. 2. 8. 1969 – *Rote Aggression: Sowjet-Raketen in Algerien*, „Bayernkurier" v. 26. 7. 1969 – *Laird sieht Waffenvorsprung der Sowjets voraus*, „Die Welt" v. 23. 4. 1971 – *Gestörte Machtbilanz – Der militärische Druck der Sowjetunion wächst*, „Rheinischer Merkur" v. 21. 5. 1971 – *Die bedrohte nördliche Flanke*, „Die Welt" v. 20. 7. 1971 – *Sowjet-Marine überholt US-Navy*, „Süddeutsche Zeitung" v. 30. 7. 1971, *Ex-General berichtet über Offensivpläne der Sowjetunion*", „Die Welt" v. 12. 8. 1971 – *Moskaus Zangengriff in die Flanken der NATO*, „Die Welt" v. 29. 8. 1971 – *Vorstoß bis zum Rhein in drei Tagen*, „Stern" v. 29. 8. 1971 – *Sowjet-Rüstungsvorsprung vergrößert*, „Der Tagesspiegel" v. 3. 9. 1971 – *Sowjets mit Flugzeugrüstung vorn*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 20. 10. 1971 – *Deutschlands zweite Kapitulation – Und die Sowjets rüsten weiter*, „Bayernkurier" v. 26. 2. 1972 – *Die Sowjets werden immer stärker – Während der Osten aufrüstet, läßt die Verteidigungsleistung des Westens nach*, „Deutsche Zeitung – Christ und Welt" v. 28. 4. 1972 – *Kreml-Marschälle forcieren Blitzkriegs-Doktrin*, „Süddeutsche Zeitung" v. 13. 10. 1972 – *Haig: Das muß uns sehr besorgt machen*, „Der Spiegel", 34/1976 – *Ist der Westen stark genug?*, „Der Spiegel", 34/1976 – *Blitzkrieg-Strategie gegen Europa*, „Der Tagesspiegel" v. 2. 9. 1977 – *Der Vorsprung des Westens ist geschrumpft*, „Der Tagesspiegel" v. 6. 9. 1978 – *Be-*

sorgnis über Rüstungstempo des Warschauer Paktes, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 1. 9. 1978 – *Die Angst vor der roten Flotte,* „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" v. 30. 4. 1978 – *Die Rote Flotte plant den Angriff,* „Die Welt" v. 30. 8. 1978 – *Haig: Die Sowjets planen offensiv,* „Kieler Nachrichten" v. 14. 10. 1978

Als Beispiel dafür, wie die Bedrohungsthese besonders genüßlich ausgebreitet wird, mag das Weißbuch 1975/1976 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" gelten[16]).

Daß alle sachkundigen Widerlegungen (vgl. Anhang meines angekündigten Buches; d. Verf.) hiergegen nichts ausrichten können, ist eingangs schon erörtert worden. Es ist hier jedoch der Platz, sich an eine wichtige, bis heute viel zu wenig beachtete Publikation zu erinnern, die bereits vor zehn Jahren der Bedrohungsthese von der Sache her den Todesstoß versetzte: Helmut Wolfgang Kahns Buch „Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik"[17]).

Mit großer Akribie und in Kenntnis einer Fülle von Details wird hier die Bedrohungsthese als das entlarvt, was sie seit jeher war, eine Methode der Diffamierung des ideologischen Gegners zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Rüstungswettlaufs und zur Verschleierung einer konsequenten Aggressionspolitik der NATO. Hier die Hauptthesen Kahns, wie der Autor selbst sie im Inhaltsverzeichnis seines Buches formuliert:

– „Von Politikern, die Sicherheit versprachen und Deutschland in diesem Jahrhundert schon zweimal in die Katastrophe führten. Ihre ‚Sicherheitspolitik' ist Angsterhaltungspolitik. Sie brauchen die Russenfurcht, um herrschen zu können."
– „Die Russen hätten schon oft kommen *können,* wenn sie es *gewollt* hätten. Eine Untersuchung ihrer ‚Gelegenheiten', zwischen 1945 und 1961 Amerika auszuschalten und Westeuropa zu überrennen – trotz Atommonopol und anfänglicher atomarer ‚Überlegenheit' des Westens und trotz NATO."
– „Mit dem nuklearen Gleichgewicht entstand in diesem Jahrzehnt die theoretische Gefahr eines ‚begrenzten' Krieges, in den die Weltmächte aus Angst vor gegenseitiger Vernichtung nicht atomar eingreifen würden. Wieder gab es ‚Gelegenheiten' für ‚Handstreiche' zur Sicherung von ‚Faustpfändern', für eine schnelle Okkupation der Bundesrepublik. Die Russen nutzten sie nicht."
– „Die ‚Himmelsspione' – die Aufklärungssatelliten – bieten phantastische Möglichkeiten zur Gewährleistung der Sicherheit gegen Überrundung und Überrumpelung. Die Großen Brüder passen aufeinander auf – und auf uns. Diese Aufgabe könnte künftig eine internationale Kontrollorganisation erfüllen."
– „Die Sowjets schlugen schon 1955 die Errichtung von Kontrollposten in West und Ost vor, die bedrohliche Angriffsvorbereitungen rechtzeitig melden

16) Vgl. Weißbuch 1975/1976 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr", Bonn 1976.
17) H. W. Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, München/Bern/Wien 1969.

könnten. Ein angloamerikanisches Manöver probte 1968 Methoden für die praktische Überwachung eines Rüstungskontrollabkommens. Zu ihnen gehören die geheimnisvollen ‚weißen Kästen'."

– „In Bonn reagierte man mit Widerstreben und Kontrollscheu auf die Ergebnisse des angloamerikanischen Rüstungskontrollmanövers ‚Erster Blick', obwohl sie zu einem System führen könnten, das durch gegenseitige Kontrolle auch die Sicherheit der Bundesrepublik nur erhöhen würde. Man will nicht wahrhaben, daß nur 80 Inspektoren genügen würden, um die Einhaltung eines Rüstungskontrollabkommens in einem Gebiet wie die Bundesrepublik zu gewährleisten."

– „Moskau und Bonn haben ihre Gründe dafür, die sowjetische Militärmaschine schrecklicher erscheinen zu lassen, als sie es ist. Eine unbefangene Untersuchung und unparteiische Instanzen zeichnen ein nüchternes Bild von ‚Iwan dem Schrecklichen'."

– „Der wahre Verlauf der krisenhaften Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg wird an bisher noch nie gezeigten Kurven der Truppenstärken in Ost und West ablesbar gemacht. Die Untersuchung ergibt einen eindeutigen Überhang des Westens und massive Vorleistungen des Ostens, auch in Europa, und wirft ein Schlaglicht auf die Gründe für die Schaffung der Bundeswehr."

– „Auch die abnehmende Bedeutung der amerikanischen NATO-Oberkommandierenden spricht nicht für die These, daß NATO-Europa bedroht sei."

– „Wer zuletzt siegt, siegt am besten. Die derzeitige Bundeswehr hat – mit Panzern, ‚Starfightern', Raketen und Atomträgerwaffen – ein provozierendes Offensivpotential, während ihre Fähigkeit zur Verteidigung fragwürdig ist. Dank ihrer Offensivbewaffnung ist sie ‚Milchkuh' für die angelsächsische Rüstungsindustrie."

– „Wie die Rüstungs-‚Milchkuh' Bundeswehr-Gerät von zweifelhaftem Wert zu horrenden Preisen aus Amerika erhält."

– „Der Drang zu den Atomwaffen unter Adenauer und Strauß bis zum Bau der Berliner Mauer. Der Grundstein für die ‚atomare Komplizenschaft' der Weltmächte wurde von Peking und Bonn gelegt."

– „Der ‚Lohn der Angst' vor den Russen wird denen, die sie sich einjagen lassen, und denen, die sie manipulieren, in ungleicher Münze ausbezahlt. Die Beendigung der ‚Sicherheitspolitik', die dies bewirkt hat, ist möglich, wenn die Bürger es wollen. Ein Aktionsprogramm liegt vor."

Die konkreten Auslöser für die zyklische Wiederkehr der Bedrohungslüge sind eingangs genannt worden: Soll eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet werden, muß das Märchen von der sowjetischen Überlegenheit her, um gerade in einer Zeit des ständigen Anwachsens der Weltfriedensbewegung Loyalität von Massen für den Irrsinn des Wettrüstens zu erzeugen. So konnte inzwischen fast jede Truppengattung und jedes Waffensystem der Länder des Warschauer Paktes den „Nachweis" der Überlegenheit auf sich ziehen.

Daß solche Beweise für eine angebliche Überlegenheit nur begrenzt wirksam sind, weil der beabsichtigte Etikettenschwindel „Überlegenheit = Bedro-

hung" offenbar immer durchsichtiger wird[18]), haben die Chefideologen einer aggressiven NATO-Politik schon seit einiger Zeit bemerkt, und so tritt neuerdings immer häufiger die Bedrohungslegende auf gleichsam höherer Stufe auf: Das Szenario eines Dritten Weltkrieges wird in allen Einzelheiten ausgemalt. Des belgischen Generals Close Buch „Europa ohne Verteidigung? 48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern" und Hacketts Buch „Der Dritte Weltkrieg" erscheinen in der Bundesrepublik innerhalb Jahresfrist (1977 und 1978), und gleichzeitig stellen auch seriöse Friedensforscher die These von der „Unvermeidbarkeit" eines neuen Weltkrieges auf[19]).

Man würde sich die Sache zu einfach machen, wollte man solche Publikationen als die Phantasien alternder NATO-Generale abtun, die Weltkriegsszenarien an die Stelle der früher üblichen Memoirenliteratur pensionierter Militärs setzen. Gerade das Close-Buch läßt das „Strickmuster" einer solchen Literatur-Welle und ihre propagandistische Stoßrichtung sehr deutlich erkennen:
– Die Bedrohungsthese: In 48 Stunden sind die Russen am Rhein.
– Ein „Sicherheits-Defizit" soll plastisch hervortreten.
Wer das erste Ergebnis nicht will, muß das zweite beseitigen. Konsequenz: Mehr Rüstungsanstrengungen. Darüber hinaus erfüllt diese Art Literatur in der breiten Öffentlichkeit einen weit gefährlicheren Zweck; das detaillierte Ausmalen von Schlachtenordnungen, wobei Motivationen der kriegführenden Parteien geschickt in einer Fülle von Einzelheiten des Kriegsverlaufs verpackt werden, kann als eine neue Variante der psychologischen Kriegsführung dazu beitragen, daß ein neuer Krieg herbeigeredet wird. Man muß sich an dieser Stelle daran erinnern, daß auch diese Literatur inzwischen ihre Tradition hat; außer Close und Hackett muß man wohl u. a. erwähnen:

Peter Kleist, Chruschtschow 50 km vor Hamburg, Göttingen 1959, 368 S. (Schütz Verlag).
Ernst Grimmel, Partisanen im Schwarzwald?, Bremen 1964, 37 S. (Relais-Verlag).
Peter Warkentin, Sie werden kommen, Uelzen/Hamburg 1972, 218 S. (Verlag Recht und Wahrheit).
John Erickson, Zum Frühstück in München. Möglichkeit und Absicht der Sowjetischen Militärpolitik, Düsseldorf/Wien 1972, 283 S. (Econ-Verlag).

18) Zur Problematik einer solchen Gleichsetzung vgl. C. Bielfeldt, Das militärische Kräfteverhältnis NATO – Warschauer Vertragsorganisation (WVO), in: Ein Anti-Weißbuch. Materialien für eine alternative Militärpolitik, hrsg. von der Studiengruppe Militärpolitik, Reinbek 1974, S. 46ff. – Daß dort, wo man an der Aufrechterhaltung der Bedrohungslüge interessiert ist, die ganze Problematik der Gleichsetzung von militärischer Überlegenheit und Bedrohung mit einer Handbewegung beiseite geschoben wird, kann nicht überraschen: „Die Frage, ob die Sowjetunion überhaupt jemals angreife, könne er öffentlich nicht stellen, sagte Brzezinski. Denn man könne darauf nur spekulative Antworten geben, die voll politischen Sprengstoffs seien. Deswegen werde seine Beurteilung immer von dem politischen und militärischen Potential der Sowjetunion und nicht von deren möglichen Absichten bestimmt. Wenn man davon ausgeht, daß die Sowjetunion in der Lage ist, einen Überraschungsangriff zu führen, dann müssen wir über die Mittel zur Begegnung eines solchen Angriffs verfügen . . ." („Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), v. 29. 8. 1978).
19) R. Close, Europa ohne Verteidigung? 48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern, Saarbrücken 1977. – Sir John Hackett, Der Dritte Weltkrieg, München 1978. – D. S. Lutz, Kommt der dritte Weltkrieg 1983?, in: FR v. 28. 11. 1978 und „Vorwärts" v. 16. 11. 1978; vgl. dazu: K. Voigt, Der politische Wille, den Krieg zu vermeiden, wird nicht beachtet, in: FR v. 19. 12. 1978. – Daß sich gerade eine Mischung aus den Phantasien pensionierter Militärs und den Analysen der seriösen Friedensforschung zur Popularisierung der These von der Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges nutzen läßt, beweist z. B. der Artikel von B. Bandulet, Wir wachen auf, und die sind da!, in: „Lui", 12/1977, S. 53ff.

Bernhard C. Wintzek, Rote Fahnen über Bonn? Ziel und Methoden des Sowjetimperialismus, Asendorf 1975, 160 S. (MUT-Verlag).

Auch die übrigen Massenmedien haben das Thema aufgegriffen. Szenarios eines neuen Weltkrieges sind in Rundfunk und Fernsehen vorgeführt worden; welche Wirkung von diesen Massenmedien ausgehen kann, hat die Rundfunkproduktion eines Hörspiels von Orson Welles nach dem Roman von H. G. Wells „Der Krieg der Welten" bewiesen, die im Jahre 1938 über die amerikanische Radiostation CBS lief und zu Panik unter der amerikanischen Bevölkerung führte. – Besonders gefährlich im Sinne des Herbeiredens eines neuen Weltkrieges ist das „Mischungsverhältnis", in dem scheinbare Phantasieprodukte oder Sandkastenspiele von abgetakelten Militärs und militärtechnische Erwägungen gleichzeitig vor die Öffentlichkeit treten – das alles zu einer Zeit übrigens, in der die chinesische Propaganda von der „Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkrieges" immer neue Wellen schlägt und führende NATO-Militärs die Idee von „dem 16. NATO-Land China" in die Welt setzen. Während alle Welt – aber eben doch nicht „alle Welt" im strikten Wortsinn – darum bemüht ist, die politische Entspannung zu entwickeln und zu festigen – und das in dem Bewußtsein, daß sie dauerhaft und stabil nur sein kann, wenn sie durch die militärische Entspannung ergänzt wird –, ist schon das ständige Gerede vom „Dritten Weltkrieg" desorientierend; es stärkt Bemühungen, zusammen mit anderen Varianten der psychologischen Kriegsführung – vor allem der Verbreitung von Pessimismus und Resignation[20]) („Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges") –, den Friedenswillen der breiten Öffentlichkeit zu lähmen und eine in den letzten 30 Jahren ständig gewachsene Weltfriedensbewegung zu desorientieren – vom rechten Wege abzubringen, wie man so sagt.

Es kann allerdings wohl nicht so überraschen, daß gerade in den letzten Jahren, in der Zeit nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki, die verschiedenen Instrumente der psychologischen Kriegsführung wieder verstärkt eingesetzt werden. Trotz aller Bereitschaftserklärungen, die von den Staats- und Regierungschefs der westlichen Länder mitunterzeichnet wurden; trotz der Bereitschaftserklärung hinsichtlich allgemeiner und vollständiger Abrüstung; trotz der Idee vertrauensbildender Maßnahmen (die ja nicht auf Ankündigung von und Einladung zu Manövern beschränkt bleiben soll); trotz der Bereitschaft, auf Gewaltanwendung zu verzichten (auch auf indirekte), hat sich – für die Beobachter des Prozesses der friedlichen Koexistenz nicht unerwartet – eine Verhärtung an der ideologischen Front ergeben. Die Menschenrechtskampagne und die Bedrohungslüge (und wieder in einer allgemeineren als der bloß militärtechnischen Variante) sind die Hauptangriffslinien. Daß ganz bestimmte Ausprägungen der globalen Bedrohungslüge auch innenpolitisch ihre Rolle spielen können, zeigt die von der CDU/CSU unter der Parole „Freiheit oder Sozialismus" geführte Kampagne.

20) Vgl. z. B. solche Artikel wie „Die Utopie der Abrüstung", in: „Süddeutsche Zeitung" v. 20./21. 5. 1978 und „Vom Mythos der militärischen Entspannung", in: FAZ v. 8. 5. 1978.

Die Verschärfung der psychologischen Kriegsführung gerade nach Helsinki entwickelt sich nach einem Schema, das Gerhard Wettig vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln) klar formulierte: „. . . je weniger Entscheidungen (in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West – d. Verf.) mit den Mitteln der politischen Pression und des bewaffneten Einsatzes gesucht werden, desto wichtiger wird, wer in welchem Umfang über die Einflußnahme auf das Bewußtsein großer Menschengruppen Vorgänge auszulösen und zu steuern vermag." Ein Satz, der so oder ganz ähnlich auch schon bei Burnham zu finden ist. Die historische Betrachtung lehrt, daß imperialistische Länder noch stets bereit waren, die ideologische und politische Konfrontation zu verschärfen, wenn sie in die Defensive gedrängt werden; sie zeigt aber auch, daß der Schritt von der ideologischen Konfrontation zur bewaffneten Auseinandersetzung oft nur sehr klein ist. Will man sich klar machen, was zur verschärften Konfrontation führt, so sind folgende Prozesse zu berücksichtigen:

– die Fortschritte der politischen Entspannung und der Druck auf Fortschritte in der militärischen Entspannung sind den führenden Kreisen der imperialistischen Länder trotz gegenteiliger Beteuerungen ihrer politischen Repräsentanten nicht gerade angenehm;

– das wachsende Bewußtsein eines großen Teils der Bevölkerung in den Ländern des Kapitals, daß die ökonomische Entwicklung immer stärker von zyklischen und allgemeinen Krisenfaktoren bestimmt wird. Was der amerikanische Philosoph Noam Chomsky über die Rolle der Menschenrechtskampagne sagt, ließe sich in abgewandelter Form auch auf die Bedrohungslegende anwenden; es geht um die Massenloyalität in den kapitalistischen Ländern. In einem Interview mit der italienischen Zeitung „Il Messaggero" finden wir folgenden Dialog: „*Frage:* Kann das Einleiten einer veränderten Form des kalten Krieges zu dem beitragen, was im letzten Bericht der Trilateralen Kommission als die ‚Regierbarkeit der Demokratien' bezeichnet wurde? – *Antwort:* Dieser Bericht bezieht sich auf eine Situation, die ich folgendermaßen sehe: Während der 60er Jahre hat vor allem in den Vereinigten Staaten (aber auch in den anderen Ländern der Trilaterale) die Kontrolle über die Bevölkerung sehr nachgelassen: Am Anfang kam es zu politischen Massenbewegungen, die sich ideologisch vom Staat lossagten und ihm den Gehorsam verweigerten, der bis vor kurzem nicht einmal in Frage gestellt wurde. So entstand eine sehr ernste Krise, die man unbedingt überwinden mußte. Die Regierungen der Trilaterale sahen sich gezwungen, die Bevölkerung ihrer Länder wieder zu ihrer früheren Haltung der Passivität und des Gehorsams zu veranlassen, wenn sie weiterhin eine aggressive und energische kapitalistische Entwicklungsperspektive verfolgen wollten. – *Frage:* Würde ein neues Klima des kalten Krieges diese Orientierung begünstigen ? – *Antwort:* Das ist möglich. . . . – *Frage:* Bis zu welchem Punkt kann die von Carter begonnene Menschenrechtskampagne als eine Waffe der amerikanischen Außenpolitik betrachtet werden? – *Antwort:* Ich neige zu der Annahme, daß es sich um eine innenpolitische Waffe handelt. Diesbezüglich ist der Bericht der Trilaterale über die Regierbarkeit der Demokratien bezeichnend. Um eine gehorsame und passive Öf-

fentlichkeit zu schaffen, besteht das beste Mittel darin, erneut die Überzeugung zu wecken, die Vereinigten Staaten seien die Verfechter der Menschenrechte."[21])
– dem Verlust der Massenloyalität entsprechen im internationalen Zusammenhang die wachsende Rivalität der kapitalistischen Hauptzentren (USA, Japan, Europa) und gewisse Erosionserscheinungen im westlichen Militärbündnis (vgl. z. B. die Apel-Haig-Kontroverse[22]), Rücktritt des niederländischen Verteidigungsministers als Reaktion auf die Überlegungen zur Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe, Debatte über die Erfüllung des NATO-Langzeitprogramms auf der letzten NATO-Ratstagung);
– die Ausstrahlungskraft des Sozialismus auf die Entwicklungsländer nimmt offensichtlich zu (hier wird eine neue Variante der Bedrohungsthese entwikkelt und – nach üblichem Muster – zur Verschleierung der Interventionspolitik in Zaire benutzt).

Die These von der „Gefahr aus dem Osten" gewinnt wieder – gerade wegen einer Neuordnung der internationalen Beziehungen – ihre globale Bedeutung. Die Bedrohungslegende wechselt je nach Bedarf ihre konkrete Form; mal erscheint sie im Gewand einer militärtechnischen Überlegenheitsthese, mal als die Behauptung vom „sowjetischen Hegemonialstreben". Daß sich daneben noch andere Formen der psychologischen Kriegsführung wieder mehr in den Vordergrund schieben, teils plumper, teils differenzierter als die früher gewohnten, ist dem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen. Wie hieß es doch bei Burnham, dessen Leitfaden noch immer verbindlich zu sein scheint für die „konzeptiven Ideologen" des Imperialismus? „Sie (unsere Zielsetzung – d. Verf.) wird diktiert von der Lage, der Art des Feindes und dessen Zielsetzung und kann nur heißen: die Vernichtung des auf die Sowjetunion gestützten Kommunismus."[23]) Daß das unter der zunehmenden Wirkung der Entspannungspolitik, im Zeichen einer Politik der friedlichen Koexistenz, mit allen nur möglichen Mitteln zu erfolgen habe, hatte Burnham schon in den Hochzeiten des Kalten Krieges entwickelt.

Auch in der Bundesrepublik wurden die Lehren hieraus gezogen. Der Prozeß der friedlichen Koexistenz verlangt den „geistigen Kampf", nach innen (Beschwichtigung objektiver sozialer Gegensätze) und nach außen (Infiltration), beides im Sinne der Burnhamschen Zielsetzung. „Es ist also unsere erste Aufgabe, das Entstehen von Revolutionslagen und – wo sie entstanden sind – ihre Verschärfung zu verhindern. Wie kann das geschehen? In erster Linie durch Schaffung gesunder und ausgeglichener sozialer Verhältnisse in den Ländern der freien Welt. Zu starke soziale Gegensätze sind systematisch abzubauen, wie überhaupt die in unserer pluralistischen Gesellschaft an sich vorhandenen Interessengegensätze trotz ihrer Fruchtbarkeit nicht gesteigert werden dürfen. In den vom Kommunismus besonders bedrohten Ländern empfiehlt sich die unbedingte Einhaltung des Arbeitsfriedens durch Schließung von Kompromissen zwischen den Sozialpartnern. Darüber hinaus kann es erfor-

21) „Il Messagero" v. 18. 4. 1977.
22) Vgl. „Stern" v. 2. 11. 1978, S. 218. – „Der Spiegel", Nr. 41/1978.
23) J. Burnham, a.a.O., S. 183.

derlich werden, der Regierung solcher Länder eine möglichst breite parlamentarische Grundlage unter Ausschluß radikaler Kräfte zu geben, wie es in Not- und Kriegszeiten ohnehin zu geschehen pflegt. Insgesamt müssen wir ein System kultivieren, das die Betonung nicht so sehr auf die Unterschiede, als auf die Harmonie in unserer pluralistischen Ordnung legt. Zwischen den Staaten des Westens sind die nationalen Gegensätze und Grenzen möglichst abzubauen. Es sind supranationale Einrichtungen aller Art zu schaffen, an die einzelne Souveränitätsrechte abgetreten werden können. Es können dabei auch zentrale Einrichtungen zum Studium des kommunistischen Kampfes und seiner Abwehr geschaffen werden."[24]) – „Wie bei uns das Entstehen von Revolutionslagen zu verhindern ist und bestehende Revolutionslagen gemildert und beseitigt werden müssen, so sind auf der Gegenseite im unerbittlichen geistigen Wettbewerb der Koexistenz Revolutionslagen zu schaffen und zu ‚verschärfen'. Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügen ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fördern. Wirtschaftliche, moralische und andere Mißstände, die für die kommunistische Staatsführung typisch sind, sind schonungslos aufzuzeigen mit dem Ziel, die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand (‚Arbeite langsam!') und zur Sabotage zu bringen. Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so sind seine Maßnahmen, die als ungerecht erscheinen, möglichst allgemein bekanntzumachen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden. Zu den geistig Schaffenden eines kommunistischen Staates ist auf Kongressen, auf Reisen usw. Verbindung aufzunehmen. Diskussionen sind nicht zu scheuen. Der Postverkehr und der kulturelle Austausch sind zu fördern, da der Westen hoffen kann, daß besonders die Jugend in vielen kommunistischen Staaten durch das bloße Kennenlernen ihrer Umwelt und durch die Möglichkeit kritischen Vergleichs den Idealen ihrer Staatsführung entfremdet wird, die in der Abschließung am besten existieren. Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die – sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde – innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen."[25])

Die Art und Weise, wie im Zeichen der Entspannungspolitik mit der Bedrohungslüge öffentliche Meinung manipuliert wird und immer neue Desorientierungsversuche unternommen werden, macht die Frage nach der Rolle jener ständig wiederkehrenden Behauptung von der „Gefahr aus dem Osten" vor allem im Gesamtzusammenhang einer verschärften psychologischen Kriegsführung so wichtig.

24) A. v. Schack, Der geistige Kampf in der Koexistenz, „Außenpolitik", 13. Jg. (1962), S. 770.
25) Ebd., S. 773f.

stungsexporte nur negative Auswirkungen auf die Absatzchancen der zivilen Produkte der Industrie haben und dort tendenziell zu Arbeitslosigkeit führen, jedenfalls in Staaten mit starker Außenhandelsabhängigkeit. Und die Rüstungsproduktion für den eigenen Bedarf? Auch sie vernichtet tendenziell in den zivilen Bereichen Arbeitsplätze, weil die Arbeitsproduktivität in der Rüstungsindustrie wesentlich höher liegt als bei vergleichbaren zivilen Produktionen. Zu fordern wäre also eher, daß der Staat endlich mit einer vernünftigen Strukturpolitik aufwartet, damit man ohne Risiko für die Arbeitsplätze auch auf Rüstungsproduktionen verzichten kann.

Rüstung heute und morgen, folgte man dem NATO-Langzeitprogramm, schafft nicht mehr äußere Sicherheit, sondern erhöht die äußeren Gefahren. Rüstung schafft nicht mehr innere Sicherheit, sondern erhöht den sozialen Unfrieden. Rüstung erhöht nicht unser Ansehen in der Welt, sondern macht uns nur des Expansionismus verdächtig.

Gerhard Kade

Berufsverbote – neue Grundsätze, aber grundsätzlich nichts Neues

Die Bundestagsdebatte vom 15. Februar 1979 setzte einen vorläufigen Schlußpunkt unter die seit 1972 heftigste öffentliche Auseinandersetzung über die Berufsverbotspolitik und deren verheerende Folgen. Die Hoffnung der Bundesregierung, mit ihren Neuen Grundsätzen zur Prüfung der Verfassungstreue vom 17. Januar 1979 die öffentliche Diskussion zur Ruhe zu bringen und sich aus der „Schußlinie" der Kritik zurückzuziehen, wird sich nicht erfüllen. Die entstandenen Hoffnungen auf eine Eindämmung der Berufsverbote-Praxis, auf eine „Liberalisierung" sind schon nach wenigen Wochen merklich gedämpft – einmal mehr zeigt sich, was die Gegner der Berufsverbote seit 1972 immer wieder hervorgehoben haben: Verfassungsbruch läßt sich nicht „liberalisieren", neue Verfahren machen den Rechtsbruch nicht „rechtsstaatlicher". Es gibt nur eine Alternative zur bisherigen Praxis: endgültig und radikal Schluß zu machen mit allen Berufsverboten!

Schiebt man den Nebelvorhang markiger Sprüche und lautstarker Polemik in der Debatte im Bundestag beiseite, so zeigt sich in aller Klarheit: CDU/CSU-Opposition und Regierungskoalition von SPD und FDP sind sich im Grundsatz einig – sie wollen auch weiterhin „Extremisten" und „Verfassungsfeinde" vom öffentlichen Dienst fernhalten. Die Regierungskoalition möchte den angerichteten Schaden etwas eindämmen. Eine „Liberalisierung" der Einstellungspraxis sei notwendig geworden, räumt sie ein, weil als „unbeabsichtigte" Folge des Ministerpräsidentenerlasses von 1972 „die Demokratie Schaden genommen" und das „Vertrauen der jungen Generation gelitten" habe; auch im Ausland verstünde man uns nicht, gab Innenminister Baum zu bedenken.

Der CDU/CSU geht die bisherige Praxis noch nicht weit genug. Ihre Hauptredner in der Debatte, Spranger und Dregger, richteten heftige Angriffe gegen die Bundesregierung – wegen zu großer „Nachgiebigkeit" – und traten entschieden für die Beibehaltung einer harten Linie in der Berufsverbotspraxis ein. Die Einschaltung des Verfassungsschutzes wurde für unverzichtbar erklärt. Dregger behauptete erneut, nicht Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote hätten die angebliche „Verunsicherung der Jugend" bewirkt, sondern die „verlogene Berufsverbotskampagne der Kommunisten". So ist es denn nicht verwunderlich, wenn in der Debatte nur einmal der eigentliche Kern

des Problems gestreift wurde: als der SPD-Abgeordnete Hugo Brandt, als einziger, forderte, auf den Begriff „Verfassungsfeind" zu verzichten. Mit ihm werde „eine Psychologie gefördert, die am Ende zur moralischen und politischen Ausbürgerung der so bezeichneten führt".

Der Verlauf der Diskussion vom Herbst 1978 – als der Hamburger Bürgermeister Klose öffentlich ankündigte, man wolle in Hamburg nun endlich praktische Konsequenzen ziehen aus dem 7 Jahre währenden Debakel der Berufsverbotspolitik, „notfalls auch im Alleingang" – bis hin zu dem Beschluß der Bundesregierung vom 17. Januar 1979 und der jüngsten Bundestagsdebatte, ist ein Lehrstück für den gewachsenen Einfluß der breiten Protestbewegung gegen die Berufsverbote, auf deren vielfältige Argumente schließlich doch eingegangen werden mußte, und für die andauernde Entschlossenheit der Herrschenden in diesem Lande, demokratische Rechte und Freiheiten einzuschränken und abzubauen und sich dabei noch das Mäntelchen besonders engagierter Kämpfer für Freiheit und Demokratie umzuhängen.

Der Hamburger Bürgermeister Klose war noch von dem unlösbaren Problem ausgegangen, einander widersprechende politische Ziele vereinbaren zu wollen: einerseits sollte mit den Berufsverboten die Wahrnehmung demokratischer Rechte in legalen Organisationen und Parteien diskriminiert werden und auf der anderen Seite das Vertrauen der Jugend in diesen Staat und die staatstragenden Parteien gewonnen werden. Die Konsequenz war die Einsicht, daß Mitgliedschaft und Tätigkeit in und für eine legale Organisation oder Partei kein Kriterium für Zweifel an der Verfassungstreue sein kann. Die nachfolgenden Beschlüsse der Parteitage von SPD und FDP haben in ihrer Widersprüchlichkeit und Ambivalenz die breit und leidenschaftlich geführte Diskussion nur zum Teil sichtbar gemacht. In vielen Formulierungen der Beschlüsse wurden Forderungen der Bewegung gegen die Berufsverbote aufgenommen – wenn sie auch in den Verfahrensvorschlägen dann wieder in Frage gestellt wurden. So war vom SPD-Parteitag die Forderung abgelehnt worden, daß die Mitgliedschaft in einer legalen Organisation und Partei kein Anhaltspunkt für Zweifel an der Verfassungstreue sein darf. Dennoch ist deutlich geworden, daß die Gegner der Berufsverbotspolitik in den Reihen von SPD und FDP stärker geworden sind.

Der neuerliche Beschluß der Bundesregierung bleibt weit hinter den Erfordernissen und Erwartungen auf eine vielfach versprochene und beschworene „Liberalisierung" zurück. Er bleibt auch zurück hinter den Beschlüssen der die Bundesregierung tragenden Parteien. Lediglich die Routineanfrage beim Verfassungsschutz für alle Bewerber soll aufgegeben werden, es sei denn, konkrete Tatsachen lösen Zweifel an der Verfassungstreue aus. Auch die sogenannten Jugendsünden und weit zurückliegende Erkenntnisse sollen nicht mehr gegen die Bewerber verwandt werden. Die Bundesregierung beteuert, damit der Gesinnungsschnüffelei ein Ende gemacht, der Verunsicherung der Jugend entgegengewirkt zu haben. In den letzten Wochen war bewußt die Diskussion allein auf das Problem „Regelanfrage – Ja oder Nein" zugespitzt worden. Der Verzicht auf das systematische Abfragen der gesammelten „Erkenntnisse" mag positiv zu bewerten sein. Aber es ist nur der zweite Schritt: wird mit der Schnüffelei Schluß gemacht, dann braucht auch über die Routineanfrage nicht mehr gestritten werden.

So bleibt am Ende einer halbjährigen Debatte, zahlreicher Stellungnahmen, Verfahrensvorschläge und Beschlüsse festzuhalten: der Bundesregierung erscheint das Unmögliche möglich – Berufsverbote weiter zu praktizieren *und* demokratische Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückzugewinnen, wenn nur das Verfahren verändert wird, mit dem Berufsverbote verhängt werden. Sie behauptet zwar, der

Rechtsrahmen lasse es nicht zu, Kriterien für Verfassungstreue zu formulieren, stellt aber wiederum fest, daß die Mitgliedschaft allein in legalen Parteien und Organisationen Kriterium für Zweifel an der Verfassungstreue sein kann, womit sie wieder zum Ausgangspunkt zurückkehrt.

Das jetzt aus NRW bekannt gewordene „Denkmodell", wie man die Beschlüsse der Bundesregierung umzusetzen gedenkt, straft in geradezu grotesker Weise alle Beteuerungen und Absichtserklärungen von „Liberalisierung" Lügen.

Sollte die Landesregierung tatsächlich so verfahren wollen, so würde der alte Adenauererlaß aus der Zeit des Kalten Krieges der 50er und 60er Jahre neu aufgelegt. Vergleichbar mit der Praxis in CDU/CSU-regierten Ländern, in denen die „Regelanfrage" an alle Bewerber und Bediensteten des öffentlichen Dienstes gerichtet wird, sieht das „Modell" vor, daß allen Bewerbern eine halbjährlich zu aktualisierende Liste von „verfassungsfeindlichen Gruppierungen" vorgelegt wird: sie haben dann zu erklären, ob sie einer dieser genannten Gruppierungen angehören. Wer sich unter Berufung auf das Grundgesetz weigert, eine entsprechende Erklärung abzugeben, wird automatisch vom Verfassungsschutz überprüft und wer die Einstellung „erschleicht", soll unverzüglich entlassen werden. Dieses Denkmodell stellt den ungeheuerlichen Versuch dar, nicht nur erneut der Exekutive die allein dem Bundesverfassungsgericht zukommende Kompetenz der Feststellung der Verfassungswidrigkeit von politischen Organisationen zuzubilligen, sondern darüber hinaus jedem Bewerber für den öffentlichen Dienst den „politischen Offenbarungseid" abzuverlangen, und damit, daß er durch eigene Zuarbeit dem Verfassungsschutz das Geschäft erleichtert. Der Verzicht auf die Regelanfrage entpuppt sich als eine Entlastung des Verfassungsschutzes von zuviel bürokratischer Arbeit.

Entgegen allen „Liberalisierungs"versprechungen müssen wir registrieren:

– daß nach der Erklärung z. B. von Innenminister Baum, im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung werde der Extremistenerlaß schon lange nicht mehr angewandt, der sozialdemokratische Verkehrsminister Gscheidle persönlich den Bescheid an den Postbeamten Hans Peter, der 28 Jahre im Dienst ist, unterschreibt: gegen Peter sei ein Disziplinarverfahren wegen vermuteter Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP eingeleitet worden;

– daß der gleiche Minister ein Vorermittlungsverfahren für ein Disziplinarverfahren gegen den Postbeamten Peter Klonk veranlaßt, dem noch am 14. Dezember 1978 für 15jährige Dienste bei der Bundespost gedankt wurde. Dem Vernehmen nach wird dem parteilosen Personalratsmitglied Klonk lediglich die Betätigung als Sprecher des Marburger Berufsverbotekomitees vorgeworfen;

– daß der Hamburger Senat am 28. Dezember 1978 Berufung einlegt gegen ein Arbeitsgerichtsurteil, in dem der Erzieherin Brigitte Tischler bestätigt wird, daß ihre Mitgliedschaft in der DKP allein keine Zweifel an ihrer Verfassungstreue begründen könne;

– daß mit Verfügung vom 12. Februar 1979, unterzeichnet von Bundesbahnpräsident Dr. Vaerst (SPD), der in der Fahrkartenausgabe in Koblenz beschäftigte Hermann Schladt nach vierzehnjähriger Tätigkeit bei der Bundesbahn zum 31. März 1979 entlassen wird. Begründung: Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP;

– daß das Land Nordrhein-Westfalen gegen etwa 30 erstinstanzliche Entscheidungen von Arbeitsgerichten in Berufung geht, die das Land verurteilen, die Betroffenen als Angestellte zu übernehmen. Neun dieser Verfahren wurden in zweiter Instanz verhandelt. Wiederum wurde das Land zur Anstellung verurteilt und wiederum ging das Land in Berufung. Die

meisten dieser Fälle ziehen sich seit Jahren und unter großer psychischer Belastung für die Betroffenen durch die juristischen Instanzen hin.

– daß Betroffene zur zweiten, dritten und vierten Anhörung geladen werden und unter Druck gesetzt werden;

– daß in manchen Gegenden – wie z. B. in Münster – eine Progromstimmung gegen die Betroffenen geschürt wird. Ein Betroffener erhielt am 23. Dezember 1978 „Weihnachtsgrüße" ins Haus geschickt, mit denen ihm ein „Frohes Fest in der Gaskammer!" gewünscht wurde. Derartige Bedrohungen sind keine Einzelerscheinungen. Ein entschiedenes Engagement der verantwortlichen Politiker gegen solche Tendenzen ist bisher leider ausgeblieben.

– daß Silvia Gingold erneut zur Anhörung bestellt wurde und nicht einmal mehr einen Anwalt mitbringen darf;

– daß der bayerische Lehrer Gerhard Bitterwolf (DFU) wegen seines Engagements für Friedenspädagogik und für die Forderung, die zehn Prinzipien der KSZE-Schlußakte unter Lehrern und Schülern bekanntzumachen, Berufsverbot erhält.

– daß einem Betroffenen aus der Bremer Senatskanzlei am 18. Januar 1979 im Auftrag von Bürgermeister Koschnick geschrieben wird: „Im übrigen darf ich ihnen mitteilen, daß Sie auch hier in Bremen nicht in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen würden, falls tatsächlich festgestellt werden sollte, daß Sie sich als Mitglied der DKP aktiv für diese Partei betätigt haben . . . Diese Haltung wird durch die Rechtsprechung des BVG eindeutig bestätigt. Die in der öffentlichen Diskussion befindliche Ausgestaltung bzw. Neufassung des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern aus dem Jahre 1972 ist entgegen Ihrer Auffassung kein Freibrief für ein aktives Handeln für eine zwar legale, aber verfassungswidrige Ziele verfolgende Partei."

All das zeigt, daß verstärkte Aktivität und Aufklärung, verstärkter Druck aller demokratischen Kräfte nötig ist, um in der öffentlichen Diskussion zum Kern des Problems vorzudringen, daß nämlich Kommunisten, Sozialisten und Liberale, daß Pazifisten, die heute mit Berufsverboten verfolgt werden, ihren legitimen, vom Grundgesetz geschützten Platz im Verfassungsspektrum der politischen Kräfte der Bundesrepublik haben, und daß dem endlich und konsequent Geltung verschafft werden muß – im Interesse der direkt Betroffenen und im umfassenden Interesse der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik. Im dreißigsten Jahr des Grundgesetzes ist es mehr als an der Zeit, endlich die Lehren zu ziehen aus den Erfahrungen mit dem Faschismus, aber auch aus der jüngsten Entwicklung der Berufsverbotspolitik, daß Antikommunismus sich letztlich gegen alle Demokraten richtet.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung haben die ca. 1000 Delegierten der nationalen und internationalen Protestbewegung gegen die Berufsverbote auf der Internationalen Konferenz Ende Januar in Darmstadt nach gründlicher Analyse der gegenwärtigen Situation und ausführlichen Diskussionen erneut die Notwendigkeit hervorgehoben, die seit langem erhobenen Forderungen der Bewegung in den Mittelpunkt der Proteste und Aktionen zu stellen:

– Die Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei Einstellungen und Personalveränderungen im öffentlichen Dienst muß aufgehoben, die Bespitzelung demokratischer Aktivitäten, Organisationen und Parteien muß ausgeschlossen werden. Der sogenannte Verfassungsschutz muß endlich in seine Schranken verwiesen werden.

– Die „Anhörapparaturen", die Gremien und Kommissionen zur Gesinnungsausforschung der Bewerber, müssen aufgelöst werden.

– Die Mitgliedschaft in legalen Organisationen und Parteien darf kein Kriterium

für die Beurteilung „mangelnder Verfassungstreue" sein.

– Die Definition dessen, was als „Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" angesehen wird, kann nicht der Interpretation der einstellenden Behörden überlassen werden.

– Alle Regelungen, Erlasse, Beschlüsse in der Nachfolge des Ministerpräsidentenbeschlusses von 1972 müssen ersatzlos aufgehoben werden.

– Alle von Berufsverbotsmaßnahmen Betroffenen müssen eingestellt und entschädigt werden.

Die Konferenz von Darmstadt hat alle Demokraten des In- und Auslandes dazu aufgerufen, die zentrale Demonstration am 31. März 1979 in Bonn zu einem kraftvollen Ausdruck der Entschlossenheit zu machen, keine Ruhe zu geben bis nicht diese Forderungen, und zwar alle, erfüllt sind.

Ingrid Kurz

Punktierte Grenzen

Wenn ich meinen westdeutschen Berufskollegen vorhalte, daß in keinem anderen europäischen Land die Presse den Grenzen soviel Aufmerksamkeit widmet – in der BRD gehen manche im Zusammenhang damit sogar so weit, daß sie den endgültigen Charakter des eigenen Staates in Frage stellen –, antworten sie mir meistens so: Ihr Polen seid in bezug auf die Grenzen allergisch, was historisch bedingt ist, und bauscht das auf, was für die bundesrepublikanische Gesellschaft eigentlich ein völlig unbedeutendes Problem ist.

Als Beitrag zu den nicht enden wollenden Diskussionen, die wir bei verschiedenen Gelegenheiten führen, möchte ich Partien eines Feuilletons zitieren, das von „S. – F." mit unverhülltem Sarkasmus geschrieben worden ist und von der „Frankfurter Allgemeine" am 4. Dezember 1978 unter dem Titel „Pünktchen und Strichelchen" gebracht wurde. Darin heißt es: „Diesmal handelt es sich um Pünktchen und Strichelchen, soweit sie in der Kartographie, vornehmlich in Schulatlanten, Verwendung finden. Sollen wir, das ist die drängende Frage, die deutschen Grenzen von 1937, da ja, nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts, Deutschland als Ganzes fortbesteht, weiterhin markieren oder nicht. Wenn ja, in welcher Weise? ... Der ‚Verband der Schulbuchverleger' hat sich unlängst an den Bundeskanzler mit der Bitte gewandt, die Bundesregierung möge Klarheit in dieser verzwickten Angelegenheit schaffen. Die Kultusminister sind mit ihr, auch nach jahrelangen Beratungen, nicht zu Rande gekommen. Es handle sich, haben sie zuletzt, im Juli, erklärt, um ein Problem der allgemeinen Politik. Die Kultusministerkonferenz könne es – absonderliche Bescheidenheit – nicht lösen.

Wer dann? Der Schwarze Peter liegt bei der Bundesregierung. Ist das aber wirklich der Fall?" Weiter schildert der Autor, wie die Angelegenheit in den einzelnen Bundesländern gelöst wird; dabei ist doch bekannt, das in Sachen Schulbücher die Länderregierungen die höchste Instanz sind. Er schreibt: „Rheinland-Pfalz beispielsweise ist der Auffassung, ‚Die Grenze des Deutschen Reiches von 1937' müsse ‚stets zusätzlich eingezeichnet' sein... Bayern geht noch weiter. Die Grenze von 1937 soll dort in der gleichen Form wie die übrigen Grenzen des ehemaligen Reichsgebietes – also etwa zu Frankreich – gekennzeichnet werden. Hingegen hat Nordrhein-Westfalen verfügt, die Grenzen von 1937 seien nicht mehr zu markieren. Andererseits sei künftig, von Ende August 1979 an, im Kartenwerk für Schulen ‚eine besondere Karte aufzunehmen, innerhalb welcher das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. 12. 1937 dargestellt wird'. Sie ist entsprechend zu bezeichnen, darf aber ‚nicht als historische Karte' charakterisiert werden, wobei das Wort ‚historisch' im Sinne

einer überwundenen Epoche zu verstehen ist. Denn: geschähe dies, befände man sich im Widerspruch zum Bundesverfassungsgericht. Die geforderte Karte ist ‚im Zusammenhang mit der geographischen Behandlung Deutschlands zu plazieren'. So erreichen wir, heißt es in einer Erklärung des Kultusministers, ‚zwei Ziele zugleich. Wir veranschaulichen die deutsche völkerrechtliche Position, aber wir stellen nicht die staatliche Integrität des heutigen Polen in Frage.' Es hat den Anschein, als neigten inzwischen auch andere SPD/FDP-regierte Bundesländer dieser Regelung zu. Die Schulbuchverleger haben ihre Frage an den Bundeskanzler ebenso aus wirtschaftlichen wie aus staatspolitischen Erwägungen gestellt. Was droht, ist der Zwang, Schulatlanten in zwei Ausführungen herzustellen, je nach den Regierungsverhältnissen in den deutschen Ländern. ‚Cuius regio, eius religio.'"

Ich weiß nicht, welchen Entscheid die Bundesregierung treffen wird und ob sie überhaupt einen treffen wird. Einen gewissen Hinweis bildet jedoch das Büchlein „Fakten über Deutschland", das das Presse- und Informationsamt allen seinen Besuchern überreicht. Dieses Büchlein ist 1978 vom Bertelsmann Lexikon-Verlag im Auftrag – und das ist genau vermerkt – des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung herausgegeben worden. Unter den Materialien befinden sich dort auch Karten aus verschiedenen historischen Zeitabschnitten Deutschlands. Die letzte davon ist betitelt „Deutschland heute (nach 1945)". Deutschland wird dort in den Grenzen von 1937 dargestellt, das heißt so, als ob zu Deutschland weiterhin Ostpreußen einschließlich Königsberg, Westpommern und Kolobrzeg und Szczecin, Niederschlesien mit Wroclaw usw. gehören. Auf der Karte ist nur die Grenze zwischen der BRD und der DDR durch eine unterbrochene Linie markiert. Das ist alles. So, als ob es den Zweiten Weltkrieg und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands nicht gegeben hätte, als ob die Potsdamer Festlegungen und der Vertrag vom 7. Dezember 1970 über die Normalisierung der Beziehungen zu Polen nicht gewesen wären, als ob es die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht gegeben hätte.

Wie ist das zu erklären? Einige etwas sensiblere westdeutsche Publizisten sehen darin eine Art Schizophrenie jener politischen Kräfte, die sich immer noch nicht mit der Tatsache abfinden können, daß das Dritte Reich den Krieg verloren hat, und die sich vorgenommen haben, in einer fiktiven Welt von vorgestern zu leben. Nein, das ist keine Schizophrenie, das ist eine bewußte, mit kalter Berechnung realisierbare Methode. Ihr zugrunde liegt, daß das „deutsche Problem offen bleibt", und jeder Bundesbürger, der dies in Frage stellt, erhebt die Hand gegen die Verfassung. Jegliche Bewegung in Richtung darauf, die Realität der europäischen Grenzen so zu sehen, wie sie ist, wurde zusätzlich noch von den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts blockiert, für das die Einstellung zu den Grenzen von 1937 die Hauptdeterminante der Staatsräson und der staatsrechtlichen Doktrin des westdeutschen Staates ist.

Die Infragestellung dieses Standpunktes durch die Völker Europas stößt in Bonn auf taube Ohren. Wir bekommen laufend die gleiche Antwort zu hören: So steht es in unserer Verfassung, und so wird es vom Verfassungsgericht ausgelegt. Wir können hier nichts machen. Manche fügen hier noch hinzu, daß es ihnen sehr leid täte. Aber sie können wirklich nichts machen...

Da die bundesdeutschen Politiker aber wissen, daß die Völker Europas allergisch auf jegliche territorialen deutschen Ansprüche reagieren, sind sie zu einer Meisterschaft gelangt beim Hantieren mit unklaren, oft unschön klingenden Formeln, hinter denen jedoch stets die gleichen Sehnsüchte nach den Grenzen vor 1937 steckt. Nehmen wir einmal das SPD-Bulletin für sogenannte Heimatver-

triebene und Flüchtlinge – „Selbstbestimmung und Eingliederung" – vom 5. Dezember 1978. Darin finden wir u. a. einen Vermerk über den Vortrag des Generalsekretärs der SPD Egon Bahr an der Universität Georgetown in Washington am 30. November 1978. Herr Bahr hat dort nichts Bemerkenswertes gesagt, er hat das gesagt, was er eigentlich stets sagt. Aber vielleicht sollte man gründlicher den Sinn z. B. folgender Sätze durchdenken, in denen gesagt wird, daß das deutsche Problem, so wie auch die europäische Frage, weiterhin ungelöst bleiben, oder daß nur derjenige, der sich mit der Teilung Europas abgefunden hat, sich auch mit der Teilung Deutschlands abgefunden hat, oder weiter, daß wer auf die deutsche Frage verzichten möchte, auch bereit sein müßte, auf die europäischen Perspektiven zu verzichten.

Diese Sätze sind nur dem Anschein nach unklar. Da nun Herr Bahr nicht an eine Lösung der deutschen Frage, d. h. an eine Wiedervereinigung auf der Basis des Sozialismus denkt, bedeutet dies, daß er diese Wiedervereinigung nur auf der Basis der Ausbreitung des Kapitalismus in Mittel- und Osteuropa sieht mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen, vor allem aber mit dem Aufwerfen des Problems der Grenzen. Egon Bahr wird in Bonn als einer der Bauherren des Systems der sog. Ostverträge angesehen, die die BRD mit den sozialistischen Ländern geschlossen hat. Ist es nun verwunderlich, daß die beabsichtigten Zweideutigkeiten in den Aussagen gerade eines solchen Menschen in der BRD eine innenpolitische Lizitation hervorbringen und diejenigen ermuntern, die öffentlich fordern, die deutschen Grenzen von 1937 „wieder herzustellen"?! Kann man sich angesichts dieser Situation wundern, daß niemand sich in diesem Lande für zuständig betrachtet, die Fragen zu beantworten, die die Verleger von Schulatlanten stellen: Sollen die Grenzen von 1937, die ein Drittel des polnischen Territoriums abschneiden, markiert werden oder nicht? Wenn schon, dann wie? Dabei gibt es in diesem Staat viele kluge, weitsichtig denkende Menschen, aber warum sind diese kaum zu hören?

Ryszard Wojna (Warschau)

„Geschichte – konkrete Anleitung zum Handeln"

So empfiehlt die Zeitschrift der Gewerkschaft HBV ihren Mitgliedern die Neuerscheinung

F. Deppe/G. Fülberth/J. Harrer u. a.
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
Die erste Gesamtdarstellung der deutschen Gewerkschaftsgeschichte in einem Band.
2., verbesserte Auflage, 475 Seiten, DM 12,80.

Stimmen zum vieldiskutierten Buch

Die Leser sollten „das ganze Werk mit der Aufmerksamkeit studieren, die es verdient; das Buch ist so klar geschrieben, daß es für jeden interessierten Gewerkschaftler verständlich ist." **Walter Fabian**

„Das Buch ist nicht nur die einzige neuere umfassende Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern vor allem auch eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung... eines der wichtigsten Bücher der Geschichte der Arbeiterbewegung."
Wolfgang Abendroth

Pahl-Rugenstein

GLOSSE

Werter Herr Kamerad!

Von Bernt Engelmann

„Werter Herr Kamerad!" lautete die Anrede. Mein Zartgefühl hätte mir gebieten müssen, den gewiß nicht für mich bestimmten Brief ungelesen zurück in den Umschlag zu stecken. Doch den hatte ich leider schon vernichtet, und so las ich weiter, was mir der Postbote irrtümlich gebracht hatte: die Einladung zu einem „Kameradschaftstreffen". Den Kameraden wurde ein festlicher Empfang durch Bürgermeister und Landrat, Einmarsch mit Trommelwirbel und großem Geläut aller Kirchenglocken sowie – fast wäre ich vor Neid erblaßt – ein Willkomm von Seiten des Fürstenhauses und „Grußworte aller infragekommenden Spitzenpolitiker" verheißen, *„ganz wie in den vergangenen Jahren"!* Ort dieses verlokkenden Geschehens: Arolsen Kreis Waldeck (Hessen), *„Residenz der Fürsten v. Waldeck-Pyrmont"*; Zeit: 28. April 1979 . . .

Ich erinnere mich, wenn auch nicht gern, an Fürst Josias zu Waldeck, weiland höherer SS- und Polizeiführer im Oberabschnitt Werra-Fulda und Gerichtsherr des KZ Buchenwald. So konnte es mich nicht weiter überraschen, daß es sich bei den Kameraden, die in Arolsen bei Bockwurst und viel Bier ein Wiedersehen feiern wollen, um die früheren Angehörigen einer SS-Panzerdivision handelt. Da es deren Dutzende gab, ist fast jeden Sonntag irgendwo ein solches Treffen, und da hierzulande die Mär geglaubt wird, die Waffen-SS sei ein Teil der Wehrmacht gewesen, pflegt auch die Bundeswehr Abordnungen zu entsenden. Allerdings – ich bin sehr gespannt, ob auch zu diesem Treffen in Arolsen, zwecks Traditionspflege, Offiziere der Bundeswehr delegiert werden. Denn bei den dort sich versammelnden Kameraden handelt es sich um die Veteranen der – „Galgenvögel" genannten – SS-Divison „Totenkopf" des SS-Oberhenkers Theodor Eicke unseligen Angedenkens. Die Division diente zum zeitweisen „Fronteinsatz" jener SS-Leute, denen ansonsten die Bewachung und „Sonderbehandlung" aller KZ-Häftlinge oblag. Man darf also gespannt sein, wer da alles in Arolsen auftauchen wird, zumal der dortige Bürgermeister Dr. Welteke auf Anfrage voll Mitgefühl kundtat, daß „verschiedene frühere Angehörige der Totenkopf-Division hier unter falschem Namen leben".

Mit noch größerer Spannung ist den Grußadressen der „infragekommenden" Spitzenpolitiker entgegenzusehen. Besonders heikel dürfte es für den der CDU von Strauß verordneten Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten werden; normalerweise hat Karl Carstens auch die obskursten Vereine alter und neuer Nazis noch stets mit einer Grußadresse bedacht und ihnen demokratisches Wohlverhalten bescheinigt. Aber ob er sich diesmal traut – so kurz vor dem Wahltermin? Wird er nur „im Geiste mit"marschieren? Dankbarkeit im Herzen, was den kleinen Irrtum meines (fest auf dem Boden der FDGO stehenden) Briefträgers betrifft, harre ich dem Festtag in Arolsen entgegen und wünsche schon jetzt den Kameraden von der 3.SS-Pz.-Division „Galgenvögel" und ihrem Treffen die Aufmerksamkeit, die sie verdienen.

Hintergründe der Entwicklung in Indochina

Von Günter Giesenfeld

„Die Schwierigkeiten, gegen die wir zu kämpfen haben nach 30 Jahren Krieg, sind so groß, daß es jedem böswilligen Beobachter leicht fällt, einige wenige Faktoren zu isolieren und tendenziös zu interpretieren." (Nguyen Khac Vien, 1978))*

I

In der deutschen Geschichte hat es keine direkten Verbindungen oder Konfrontationen gegeben mit jenem Land Vietnam, das ab Ende der 60er Jahre für viele von uns gleichwohl zum Orientierungspunkt der politischen Bewußtseinsbildung wurde. Indem wir für Vietnams Befreiung kämpften, wendeten wir uns gegen die Unterstützung der US-Aggression in Vietnam durch die Bundesregierung, gegen die durch diese Komplizenschaft evidenter gewordene Abhängigkeit von der Großmacht USA und gegen die innenpolitischen Konsequenzen dieser Abhängigkeit. Die Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen den innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen und dem Befreiungskampf gegen den Imperialismus gab der Studentenbewegung ihre Stoßkraft, hielt aber gleichzeitig das Interesse für die konkreten Verhältnisse in Vietnam, soweit sie nicht direkt mit dem US-Krieg zusammenhingen, in relativ engen Grenzen. Dies trifft in besonderem Maße für die Bundesrepublik zu, wo – anders als in der ehemaligen indochinesischen Kolonialmacht Frankreich etwa – die wissenschaftliche oder popularisierende Beschäftigung mit Geschichte, Lebensgewohnheiten und Arbeitsbedingungen dieses südostasiatisch-tropischen Landes, das Interesse für die Religion, Kunst und Kultur seiner Völker längst nicht dem Stand der politischen Identifikation mit dem Befreiungskampf gegen die US-Aggression entsprach. Dies hatte zur Folge, daß Vietnam zum Bezugspunkt für die verschiedensten gesellschaftlich-politischen Idealvorstellungen werden konnte, die sich oft reichlich wenig an den realen Gegebenheiten dieses Landes orientierten. In die Befreiungsbewegung des vietnamesischen Volkes wurde alles an vagen, zum Teil sehr abstrakten Sozialismus-Vorstellungen hineinprojiziert, was im Kontext der politisch-sozialen Entwicklung der westlichen Welt und der Auseinandersetzungen um den realen Sozialismus entwickelt worden war.

Diese für ihre aktiven Träger sehr wichtige idealisierende Komponente der Vietnamsolidarität hat sicher wesentlich zur Stärke der aus ihr entstehenden politischen Bewegung beigetragen. Sie repräsentierte für den einzelnen En-

*) In einem Interview mit dem französischen Historiker Charles Fourniau, erschienen als Broschüre unter dem Titel „Vietnam 78", Hanoi 1978, S. 41.

gagierten deren internationalistischen Bezug und Kern. Neben der überragenden Figur Ho Chi Minhs, seinen Schriften und seiner Politik war es vor allem ein Grundzug der Politik der vietnamesischen Revolution, der auf viele fortschrittliche und sich als links verstehende Kräfte in der Bundesrepublik einen besonderen Reiz ausübte: die immer wieder betonte und strikt eingehaltene Neutralität der vietnamesischen Führung in Bezug auf den Konflikt zwischen der VR China und der UdSSR. Im Zusammengehen dieser beiden Identifikationselemente zitiert man heute in schmerzlicher Erinnerung an bessere Zeiten die Worte aus Ho Chi Minhs Testament: „Je mehr Stolz ich empfinde, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung anwachsen zu sehen, umso mehr leide ich unter den Meinungsverschiedenheiten, die gegenwärtig die Bruderparteien voneinander trennen." [1])

Aber spätestens seit dem Überfall chinesischer Truppen auf vietnamesisches Gebiet, seit dieser „Strafaktion" der Pekinger Führung, die sich damit in die Tradition des „Weltgendarmen", an die Seite der USA stellt, ist die Hoffnung in weite Ferne gerückt, „daß die Bruderparteien und Bruderländer sich wieder einigen werden" [2]). Die militärischen Aktionen der Führer der VR China machen, wie schon die vorher erfolgten politischen, endgültig klar, daß die Großmacht im Norden, einst das Hinterland der vietnamesischen Revolution, offenbar bereit ist, das ehemalige „Brudervolk" ihrer aus der Feindschaft gegen die UdSSR geborenen „Öffnung gegenüber dem Westen" zu opfern.

Den Freunden Vietnams erscheinen die Konsequenzen dieses Vorgangs einer Umorientierung in der Führung Chinas ungeheuerlich und das damit erzwungene Umdenken vielen als unendlich schwierig, eben weil sie es, vor allem nach dem Sieg der Revolutionäre 1975 in ganz Indochina, versäumt haben, sich nun auch entsprechend intensiv mit den Realitäten und Bedingungen der weiteren Entwicklung zu beschäftigen. Mehr noch als früher konnten, angesichts unserer eigenen relativen Interesselosigkeit, die Medien in unserem Lande verschweigen und verfälschen, was in Vietnam geschah, und unsere Desinformiertheit, jetzt nicht mehr so stark relativiert durch die Bereitschaft zum Helfen und Schwärmen, war so gravierend geworden[3]), daß die nach und nach unausweichliche Erkenntnis, in Sachen Kampuchea und in Sachen China umdenken zu müssen, für viele in vollkommene Ratlosigkeit mündete. Hatten sich nicht die von uns für falsch gehaltenen Meldungen über Massaker in Kampuchea als richtig herausgestellt? Konnte man dann den Verlautbarungen der Vietnamesen – deren Glaubwürdigkeit uns seinerzeit die Veröffentlichung der „pentagon-papers" so eindrucksvoll bestätigt hatte – noch Vertrauen schenken, wenn die chinesischen ihnen, im selben kategorischen Ton, widersprachen?

Manchem Intellektuellen schlug die Ratlosigkeit in unfreiwilligen oder bewußten[4]) Zynismus um. Die Freunde Vietnams müssen sich nun, wo Freund

1) Ho Chi Minh, Loi Di Chuc, Testament, o.O., o.J., S. 22.
2) Ebd.
3) In der Bundesrepublik ist m.W. seit 1976 kein Buch mehr über Vietnam erschienen!
4) Z. B. Claus Martinot: „Vietnam? Heute ein Satellit der Moskowiter, zynisch und machtbesessen, aggressiv, weil von inneren Schwierigkeiten gebeutelt. Was bleibt? Rückzug ins Private? Alles Scheiße?" in: „avanti", 2/1979.

und Feind relativ weit weg liegen, mehr als bisher um richtige und umfassende Informationen bemühen[5]), damit eine neue Form der Solidarität, bei der es nicht mehr vorrangig um die Einbringung eigener Kampfziele in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung hier geht, entstehen kann. Das bedeutet nicht, daß ein solcher realistischerer Internationalismus nicht auch, in wesentlicher Weise und langfristig, unsere eigenen Interessen berührt.

II

Zwei Begleitumstände des großen Sieges von 1975 waren es besonders, die unsere hohen Erwartungen in die politische und moralische Überlegenheit der wahren Repräsentanten und Führer des vietnamesischen Volkes bestätigten und zugleich die Beruhigung darüber vertieften, daß nun der Aufbau seinen ungestörten und unaufhaltsamen Gang gehen würde: der überraschend schnelle totale militärische Sieg der Truppen der Nationalen Befreiungsfront (FNL) und der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), sowie die darauffolgende „Politik der Versöhnung", die die Revolutionäre immer angekündigt hatten und nun tatsächlich durchführten – der in der Weltgeschichte wohl einmalige Versuch, die durch den militärischen Sieg errungene Macht[6]) nicht durch Repression und Rache, sondern durch Aufklärung und Überzeugung politisch zu sichern, den besiegten Feind, der zwar „in sich zusammengebrochen, aber immer noch da war"[7]), nicht zu bestrafen, sondern zur Mitarbeit zu bewegen. Dieser Versuch mußte auf vielfältige Schwierigkeiten stoßen; seine Verwirklichung war, auch wenn keinerlei äußere Einwirkung sie behindern würde, ein langwieriges, risikoreiches und für die Sieger mit Opfern verbundenes Unterfangen. Sicher konnten sich die Revolutionäre dabei auf die Unterstützung sehr großer Teile der Bevölkerung verlassen. Aber gerade ihre Absicht, die skeptisch Abwartenden nicht einfach mit Gewalt zu Loyalität und Mitarbeit zu zwingen, oder die vorhandenen oppositionellen Kräfte und Tendenzen nicht einfach auszuschalten, gab eben diesen Teilen der Bevölkerung relativ große Möglichkeiten für passiven und auch aktiven Widerstand. Es mußte verhindert werden, daß er sich entfalten konnte, aber ohne Einsatz, in größerem Umfange, der militärischen Gewalt. „Wir haben die nötigen Mittel dazu", sagt ein hoher Repräsentant der Befreiungsfront 1975[8]). „Aber wir müssen so handeln, daß diese Mittel erst gar nicht zum Einsatz kommen; je sicherer man die Instrumente der Gewalt in Händen hat, umso geschmeidiger muß man sich zeigen beim Brechen klassenmäßigen Widerstandes".

Die „Politik der Versöhnung" zielte auf die Eroberung der Herzen der Menschen, sie war deshalb das wichtigste Instrument für das Gelingen der Aufbauarbeit, auch im materiellen Sinn. Denn die dazu notwendigen außergewöhnlichen Anstrengungen konnten nur erbracht werden, wenn jene, die

---

5) Was von der seit bald drei Jahren bestehenden „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam" versucht wird, u.a. durch die Herausgabe der Zeitschrift „Vietnam Kurier" (Redaktionsanschrift: Duisburger Str. 46, 4 Düsseldorf).
6) Der militärische Sieg wurde allerdings vorbereitet durch die jeweiligen örtlichen Widerstandsgruppen, was wesentlich zur Vermeidung von Blutvergießen und Sabotage beitrug.
7) Premierminister Huynh Van Phat, in: Wilfred Burchett, Vietnam. un + un = un, Paris 1977, S. 258.
8) In: Alain Wasmes, Vietnam. La peau du pachyderme, Paris 1976, S. 145.

Kräfte vermehrende Begeisterung, mit der der Sieg errungen worden war, nun auf die gesamte Bevölkerung übertragen werden konnte.

Als ein erster, solche Anstrengungen behindernder Faktor erwies sich paradoxerweise schon der unerwartet schnelle Erfolg der letzten entscheidenden Schlacht, die den Namen „Kampagne Ho Chi Minh" trug. „Thieu ist überrascht. Aber Van Tien Dung und seine Freunde auch. Sie hatten sich auf eine Offensive eingerichtet, die zwei Jahre dauern sollte, und nun war der Plan in (. . .) zwei Monaten verwirklicht worden"[9]). Mag auch die Vermutung eines Beobachters übertrieben erscheinen, der sich fragt, „ob Thieu nicht, indem er die Hypothese einer Übergangsregelung unmöglich machte, indem er ihnen einen totalen und vorzeitigen Sieg darbot, seinen Gegnern ein vergiftetes Geschenk gemacht hat: denn so mußten sie, ohne recht darauf vorbereitet zu sein, die schreckliche Last auf sich nehmen, die Saigon war und lange Zeit sein würde"[10]), so wird sie doch in ihrer Tendenz bestätigt durch die Worte des Premierministers Huynh Van Phat: „. . . wir hatten nicht genügend Zeit, um uns auf die nötigen Basisorganisationen in den Städten stützen zu können. Wir hatten eine Avantgarde in der Arbeiterklasse[11]), aber keine breit gestreute Organisation"[12]).

Denn „die FNL hatte seit ihrer Gründung eine langfristige Politik ausgearbeitet, die eine Verhandlungslösung erleichtern sollte, gegründet auf der nationalen Einheit sollte auch ihren Gegnern eine Stimme bei der Regelung nationaler Angelegenheiten zukommen. Sie ging von einer nichtsozialistischen Politik im Süden aus (. . .), die Opfer, was den revolutionären Fortschritt betraf, vorsah (. . .), um dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten und den Frieden herzustellen"[13]). Auch die Amerikaner bereiteten sich zunächst auf eine solche Übergangsphase vor; „während die Pariser Verhandlungsdelegationen sich um die ‚Form des Verhandlungstisches' stritten, erarbeiteten amerikanische Experten die Pläne für ein Nachkriegs-‚Wirtschaftswunder'", das vor der Bevölkerung des Südens in Konkurrenz zu den Leistungen der an der Regierung beteiligten FNL treten sollte.[14])

Doch durch die harte „Alles oder Nichts"-Politik der US-Regierung, sowie durch die hysterischen Aktionen und Reaktionen ihres Schützlings Thieu, kam es anders, mußten die nordvietnamesischen und Befreiungsstreitkräfte sofort und allein die Staatsmacht ausüben[15]), war die „Partei der Werktätigen" gezwungen, nicht nur im politischen, sondern sogar im ökonomischen

9) „Le Monde", v. 30. 4. 1976.
10) Jean et Simonne Lacouture, Vietnam. Voyage à travers une victoire, Paris 1976, S. 43.
11) Diese hatte einen wesentlichen Anteil an der Verhinderung von Sabotageakten und schon vor dem Einmarsch der Truppen sämtliche wichtigen Anlagen der Stadt in ihre Gewalt gebracht hatte.
12) Huynh Van Phat, a.a.O.
13) Wilfred Burchett, a.a.O., S. 267.
14) Wilfred Burchett, a.a.O., S. 267.
15) Nachdem die „dritte Kraft" sich selbst aufgelöst hatte: „Ich glaube, man sollte nicht mehr von der ‚dritten Kraft' reden. Wir haben ein wenig dazu beigetragen, den militärischen Kampf zu mäßigen und eine Funktion der Versöhnung auszuüben. Die dritte Kraft hat keine eigene politische Position. Sie repräsentierte nur ein Volk, das die Wiedervereinigung des Landes ohne Kampf wollte." So sieht es einer ihrer Vertreter, Ly Qui Chung, in: Jean Louis Arnaud, Saigon. D'un Vietnam à l'autre, Paris 1977. S. 251.

Bereich[16]) sehr viel mehr Leitungsfunktionen zu übernehmen, als geplant war. Dies führte zu Ungeschicklichkeiten[17]), die von westlichen Beobachtern entsprechend arrogant kommentiert wurden[18]).

Aber auch ohne diesen Mangel an Vorbereitung wären die in der Situation des Südens angelegten Schwierigkeiten nicht ausgeblieben. Es soll hier nicht so sehr die Rede sein von den direkten Kriegszerstörungen, von der Überfüllung der Städte, von den Hunderttausenden von Arbeitslosen, Drogensüchtigen, Prostituierten. Auch nicht von den Naturkatastrophen, die das Land im Norden und im Süden so heftig wie seit Jahrzehnten nicht heimgesucht hatten – dies alles sind Faktoren, die die Aufbauarbeit unendlich erschwert haben. Aber sie sind selbst in der Bundesrepublik relativ bekannt, weshalb auf dem beschränkt zur Verfügung stehenden Raum hier eher auf solche Probleme eingegangen werden soll, die einerseits weniger bewußt sind, andererseits aber gerade die Bereiche betreffen, in denen die hier zur Debatte stehenden Folgen der Politik der Pekinger Führung auch innenpolitisch, schon lange vor der militärischen Agression im Norden des Landes, zur Auswirkung kamen.

Traditionell ist der Süden Vietnams, bezogen auf das ganze vereinigte Land, das reichere und fruchtbarere Gebiet und normalerweise durchaus imstande, den Norden zum Teil mit zu ernähren. In den 21 Jahren, in denen beide Landeshälften voneinander politisch und ökonomisch getrennt waren, hatte sich der Norden unter sehr großen Anstrengungen soweit entwickelt, daß er sich fast selbst ernähren konnte. „In keinem Land ist eine Landreform so gelungen wie in Nordvietnam, eine vollständige Neugliederung des Bodens, eine beispielhafte Bewässerungstechnik. Der Norden (. . .) hat es fertiggebracht, mehr als 20 Millionen Einwohner zu ernähren"[19]). Im Süden dagegen war die Landwirtschaft durch die Kriegseinwirkung, durch eine unökonomische Landreform Thieus, sowie durch den Rekurs auf die stets fließende Quelle der US-Wirtschaftshilfe, trotz wesentlich fruchtbareren Bodens, in einem so heruntergekommenen Zustand, daß der befreite und von den Getreidelieferungen aus den USA abgeschnittene Süden vom Norden durch Lebensmittellieferungen unterstützt werden mußte. Um drohenden Hungersnöten zu entgehen war eine umfassende Rekultivierung der durch Bombenkrater oder chemische Verseuchung unfruchtbar gemachten Gebiete nötig, vor allem im „Gürtel um Saigon", dem traditionellen Anbaugebiet für die Ernährung der Großstadt. Gleichzeitig sollte dabei die kollektive Anbauweise, mit der im Norden so große Erfolge errungen worden waren[20]), auch im Süden schrittweise eingeführt werden.

16) Es waren überraschenderweise viele Fabrikbesitzer geflohen und hatten ihren Besitz einfach zurückgelassen.
17) Ein Vertreter der FNL dazu: „Wir sind ein wenig ungeschickt vielleicht bei unserer Art, die Macht auszuüben. (. . .) Aber ist unsere Ungeschicklichkeit selbst nicht auch eine gewisse Tugend? Denn die Bevölkerung kann leicht feststellen, daß wir ehrlich sind, selbst dann wenn wir Fehler machen." Tran Bach Dang, in: Wilfred Burchett, a.a.O., S. 288.
18) Allen voran, in der Bundesrepublik: „Der Spiegel".
19) So die Aussage eines UNO-Experten, in: Jean et Simonne Lacouture, a.a.O., S. 192f.
20) Bei deren Einführung, in gewisser Nachahmung des chinesischen Vorbilds vom „großen Sprung", großer Zwang ausgeübt wurde. Auch in Vermeidung solcher Fehler wurde im Süden die „Politik der Versöhnung" ausgearbeitet.

Dies war äußerst harte Arbeit, und wenn auch die ersten Schritte in die „neuen Wirtschaftszonen" durch die Armee und die Jugendorganisation „Ho Chi Minh" vorbereitet wurde, so mußte sie doch im wesentlichen von der Bevölkerung des Südens selbst in Angriff genommen werden. Das heißt, daß die Politik der „Gewinnung der Herzen der Menschen" den konkreten Erfolg haben mußte, daß Menschen aus der Stadt aufs Land gingen. Bei dem Versuch, dies zunächst auf freiwilliger Basis zu erreichen, stieß die Regierung sehr schnell auf Vorbehalte und Widerstände, die klar machten, daß die Zeit des US-Neokolonialismus an der Bevölkerung des Südens nicht spurlos vorübergegangen war.

Wenn man auch alle Thesen vom angeblichen „Sieg des Nordens über den Süden" als falsch zurückweisen muß, so bleibt doch festzustellen, daß bei der Wiedervereinigung auch eine Konfrontation zweier verschiedener Gesellschaftsformen mit ihren soziologisch-psychologischen Konflikten stattgefunden hat. Im Süden war vorher schon ein Auflösungsprozeß von alten traditionellen Formen des gesellschaftlichen, dörflichen und familiären Zusammenhangs mit Gewalt in Gang gesetzt, aber auch eine kapitalistisch-bürgerliche Ordnung nicht eingeführt worden, oder das, was davon bestand, war 1975 in voller Auflösung begriffen. „Mit dem Verschwinden der Amerikaner wird diese Auflösung der Gesellschaft noch stärker. Mit oberflächlicher Prosperität konnten diese Wunden versteckt werden, jetzt, mit der Krise, brechen sie auf. Bedürfnisse sind geweckt worden, die nur durch Banditentum, Betteln oder Totschlag befriedigt werden können . . . Das hat den Wert eines menschlichen Lebens in Saigon sehr gering gemacht. (. . .) Eine ganze Gesellschaft ist praktisch schizophren geworden."[21]) Aber auch in ländlichem oder proletarischem Milieu erwuchs oft aus einem unausbleiblichen Schuldkomplex, unter den „Marionetten" gelebt zu haben[22]), ein gewisser Vorbehalt gegenüber einer vermeintlichen Bevormundung aus dem Norden: „Alles, was die Südvietnamesen zu ihren Gunsten aufzählen konnten, ihre Ausbildung und Fähigkeiten auf technischem und geschäftlichem Gebiet, in der Industrie, das alles schien nicht zu zählen, wenn die Revolutionäre ihre kollektiven Kriegsanstrengungen, die materielle und moralische Mobilisierung ihrer Bevölkerung in die Waagschale warfen, diesen Sieg, der noch großartiger war als der von Tan Quoc Tuan, der 1288 die Mongolen endgültig aus dem Lande vertrieb."[23]) Widerstand gegen Maßnahmen der Kollektivisierung im Mekong-Delta[24]) und gegen die Einführung neuer Anbaumethoden, die eine mehrmalige Ernte erlaubten (wie im Norden), Nachlassen der Bereitschaft, die Stadt freiwillig zu verlassen, wurden spürbar, die Regierung mußte zu gewissen Maßnahmen des Zwangs greifen. „In der Führung der sozialistischen Gesellschaft wendet unser Staat gleichzeitig die Methode der Überzeugung und des Zwangs an, die einander, richtig und auf wissenschaftlicher Basis angewendet, ergänzen. Man muß den Zwang ausüben, um die Wirkungen der Überzeugung anzu-

21) Alain Wasmes, a.a.O., S. 126.
22) Ein Schimpfwort, das die Militärverwaltung von Saigon bald offiziell verbot.
23) Jean Louis Arnaud, a.a.O., S. 284.
24) Über die die Parteizeitung „Nhan Dan" am 8. und 11. 12. 1975 berichtete.

wenden und zu verstärken".[25]) Dies bedeutet nicht eine Aufgabe der „Politik der Versöhnung", denn der Zwang soll nur angewendet werden gegen „reaktionäre Elemente des alten Regimes (. . .) die sich nicht überzeugen lassen"[26]), was soviel heißt wie: die nicht die Notwendigkeiten der angespannten Lage einsehen wollen und sich dem gemeinsamen Engagement für den Aufbau widersetzen, einem Engagement, das für das Land zunehmend zu einer Überlebensnotwendigkeit wurde.

III

„Politik der Versöhnung" – das bedeutete im konkreten Fall Südvietnam also auch, daß der Wille, das befreite Volk zu einem wirklich freien zu machen, in Einklang gebracht werden mußte mit der Lösung derjenigen dringendsten Aufgaben, von der das einfache Leben, die Ernährung und Unterbringung dieses Volkes abhing. Hier fand diese Politik ihre natürliche Grenze. Die Geschichte dieser überaus schwierigen, von vielen äußeren Einflüssen zudem stark beeinträchtigten[27]) Anstrengung, immer wieder die beiden voneinander abhängigen Elemente „Aufbau" und „Befreiung" im günstigsten Gleichgewicht zu halten, wird noch geschrieben werden müssen.

In unserem Zusammenhang ist nun die Feststellung zu treffen und zu erläutern, daß die VR China schon früh auf verschiedene Weise in diesen empfindlichen Prozeß störend eingegriffen hat, den wir etwas ausführlicher beschreiben mußten, um klar werden zu lassen, daß diese Eingriffe nicht weniger gefährlich für Vietnam waren als die gegenwärtig noch begrenzte militärische Invasion.

Die unter weltweitem Echo Mitte 1978 von Peking eröffnete Kampagne gegen Vietnam mit dem Vorwurf, die Regierung würde in Vietnam die dort lebenden „Auslandschinesen"[28]) verfolgen und vertreiben, hatte zunächst vor allem den Zweck, Vietnams hohem Ansehen in der internationalen progressiven Öffentlichkeit zu schaden. Aber schon ehe die Hoas[29]) massenweise begannen, nach China auszuwandern[30]) – in der Hoffnung, über die versprochene Vermittlung der Regierung der VR China leichter in ihre eigentlichen westlichen Zielländer zu gelangen –, hatte Peking die gegen die Regierung und ihre Politik gerichteten Aktivitäten bestimmter Gruppen unter ihnen unterstützt.

Die Hoas hatten im Süden vor der Befreiung eine ähnliche ökonomische und politische Position inne, wie dies noch heute in anderen Ländern Südostasiens der Fall ist[31]). Diese Position läßt sich für Südvietnam konkret so beschreiben:

---

25) In: Theoretisches Organ der Partei „Hoc Tap" („Studien"), 2/1976, zit. nach: Jean et Simonne Lacouture, a.a.O., S. 218.
26) Ebd.
27) In diesem Zusammenhang sei nochmals auf die Überschwemmungskatastrophen, vor allem im Herbst 1978, hingewiesen.
28) So der offizielle, aber unkorrekte Terminus der chinesischen Regierung. Es handelt sich in der übergroßen Mehrzahl um vietnamesische Bürger chinesischer Abstammung, die aber z.T. schon seit Generationen in Vietnam leben.
29) So die offizielle Bezeichnung in Vietnam.
30) Woran sie, auch wenn dies illegal geschah, von den vietnamesischen Behörden nicht gehindert wurden.
31) Z.B. in Thailand, Indonesien, Malaysia usw.

„Im Süden ist der Chinese der Schlußstein im Gewölbe des Reisumlaufs. (. . .) Der Chinese finanziert den Bauern, indem er ihm den Reis gegen Geld abkauft (was diesem ermöglicht, sich dafür Samen, Dünger, Insektenvertilgungsmittel zu erwerben); er verfügt über die Boote und Frachtkähne für den Transport, die Anlagen zum Schälen, die Lagerhäuser zum Lagern. In diesem Kreislauf ist der Bauer nur der Produzent und der Konsument. Alle Zwischenstadien der Bearbeitung und der Kommerzialisierung sind in Händen der chinesischen Händler, für die jede Operation einen Gewinn bedeutet. Ob er nun an den Verbraucher oder an den Staat oder ins Ausland verkauft, er ist in jedem Fall der Verteiler und der Beherrscher des Marktes. Und, natürlich, der Spekulateur."[32]) Dieser Zustand wurde von der neuen Regierung zunächst nicht verändert: „Wir rufen die nationalen Kapitalisten, die zuvor durch die ausländische Konkurrenz behindert waren, auf, alle ihre Fähigkeiten und ihren Eifer in den Dienst der großen Aufgaben der Nation zu stellen", so rief am 2. September 1975 Pham Van Dong den Mittel- und Kleinhändlern zu[33]). Zuvor waren allerdings die Großverdiener und Spekulateure, soweit sie nicht das Weite gesucht hatten, entmachtet worden, so etwa der „Textilkönig" La Nghia, oder der „Reiskönig" Ma Hi, dessen Vermögen auf 300 Millionen Dollar geschätzt wurde. Bei ihnen hatte man Lagerbestände an lebenswichtigen Waren entdeckt, die so umfangreich waren, daß man mit ihnen die meisten der drohenden Engpässe kurz nach der Machtübernahme vermeiden konnte. Die kleinen „nationalen" Kapitalisten, eine Art Kompradoren-Bourgeoisie, die früher „für die Interessen der USA und Taiwans arbeiteten"[34]) und jetzt immer noch für die eigene Tasche wirtschafteten, blieben zunächst unbehelligt, während die Regierung versuchte, unabhängig von ihnen einen eigenen staatlichen Handel aufzubauen. Dies scheint nicht im gewünschten Maß Erfolg gehabt zu haben, denn Anfang 1978 verfügte die Regierung schließlich die Verstaatlichung des Handels und nahm damit der Kompradorenklasse die Möglichkeit, weiterhin den Markt zu beherrschen.[35])

Wahrscheinlich hat zu dieser Maßnahme auch die Tatsache beigetragen, daß diese Hoas sich nicht nur auf dem ökonomischen Sektor den notwendigen Maßnahmen widersetzten, sondern auch eine zunehmend aggressive politische Opposition bildeten – und dabei vor allem von Peking unterstützt wurden. Ihre ökonomischen Positionen, ihre hochgradige Organisiertheit hatten sie zu einer „regelrechten Gegenmacht"[36]) werden lassen, die aus ihrer Gegnerschaft gegen die neue Regierung keinen Hehl machte. „Die sino-vietnamesische Welt Cholons beobachtet, wie eine Eule mit ihrem starren Blick, die triumphierende Revolution. Sie schickt ihre sonntäglich gekleideten Kinder zu den Zeremonien. Sie zahlt ihre Abgaben. Sie wartet auf ihre Stunde, nicht ohne, im Hinterzimmer, die fertig gepackten Koffer stehen zu haben."[37]) Die Hoas organisieren sich in politisch-religiösen Vereinigungen und „Bruder-

32) Jean et Simonne Lacouture, a.a.O., S. 194f.
33) Wilfred Burchett, a.a.O., S. 246.
34) Ebd., S. 248.
35) Was nicht bedeutet: Enteignet! Sie wurden für ihr Eigentum und Vermögen entschädigt, konnten aber über den Ertrag, der auf einer Bank deponiert wurde, nur in Raten verfügen.
36) Jean et Simonne Lacouture, a.a.O., S. 102.
37) Ebd.

schaften", deren Namen der jeweiligen politischen Konjunktur Rechnung tragen[38]). Sie haben keine Skrupel bei der Wahl ihrer jeweiligen Bezugspunkte außerhalb des Landes: „Wie viele von ihnen haben mindestens zwei Pässe, so wie sie lange Zeit in ihren Verkaufsläden zwei Portraits aufgehängt hatten: das von Mao und das von Tschang?"[39]) Die Wendung der Politik der Pekinger Führung hatte es ihnen schon lange ermöglicht, sich dorthin zu orientieren. Und nach 1975 konnten sie dieser Unterstützung schon so sicher sein, daß in Cholon am Tage der Befreiung überall nur chinesische Fahnen zu sehen waren, keine der Befreiungsfront Vietnams.[40])

In diesen Kreisen Cholons, wie übrigens auch in anderen, antikommunistisch bis reaktionär gesinnten Schichten der Südbevölkerung, war die Hoffnung auf die Hilfe der VR China in einem eventuellen Kampf gegen die neue Regierung so verbreitet, daß europäische Journalisten mit entsprechender Einstellung darüber wie über eine Selbstverständlichkeit berichteten. Ein eventueller, unter der Führung ehemaliger Thieu-Truppen stehender Widerstand „gegen Hanoi" werde sicher von außen Hilfe erhalten, und das könne nur von den USA oder der VR China kommen. „Daß Maos China antikommunistische Rebellen unterstützt, kann niemand überraschen. Peking erlaubt sich keine Gefühle. Eigentlich hätte es die amerikanische Präsenz in Südvietnam vorgezogen einer, wie man es dort sieht, Ausdehnung des Moskauer Einflusses – aber falsch sieht, wenn man an die Eifersucht Hanois auf seine Unabhängigkeit denkt."[41])

Als die vietnamesische Regierung sich gegen die Machenschaften solcher Gruppen, die immer mehr die Funktion einer „Fünften Kolonne"[42]) Pekings übernahmen, zur Wehr setzte, startete man dort die „Operation Nanquao"[43]). Durch entsprechende Gerüchte wurden wahrscheinlich nicht die eigentlichen Kompradoren des Südens – die versuchten, lieber direkt in ein westliches Land zu gelangen – sondern Teile des chinesischen und vietnamesischen Kleinbürgertums und Elendsproletariats zum großen Marsch nach Norden aufgestachelt. So ganz unglaubwürdig waren ja wohl diese Gerüchte nicht, wenn man bedenkt, daß darunter auch das vom Krieg Chinas gegen Vietnam war[44]). Diese ca. 160 000 ängstlichen irregeführten Betrogenen benutzte die Pekinger Führung dann in einer Reihe von abenteuerlichen propagandistischen und diplomatischen Maßnahmen[45]) skrupellos einzig und

38) So z. B. „Assoziation patriotischer chinesischer Studenten", oder dann, später: „Marxistisch-leninistische Jugendunion" Angaben in: The Hoa in Vietnam Dossier II, Hanoi 1978, S. 82.
39) Unter den Pässen befand sich mindestens ein vietnamesischer und ein chinesischer Paß, die je nach Vorteil benutzt wurden. Es wurde beobachtet, daß die chinesische Botschaft, gegen alle Vereinbarungen, noch nach 1975 neue Pässe ausgegeben hat.
40) Vgl. Pierre Darcourt, Vietnam, qu'as-tu fait de tes fils?, Paris 1975, S. 260.
41) Brigitte Friang (Schwester des letzten französischen Botschafters in Saigon), La mousson de la liberté, Paris 1976, S. 86f. Das Buch trägt den bezeichnenden Untertitel: Vom Kolonialismus zum Stalinismus.
42) Diesen Ausdruck benutzt Vu Can in: The Hoa in Vietnam Dossier II, a.a.O., S. 22.
43) „Nanquao" ist das chinesische Wort für „Verfolgte Auslandschinesen".
44) Ein Gerücht das schon vor der Befreiung im Süden von der CIA verbreitet worden war. Vgl. Tiziano Terzani, Und siehe, die Vietcong waren Menschen, in: Böries Gallasch (Hrsg.), Ho Chi Minh Stadt, Hamburg 1975, S. 82.
45) Ein Beispiel ist die eigenmächtige Entsendung von Schiffen durch die Pekinger Führung, die „verfolgte Auslandschinesen" in Vietnam abholen sollten. Vietnam stimmte dieser Maßnahme, um Verwicklungen zu vermeiden, nachträglich zu. Aber die chinesische Seite lehnte darauf Dutzende von Vorschlägen, die die vietnamesische Seite machte zur Abwicklung der Übernahme der Ausreisewilligen, ab und schließlich fuhren die Schiffe unverrichteter Dinge wieder zurück. Xuan Thuy schildert das Ganze ausführlich und anschaulich in Dossier Kampuchéa II, Hanoi 1978, S. 137f.

allein dazu, der vietnamesischen Regierung möglichst viele Schwierigkeiten zu machen – nachdem der Versuch, den Aufbau im Süden zu sabotieren, offenbar mißlungen war. Außerdem nahmen man die weidlich aufgebauschte[46]) Flüchtlingsbewegung der Hoas zum vorgeschobenen Anlaß, bereits beschlossene und zum Teil durchgeführte Maßnahmen, wie die völlige Einstellung der Wiederaufbauhilfe, nun zu vollenden.

IV

Als Peter Weiss in einem viel gedruckten und gelesenen Zeitungsartikel die Hintergründe des Konflikts zwischen Vietnam und Kampuchea zu erklären versuchte, glaubte die Redaktion der „Frankfurter Rundschau" den (doch etwas naiven?) Dichter und seine Leser darauf hinweisen zu müssen, daß „uralte Konflikte" aus tausendjähriger Geschichte nicht durch die Gründung einer revolutionären Partei außer Kraft gesetzt werden könnten[47]). Nun ist es richtig, daß es zwischen Vietnam und Kampuchea seit dem Mittelalter und bis in das 19. Jahrhundert hinein Auseinandersetzungen um Territorien gibt, und daß die jeweiligen Herrscher (und Kolonialherren) stets den nationalistischen Haß auf den jeweiligen Nachbarn dann systematisch geweckt und genutzt haben, wenn sie ihn für einen neuen Feldzug brauchten, der ihren, nicht den Interessen des Volkes diente. Deshalb erfolgte parallel zu solchen Perioden der chauvinistischen Indoktrination immer auch eine besonders starke Repression dem Volk gegenüber, vor allem dann, wenn es sich aktiv für sein Bedürfnis nach einem ruhigen friedlichen Leben ohne Streit mit dem Nachbarn einsetzte. Freilich wird die Erweckung solchen Hasses leichter und die Erkenntnis seiner grundsätzlichen Falschheit schwerer, je öfter und länger er schon erweckt und unterhalten wurde. „Wie in allen Klassengesellschaften gibt es hier eine doppelte Tradition, die der herrschenden Klassen und die der Völker."[47a])

Gemäß dieser Maxime rechnen es sich die Völker Indochinas und ihre revolutionären Führer deshalb zu Recht als ein säkulares Verdienst an, daß sie ihren Befreiungskampf verknüpft haben mit dem Beginn einer Tradition der Solidarität und Freundschaft zwischen den drei Nationen. Der erste Staatsschef des seit Jahrhunderten zum ersten Mal unabhängigen Kampucheas, Prinz Norodom Sihanouk, ist selbst früher einmal ein Förderer dieser Freundschaft gewesen: auf seine Initiative kam die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker zustande (1970), auf der einhellig beschlossen wurde, „in dieser Stunde[48]) die Solidarität zu verstärken, (...) und aus Indochina eine Zone der Unabhängigkeit und des Friedens zu machen, in Übereinstimmung mit den Wünschen der Völker der drei Länder und im Interesse des Friedens in Südostasien und in der Welt."[49]) – eine Politik, die die Regierung Vietnams heute

46) Wenn man bedenkt, daß Vietnam zur selben Zeit die doppelte Menge an Flüchtlingen aus Kampuchea aufnehmen mußte.
47) „Frankfurter Rundschau" v. 29. 11. 1978.
47a) Nguyen Khac Vien, in dem eingangs bereits zitierten Interview mit dem französischen Historiker Chartes Fourniau („Vietnam 78", Hanoi 1978, S. 41).
48) Sihanouk war gerade in Abwesenheit von Lon Nol gestürzt worden.
49) Zit. in: Le conflit Vietnam Kampuchea (historique), Hanoi 1979, S. 6.

noch verfolgt. Diese Konferenz war ein erster Höhepunkt in einer Tradition der Solidarität und Freundschaft zwischen den Völkern Indochinas. Besonders die Führer des vietnamesischen und kampucheanischen Widerstandes setzten in der Folge diese Solidarität in die gegenseitige Unterstützung des Befreiungskampfes um, „vereint wie ein Volk"[50]).

In einem Brief von Pol Pot an Le Duc Tho heißt es: „In aller Aufrichtigkeit und aus tiefstem Herzen kann ich Ihnen versichern, daß ich unter welchen Umständen auch immer, der Linie der großen Solidarität und großen brüderlichen und revolutionären Freundschaft zwischen Kampuchea und Vietnam treu bleiben werde, welche auch immer die Schwierigkeiten und Widrigkeiten sein mögen".[51]) Nach ihrer Machtübernahme 1975 haben dann die Führer des „demokratischen Kampuchea" innerhalb von zwei Jahren ihre Meinung so radikal geändert, daß Vietnam für sie zum „Feind Nr. 1" geworden war, der in allen Veröffentlichungen stereotyp nur als „der vietnamesische Feind, Räuber von Territorien" bezeichnet wurde. Und am 10. Mai 1978 hieß es in einer Sendung von Radio Phnom Penh wörtlich: „Bis jetzt haben wir unser Ziel: ‚einen für dreißig'erreicht, das heißt 30 Vietnamesen getötet für einen Kampucheaner. . . Es würde also reichen, 2 Millionen Kampucheaner zu opfern, um die 50 Millionen Vietnamesen auszurotten – und uns blieben noch immer 6 Millionen. . ."[52]).

Es ist hier leider nicht Raum genug, den wichtigen und aufschlußreichen Entwicklungen innerhalb der kampucheanischen Widerstandsbewegung nachzugehen, die auch eine teilweise Erklärung für diesen dramatischen Umschwung darstellen. Dieser Widerstand, von dem der durch Sihanouk geprägte Ausdruck „Rote Khmer" nur einen Teil bezeichnet, ist jünger, schwächer, weniger verankert und komplexer zusammengesetzt als der vietnamesische. Er besitzt weniger Kampferfahrung, hat keine Praxis in der Staatsführung und war immer auf die theoretische, technische und militärische Hilfe Vietnams angewiesen[53]). Innerhalb der kampucheanischen Widerstandsbewegung hat der Konflikt zwischen der VR China und der UdSSR stets eine relative große Rolle gespielt und zu Auseinandersetzungen geführt. Die Pekinger Führung hat offenbar nach 1975 den prochinesischen Fraktionen der „roten Khmer" entscheidend dazu verholfen, daß sie ihre Rivalen bis Ende 1976 ausschalten, massakrieren oder verjagen konnten. Von da an eskalierte die Feindschaft zu Vietnam gleichzeitig mit einer unvorstellbaren Unterdrükkung im eigenen Land. Im Namen einer „schmerzhaften Karikatur maoistischer Exzesse"[54]) opferte das Regime Pol Pot/Ieng Sary etwa zei Millionen Menschen seinem Bestreben, an der Macht zu bleiben.

---

50) Norodom Sihanouk: My war with the C.I.A., London 1973, S. 234. Ein von Sihanouk in einem Gespräch mit der vietnamesischen Führung gebrauchter Ausdruck, am 5. März 1972.
51) Zit. in: Dossier Kampuchéa I, Hanoi 1978, S. 9.
52) Zit. in: Le conflit. . ., a.a.O., S. 26.
53) So fragte 1970 in Peking Pham Van Dong den Prinzen Sihanouk: „Was können wir für Sie tun?", worauf der Prinz antwortete: „Militärinstrukteure. (. . .) Wir haben einen Mangel an ausgebildeten Kadern. Sie haben die Besten auf der Welt für diese Art Krieg." in: Norodom Sihanouk, My war. . ., a.a.O., S. 30.
54) Jean et Simonne Lacouture, a.a.O., S. 269.

Seine Führer bezichtigten Vietnam des „Expansionismus", der Absicht, eine „indochinesische Föderation" bilden zu wollen, um damit die Herrschaft über ganz Indochina anzustreben. Ein Vorwurf, der, von der Pekinger Führung sofort aufgegriffen, in besonders infamer Weise wiederum eine der Errungenschaften des Befreiungskampfes der indochinesischen Völker diffamierte. Er log eine besonders anerkennenswerte Bestrebung der vietnamesischen Revolutionäre, die dauerhafte Sicherung der Freundschaft zwischen den drei befreiten Völkern, in eine unterstellte böse Absicht um. Eben weil die vietnamesische Partei, aufgrund ihrer langen Geschichte und Erfahrung, ihrer Stärke, den größten Beitrag zur gemeinsamen Befreiung der drei Völker Indochinas geleistet hatte, war es immer ihr Bestreben gewesen, sorgsam auf die Wahrung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der beiden Bruderparteien und -länder zu achten. So wurde auf ihr Drängen die 1930 gegründete „indochinesische" KP im Jahre 1951 aufgelöst, um die Gründung dreier getrennter Parteien zu ermöglichen. Prinz Sihanouk ist vielleicht ein glaubwürdiger, weil unfreiwilliger Zeuge dieser Tendenz der vietnamesischen Politik: „Zu Beginn des Widerstandes[55]) hatte ich vor, in den Maquis zu gehen, oder mich in Hanoi niederzulassen (. . .) aber die vietnamesischen Führer rieten mir selbst davon ab, weil sie glaubten, dies würde den Gerüchten Nahrung geben, nach denen sie einseitig, im Interesse ihrer Ambitionen oder ihrer Ideologie, den gesamten Widerstand in Indochina beherrschen und führen wollten."[56])

Inzwischen hat der Prinz, der noch 1971 Ieng Sary einen „Stalinisten"[57]) genannt hatte, sich zwar in einem gewissen – durch Hausarrest erzwungenen – Abstand vom blutigen Pol Pot-Regime gehalten, doch das chinesische Spiel mitgespielt. Mit seiner – vom Westen und von Peking begrüßten – Verurteilung der angeblichen „Invasion" vietnamesischer Truppen in Kampuchea hat er, immer noch eine der wenigen Identifikationsfiguren der Khmer-Nation, sich von seinem Volk losgesagt. Denn dieses Volk hat inzwischen selbst, mit der traditionellen vietnamesischen Hilfe[58]), die Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Füße gestellt, dem Völkermord und dem Rassenhaß ein Ende gemacht und damit die bessere Tradition der Beziehungen zwischen den beiden Völkern fortgesetzt.

V

Auf den Waffen, die die VR China dem Pol Pot/Ieng Sary-Regime schickte, damit es mit ihnen ihre Interessen an der Westgrenze Vietnams blutig vertreten sollte, war die symbolische Zahl „800" aufgemalt[59]). Sie sollte bedeuten, daß hinter denen, die mit diesen Waffen kämpfen würden, 800 Millionen Chinesen stehen, die bereit seien, beim Sieg über den vietnamesischen Feind (50 Millionen) zu helfen. Inzwischen stehen chinesische Truppen selbst in

55) Im Jahre 1970.
56) Norodom Sihanouk, L'Indochine vue de Pékin, Paris 1972, S. 115.
57) Vgl. Jean Lacouture, Survive le peuple cambodgien, Paris 1978, S. 34.
58) Die hier deshalb so wirksam war, weil die vietnamesische Armee im Grenzgebiet 90 % der Pol Pot-Armee, die dort konzentriert war, im Gegenschlag auf fortgesetzte Grenzverletzungen vernichtet hatte.
59) Vgl. Dossier Kampuchéa II, S. 48.

Vietnam. Über die Ursachen und den Verlauf dieser Eskalation werden Einzelheiten in der Zukunft wohl noch bekannt werden. Inzwischen verlautete aus chinesischen Quellen, daß die „Strafaktion" vor allem das Ziel haben soll, „der Ausrichtung Vietnams auf die Sowjetunion ein Ende zu bereiten"[60]. Die chinesische Führung will damit unterstellen, es habe in der Politik der vietnamesischen Führung einen „Kurswechsel" gegeben, was auch hier im Westen prompt als eingängige Erklärung akzeptiert wird.

Im Verhältnis der chinesischen Führung zu Vietnam mögen, neben der Grundtendenz einer immer stärker hysterische Formen annehmenden Feindschaft zur Sowjetunion, auch Entwicklungen und Auseinandersetzungen im Inneren eine Rolle gespielt haben. So haben nicht nur die vietnamesischen Behörden sondern auch die Regierung des Prinzen Sihanouk im Jahre 1967 die Auswirkungen der chinesischen „Kulturrevolution" zu spüren bekommen[61] – und zwar jeweils als Ausbruch des Hasses gegen die jeweilige Regierung dieser beiden Länder. Aber im globalen Maßstab setzen die Vietnamesen den Umschlag der chinesischen Politik in die offene Feindschaft und die Vorbereitung der totalen Auseinandersetzung im Jahre 1971 an[62]. Es ist das Jahr des Besuchs von Nixon in Peking. Damit deutet sich an, wo hier welcher Wechsel vorliegt. Der Abschluß des Freundschaftsvertrages Vietnams mit der Sowjetunion vom 3. November 1978 und die damit verbundene Bekräftigung der unveränderten Freundschaft zwischen den beiden Ländern ist jedenfalls auch eine Reaktion auf immer unverhülltere Kriegsdrohungen aus Peking[63] gewesen, denen eine Reihe von ultimativen Aufforderungen vorausgegangen war, diese Freundschaft aufzugeben. Nach Aussagen von Xuan Thuy, Sekretär des ZK der kommunistischen Partei Vietnams, im August 1978 hat es im Jahre 1977 noch zwei letzte Treffen auf höchster Regierungsebene zwischen beiden Ländern gegeben, wo eine grundlegende Diskussion über die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Parteien und Ländern geführt werden sollte. „Im Verlauf der Gespräche predigte Hua Guofeng unablässig die ‚Drei Welten-Theorie'"[64] – eine Theorie, die für die Vietnamesen vollkommen unannehmbar war. Denn sie wären gezwungen gewesen, zwei Mächte auf eine Stufe zu stellen, deren eine ihnen gerade wesentlich dabei geholfen hatte, sich der Aggression durch die andere zu erwehren.

Es muß sowieso gefragt werden, ob die „Drei Welten-Theorie", deren politische Funktion es offenbar war, den Führungsanspruch der VR China in der dritten Welt zu legitimieren, angesichts der aktuellen Entwicklung nicht ausgedient haben müßte; ob die chinesische Führung mit ihrer spektakulären Annäherung an die USA nicht bereits auf die Einsicht reagiert, daß der Versuch, an der Spitze der Länder der Dritten Welt gegen die UdSSR vorzugehen, gescheitert ist – möglicherweise gescheitert an der konsequenten Unabhän-

60) „Le Monde" v. 28. 2. 1979.
61) Vgl. Norodom Sihanouk, My war. . ., S. 63.
62) Z. B. in: Le conflit. . ., a.a.O., S. 11.
63) So durch den chinesischen Delegationleiter bei den Gesprächen über das Hoa-Problem im August 1978 in Hanoi.
64) Auskunft von Xuan Thuy, Teilnehmer der vietnamesischen Delegation. Interview, veröffentlicht als Sonderdruck des „Vietnam Kurier".

gigkeitspolitik Vietnams. Le Duan, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams hat sie für sein Land 1975 so definiert: „Jede kommunistische Partei ist frei, ihre eigene Linie festzulegen und ihr Verhalten in Bezug auf ihre Interessen und die besonderen Gegebenheiten der Situation zu bestimmen".[65])

Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Führer in Peking ihre Großmachtpolitik betreiben, und die neue Komplizenschaft zwischen ihnen und den USA in bezug auf Vietnam[66]) bringen neue große Gefahren mit sich für den beispielhaften Aufbau dieses Landes und für den Frieden in der Welt.

Umweltschutz durch Abrüstung

Zusammenhänge von militärischer und ziviler Umweltzerstörung

Von Knut Krusewitz und Karin Gauer

„1951 hätte die öffentliche Meinung in Amerika, so bedauerlich es ist, das sagen zu müssen, wahrscheinlich wenig Bedenken gehabt, jede Zahl kommunistischer Soldaten – oder kommunistischer Frauen und kleiner Kinder – im Feuer der Atombomben verbrennen zu lassen." (Walter Millis, 1956)

„Alles, was die Kulturentwicklung fördert, arbeitet auch gegen den Krieg." (Sigmund Freud an Albert Einstein, 1932)

Vorbemerkung

Umfang, Qualität und Struktur politik- und forschungswirksamer Beiträge zur Lösung der „ökologischen Krise"[1]) in der Bundesrepublik erscheinen nachhaltig geprägt und vermittelt durch die gesamtgesellschaftlichen Interessen der Hauptverantwortlichen der Umweltkrise.

---

65) Jean et Simonne Lacouture, a.a.O., S. 265, zitieren die Rede Le Duans auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU im November 1975 in Moskau.
66) Wenn dem Präsident Carter ernst gewesen wäre mit seiner Verurteilung der chinesischen Aktion, dann hätte er seinen Gast Deng Xiaoping entsprechend unter Druck setzen können.
1) Der Begriff ökologische Krise wird hier so verstanden, wie er 1971 von James R. Huntley in seinem NATO-Vortrag „Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise", Brüssel 1971, S. 13ff., entwickelt wurde.

Nach zehn Jahren öffentlicher Umweltdebatte (1969–1978) läßt die Beurteilung des herrschenden Begründungszusammenhangs dessen, was als ökologische Krise gelten soll, wohl kaum eine andere Schlußfolgerung zu als die, daß ausgerechnet die Sachwalter und Profiteure des nach Maßgabe einer industriekapitalistischen Rationalität organisierten Stoffwechselsystems (Produktion und Reproduktion) über Inhalt und Form der Umweltregulierung bestimmen, deren Unfähigkeit zu jeder an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten Umweltplanung beizeiten sogar regierungsamtlich dokumentiert worden war[2]).

Wie obwaltende Herrschafts- und Krisenbewältigungsinteressen zu einem umweltpolitischen und -ideologischen Problemformulierungskontext programmiert wurden, kann man im kürzlich veröffentlichten „Umweltgutachten 1978"[3]) nachlesen. Von Interesse ist auch die umweltpolitische Einschätzung der Sachverständigen für Umweltfragen, daß in der ersten Phase der Umweltdebatte in der BRD zwar Einigkeit über Ziele und Mittel der Krisenbewältigung bestanden habe, seit 1975 aber die Konsens stiftende „große Umweltkoalition" zerfallen sei, weshalb die Umweltpolitik in eine Krise geraten sei.

Im Gegensatz zum „Umwelt-Sachverständigenrat" werden hier allerdings nicht „Rezession" oder gar „Energiekrise" ursächlich benannt, sondern der Verzicht der sozialliberalen Koalition in der Entstehungsphase der Umweltdebatte auf jede Kausalanalyse der historisch-gesellschaftlichen Ursachen der Umweltproblematik, wodurch erkennbar war, daß vor allem die SPD nicht gewillt war, die verursachende Wirtschafts- und Sozialordnung zum zentralen Diskussionsgegenstand der proklamierten Reformpolitik werden zu lassen. Genau durch den Zusammenhang von ausgeblendeter Ursachenanalyse und einer Umweltpolitik, die dem Muster der „Politik des peripheren Eingriffs" (Manfred O. Hinz) verhaftet blieb, wurden die Bedingungen befördert, die zum Zerfall des Umwelt-Konsenses (Ziele und Mittel) führten.

Vor diesem Hintergrund wollen wir eine umweltpolitische Problemlage erörtern, deren keineswegs nur umweltpolitische Bedeutung trotz ideologischer Wirksamkeit des herrschenden Umweltbewußtseins allmählich von Teilen der ökologisch argumentierenden Kapitalismus-Kritiker (Bürgerinitiativbewegung) erkannt wird: Den Zusammenhang von militärischer und ziviler Umweltzerstörung.

---

2) Beispielhaft: Umweltprogramm der Bundesregierung und Materialien zum Umweltprogramm der Bundesregierung 1971, Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/2710 und Anlage zur Drucksache.
3) Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, „Umweltgutachten 1978", in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache VIII/1938, S. 77 f.; SS. 440–455. Bezeichnend ist folgende Passage: „Umweltschutz wurde durch Initiative von ‚oben' zum Gegenstand der Politik gemacht: Wissenschaftler und Politiker haben mit aktiver Unterstützung der Medien das Thema propagiert. Die Bejahung des Umweltschutzes und sein respektabler Rang in der Prioritätenliste sind nicht spontan entstanden, sondern stellen eine positive Reaktion auf eine Problemstellung der politischen Führung (i. w.) dar. Die Notwendigkeit einer solchen Vorgabe ist bei der Problemlösung noch wichtiger." (S. 453) In diesen Zusammenhang sind die umweltpolitischen Forderungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) einzuordnen, die in den Jahresberichten (1967 ff.) veröffentlicht wurden.

Kollektive Problemverdrängung

Repräsentative Interpreten und Manager der Umweltkrise in Industrie, Parlamenten, Exekutive und Wissenschaftsbetrieb haben, bewußt oder unbewußt, keinen Bewältigungszusammenhang so eindrucksvoll aus Umweltpolitik und politikberatender Forschungspraxis ausgeblendet wie die Beziehungen zwischen militärischer und friedlicher Umweltzerstörung. Diese nachweisbare Realitätsferne der offiziellen Umweltpolitik erscheint zumindest befremdlich angesichts der unübersehbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse über

– soziale[4]), wachstumspolitische[5]), finanzielle[6]) und ökologische[7]) Folgen zweier Weltkriege;

– die Zusammenhänge von Umweltkriegsführung, Ökozid und Massenvernichtungswaffen im Indochina-Krieg[8]);

– die zunehmende Militarisierung der internationalen Rohstoffversorgung und des ökologischen Kontextes[9]);

– die Beziehung zwischen „Atlantischem Bündnis und Umweltkrise"[10]);

– die eklatante Diskrepanz zwischen dem Aufwand für äußere Sicherheit und der Sicherung der menschlichen Lebensgrundlagen und -bedingungen[11]).

Schon diese bloß abstrakte Benennung von Problembeziehungen zwischen militärischer und friedlicher Umweltzerstörung läßt die begründete Schlußfolgerung zu, derzufolge sich militärisch verursachte Umweltkrisen ungleich katastrophaler darstellen als industriekapitalistisch bedingte friedliche „ökologische Krisen". Sollte sich nachweisen lassen, daß dieser sozial-ökologische Bedrohungszusammenhang nicht nur umweltpolitisch, sondern auch forschungsstrategisch ausgeblendet blieb, ließe sich wohl ohne Übertreibung von einem kollektiven Verdrängungskomplex reden. In der Tat kann der Nachweis unschwer erbracht werden: Eine Durchsicht konzeptiver staatli-

4) Über die sozialen Folgen der beiden Weltkriege informieren: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Weltkrieg 1914–1918, Göttingen 1973; Friedrich-Wilhelm Henning, Das industrialisierte Deutschland 1914–1972, Paderborn 1974, S. 38 f.; 178 f.; 182 ff.; Dietmar Petzina u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. I, München 1978, S. 27; S. 85; S. 98; Leonhard Trometer, „Die Kriegsopferversorgung nach 1945", in: Reinhart Bartolomäi u. a. Hrsg., Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 191–206.

5) Dazu liest man bei Petzina, a.a.O., S. 12: Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1913 und 1950 „war charakterisiert von Wachstumsverlusten und krisenhaften Einbrüchen, die dazu führten, daß sich (im genannten Zeitraum) nur ein Wachstum von knapp 1% im jährlichen Durchschnitt nachweisen läßt. Demgegenüber hatte die Zuwachsrate zwischen 1891 und 1913 3,2% betragen, zwischen 1950 und 1970 sogar 6,4%."

6) Über die finanziellen Kriegsfolgen geben die Abschnitte „Die Finanzierung des Ersten Weltkrieges und ihre Folgen" und „Die Finanzierung des Zweiten Weltkrieges" in der Studie von Karl Erich Born, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1977, Auskunft.

7) Einige (allerdings stark aggregierte) Hinweise auf ökologische Folgen des Zweiten Weltkrieges findet man in: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), ed., World Armaments and Disarmaments. SIPRI Yearbook 1978, London 1978, P. 55.

8) Zuerst: David Halberstam, Vietnam oder Wird der Dschungel entlaubt?, Reinbek 1965; Wilfried v. Bredow, Hrsg., US-Kriegsführung in Vietnam. Neue Dokumente und Materialien, Köln 1972; Friedhelm Solms, „Zum

9) Dazu neuerdings: Helmut Bley/Rainer Tetzlaff, Hrsg., Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrikapolitik, Reinbek 1978, bes. S. 310–314 (Shaba-Invasion).

10) Dieser Zusammenhang wird als „Dritte Dimension der NATO" bezeichnet. (s. o. Anm. 1).

11) Nachzulesen in Abschnitt „Zum Verhältnis von Umweltschutz- und Rüstungsausgaben in der BRD" in diesem Aufsatz.

cher Umweltprogramme[12]), umweltsachverständiger Gutachten[13]), umweltrelevanter Veröffentlichungen bedeutender Forschungseinrichtungen[14]) oder Tausender von universitären Umweltforschungsprojekten und -ergebnissen[15]) ergab, daß weder im Staatsapparat noch im Wissenschaftsbetrieb der friedlich-militärische Umweltkomplex auch nur ein einziges Mal thematisiert wurde.

Und wenn schon keine Rede davon sein kann, daß sich die etablierte Umweltforschung mit der zunehmenden Militarisierung ihres Forschungsgegenstandes[16]) befaßt, so verwundert es erst recht nicht, daß die Militärwissenschaft in der Bundesrepublik den ökologischen Kontext ignoriert[17]). Zwei Beispiele mögen das Musterungsergebnis illustrieren.

a) Eine Auflistung umweltrelevanter Veröffentlichungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ergab, daß zwischen 1954 und 1976 nicht eine Publikation den Zusammenhang von Umwelt und sozialem System zum Thema hatte[18]).

b) Im „Umweltbericht '76" der Bundesregierung heißt es: „Für das politische Handeln der Bundesregierung gilt der Grundsatz, daß alle gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte sich umweltschonend verhalten und bei ihren Entscheidungen mögliche Umweltauswirkungen berücksichtigen müssen. Dies schließt ein, daß ökologische Gesichtspunkte beachtet werden und daß Entlastungen in einem Bereich möglichst nicht zu Verlagerungen auf andere Bereiche führen sollen." [19]) Nimmt man dies umweltpolitische Postulat so ernst, wie es seine Vertreter unmöglich gemeint haben können (worüber die von Jahr zu Jahr steigenden Manöverschäden sinnfällig belehren), dann hätte es zumindest wissenschaftspolitische Konsequenzen zeitigen müssen.

Es hätten, beispielsweise, längst Forschungsprogramme und entsprechende Projekte etatisiert werden müssen, die sich an umweltwissenschaftlichen Standards orientieren müßten, wie sie bereits 1971 in einem von der damaligen Bundesregierung angeforderten „Gutachten zur Organisation der wissenschaftlichen Beratung der Bundesregierung in Umweltfragen" von Picht, Bresch, Häfele und Kriele begründet worden waren[20]). Erweisbar ist aber, daß die zu keiner Zeit kontroversen, also weithin politisch und wissenschaftlich akzeptierten, methodologischen Einsichten und Forderungen der Gutachter,

---

12) Damit sind gemeint: Das Umweltprogramm der Bundesregierung (1971), der Umweltbericht der Bundesregierung (1976) sowie die seit 1971 veröffentlichten Länderprogramme und -berichte zur Umweltpolitik.
13) Vgl. die Umweltgutachten von 1974 und 1978 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen.
14) Hier: Umweltrelevante Veröffentlichungen der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft (DFG).
15) Umweltbundesamt, Hrsg., Umweltforschungskataloge (UFOKAT), 1975 ff.
16) Dazu exemplarisch der Abschnitt über „Umweltkriegsführung, ökologischer Mord und Massenvernichtungswaffen", in: SIPRI, Hrsg., Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Ein Handbuch, Reinbek 1977, S. 159–175.
17) Welche Ignoranz selbst kritische und vor allem sachkundige Vertreter der Militärwissenschaft vorführen, belegen die Beiträge zu einem Symposium an der Führungsakademie der Bundeswehr, die Karl-Ernst Schulz unter dem Titel: Militär und Ökonomie, Göttingen 1977, herausgab. Nur Gert v. Kortzfleisch benannte den rohstoffimperialistischen Bedrohungszusammenhang wenigstens abstrakt (S. 265–276).
18) Günter Küppers u. a., Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik, Frankfurt/M. 1978, S. 42.
19) Umweltbericht '76. Fortschreibung des Umweltprogramms der Bundesregierung vom 14. Juli 1976, Stuttgart 1976, S. 224.
20) Das Picht-Gutachten ist nachzulesen in: Materialien zum Umweltprogramm . . . (s. Anm. 2), S. 565–585.

wonach sich Umweltpolitik primär mit den Ursachen der rapide um sich greifenden Denaturierung der Umwelt zu befassen habe, praxisbestimmend für die offizielle Umweltpolitik und die herrschende Umweltforschung geworden sind. Im Gegenteil: Die damals indirekt formulierte Befürchtung, Umweltpolitik könne sich bloß mit der Systematisierung von Krisensymptomen befassen, ist seit Jahren technokratische Realität geworden. Eine Bewertung praxisbestimmender Regulierungskonzepte der Umweltproblematik[21]) läßt nur den Schluß zu, daß sämtliche markt- und staatsvermittelte Umweltpolitiken weder als Ergebnis gesellschaftspolitischer noch als Resultat wissenschaftlicher Gesamtsicht begründet wurden. Nicht wissenschaftlich ermittelte Einsichten in die komplexe Struktur der Umweltproblematik wurden forschungs-, politik- und ökonomierelevant, sondern die prophetische Versicherung, wonach sich die Marktwirtschaft auch bei der Bewältigung der Umweltprobleme gegenüber allen anderen Wirtschaftssystemen als leistungsfähiger erweisen werde (Umweltprogramm 1971). Die solcher Widersprüchlichkeit geschuldete theoretische Hilflosigkeit liest sich im jüngsten Umweltgutachten dann so: Einerseits fordern seine Verfasser die „Einbettung einer gesellschaftspolitisch orientierten Umweltpolitik in langfristige strukturpolitische Rahmenvorstellungen"[22]), die es in der Bundesrepublik nicht gibt, und anderseits wird der technologische Optimismus noch dann beschworen, wenn technokratische Problembewältigungskonzepte die Rationalität, auf die er sich bezieht, längst hintertrieben haben (man denke etwa an den Zusammenhang von Energiepolitik und Reaktorstrategie). Vor diesem Hintergrund gerinnt das umweltpolitische Glaubensbekenntnis, demzufolge „das ökonomisch-technologische Modell, das im Grundsatz die Dominanz wirtschaftlicher Werte beibehält", und „unterstellt", daß „die technologische Entwicklung das Umweltproblem weitgehend beherrschbar macht"[23]), zur puren Beschwichtigungsformel. Mit dem im erwähnten Picht-Gutachten vorgeführten Wissenschaftsverständnis hat das nichts zu tun. Deshalb sei noch einmal an die dort gelieferte Begründung für die Einrichtung einer „Umweltkommission" (Sachverständigenrat für Umweltfragen) erinnert. „Die Umweltprobleme haben", wußten die Kommissionsmitglieder schon vor Jahren, „weil sie sowohl in sozio-ökonomische als auch in wissenschaftlich-technische Gebiete eingreifen, einen solchen Komplexitätsgrad erreicht, daß die politische Führung, auf sich selbst gestellt, heute überfordert sein muß." Und weiter: „Politische Entscheidungen und administrative Maßnahmen bedürfen deshalb der umfassenden Herleitung aus einer gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Gesamtsicht der Umweltproblematik. Fehlentscheidungen auf diesem Gebiet könnten zumindest langfristig zu negativen Folgen führen, die, wenn überhaupt, nur mit immensen Kosten wieder reguliert werden können." Überdies gab die Kommission zu bedenken: „Ein System der wissenschaftlichen Politikberatung ist erst dann sachgemäß, wenn es sowohl die Un-

21) Zur Charakterisierung der herrschenden Bewältigungspraxis vgl. Jürgen Gerau, „Zur politischen Ökologie der Industrialisierung des Umweltschutzes", in: Leviathan, 2/1977, S. 239–270; eine aktualisierte Fassung ist erschienen in: Martin Jänicke, Hrsg., Umweltpolitik, Opladen 1978, S. ???
22) Umweltgutachten 1978, (s. o. Anm. 3), S. 576.
23) Ebd., S. 574.

abhängigkeit der Forschung als auch die Unabhängigkeit der Politik zu stärken vermag."[24])

Neuere Untersuchungen zur Umweltforschung kommen durchweg zu dem Ergebnis, daß von der Unabhängigkeit beider Bereiche keine Rede sein kann[25]). Die unterschiedlichen, vielfältigen Ursachen und Bedingungen solcher wissenschaftspolitischer Formierungs- und Problemverdrängungsprozesse haben Helmut Krauch (1970), Reinhard Hujer (1974), Ulrich Albrecht u. a. (1977) eindrucksvoll empirisch belegt[26]).

Besonders die Studie von Küppers (u. a.) macht deutlich, warum die Problemstrukturen zwischen nationalen und internationalen Umwelt- und Rüstungspolitiken für den Wissenschaftsbetrieb noch kein Thema mit bewußtseinsveränderndem Inhalt darstellen. Am Ende ihrer Untersuchung kommen die Verfasser zu dem Ergebnis, daß „schon im Stadium der Programmformulierung der theoretisch mögliche Steuerungsanspruch, der einem Konzept der Umweltnutzung entsprochen hätte, verworfen wurde". Ihre Begründung: „Die Umweltproblematik (zähle) zu der Klasse von Fällen", in der „die Art der Fragestellung darüber entscheidet, ob die Forschung potentiell mit politischen oder wirtschaftlichen Interessen kollidiert. ‚Umweltschutz' ist ein politisch brisantes Problem, weil bei entsprechend formulierten Problemlösungskriterien weitreichende strukturpolitische Effekte impliziert sind"[27]).

Gewiß ist in Rechnung zu stellen, daß sich die reformpolitischen Verhältnisse (1969–1973), innerhalb derer die Umweltpositionen der Picht-Kommission formuliert werden konnten, gründlich verändert haben. Anderseits verweisen die Ergebnisse der Studie von Küppers u. a. darauf, daß die umweltforschungspolitische und praktische Folgenlosigkeit der Empfehlungen der Picht-Kommission keineswegs als Resultat krisenverursachter Einengung des reformpolitischen Spielraums zu begreifen ist. Umgekehrt ließe sich sagen: weil die methodologischen und theoretischen Empfehlungen der Picht-Kommission zur Umweltpolitik nicht in das öffentliche Umweltforschungsbewußtsein (Wissenschaftsbetrieb, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Bürgerinitiativen eingingen, konnte in der krisenvermittelten Phase der Umweltpolitik (ab 1974) die Scheinalternative „Umweltschutz" oder „Arbeitsplätze" öffentlichkeitswirksam propagiert werden. Vor diesem skizzierten Hintergrund scheint es dringend geboten, den Forschungsgegenstand problemadäquat zu rekonstruieren.

Sozialökologische Aspekte der Problemverdrängung

Es dürfte schwerfallen, einen national oder international renommierten Vertreter aus den Bereichen Staat, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaft zu

24) Picht-Gutachten, a.a.O., S. 565.
25) Zahlreiche Belege bei: Günter Küppers u. a., Umweltforschung . . . (s. Anm. 18).
26) Helmut Krauch, Die organisierte Forschung, Neuwied/Berlin (West), 1970, bes. S. 151–175; Reinhard Hujer, Forschungspolitik und gesellschaftliche Planung, Opladen 1974; Ulrich Albrecht u. a., Der Staat und die Steuerung der Wissenschaft. Analyse der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung, Göttingen 1977.
27) Günter Küppers, Umweltforschung . . . (s. Anm. 18), S. 259.

finden, der die Tatsache krisenhaft entwickelter, weltweit nachweisbarer Umweltprobleme bestreitet. Die weltweite Bedrohung der Menschheit durch den internationalen Rüstungswettlauf dürfte gleichfalls öffentlich kaum bestritten werden. Höchst unterschiedlich und widersprüchlich hingegen stellen sich die politischen und wissenschaftlichen Ursachen-, Begründungs- und Bewältigungskonzepte dar, die zur Einschätzung beider Problembereiche geliefert werden.

Stark vereinfacht, lassen sich drei deutlich unterscheidbare Interessen- und Argumentationsstrategien nachweisen. Die erste soll als marktlogische[28]) bezeichnet werden, die zweite als staatsinterventionistische[29]) und die dritte als planvermittelte[30]). Für die Entfaltung unserer Argumentation ist der Nachweis von Interesse, wonach den Vertretern unterschiedlicher Begründungsstrategien gemeinsam ist, daß sie für Umwelt- und Rüstungspolitiken je spezifische, isolierte, also zusammenhanglose Interpretationen und Lösungskonzepte entwickeln[31]). Demgegenüber soll hier der Ansatz begründet werden, daß nur ein integriertes, die Fallgruben ressortspezifischer Problemperzeption überschreitendes Programm für den Zusammenhangsbereich von friedlicher und militärischer Umweltnutzung bzw. -zerstörung Krisenvermeidungswissen vermitteln könnte. Die gesellschaftliche Bedeutung dieses programmatischen Ansatzes und der daraus resultierenden Forderung nach Umorientierung der etablierten Umwelt- und Militärwissenschaften, werden, indirekt wenigstens, von den Verfassern einer Studie geteilt, die unter dem Titel „Das Deutschlandmodell" kürzlich veröffentlicht wurde. In ihrem Nachwort notieren Eduard Pestel u. a.: „Wohl mancher Leser wird am Ende der Lektüre dieses Buches der Enttäuschung darüber Ausdruck geben, daß unter den ‚Herausforderungen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert' viele Probleme nicht angesprochen wurden, deren Bewältigung seines Erachtens bedeutsamer wäre als die hier erörterten. Dazu gehört sicherlich an erste Stelle das Problem der Friedenssicherung – für uns Deutsche fraglos die wichtigste Zukunftsaufgabe; denn beide deutschen Staaten und ihre Bevölkerung könnten im Fall eines Krieges zwischen den Machtblöcken in Ost und West der Vernichtung wohl kaum entgehen. Auch das hiermit verbundene Teilproblem, die weltweite Beendigung der Aufrüstung und im Gefolge davon die schrittweise Abrüstung, blieb unberücksichtigt und somit auch die Erörterung der dann notwendigen wirtschaftlichen Strukturänderungen, die insbesondere für alle am Welthandel intensiv beteiligten Industrieländer folgenschwer sein werden."[32])

---

28) Beispielhaft: Josua Werner, „Umweltschutz und Wachstumsproblematik", in: Franz Böhm u. a., Hrsg., Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 24, Düsseldorf/München 1973, S. 157–177; zuletzt: Horst Siebert, Ökonomische Theorie der Umwelt, Tübingen 1978.

29) Exemplarisch: Werner Meißner/Erich Hödl, Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes. Berlin (West) 1977; Karl William Kapp, Staatliche Förderung „umweltfreundlicher" Technologien, Göttingen 1976.

30) Auch hier nur beispielhaft: G. Chosin, „Die Abrüstung und einige globale Probleme der Gegenwart", in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge" (Oktober 1978), S. 1009–1018; Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Hrsg., Ressourcen und Wirtschaftswachstum, Moskau 1978.

31) Vgl. dazu die materialreiche Studie von Josef Füllenbach, Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit, Bonn 1977.

32) Eduard Pestel u. a., Das Deutschland-Modell. Herausforderungen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Stuttgart 1978, S. 227.

In der Tat haben die langjährigen wissenschaftlichen und politischen Debatten um die Grenzen des Wachstums, um Humanisierung der Arbeitswelt, um internationale Rohstoffprobleme und Neuordnung der Weltwirtschaft sowie um internationale Abrüstungsmaßnahmen zweifelsfrei erwiesen, daß die naturalen Voraussetzungen und Folgen des inzwischen weltweit betriebenen, gesellschaftlich organisierten Stoffwechsels zwei den sozialen Frieden gefährdende Krisenerscheinungen zutage gefördert haben. Als Krisenvermittlungsbereiche gelten einmal die internationale Rohstoffversorgung (Produktions-, Verteilungs- und Verwendungsstrukturen, absolute und relative Knappheit) und zum anderen der globale ökologische Kontext (Umweltproblematik). Eine genauere Analyse könnte indes erweisen, daß Rohstoff- und Umweltpolitiken als soziale und militärische Konfliktbereiche keineswegs neueren Datums sind[33]). Die Kenntnis der Ergebnisse, die von der Imperialismusforschung, der neueren Zeit-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie der Rüstungsforschung[34]) vorgelegt wurden, lassen begründete Hypothesen über die Verschärfung der genannten Krisenbereiche zu. So ließe sich etwa formulieren: In dem Maße, in dem sich bei Aufrechterhaltung des Status quo die Krisenbedingungen in einem Konfliktbereich verschärfen, nehmen sie in dem anderen zu. Ändern sich die Produktions-, Verteilungs- und Verwendungsstrukturen im Rohstoffbereich, wachsen die Gefahren militärischer Eingriffe zur Stabilisierung der rohstoffimperialistischen Verhältnisse. Umgekehrt nähme mit der Verschärfung militärischer Auseinandersetzungen die Beanspruchung von Rohstoffen und Energie (naturale Grundlagen im weiteren Sinne) durch die damit verbundenen Aufrüstungszwänge zu[35]). Welche Konsequenzen sich für den ökologischen Kontext ergäben, scheint unmittelbar einsichtig. Dennoch ist zweifellos die Quantifizierung dieser Aussagen dringend geboten.

---

33) Die eindrucksvollste uns bekannte Studie wurde verfaßt von Ferdinand Friedensburg, Die mineralischen Bodenschätze als weltpolitische und militärische Machtfaktoren, Stuttgart 1936; den dort entwickelten Denkstil trug der Verfasser später erneut vor in seiner Antrittsvorlesung an der TU Berlin. Sie wurde publiziert als: Die Bedeutung des Bergbaus in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik, Berlin (West) 1953. – Neuerdings: Theodor Dams/Gerhard Grohs, Hrsg., Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik, München/Mainz 1977.

34) Beispielhaft: Hans-Ulrich Wehler, Hrsg., Imperialismus, Köln/Berlin (West) 1970; Reinhard Opitz, Hrsg., Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln 1977; George W. F. Hallgarten, Das Wettrüsten. Seine Geschichte bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1967; James S. Allen, Atomic Imperialism. The State, Monopoly and the Bomb, New York 1952; Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911–1914, Düsseldorf 1978 (zuerst 1969).

35) Zur Illustration dieser Wechselbeziehung mögen an dieser Stelle folgende Hinweise genügen. In den USA wurden für Rüstungszwecke u. a. folgende Rohstoffe verbraucht: Bauxit 14%, Kupfer 13,7%, Blei 11,3%, Zink 11%, Nickel 9,7%, Molybdän 9,3%, Zinn 8,8%, Chrom 7,6%, Mangan 7,5%, Eisen 7,5% und Petroleum 4,8%. Die Angaben beziehen sich auf 1970; es wird mit einer jährlichen Steigerung von 2,5–3% gerechnet. Fast alle metallischen Rohstoffe (strategische Rohstoffe) müssen selbst von den rohstoffreichen USA inzwischen aus Entwicklungsländern importiert werden. Die entsprechenden Statistiken sind nachzulesen bei: Inga Thorsson, „Abrüstung" in: Jan Tinbergen, Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung, Opladen 1977, S. 323; ferner: Dennis Gabor u. a., Das Ende der Verschwendung. Zur materiellen Lage der Menschheit, Reinbek 1978, S. 126. In der Bundesrepublik beträgt der Rohstoff- und Energieverbrauch durch die Streitkräfte etwa 15% des Verteidigungshaushalts (5 Mrd. DM in 1975). Günter Neubauer, der diese Zahlen in seinem Beitrag „Ökonomische Wirkungen des Verteidigungsbudgets auf wichtige wirtschaftspolitische Ziele", in: Schulz, a.a.O. (s. Anm. 17), nennt, läßt den Leser allerdings darüber im unklaren, ob damit der Rohstoff- und Energieanteil der Bundeswehr am gesamtwirtschaftlichen Material- und Energieverbrauch oder nur der laufende Eigenverbrauch nach Erstellung des Militärapparats gemeint ist. Im zweiten Falle wäre der entsprechende Verbrauch entschieden höher.
Zur Rohstoff- und Energieabhängigkeit der BRD-Wirtschaft vgl. die Daten in: Bundesminister für Forschung und Technologie, Hrsg., Rahmenprogramm Rohstofforschung 1976–1979, Bonn 1976.

Zum Verhältnis von Umweltschutz- und Rüstungsausgaben in der BRD

Zur Darstellung des Verhältnisses, das in der Bundesrepublik zwischen Rüstungs- und Umweltpolitik besteht, mag die Kenntnis monetärer Beziehungen nützlich sein. Über das derart erfaßbare staatliche umwelt- und militärpolitische Verhalten geben Untersuchungen Auskunft, deren wissenschaftspolitisch interessanten Erkenntnisse die bisherige Umweltdiskussion kaum beeinflußt haben[36]). Für uns sind vor allem die Passagen von Interesse, die Aussagen über quantitative Beziehungen zwischen Umwelt- und Rüstungsausgaben ermittelt haben[37]).

Die vorgestellten Materialien zur quantitativen Kostenstruktur der staatlichen Umweltpolitik sind das Ergebnis einer umfangreichen Battelle-Studie; wir zitieren sie in der von Meißner und Hödl aktualisierten Form. Über die Entwicklung der Verteidigungsausgaben informiert das jüngste SIPRI-Jahrbuch. Aus methodischen Gründen werden nur die staatlichen Umweltaufwendungen betrachtet; die der Industrie im genannten Zeitraum sind in diesem Zusammenhang nicht von Interesse.

Tabelle 1
Umweltschutzaufwendungen der öffentlichen Hand in Mrd. DM

Investitionen	*1971–1979*	*31,7*
Betriebsausgaben	*1971–1979*	*45,2*
Summe		*76,9*

Von Interesse ist allerdings „die gesamtwirtschaftliche Funktionsteilung zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat"[38]) bei der Handhabung der Finanzierungsproblematik. Darüber liest man bei Meißner/Hödl: „Der Staat übernimmt für die Jahre 1975–1979 mehr als die Hälfte der Umweltschutzinvestitionen (51,4%). Dafür ist das Niveau der Betriebsausgaben in der Privatwirtschaft erheblich höher (73,7%). Diese Funktionsteilung hat einen positiven Effekt auf den Handlungsspielraum der Unternehmer. Obwohl die Aufwendungen der Privatwirtschaft mit 65,9 Mrd. DM 58,4% der gesamten volkswirtschaftlichen Umweltschutz-Aufwendungen von 112,8 Mrd. DM ausmachen, wird durch den hohen Investitionsanteil des Staates ein Multiplikatoreffekt in der Privatwirtschaft wirksam, der die gesamtwirtschaftlichen Absatzchancen verbessert. Dadurch wird der höhere Anteil der Privatwirtschaft an den Gesamtaufwendungen zwar nicht verändert, doch wird ihre tatsächliche Belastung um die positiven ökonomischen Nachfragewirkungen vermindert. Der

36) Werner Meißner/Erich Hödl, Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes, Berlin (West) 1977; Ulrich Albrecht u. a., Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen, Reinbek 1978; Bundesminister für Forschung und Technologie, Hrsg., Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung, Bonn 1977.
37) Von uneinheitlichen Verfahren zur Berechnung von Umweltschutzkosten im nationalen wie internationalen Rahmen muß an dieser Stelle ebenso abgesehen werden wie von der hierzulande offiziell geförderten Unsitte, elementare Datenreihen über den Zusammenhang von Rüstung und Wirtschaft zu verheimlichen. Aus den unterschiedlichen statistischen Erhebungs- und Zurechnungsmethoden resultieren die Differenzen bei der Ausweisung staatlicher Aufwendungen für Umweltschutz (vgl. dazu Anm. 38).
38) Meißner/Hödl, a.a.O., (s. Anm. 36), S. 54.

Staat übernimmt durch die Akzentuierung der Investitionstätigkeit eine Hilfestellung bei der Durchsetzung der privaten Umweltschutz-Maßnahmen."[39])

Die „Funktionsteilung" zwischen Kapital und Staat läßt sich nicht nur am Zusammenhang von Investitionen und Betriebsausgaben darstellen, sondern auch an der Entwicklung der Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben des Bundes:

Tabelle 2
F&E-Ausgaben des Bundes für die Gestaltung der Umwelt

1972	*160 Mio. DM*
1976	*324 Mio. DM*
1980	*480 Mio. DM*

Summe 1972–1980: 3,004 Mrd. DM für Umweltforschung[40])

Die angeführten Aufwendungen für die Realisierung einer durchweg kapitalorientierten Umweltpolitik- und -forschung (s. o.) lassen sich erst angemessen beurteilen, wenn man sie in Beziehung setzt zur Entwicklung der BRD-Verteidigungshaushalte und staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) im Sektor Wehrtechnik.

Tabelle 3
Verteidigungsausgaben (laufende Preise) in Mrd. DM[41])

1968	*19 310*
1972	*28 720*
1977	*40 890*

Summe 1968–1977: 302 583 Mrd. DM für Verteidigung

Tabelle 4
Die Entwicklung der F&E-Ausgaben des Bundes für Wehrtechnik

1972	*1302 Mio. DM*
1976	*1606 Mio. DM*
1980	*1487 Mio. DM*

Summe 1972–1980: 13,364 Mrd. DM für Rüstungsforschung[42])

Ein Vergleich der Verteidigungs- und Umweltschutzausgaben des Staates ergibt in absoluten Zahlen: 302,583 Mrd. DM Verteidigung – 76,9 Mrd. DM Umweltausgaben. Zählt man die staatlichen Verteidigungsausgaben und die staatlichen Umweltaufwendungen zusammen, dann ergibt dies eine Summe von 379,483 Mrd. DM innerhalb von 10 Jahren; der Anteil für Verteidigung beläuft sich auf 79,7%, der für Umwelt auf 20,3%.

39) Ebd.
40) Bundesminister für Forschung und Technologie, Hrsg., Faktenbericht ... (s. Anm. 36), S. 54.
41) SIPRI Yearbook ... (s. Anm. 7), S. 144 f.
42) Bundesminister für Forschung und Technologie, Hrso., Faktenbericht, a.a.O., S. 61.

Ein Vergleich der F&E-Ausgaben für Rüstungsforschung und Umweltforschung ergibt ein ähnliches Bild: 13,364 Mrd. DM Rüstungsforschung – 3,004 Mrd. DM Umweltforschung. Addiert man die F&E-Ausgaben des Bundes für Umwelt- und Militärforschung (16,368 Mrd. DM), dann ergibt sich folgende prozentuale Verteilung der Mittel: Rüstungsforschung: 81,65% – Umweltforschung: 18,35%.

Wissenschaftliche Forderungen nach einer neuen Umweltpolitik

Es liegt nahe, aus den vorliegenden Daten und Zusammenhängen umweltpolitische und -wissenschaftliche Forderungen abzuleiten, die zwar die Wirksamkeit des Problemverdrängungskomplexes nicht ignorieren, anderseits jedoch berücksichtigen, daß die methodischen und theoretischen Einsichten der Picht-Kommission noch eingelöst werden müssen. Soll die problemadäquate Realisierung umweltwissenschaftlicher und umweltpolitischer Forderungen gesellschaftswirksam betrieben werden, müssen zunächst die bislang von der herrschenden Umweltforschung ausgeblendeten Problemzusammenhänge dargestellt, entwickelt und beurteilt werden. Die folgende Problemskizze will die Richtung beschreiben, innerhalb derer eine an gesamtgesellschaftlichen Interessen orientierte Umweltpolitik zu formulieren wäre.

a) Übersicht über Rohstoffvorräte und -verbrauch in historischer Dimension: Für eine exakte stoffliche Einschätzung des Umwelt-Militär-Komplexes wäre zunächst die Beantwortung der Frage dringlich, ob die Club of Rome-Annahme vom exponentiellen Verbrauch der Rohstoffe sich historisch nachweisen läßt. Dieser Nachweis wäre deshalb von großer Bedeutung, weil er die Herstellung quantifizierbarer Beziehungen zwischen ziviler und militärischer Rohstoffverwendung ermöglichte: in welchem Bereich wächst der Rohstoffverbrauch wie schnell? Daraus wiederum ließe sich die Frage ableiten, ob der Verbrauch von immer mehr und höherwertigen Rohstoffen im Rüstungsbereich einen ständig größeren Zwang nach sich zieht, die knapper (teurer) werdenden Ressourcen mit immer größerem finanziellen und militärischen Aufwand zu sichern. Darin involviert ist die Frage, ob der rüstungstechnologische Fortschritt gesetzmäßig zur Verwendung immer seltenerer (knapperer und teurerer) Rohstoffe führt.

b) Übersicht über ökologische Schäden in historischer Dimension: Ausgangspunkt der Überlegung kann auch hier die Club of Rome-These sein, wonach die Umweltzerstörung exponentiell zunehme. Möglicherweise wird sich indes herausstellen, daß sich der ökologische Kontext eben nicht exponentiell labilisiert, sondern vermittelt wird von komplexen zivilen (konjunkturellen) und militärischen Entwicklungsursachen. Die Vermutung wäre nach drei Richtungen zu verfolgen: Einmal wäre der historische Zusammenhang von Ökologie und Kriegseinwirkungen zu klären, zum andern der Bedrohungskontext, der mit Militarisierung der Ökologie (Umweltkrieg) bezeichnet wird, und schließlich der Nachweis, daß auch die Produktion von Rüstungsgütern Umweltschäden verursacht. Während die zivile Umweltforschung sich inzwischen verstärkt darum bemüht, die Verwendungsstruktur

von Rohstoffen und Energie im zivilen Bereich zu erforschen, um aufgetretene Umweltschäden festzustellen, fehlen entsprechende Angaben über den militärischen Bereich fast völlig.

c) Wenn die Hypothese empirisch überprüft werden soll, wonach die *stoffliche und finanzielle Bewältigung der Umweltprobleme durch den Rüstungswettlauf hintertrieben* wird (Doppelproduktion), müßte die Frage beantwortet werden, welche naturalen und finanziellen Beiträge bestimmte Abrüstungskonzepte liefern könnten. Zu fragen wäre nach den Rohstoff- und Energiemengen, Arbeits- und Umweltverbesserungsmaßnahmen, die, ohne Gefährdung des internationalen Abschreckungsgleichgewichts, zur Entschärfung der relativen Wachstumsgrenzen bereitgestellt werden können. Zur Klärung dieser Problematik wäre es nötig, Kausalbeziehungen zwischen Rohstoff-, Umwelt- und Militärpolitiken in Gesellschaften mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialordnungen nachzuweisen und ihre jeweiligen umweltstrategischen Konsequenzen aufzuzeigen.

d) Da es unrealistisch wäre, die Beziehungen zwischen Rohstoff- und Rüstungspolitik bloß aus der Gebrauchswertperspektive (Stoff- und Energiebilanzierung) zu betrachten, muß der *Zusammenhang von Rüstungsprogrammen, Rohstoff- und Weltmärkten vor dem Hintergrund der Systemauseinandersetzung* durchleuchtet werden. Dazu ist es nötig, die neuere Diskussion um die Zukunft der Weltwirtschaft, die Konsequenzen des Nord-Süd-Dialogs sowie die Entwicklung der Kooperation zwischen Ost und West auf dem Gebiet des Umweltschutzes (umweltschutzrelevante Ergebnisse der KSZE) in die Überlegungen einzubeziehen. Als Ergebnis dieser politisch institutionalisierten Diskussions- und Entwicklungszusammenhänge scheint uns bereits heute absehbar, daß globale Umverteilungsprozesse stattfinden werden, die das militärische Gleichgewicht gefährden können. Die Industrieländer, darauf verweisen die Erfahrungen mit dem OPEC-Kartell, werden zur gesellschaftlichen Reproduktion (relativ) mehr gesellschaftliche Arbeit aufwenden müssen. Dadurch verschärft sich die Allokations- und Verteilungsproblematik im nationalen und internationalen Maßstab zwangsläufig. Zu erforschen wären ihre absehbaren Auswirkungen auf den zivilen und militärischen Produktionsbereich.

e) Sollte die ökonomisch, sozial und politisch notwendige globale Ressourcenumverteilung militärisch verhindert werden, wird den Entwicklungsländern gewaltsam (im Gegensatz zur weltmarkt-vermittelten Umverteilung) die Akkumulationsmasse entzogen, die ihre Gesellschaften zur eigenen Industrialisierung dringend benötigen. Dadurch würden der Dritten Welt nicht nur Rohstoffe für Rüstungszwecke in den kapitalistischen Ländern entzogen, wobei ein Teil der Rüstungsproduktion in die Entwicklungsländer zurückfließt, sondern sie müßten zukünftig in stärkerem Maße Standorte für umweltbelastende Industrien zur Verfügung stellen (Umweltimperialismus).

Sollte sich der Umverteilungsprozeß hingegen über den Weltmarkt vollziehen, wird die absehbare Kostenentwicklung in der internationalen Rohstoff- und Energieversorgung die Kostenstruktur der Rüstungsproduktion nachhal-

tig beeinflussen. Welche Folgen hat dies für die Beziehung zwischen Rüstungs- und Umweltsektor, wenn bedacht wird, daß auch für die Herstellung von Umwelttechnologie zusätzliche Rohstoffe und Energie benötigt werden (stoffliche Verwendungskonkurrenz)?

Diese Frage provoziert andere: Welche Klassen und Schichten haben die Weltkriege finanziert, deren sozial-ökologische Folgelasten getragen und finanziert (Wiederaufbau zerstörter Städte, Produktionsanlagen und Infrastrukturen; Lastenausgleichsprogramme; dauerhafte Gesundheitsschäden und psychische Spätfolgen)? Wie stellt sich die klassenspezifische Verteilung von Rüstungs- und Umweltlasten in Friedenszeiten dar?

In welchem Maße entzog bzw. entzieht der Rüstungssektor dem akkumulationsfähigen Kapital, den entwicklungsfähigen Sozial- und Bildungsbereichen sowie den dringend gebotenen Entwicklungshilfeprogrammen knappe Ressourcen?

f) Bislang fördert das politische System (Staat) die widersprüchlichen sozialökologischen Produktions-, Verteilungs- und Verwendungszusammenhänge. Welche Bedeutung haben innerhalb dieses Bedingungsgefüges die wachstumskorrigierenden Sozial-, Finanz-, Umwelt- und Rohstoffpolitiken? Bieten die vorliegenden Konzepte über regionale und sektorale Strukturpolitik, wie sie vor allem innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erörtert werden, einen wichtigen Erklärungsansatz?

Sicher wäre es in diesem Zusammenhang nötig, die Politik beeinflussende (verändernde) Relevanz der Ökologiebewegung im Umwelt- und Friedenssicherungsbereich genauer zu bestimmen.

Nachbemerkung

Ende November 1978 fand in Germersheim eine Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) statt, in deren Verlauf die „Arbeitsgruppe gegen zivile und militärische Nutzung atomarer Anlagen" einen Sachantrag erarbeitete, der, nach seiner Annahme durch das BBU-Plenum, nicht nur das umweltpolitische und handlungsorientierende Selbstverständnis des Verbandes nachhaltig beeinflussen dürfte[43]). Von den Massenmedien wurde der Beschluß nur verkürzt, als „Kernwaffenlager-Beschluß", dargestellt. Die treffsicherste Kommentierung blieb ausgerechnet dem „Bayernkurier" vorbehalten, dessen Interpret des umweltpolitischen Tagesgeschehens richtig formulierte: „Die Grünen bekennen Farbe".[44])

Zwar nach Ansicht des „Bayernkurier" die falsche, weil eher rote Farbe, aber die umweltpolitischen Konsequenzen der Farbbestimmung werden so unrichtig nicht dargestellt. Den Austritt aus der NATO hat die BBU-Mitgliederversammlung, entgegen einer Behauptung im Kommentar des „Bayernkurier", indes nicht gefordert. Die tatsächlich beschlossenen Programmpunkte sind

43) Über die BBU-Bundesversammlung berichtet ausführlich: „bbu-aktuell", 7/1979, S. 16–19.
44) „Bayernkurier" v. 9. 12. 1978, S. 2.

gleichwohl brisant genug. Da sie wichtige Ansätze für die Neuformulierung eines problemadäquaten Umweltprogramms enthalten und, unabhängig von uns, weiter oben erörterte Defizite herrschender Umweltprogrammatik benennen, mag ihre vollständige Präsentation sinnvoll erscheinen:

„1. Der BBU wendet sich gegen zivile und militärische atomare Anlagen in allen Ländern der Erde. Der BBU fordert eine allgemeine atomare Abrüstung.

2. In bbu-aktuell soll noch stärker als bisher über die Zusammenhänge zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomkernspaltung berichtet werden.

3. Die MV fordert den neuen Vorstand auf, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Gruppen und Verbänden der Friedensbewegung zu prüfen – mit dem Ziel eines gemeinsamen Kongresses zum Widerstand gegen zivile und militärische Anwendung der Atomkernspaltung.

4. In Zusammenarbeit mit Friedensforschern soll eine Karte ‚Das nukleare Deutschland' mit zivilen und militärischen Anlagen erarbeitet und den Mitgliedsgruppen des BBU zugeleitet werden. Es soll gekennzeichnet werden, ob es an den jeweiligen Standorten Widerstandsgruppen bzw. -Aktionen gibt.

Die Mitgliedsgruppen des BBU werden gebeten, ihre Erkenntnisse über atomare Anlagen in die Arbeit der Karte einzubringen.

5. Die MV spricht sich gegen die Lagerung atomarer Waffen auf deutschem Gebiet aus.

6. Insbesondere fordert der BBU die Bundesregierung auf, dem Beispiele Hollands und Dänemarks zu folgen und sich gegen die Herstellung von Neutronenwaffen einzusetzen."[45])

45) „bbu-aktuell", a.a.O., S. 17.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

Frank Niess

Geschichte der Arbeitslosigkeit

Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe
Ein Handbuch
260 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung"?

Zur Auseinandersetzung um Neofaschismus, „Kristallnacht" und Holocaust

Von Dierk Joachim, Bernhard Keller und Volker Ullrich

Die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik ist gegenwärtig in starkem Maße von Fragen bestimmt, die die faschistische Vergangenheit und Erscheinungen der Neofaschismus betreffen. Ausgelöst durch die anhaltende Hitler-Nostalgie und neonazistische Vorfälle einerseits und öffentliche Ereignisse wie die Gedenkfeiern zur „Reichskristallnacht" und die Fernsehserie „Holocaust" andererseits, machen sich in der Bevölkerung Betroffenheit und Informationsbedürfnisse bemerkbar. Insbesondere die jüngere Generation möchte mehr über Ursachen und Folgen der NS-Herrschaft erfahren. Aus der Vergangenheit herrührende, längst verdrängte Fragen wie die Verfolgung von NS-Verbrechen oder die NSDAP-Mitgliedschaft von führenden Politikern in der Bundesrepublik rücken wieder in den Vordergrund der politischen Diskussion. Deuten diese Vorgänge einen Wandel in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart an, vollzieht sich in der Bundesrepublik eine späte „Vergangenheitsbewältigung"? Mit dem vorliegenden Beitrag, der darauf eine Antwort zu geben versucht, knüpfen die Verfasser an ihren Aufsatz über „Neofaschismus in der Bundesrepublik" in Heft 5/1978 der „Blätter" an. D. Verf.

I

Die vor einem Jahr unter dem Titel „Neofaschismus in der Bundesrepublik. Aktivität, Ideologie und Funktion rechtsextremer Gruppen" in dieser Zeitschrift von uns dargestellten und analysierten Tendenzen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik haben sich in der Zwischenzeit fortgesetzt. Während das Lager der sogenannten Alten Rechten weiterhin durch organisatorische Auszehrung gekennzeichnet ist, haben die neu entstandenen neofaschistischen Gruppierungen ihre Aktivitäten verstärken können. Der Niedergang der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) hält unvermindert an. Nur noch ein Drittel der knapp 9000 Mitglieder leisten aktive Parteiarbeit. In einem internen Rundschreiben mußte die Parteiführung eingestehen, daß die NPD „kein politischer Faktor" mehr sei und „keine gesellschaftliche Relevanz" mehr besitze[1]). Auf dem 12. Bundesparteitag der NPD im November 1978 stimmten die Delegierten einem Antrag des Parteivorstands zu, sich nicht an den Europawahlen im Juni 1979 zu beteiligen. Mit-

1) Betrifft: Verfassungsschutz '77, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1978, S. 25 (künftig zit.: Verfassungsschutz '77).

gliederschwund und leere Parteikasse erlauben es der NPD auch nicht mehr, sich bei kommenden Landtags- und Kommunalwahlen überall zur Wahl zu stellen[2]).

Sind bei den älteren Mitgliedern der NPD offenbar resignative Tendenzen weit verbreitet, so gilt dies nicht für die Jugendorganisation der Partei, die „Jungen Nationaldemokraten" (JN), die sich als die eigentliche Kerntruppe der NPD begreifen. Die bereits 1977 deutliche Tendenz der Annäherung der JN an Ziele und Aktionsweisen erklärter Neofaschisten hat sich – wie der Verfassungsschutzbericht feststellt – „auch 1978 zunehmend verstärkt"[3]). In Publikationen der JN, wie z. B. „Der Pfeil", werden offen faschistische Töne angeschlagen: „Eine von internationalen Bonzen ferngesteuerte Verbrecherbande hat sich in Deutschland festgefressen wie Krebs. Ihr Auftrag: Endlösung durch Vergiftung und Terrorisierung des Deutschen Volkes . . . Es muß endlich aufgeräumt werden mit dem Raub- und Mordgesindel. Dazu sind wir Jungen Nationaldemokraten bereit."[4]) Die Jungen Nationaldemokraten predigen nicht nur Gewalt, sondern zeigen sich auch bereit, diese in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern zu praktizieren, so z. B. beim NPD-Treffen in Frankfurt am 13. August 1978, wo sie Gegendemonstranten mit Pflastersteinen bewarfen und dabei u. a. einen AP-Fotografen schwer verletzten[5]). Auch während des Bundeskongresses der JN in Nürnberg Ende Oktober 1978 wurden antifaschistische Demonstranten brutal zusammengeschlagen[6]). Die gestiegene Bereitschaft zur Gewaltanwendung entspricht einem allgemeinen Trend in der rechtsradikalen Szene der Bundesrepublik, deren Erscheinungsbild in wachsendem Maße von neonazistischen Aktivistengruppen bestimmt wird. Diese Gruppen erhalten weiterhin Zulauf; der Verfassungsschutz schätzt inzwischen die Zahl der in ihnen zusammengeschlossenen Mitglieder und Anhänger auf ca. 1000[7]), wobei die Dunkelziffer nicht unerheblich sein dürfte. Der größte Teil der „rechtsextremistischen Ausschreitungen", die 1978 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal beträchtlich zugenommen haben[8]), geht auf das Konto dieser Gruppen.

Der Charakter der neonazistischen Aktivitäten hat im Laufe des Jahres 1978 eine entscheidende Veränderung erfahren. Längst begnügen sich die Neonazis nicht mehr damit, in Nacht- und Nebelaktionen Hakenkreuze zu schmieren, jüdische Friedhöfe oder KZ-Gedenkstätten zu schänden oder Anschläge auf linke Buchläden und kommunistische Parteibüros oder Gewerkschaftseinrichtungen zu verüben. Vielmehr suchen sie in aller Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, wobei auch Konfrontationen mit der Polizei durchaus nicht gescheut werden. So lieferten Ende Juli vergangenen Jahres rund 100 Neonazis in Lentföhrden bei Hamburg der Polizei eine Saalschlacht, als diese

2) Vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 20. 11. 1978; „Die Zeit" v. 24. 11. 1978.
3) Verfassungsschutz '77, S. 27.
4) Zit. in: Eckart Spoo, Nur das Wort Jude kommt nicht vor, in: FR v. 2. 11. 1978. – Vgl. auch die Zitatensammlung in: Rechtsradikale Jugendorganisationen. Beiträge und Dokumentation, PDI-Sonderheft 8, München 1979, S. 46–50.
5) FR v. 14. 8. 1978.
6) FR v. 30. 10. 1978.
7) Verfassungsschutz '77, S. 17, Anm.
8) Vgl. FR v. 5. 2. 1979.

versuchte, eine verbotene Hitler-„Gedenkfeier", zu der die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) unter Michael Kühnen aufgerufen hatte, aufzulösen. Bei den Auseinandersetzungen erlitten einige Polizeibeamte teilweise schwere Verletzungen[9]).

Die Bereitschaft, durch spektakuläre und öffentlichkeitswirksame Aktionen für die neonazistischen Zielsetzungen einzutreten, geht einher mit einer zunehmenden Neigung zur terroristischen Gewaltkriminalität. Bereits Ende Juli 1978 hatte der Sicherheitsexperte der SPD-Bundestagsfraktion Heinz Pensky in einem aufsehenerregenden „Vorwärts"-Artikel davor gewarnt, daß neonazistische Gruppen „ihr Waffenarsenal klammheimlich aufgerüstet" hätten. Dabei würden sie sich immer mehr an der „Logistik der RAF-Terroristen" orientieren[10]). In der Tat gehören Überfälle auf Banken und Bundeswehrdepots inzwischen zum kriminellen Repertoire neonazistischer Gruppen, die sich in konspirativ arbeitenden Zirkeln zusammenschließen. Immer häufiger stoßen Polizeibeamte und Verfassungsschützer bei Durchsuchungen von Wohnungen militanter Rechtsradikaler auf Waffen, Munition und Sprengstoff. In einer vertraulichen Polizeistudie vom Dezember 1978 werden allein 18 solcher Fälle aus den letzten Monaten aufgeführt[11]). Ihren bislang größten Waffenfund machte die Polizei Anfang Februar dieses Jahres bei einer „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Ostwestfalen-Lippe". Hier wurden fünf Maschinenpistolen, fünf Karabiner, ein Sturmgewehr, je vier Pistolen und Revolver und 600 bis 700 Schuß Munition sowie 8 Kilogramm Sprengstoff beschlagnahmt[12]).

Daß Neonazis mittlerweile mit Attentaten nicht nur drohen, sondern diese auch ausführen können, bewiesen im Januar dieses Jahres die beiden Sprengstoffanschläge auf den Rundfunk- und Fernsehsender Koblenz des Südwestfunks und einen Fernmeldeturm bei Nottuln im Münsterland. Die Anschläge richteten sich gegen die Ausstrahlung einer Sendung über die „Endlösung", die als Vorbereitung für die „Holocaust"-Serie gezeigt wurde. Mit dieser Aktion ist auch für Bundesinnenministerium und Verfassungsschutz deutlich geworden, daß die neonazistischen Gruppen „zu einer neuen, gefährlichen Dimension politischer Kriminalität" übergegangen sind[13]).

So wichtig es ist, die Veränderungen im Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik genauestens zu registrieren, so sollte man doch vermeiden, die neonazistischen Gruppierungen zu einem Bild des Schreckens hochzustilisieren. Die berechtigte Empörung darüber, daß solche Gruppen 30 Jahre nach dem Ende der faschistischen Herrschaft in einem Teil Deutschlands wieder ihr Unwesen treiben können, darf nicht dazu verleiten, die von ihnen ausgehenden Gefahren zu überzeichnen. Der Neofaschismus ist, wenngleich er sich an

9) „Hamburger Abendblatt" v. 24. 7. 1978; FR v. 24. 7. 1978; „Der Spiegel" v. 31. 7. 1978.
10) „Vorwärts" v. 6. 7. 1978.
11) FR v. 12. 12. 1978.
12) „Hamburger Abendblatt" v. 3. 2. 1979; FR v. 6. 2. 1979. – Nach Berichten der „Zeit" und des „Stern" war das Treiben dieser „Wehrsportgruppe" den Einwohnern der Weserdörfer Stahle und Albaxen längst bekannt (vgl. „Die Zeit" v. 16. 2. 1979; „Stern" v. 15. 2. 1979).
13) „Hamburger Abendblatt" v. 20./21. 1. 1979; FR v. 20. 1. 1979; „Die Welt" v. 20. 1. 1979.

den Symbolen und der Ideologie des „historischen" Faschismus ausrichtet, ein Produkt gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme der Bundesrepublik und deshalb auch nur aus diesen erklärbar (was natürlich nicht heißt, daß man die ideologische Kontinuität, in der die neonazistischen Gruppen stehen, außer acht läßt). Kennzeichnend ist ja, daß sich die Mitglieder dieser Gruppen fast ausschließlich aus noch jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren rekrutieren. Leider gibt es bislang keine empirischen Untersuchungen darüber, wie hoch die Korrelation zwischen arbeitslosen oder aus anderen Gründen in ihrer Lebensperspektive verunsicherten Jugendlichen und deren (Neo)Faschismus-Potential ist. Doch gibt es bereits Anhaltspunkte für folgende Hypothese: „Junge Menschen, die sich abseits der Gesellschaft befinden und das Gefühl haben, von Politikern, Gewerkschaften und sonstigen Institutionen im Stich gelassen zu werden, erweisen sich als besonders gefährdetes Rekrutierungsfeld faschistischer Ideen. Für sie, die vermeintlich Vergessenen und Vertrösteten, stellen nazistische Kampfparolen und Drohungen gegen die demokratische Ordnung so etwas wie eine positive Perspektive dar. Ihre zerrüttete wirtschaftliche Basis, die fehlende existentielle Sicherheit gibt somit der ideologischen Anfälligkeit zahlreicher Jugendlicher erst die reale Motivation, den Nährboden zum rechtsextremistischen Handeln."[14]) Künftige Untersuchungen über den Neofaschismus sollten stärker als bisher das ökonomische und soziokulturelle Entstehungsfeld berücksichtigen. Nur so läßt sich eine Überschätzung neofaschistischer Gruppen als realer politischer Faktor und eine Unterschätzung des gesellschaftlichen „Nährbodens" autoritärer bzw. faschistoider Denk- und Verhaltensweisen umgehen.

II

Während das Verhalten von Politikern und staatlichen Behörden vor einem Jahr noch überwiegend durch den Versuch bestimmt war, Erscheinungen des Neofaschismus zu verharmlosen und zu verdrängen, ist inzwischen eine deutliche Veränderung festzustellen. Bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichts im Juli 1978 räumte der neue Innenminister Baum (FDP) ein, daß die zunehmende Bereitschaft der Neonazis zu bewaffneter Gewaltanwendung „Anlaß zur Besorgnis" sei; im Verfassungsschutzbericht wird der Rechtsextremismus erstmals als „Gefahrenherd für die öffentliche Sicherheit" eingestuft[15]). Diese revidierte Einschätzung ist sicher nicht nur eine Reaktion auf die neuen Entwicklungen im rechtsradikalen Lager selbst, sondern geht auch zurück auf die Proteste der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland gegen das Ansteigen neonazistischer Tendenzen. So äußerten die Delegierten des 11. DGB-Bundeskongresses Ende Mai 1978 in Hamburg ihre Besorgnis über die zunehmenden Aktivitäten neofaschistischer Gruppen, „die wie Giftpilze aus dem Boden schießen", und forderten die Ausschöpfung aller

14) Hartmut Castner/Thilo Castner, Schuljugend und Neo-Faschismus – ein akutes Problem politischer Bildung, in: „aus politik und zeitgeschichte". Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 44/78 v. 4. 11. 1978, S. 43. – Vgl. dazu auch: Gudrun Ullrich-Hadeler und Volker Ullrich, Neofaschismus in der Schule – eine Gefahr? (soll im April-Heft der Zeitschrift „päd. extra" erscheinen).
15) Verfassungsschutz '77, S. 4 u. 59.

rechtlichen Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung[16]). Auf lokaler Ebene arbeiten inzwischen Vertreter der Gewerkschaften, der SPD, fortschrittlicher Jugendorganisationen und der Kirchen mit anderen demokratischen Kräften in antifaschistischen Arbeitskreisen und Aktionsbündnissen zusammen. Sie können als einen Erfolg buchen, daß in verschiedenen Fällen Stadtverwaltungen in letzter Zeit sich zu einem Verbot von Kundgebungen der NPD und anderer rechtsradikaler Organisationen entschlossen haben.

Trotz ermutigender Anzeichen für ein wachsendes Problembewußtsein in der Öffentlichkeit kann kaum davon gesprochen werden, daß die Einstellung führender Politiker – sowohl der Regierungskoalition wie der Opposition – und der staatlichen Behörden gegenüber dem Neofaschismus sich grundlegend gewandelt hätte. Auch für Innenminister Baum hat nach wie vor „die Bedrohung unserer inneren Sicherheit durch den Rechtsextremismus quantitativ und qualitativ nicht das gleiche Gewicht wie durch den Linksextremismus"[17]). Solche stereotypen Feindmarkierungen können Politiker der Unionsparteien freilich nicht daran hindern, der Regierung vorzuwerfen, sie bausche die Gefahr des Neofaschismus bewußt auf, um von angeblich viel ernsteren Gefahren des „Linksextremismus" abzulenken. In einer Anfrage vom November 1978 verlangte die CDU/CSU-Fraktion von der Regierung Auskunft darüber, wie die verfassungsfeindliche Zielsetzung rechtsextremistischer Organisationen im einzelnen begründet werde. In seiner Stellungnahme zur Antwort des Innenministers warf sich der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU, Benno Erhard, zum Fürsprecher der NPD auf: Der gegen sie erhobene Vorwurf „mangelnder Distanz zum Nationalsozialismus" sei zu schwammig und trage nichts zur politischen Auseinandersetzung bei[18]). Solche Verlautbarungen genügen, um das Bedauern von CDU-Sprechern darüber, „daß sich die demokratischen Parteien unseres Landes bei der Abwehr des Linksextremismus nicht zur gleichen Solidarität zusammenfinden wie bei der Abwehr des Rechtsextremismus"[19]), als bloße Demagogie kenntlich zu machen. Was im übrigen von der praktischen Solidarität der CDU im Kampf gegen den Rechtsradikalismus zu halten ist, läßt sich beispielsweise an der Tatsache ablesen, daß bei dem West-Berliner Auftritt des Führers der rechtsextremistischen türkischen MHP-Partei, Türkesch, dessen „Graue Wölfe" nicht nur für zahlreiche politische Morde in der Türkei verantwortlich sind, sondern zunehmend auch türkische Arbeiter in der Bundesrepublik terrorisieren[20]), drei Berliner CDU-Abgeordnete in der ersten Saalreihe als „christlich-demokratische Freunde" begrüßt werden konnten[21]). Weiterhin gilt für maßgebliche Kräfte der CDU/CSU: Sie distanzieren sich nur verbal vom Neofaschismus, um sich in der Praxis umso nachdrücklicher auf die Hexenjagd gegen die politische Linke konzentrieren zu können.

16) FR v. 26. 5. 1978.
17) „Die Welt" v. 14. 10. 1978.
18) FR v. 18. 1. 1979.
19) FR v. 5. 2. 1979.
20) Zur Tätigkeit der „Grauen Wölfe" in der Bundesrepublik vgl. den informativen Bericht von Stefan Klein, Türkenkrieg auf deutschem Boden, in: „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 4. 7. 1978.
21) „Vorwärts" v. 16. 11. 1978.

Für den Bereich der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern läßt sich feststellen, daß sie offenbar wesentlich intensiver als bisher neofaschistische Aktivitäten beobachten. Meldungen über Hausdurchsuchungen und eingeleitete Ermittlungen gegen Neonazis sind an der Tagesordnung. Die Feststellung des Verfassungsschutzberichts, daß die „mit aller Entscheidenheit durchgeführten Maßnahmen" der Sicherheitsorgane stark verunsichernd auf die Aktivisten neonazistischer Gruppen gewirkt hätten[22]), wird allerdings schon durch die gestiegene Zahl der von diesen begangenen Straftaten widerlegt. Eine durchschlagende Wirkung könnten die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen nur haben, wenn die Strafverfolgungsbehörden mitziehen und entschlossen nicht nur gegen neofaschistische Organisationen, sondern auch gegen das subkulturelle Umfeld vorgehen, in dem skrupellose Geschäftemacher die NS-Vergangenheit vermarkten. Dies ist aber bislang keineswegs in ausreichendem Maße der Fall. Aus einer am 1. August 1978 vom Bundesjustizministerium vorgenommenen Auswertung von Erfahrungsberichten der Landesjustizverwaltungen bei der Verfolgung von Straftaten nach den Paragraphen 86 (Verbreiten von Propaganda verfassungswidriger Organisationen) und 86a (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) des StGB geht hervor: In der Zeit vom 1. Januar 1975 bis 31. Juli 1978 waren insgesamt 750 Straf- und Ermittlungsverfahren anhängig. Obwohl sich der Strafrahmen für beide Paragraphen zwischen Geldstrafe und Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bewegt, wurden in den mehr als dreieinhalb Jahren nur in 38 Fällen Geldstrafen (zwischen 120 und 5400 DM) und nur in 16 Fällen von den Gerichten Freiheitsstrafen verhängt. Lediglich in zwei Fällen (je einmal 15 Monate bzw. 6 Wochen) mußten die Verurteilten die Strafe verbüßen. In den übrigen 14 Fällen (die Urteile lagen zwischen 4 und 9 Monate Freiheitsstrafe) wurde die Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt[23]).

Wie lückenhaft die Strafverfolgungspraxis im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Paragraphen 86 und 86a ist und wie unterschiedlich die Staatsanwaltschaften in den einzelnen Bundesländern dabei verfahren, mögen einige Fälle der letzten Zeit illustrieren: Während das Landgericht in Karlsruhe die Beschlagnahme von Flugzeugmodellen der ehemaligen Wehrmacht mit Hakenkreuzsymbolen billigte[24]), wies die Frankfurter Staatsanwaltschaft eine Anzeige der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegdienstgegner" gegen das Zeigen von Nazi-Emblemen auf Spielzeugen ab. Sie vertrat die Auffassung, daß die Abbildung von Hakenkreuzen nur strafbar sei, wenn sie gezielt und zu Propagandazwecken eingesetzt werde[25]). Das Schöffengericht in Lüdinghausen verurteilte einen „Versandhändler", der mit einem großen Posten nachgemachter SS-Dolche ins erfolgversprechende Geschäft mit Nazisymbolen einsteigen wollte, wegen Vergehen gegen § 86a zu 4000 Mark Geldstrafe[26]). Dagegen blieben Anzeigen gegen ein Münchener Auk-

22) Verfassungsschutz '77, S. 17.
23) FR v. 9. 9. 1978.
24) FR v. 15. 1. 1979.
25) FR v. 1. 2. 1979.
26) „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 3. 8. 1978.

tionshaus, das ständig NS-Objekte, darunter auch einen Judenstern samt Kennkarte des Trägers mit Foto zu einem Preis von 335 Mark, anbot, erfolglos. Das bayerische Justizministerium teilte auf eine Anfrage der SPD mit, es sei nicht zu widerlegen gewesen, daß der Verkauf solcher Gegenstände „nur zu wissenschaftlich-historischen Zwecken" erfolge, und für diesen Fall gebe es im Strafgesetzbuch eine Ausnahmeregelung[27]).

Überhaupt scheinen die bayerischen Justizbehörden am ehesten bereit zu sein, gegenüber dem Handel mit Emblemen und Souvernirs aus der NS-Zeit beide Augen zuzudrücken. In der bayerischen Justizvollzugsanstalt Kaisheim bei Donauwörth mußten Häftlinge 200 000 Prospekte des „Verlages für geschichtliche Dokumentation" in Hamburg eintüten, in denen für einen Auswahl-Nachdruck der Propaganda-Illustrierten des ehemaligen Oberkommandos der Wehrmacht geworben wurde. Ihre eigentliche Brisanz erhielt diese Sendung durch einen Begleitbrief des Verlegers Alexander Jahr, in dem dieser Überlegungen anstellte, wie die vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit über die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" in letzter Zeit verstärkt veranlaßten Indizierungen von NS-Schriften und -Schallplatten künftig unterlaufen werden könnten[28]). Das bayerische Justizministerium sprach – nachdem der Vorfall publik geworden war – von einer „gewissen Ungeschicklichkeit" der Anstaltsleitung[29]). Zurückhaltend bei der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Propaganda zeigten sich auch Frankfurter Justizbehörden. Eine Anzeige des Schriftstellers Jürgen Roth gegen den Urheber einer neonazistischen Hetzschrift wurde solange verschleppt, bis der Fall verjährt war. Statt dessen handelte sich Roth selbst ein Ermittlungsverfahren wegen Verletzung von § 201 StGB ein, weil er als Beisstück der Polizei ein Tonband mitgeliefert hatte, das er insgeheim bei einem Gespräch mit demselben Neonazi hatte mitlaufen lassen[30]).

Die Nachlässigkeit, mit der viele Strafverfolgungsbehörden gegen neonazistische Umtriebe ermitteln, steht in einem bezeichnenden Kontrast zur Akribie, mit der sie gegen Antifaschisten, die z. B. bei Demonstrationen in Auseinandersetzungen mit der Polizei verwickelt wurden, vorgehen. In Hamburg mußten sich seit Mai 1978 neun Antifaschisten, die im August 1976 gegen einen internationalen Faschistenkongreß in Hamburg demonstriert hatten, wegen schweren Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt vor Gericht verantworten. Der Prozeß fand unter Bedingungen statt, die einer Vorverurteilung der Angeklagten gleichkamen: verhandelt wurde im Sicherheitssaal des Strafjustizgebäudes, die Angeklagten mußten hinter einer Panzerglastrennscheibe sitzen, als handle es sich bei ihnen um Schwerverbrecher; Polizisten bewachten den Eingang zum Gerichtssaal mit Maschinenpistolen im Anschlag[31]). Nicht im „öffentlichen Interesse" lag es dagegen für

27) „die tat" v. 25. 8. 1978; FR v. 23. 11. 1978.
28) Karl Heinz Janßen, Großdeutschland auf Glanzpapier, in: Die Zeit v. 12. 1. 1979. – Nach Angabe der Bundesfamilienministerin Huber hat ihr Ministerium seit Mai 1978 bei der Prüfstelle insgesamt 30 Anträge auf Indizierung gestellt, in 23 Fällen mit Erfolg (FR v. 5. 2. 1979).
29) FR v. 3. 2. 1979.
30) FR v. 20. 1. 1979.
31) Vgl. die Broschüre: Informationen zum Hamburger Antifaschistenprozeß, Hamburg 1978.

Hamburgs Staatsanwaltschaft, der Anzeige eines jüdischen Bürgers, der von Neonazis auf offener Straße zusammengeschlagen und in einem antisemitischen Drohbrief übel beschimpft worden war, nachzugehen. „Die Beleidigungen" – so hieß es in der an Zynismus kaum zu überbietenden Antwort der Staatsanwaltschaft – „sind zwar überaus häßlicher Natur, stören aber den Rechtsfrieden über ihren Lebenskreis hinaus nicht." Als „Die Welt" den Fall aufdeckte, sah sich Justizsenator Dahrendorf veranlaßt, sich bei dem Betroffenen für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft zu entschuldigen und die Wiederaufnahme der Ermittlungen anzuordnen[32]).

Solche skandalösen Vorfälle wie in Hamburg geben dem Kölner Autor Henryk M. Broder recht, der in einem Programmheft der Kamerner Volkshochschule einen Vortrag über „Die Neonazis und ihre öffentlichen Sympathisanten" so ankündigte: „Im Umgang mit Alt- und Jungnazis aller Art legen deutsche Gerichte viel Geduld und Nachsicht an den Tag. Die wohlwollende Behandlung der NS-Aktivisten durch die Gerichte der BRD macht aus den Strafverfolgern Paragraphentiger mit Samtklauen, die nicht gefürchtet, nicht einmal ernstgenommen werden."[33]) Der nordrhein-westfälische Richterbund empörte sich daraufhin über „die pauschalen Diffamierungen der gesamten Richterschaft" und verlangte juristische Gegenmaßnahmen. Dabei sprechen die Fakten, die Broder selbst in einer Dokumentation über die Behandlung von NS-Aktivisten durch die Gerichte der Bundesrepublik zusammengetragen hat, für sich[34]), und sie lassen sich noch um manche Fälle aus der jüngsten Zeit ergänzen. So wurden in einem Prozeß vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg die Strafen gegen drei der vier angeklagten Neonazis, die im Frühjahr und Sommer 1977 in Hannover Naziparolen geschmiert, NSDAP-Plakate und Aufkleber verbreitet und Antifaschisten mit durchgeladenen Pistolen bedroht hatten, zur „Bewährung" ausgesetzt. Zur Begründung des milden Urteils führte das Gericht aus, daß „die schlimmen Dinge" wohl „aus jugendlichem Unverstand" geschahen. „Offenbar brauchten sie alle ein Gemeinschaftserlebnis. Die Kammer vermag nicht zu sehen, daß sie den aberwitzigen Ideen mit kühlem und klarem Verstand haben folgen können."[35]) Die Nachsicht bundesdeutscher Richter nutzen die Wortführer neonazistischer Gruppen, um – auch hier dem bewunderten Vorbild Hitler folgend – Gerichtsverhandlungen zur Propagandashow umzufunktioniren; so Erwin Schönborn, der Chef des „Kampfbundes deutscher Soldaten", der im November 1978 zu einer lächerlichen Geldstrafe von 1200 Mark verurteilt wurde[36]), so auch Michael Kühnen, eine Leitfigur gerade der jungen Neofaschisten, der im Februar dieses Jahres in Hamburg vor Gericht stand und sich in einer langen Erklärung zum „revolutionären Nationalsozialismus" bekennen durfte[37]). Das Hamburger Landgericht fällte kein Urteil gegen Kühnen,

32) „Die Welt" v. 13. u. 14. 11. 1978; „Der Spiegel" v. 20. 11. 1978.
33) FR v. 10. 8. 1978; „die tat" v. 15. 9. 1978.
34) Vgl. Henryk M. Broder, Deutschland erwacht. Die neuen Nazis – Aktionen und Provokationen, Köln 1978, S. 10ff.
35) „die tat" v. 17. 11. 1978; „Die Welt" v. 7. 11. 1978.
36) „die tat" v. 1. 12. 1978.
37) FR v. 2.2. 1979.

sondern überwies das Verfahren an das Oberlandesgericht Celle, wo die Bundesanwaltschaft Klage gegen Kühnen und fünf weitere militante Neofaschisten wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung erhoben hat[38]). Man darf gespannt sein, wie dieser Prozeß ausgehen wird.

III

Am 9. November 1978 jährte sich zum 40. Male die sogenannte „Reichskristallnacht", jene Nacht, in der im faschistischen Deutschland überall Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung entfacht wurden. Die Gedenkfeiern zur Wiederkehr dieses Tages fanden in der Bundesrepublik ein ungewöhnliches Echo. In vielen Städten wurden Kundgebungen, Schweigemärsche und Mahnwachen zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus durchgeführt; zahlreiche Informationsstände, Ausstellungen und Filmveranstaltungen informierten über Verlauf und Funktion der Judenverfolgung[39]). Allein in Hamburg beteiligten sich über zehntausend Menschen an einem Fackelzug durch das ehemalige jüdische Getto. Vorbereitet und durchgeführt wurden die Aktivitäten von antifaschistischen Arbeitskreisen, der VVN/Bund der Antifaschisten, den Stadt- und Landesjugendringen, Vertretern der Gewerkschaften und Kirchen und anderen demokratischen Kräften. Eine solch breite und besonders von jungen Menschen getragene Bewegung zu einem historischen Jahrestag hatte es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Intention und Bedeutung der Gedenkfeiern lagen darin, daß sie nicht nur an die Verbrechen des Faschismus erinnerten, sondern auch Konsequenzen für die Gegenwart forderten. Auf nahezu allen Veranstaltungen wurden aktuelle Fragen wie der Abbau demokratischer Rechte, die Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen und die Verschleppung von NS-Prozessen aufgeworfen. Vor allem aber wurde auf die Aktivitäten neonazistischer Gruppen hingewiesen und ein entschlossenes Handeln der staatlichen Instanzen gefordert.

Daß die Verbindung historischen Gedenkens mit der Warnung vor dem Neonazismus nur allzu berechtigt war, bewiesen die rechtsradikalen Umtriebe vor und während des Gedenktages. In Völklingen und Seligenstadt (Hessen) wurden Denkmäler für die Opfer der NS-Herrschaft zerstört, in Brestedt (Schleswig-Holstein) Hauswände mit Hakenkreuzen und Naziparolen wie „Juden raus" und „Vergasungslüge" beschmiert, am Universitätsgebäude in Münster und an der Synagoge in Osnabrück antisemitische Losungen angebracht[40]).

Bemerkenswert war die Aufmerksamkeit, die den Gedenkfeierlichkeiten von offizieller Seite zuteil wurde. Die zahlreichen staatlichen Veranstaltungen sowie die ausführliche Berichterstattung in den Massenmedien mußten den politischen Beobachter dieses Landes in Erstaunen versetzen. In Anwesenheit von Bundespräsident Scheel und Bundeskanzler Schmidt wurde in der Kölner Großen Synagoge ein Staatsakt durchgeführt, weitere führende Politiker tra-

38) FR v. 13. 2. 1979.
39) Siehe die Zusammenstellung von Berichten in: „die tat" v. 17. 11. 1978 und 24. 11. 1978.
40) Vgl.: „die tat" v. 17. 11. 1978.

ten auf öffentlichen Kundgebungen auf. Presse, Rundfunk und Fernsehen informierten über die Geschehnisse der „Kristallnacht" und Judenverfolgung, einige Zeitungen berichteten zudem über lokale Vorfälle in jener Zeit. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache rief Scheel die Bevölkerung auf, die Ereignisse des November 1938 nicht zu vergessen. Die Deutschen dürften der Wahrheit nicht ausweichen, „auch dann nicht, wenn sie schmerzlich und beschämend ist". Der Pogrom sei in aller Öffentlichkeit durchgeführt worden, „Millionen von Deutschen haben es gesehen, und sie haben nichts dagegen getan oder nichts tun können"[41]). Die Schulen wurden angewiesen, verstärkt über Nationalsozialismus und Judenverfolgung aufzuklären. Eine solche Aktivität der Behörden hatte es bei früheren Gedenktagen zur „Reichskristallnacht" nicht gegeben. Wo liegen die Gründe für das plötzliche Interesse? Und wie ist dieser Versuch einer Vergangenheitsbewältigung „von oben" zu beurteilen?

Die staatlichen Bemühungen müssen als Reaktion auf die jüngste politische Entwicklung gesehen werden. Das offene und militante Auftreten rechtsextremer Gruppen ließ sich nicht mehr bagatellisieren, im In- und Ausland wurde jetzt vor einem Wiederaufleben des Nazismus gewarnt. Durch die anhaltende öffentliche Diskussion gerieten die politisch Verantwortlichen in Zugzwang. Schließlich hatte auch die Debatte um die Vergangenheit des „furchtbaren Nazijuristen" Filbinger und sein erzwungener Rücktritt im August das öffentliche Bewußtsein sensibilisiert. Nach einer Umfrage des Emnid-Insituts zeigten immerhin 53% der Befragten kein Verständnis für das Verhalten Filbingers als Marinerichter während des Zweiten Weltkrieges; 59% sprachen sich grundsätzlich dagegen aus, daß in der NS-Zeit schuldhaft gewordene Personen heute führende Positionen in der Bundesrepublik innehaben können[42]).

Angesichts der wachsenden Unruhe und Kritik waren die offiziellen Feierlichkeiten neben einem moralischen Schuldbekenntnis darauf gerichtet, die faschistische Vergangenheit als dunkle, aber doch überwundene Epoche darzustellen und mögliche Bedenken hinsichtlich der Gegenwart zu zerstreuen. Auf seiner Ansprache in der Kölner Synagoge betonte Helmut Schmidt, daß mit der Schaffung des Grundgesetzes „ein neuer, ein guter Anfang" gemacht worden sei. Die Bundesrepublik sei der „gerechteste Staat, den es bisher in der deutschen Geschichte gegeben hat"[43]). Weder Schmidt noch andere Repräsentanten der politischen Parteien gingen in ihren Reden auf Erscheinungen des Neonazismus ein. Lediglich die Vertreter der Linken, der Gewerkschaften und der Jüdischen Gemeinden nahmen den Gedenktag zum Anlaß, auf die verstärkte Aktivität rechtsextremer Gruppen in der Bundesrepublik hinzuweisen.

Das von offizieller Seite bekundete Interesse an der „Reichskristallnacht" richtete sich vor allem auf den Bildungssektor. Aufgeschreckt durch neonazi-

41) „Die Welt" v. 9. 11. 1978.
42) „Die Welt" v. 7. 11. 1978.
43) „Unsere Zeit" (UZ) v. 11. 11. 1978.

stische Vorfälle auch an Schulen und durch Umfrageergebnisse, die eine bedenkliche Unkenntnis der Jugendlichen über die faschistische Vergangenheit offenbarten, versuchten die Kultusbehörden, den 40. Jahrestag des Pogroms zu einer großangelegten Aufklärungskampagne zu nutzen. Bereits im Frühjahr 1978 hatte der GEW-Vorsitzende Frister in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK), Walter Braun, zu einer ausführlichen Erörterung des Themas in allen Schulen aufgefordert[44]). Tatsächlich vereinbarte die KMK im Mai eine Anweisung an die Schulen, das Thema Nationalsozialismus mit „besonderer Intensität" zu behandeln und der „unkritischen Hinnahme von verharmlosenden oder verherrlichenden Darstellungen des durch Diktatur, Völkermord und Unmenschlichkeit gekennzeichneten Dritten Reiches" entgegenzuwirken[45]). Allerdings hielt es die KMK nicht für notwendig, von den fragwürdigen „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht" von 1962 und den darauf beruhenden Lehrplänen abzurücken.

Nachdem der Berliner Schulsenator Walter Rasch alle Lehrer und Erzieher dazu aufgerufen hatte, in angemessener Form auf die Verbrechen der Naziherrschaft und die Gefahr neonazistischer Ideologie einzugehen[46]), kündigte der niedersächsische Kultusminister Werner Remmers eine umfassende Aufklärung über die Ereignisse der „Reichskristallnacht" an allen Schulen an[47]). Eine Arbeitsgruppe wurde mit der Erarbeitung von Unterrichtseinheiten zum Themenkreis „Nationalsozialismus, Judenverfolgung und Israel" beauftragt. Die Kultusbehörden anderer Länder reagierten in ähnlicher Form. Der Materialaufwand war beträchtlich: Die Bundeszentrale für politische Bildung versandte ein Informationspapier mit Quellentexten; hinzu kamen die von den Landesbehörden erstellten Unterrichtshilfen, wobei die „Gestaltungsvorschläge und Materialien" des niedersächsischen Kultusministeriums vielfach als Muster dienten[48]); und die Hamburger Landeszentrale für politische Bildung brachte sogar eine Broschüre mit umfangreichem Text- und Bildmaterial heraus[49]).

Die Behandlung des Nationalsozialismus als ministerielle Anweisung an alle Schulen, unterstützt durch aufwendige Materialien – eine solche Aktion hatte es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Sie kann als Erfolg einer demokratischen Öffentlichkeit gewertet werden, die seit Jahren auf das lückenhafte und verzerrte Faschismusbild vieler Schüler hingewiesen hatte[50]), von den bildungspolitisch Verantwortlichen aber nicht ernst genommen wurde. Gleichwohl vermag die von den Behörden verordnete Aufklärungsaktion

44) Erziehung und Wissenschaft", 3/1978, S. 16.
45) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 20. 5. 1978.
46) „Erziehung und Wissenschaft", 5/1978, S. 4.
47) „Erziehung und Wissenschaft", 7/1978, S. 3f.
48) Abgedruckt im Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen, Heft 8/1978.
49) Peter Freimark, Wolfgang Kopitzsch: Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumentation zur „Kristallnacht", Hamburg 1978.
50) Die 40. Wiederkehr der „Reichsrkistallnacht" hat diesen bedenklichen Zustand nur bestätigt: Nach einer Repräsentativumfrage unter Hauptschülern der Abgangsklassen erklärten 68,5%, daß ihnen der Begriff „Reichskristallnacht" nichts sage. Auf die Frage, ob man heute noch an die Judenverfolgung erinnern sollte, antworteten 56,4% mit Nein.

nicht zu befriedigen. Wie eine kritische Durchsicht ergibt, enthalten die Unterrichtshilfen zwar eingehende und sachlich einwandfreie Informationen über Anlaß, Verlauf und Folgen der „Reichskristallnacht", ferner über den Stellenwert des Pogroms in der gesamten Judenverfolgung und über die nationalsozialistische Rassenideologie, doch bleiben wesentliche Aspekte wie z. B. die politisch-ideologische Funktion des Antisemitismus ungeklärt. Die isolierte und intensive Behandlung des Themas birgt zudem die Gefahr, daß der Faschismus auf Antisemitismus reduziert wird und als bloßes „Unrechtsregime" erscheint. Die behördlichen Anweisungen und Materialien enthalten auch keinerlei Hinweise auf Erscheinungen des Neonazismus, obgleich dieser Tatbestand die Aufklärungsaktion gerade mit veranlaßt hatte. Ein Gegenwartsbezug wird nur insoweit angestrebt, als die Schüler einerseits die moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung des geschehenen und Verhinderung neuen Unrechts und anderseits die Aufbauleistung der Juden im Staat Israel anerkennen sollen.

Angesichts dieser Mängel war es keineswegs überflüssig, wenn u. a. von gewerkschaftlicher Seite – eine ergänzende und alternative Aufklärungsarbeit betrieben wurde. So führte die GEW in der Frankfurter Paulskirche eine Kundgebung „40 Jahre nach der Reichskristallnacht" durch, mit der sie zugleich eine Bundesfachtagung „Erziehung für die demokratische Gesellschaft" eröffnete[52]. In den Beiträgen wurde hervorgehoben, daß die Aufarbeitung des Nationalsozialismus im Unterricht nur durch Darstellung und Verständnis der antidemokratischen Traditionen und sozialökonomischen Ursachen gelingen könne. Der IG Metall-Vorsitzende Eugen Loderer etwa wies „darauf hin, daß die Hitler-Faschisten mit finanzieller und politischer Unterstützung deutscher Unternehmer und weiter Teile des Besitzbügertums" an die Macht gekommen seien. Ein Beispiel für den gewerkschaftlichen Beitrag zur schulischen Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit sind die von der Hamburger GEW erarbeiteten Unterrichtsmaterialien zur Judenverfolgung und „Reichskristallnacht"[53], die nicht nur eine Darstellung des Novemberpogroms ermöglichen, sondern auch Quellen zur Funktion des Antisemitismus als Herrschaftsideologie, zum Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Atikommunismus und zu aktuellen antisemitischen Vorfällen anbieten.

Die offiziellen Bemühungen zum 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht" waren von den Bemühen bestimmt, dem durch öffentliche Diskussion und Kritik entstandenen Legitimationsdruck durch ein deutliches Bekenntnis zu Recht und Menschlichkeit Rechnung zu tragen. Die 40. Wiederkehr der „Reichskristallnacht" bot dafür eine willkommene Gelegenheit, weil die moralische Verwerflichkeit der Judenverfolgung außer Frage steht. Ohne auf die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus und neofaschistischer Tendenzen eingehen zu müssen, konnte so das NS-Regime verurteilt und die Bundesre-

51) „Die Welt" v. 20. 7. 1978.
52) „Erziehung und Wissenschaft", 12/1978, S. 5ff.
53) Erarbeitet von: J. Berlin, D. Joachim, W. Kopitzsch und R. Scheppelmann, hrsg. vom Landesverband Hamburg der GEW, Hamburg 1978.

publik als demokratischer Rechtsstaat herausgestellt werden. Gerade die mit großem Aufwand betriebene Aufklärungsaktion in den Schulen erfüllte in dieser Hinsicht eine Alibifunktion.

IV

Die US-Fernsehgesellschaft NBC strahlte in der Woche vom 16. April 1978 an in den Vereinigten Staaten die vierteilige Serie „Holocaust" aus. Die Verfolgung der europäischen Juden als Familiengeschichte inszeniert, die Opfer repräsentiert durch die jüdische Familie Weiss, die Seite der Mörder durch den SS-Juristen Dorf und seine Familie. Die ersten in der Bundesrepublik publizierten Reaktionen auf die US-Ausstrahlung waren fast einhellig ablehnend. „Das Mißtrauen in die stille Kraft des reinen Dokuments ist der Fallstrick dieser Mini-Serie", hieß es etwa – ein Beispiel für viele – in der „Frankfurter Allgemeinen"[54]. Die Kritik an der Trivialisierung war stark beeinflußt durch einen Artikel des Professors Elie Wiesel, selbst Überlebender der Judenverfolgung, der zu dem Ergebnis kommt, daß der Film „versucht, das darzustellen, was sich der Vorstellungskraft entzieht. Er verwandelt ein ontologisches Ereignis in eine Seifen-Oper." Wiesel hält das Werk schlicht für „obszön" [55]).

Eine Änderung dieser Einschätzung bahnte sich an, als im September 1978 der Film im britischen Fernsehen (BBC) lief, die Zuschauer mit Betroffenheit reagierten und sich insbesondere über die an der Ästhetik ansetzenden Kritiker beschwerten.[56]. In der Bundesrepublik begann die Allianz derjenigen, die den Film aus nationalistischen Gründen verhindern, „antideutsche" Tendenzen darin erblicken oder auch nur aus der Bequemlichkeit des Verdrängungsprozesses nicht aufgestört werden wollten, mit den sich als fortschrittlich begreifenden Kritikern und Feuillitonisten, aufzubrechen. Dieses sicher ungewollte „Bündnis" spiegelte sich auch innerhalb der ARD wieder. Nachdem der WDR noch vor der Sendung in den USA die Serie für ca. 1,2 Mio. DM[57]) angekauft hatte, sollte sie im I. Fernsehprogramm ausgestrahlt werden. Auf der Sitzung der Programmdirektoren am 30. Juni 1978 – die Intendanten hatten ihren Kompetenzvorbehalt abgegeben – kam zwar eine schwache Mehrheit für die Ausstrahlung im I. Programm zustande. (WDR, SFB, HR, SDR und der Programmdirektor des Deutschen Fernsehens waren dafür; BR, SWF, SR und NDR dagegen; Radio Bremen enthielt sich[58]). Aus der Furcht, die „Holocaust"-Gegner könnten sich aus dem gemeinsamen Programm ausblenden, verzichtete man auf eine Sendung im I. Kanal und überließ die Serie zunächst dem WDR für seinen regionalen Bereich[59]). Schließlich einigte mansich auf eine Ausstrahlung in der zusammengeschlossenen III. Senderkette.

---

54) FAZ vom 20. 4. 1978, abgedruckt in: Peter Märthesheimer/Ivo Frenzel (Hrsg.), Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm „Holocaust". Eine Nation ist betroffen Frankfurt/Main 1979 (fortan zit. als: Im Kreuzfeuer), S. 39.
55) Elie Wiesel, Die Trivialisierung des Holocaust: Halb Faktum und halb Fiktion, in: „The New York Times" v. 16. 4. 1978, abgedruckt in: Im Kreuzfeuer, S. 25 ff.
56) Vgl. FAZ v. 13. 9. 1978 und FAZ v. 28. 9. 1978.
57) Vgl. „Der Spiegel", 5/1979, S. 23.
58) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" v. 22. 7. 1978, abgedruckt in: epd-Dokumentation „Holocaust: Der Mord an den Juden als Fernsehserie (2)", Frankfurt 1979, S. 24 f.
59) Vgl. „Der Spiegel", 5/1979, S. 23.

Als nach diesen Streitereien die Serie dann in der Woche vom 22. Januar an lief, waren die Einschaltquoten über alle Erwartungen hoch[60]). Die Sehbeteiligung im einzelnen:[61])

1. Folge: ca. 10,5 Mio. Zuschauer; „Anruf erwünscht" rund 3 Mio.
2. Folge: ca. 12 Mio. Zuschauer; „Anruf erwünscht" rund 4 Mio.
3. Folge: ca. 14 Mio. Zuschauer; „Anruf erwünscht" rund 5 Mio.
4. Folge: ca. 14,4 Mio. Zuschauer; „Anruf erwünscht" rund 5,7 Mio.

Insgesamt hatten 20,3 Millionen Bundesbürger, das sind 48,1% der Erwachsenen über 14 Jahre, mindestens eine der Folgen gesehen. (Zum Vergleich: Die Serie „Roots" haben rund 60% gesehen).

Anders als die „verordneten" Gedenkaktivitäten aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Pogrom-Datums konnte der an Trivial-Serien anknüpfende „Holocaust"-Film tatsächlich eine Massenwirksamkeit entfalten. Eine über die unmittelbare, möglicherweise folgenlos bleibende Rezeption hinausgehende Wirkung der Sendung wird deutlich in der – ebenfalls unerwarteten – Flut von Anrufen, insgesamt über 31 000[62]), sowie in der Fülle der publizistischen Auseinandersetzungen und der in fast jeder Zeitung und Zeitschrift geführten ausgiebigen Leserbriefdiskussion. Typisch ist eine große emotionale Betroffenheit, die z. B. eine 17jährige Schülerin so äußert: „Ich habe geweint, geweint, geweint."[63]) Neben solcher Ergriffenheit, die als Reaktion vorherrschte, gab es vielfach distanzierende Äußerungen, die von „alledem" nicht gewußt haben – oder haben wollten – und auch massive Abwehr. Letztere zeigte sich am deutlichsten bei den Versuchen von Neo-Faschisten, die Judenverfolgung als „6-Millionen-Lüge" hinzustellenund von „Holocaust" als einer „Volksverhetzung gegen Deutschland"[64]) zu reden. Eine Abwehrhaltung drückt sich auch in einer „Aufrechnungs-Mentalität" aus, wenn z. B. die Vertriebenenverbände und die Schüler-Union in Bayern fordern, jetzt müsse auch mit ähnlichem Aufwand das Schicksal der Vertriebenen dargestellt werden[65]), oder wenn sich das konkrete historische Faktum verflüchtigt zur Forderung nach Beschäftigung mit Holocausts in aller Welt und zu allen Zeiten. So z. B. in einem Leserbrief in der „Welt", in dem es u. a. heißt: „Das Eis ist gebrochen. Das Weltgewissen findet wieder Zugang zu den bisher einem Komplott des Schweigens verfallenen Holocausts in aller Welt. Um nur einige wenige zu nennen: Die Holocausts an den Armeniern, an den Ukrainern, an den Kulaken . . ."[66]) Neben offenem und latentem Antisemitismus[67]) gab es auch zynische Reaktionen wie die eines Mediziners aus Marl, unkommentiert abgedruckt in der „Frankfurter Allgemeinen": „Eigentlich müßten doch die Filmjuden Hitler und seinen Kumpanen Denkmäler setzten, liefern sie ihnen

60) Vgl. Uwe Magnus und Julius H. Schoeps in: Im Kreuzfeuer, S. 221 und 225.
61) Angaben nach Uwe Magnus, Im Kreuzfeuer, S. 222f.
62) Angabe nach Julius H. Schoeps, Im Kreuzfeuer, S. 230.
63) Leserbrief in: „Der Spiegel", 5/1979, S. 8.
64) So z. B. in einem in Bochum verteilten NPD-Flugblatt.
65) Vgl. FR vom 5.2. 1979 und „Der Spiegel", 5/1979.
66) Leserbrief in: „Die Welt" v. 12. 2. 1979.
67) Vgl. Julius H. Schoeps, Im Kreuzfeuer, S. 226ff.

doch seit 45 Jahren einen nie enden wollenden Stoff für ihre fragwürdigen Machwerke."[68])

Nach „Holocaust" ist zu fragen, welche Auswirkungen sich absehen lassen, welche Anknüpfungspunkte die durch die Sendung freigesetzte Empörung zu einem tatsächlichen Verständnis des deutschen Faschismus bietet und nicht zuletzt, welche Folgen sich abzeichnen im Hinblick auf die Verjährungsdebatte und gegenwärtige neofaschistische Tendenzen.

„War das, endlich doch noch, die Katharsis?"[69]) Mit dieser Frage beginnt der „Spiegel" seine nach der Ausstrahlung erschienene Titelgeschichte. Der Kreis derer, die zu einer positiven Antwort tendieren, ist groß. In der „Frankfurter Rundschau" heißt es vorsichtig formuliert: „Mit Hilfe eines pädagogischen Außenseiters wurden Anstöße gegeben, die im Idealfall bewirken könnten, daß die Nachkriegsversäumnisse einer ganzen Nation aufgearbeitet werden."[70]) In einem Kommentar von Gräfin Dönhoff in der „Zeit" deutet sich dann – nach dem völligen Umschwung in der veröffentlichten Meinung unter dem Eindruck der Wirkung des Films – eine Tendenz an, die moralische Empörung gegen die Bemühungen wissenschaftlicher Erkenntnis auszuspielen, statt beides miteinander zu vermitteln: „An Holocaust zeigt sich auch, daß wissenschaftliche Forschung und intellektuelle Aufbereitung nur oberflächliche Kenntnisnahme von Tatbeständen ermöglicht haben. Erst als die emotionale Seite angeschlagen wurde, ist der Zugang zum Gemüt erschlossen worden. (. . .) Erst die Geschichte der jüdischen Familie Weiß hat diese über dreißig Jahre währende Apathie mit einem Schlage durchbrochen . . ."[71]) Ganz ähnlich Mathias Walden: „Denn wer diese Vergangenheit allein mit dem Verstand zu bewältigen suchte, mußte scheitern. Die Regung des Herzens ist hier die Voraussetzung für die Nachdenklichkeit . . . ‚Holocaust' hat eine Erschütterung in Deutschland ausgelöst. Sie druchbrach die Mauer des Schweigens, Barrieren der Verdrängung und Verwehungen der Gleichgültigkeit. Das hat weh getan. Aber es war eine Wundreiztherapie, die einem Heilungsprozeß vorausgeht."[72]) Sibylle Wirsing stellt in der „Frankfurter Allgemeinen" die Serie als triviale Tragödie emphatisch auf eine Stufe mit der antiken Tragödie und ihrer „Katharsis im fundamentalen Sinn": „Daß wir uns der Wirklichkeit anzunähern versuchen, indem wir sie tragisch verstehen und sie uns menschlich anverwandeln, ist kein fauler Trick. Es geht nicht darum, wie man den Lernprozeß am billigsten ausspart, sondern um das initiale Problem, wie man ihn über das Hindernis einer unvorstellbar monströsen Realität hinweg in Gang bringt."[73])

Dieses „Hindernis einer unvorstellbar monströsen Realität", vor der man begriffslos stehenzubleiben droht und an der dann auch der geforderte Lernprozeß zum Scheitern verurteilt ist, brachte bereits während der „Expertenrun-

68) Leserbrief in der FAZ v. 2. 2. 1979.
69) „Der Spiegel", 5/1979.
70) FR v. 29. 1. 1979.
71) „Die Zeit" v. 2. 2. 1979.
72) „Hör zu", 6/1979.
73) FAZ v. 1. 2. 1979.

de" der Theologe Scholder auf die Formel vom „Verhängnis": „Ich finde, wenn man als Historiker diese Zeit durcharbeitet, dann drängt sich geradezu der Begriff (!) des *Verhängnisses* auf. Es gibt eben keine Theorie, die erklärt, warum in der Weimarer Zeit alle vielleicht rettenden Ereignisse zu spät, zu langsam, zu unentschieden kamen, warum damals nichts gelungen ist. Und es gibt auch keine Theorie, die erklärt, warum umgekehrt Hitler in der ersten Zeit wirklich alles gelungen ist, diese ganze beispiellose Erfolgsserie."[74])

Die Ausstrahlung von „Holocaust" hat einmal mehr die erschreckende Unkenntnis über den deutschen Faschismus deutlich gemacht. Dies zu einer „Bankrotterklärung unserer Schulen und Universitäten"[75]) zu stilisieren, weist auf die Absicht hin, die in der Geschichte und der gesellschaftlichen Struktur der Bundesrepublik liegenden Ursachen für die kaum stattgefundene Auseinandersetzung mit dem Faschismus – wie die Ursachen des Faschismus selbst – aus der Diskussion herauszuhalten. Die Begriffsfeindlichkeit der meisten publizistischen Auseinandersetzungen mit der Rezeption der „Holocaust"-Sendung macht deutlich, daß die Aufgabe der auf die Erhellung und Vermittlung der Ursachen zielenden demokratischen Öffentlichkeit gerade darin besteht, der moralischen Empörung die Anstrengung der Analyse und des Begriffs nachfolgen zu lassen, das „Bündnis" konservativer Publizistik mit der bei bloßer Entrüstung stehenbleibenden Mehrzahl der Zuschauer zu verhindern.

Die Reaktionen von Politikern sind unterschiedlich. Während der bayerische Ministerpräsident Strauß „Anzeichen für eine wachsende anti-deutsche Welle"[76]) sieht, betont die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Hildegard Hamm-Brücher, gerade die Ausstrahlung und Diskussion von „Holocaust" habe den Bundesdeutschen im Ausland „mehr Pluspunkte eingetragen als noch so schöne Kunstdruckplakate"[77]). Und Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte während der Finanzdebatte des Deutschen Bundestages, der Film zwinge zum kritischen, zum moralischen Nachdenken. In gesamtdeutscher Manier fuhr er dann fort: „Eigentlich sollte er auch im anderen Teil Deutschlands gezeigt werden. Auch die Menschen dort haben ein Recht, Anlaß und Stoff zu bekommen, über unsere gemeinsame deutsche Geschichte erneut nachzudenken."[78]) Bundespräsident Walter Scheel war es dann vorbehalten, die Wirkungen der Ausstrahlung auf die Formel zu bringen: „. . . die Serie wirkte auf die große Mehrzahl befreiend, weckte bei der jungen Generation Verständnis und bildete nicht etwa eine Denunziation ihrer Väter."[79])

An diesen Stellungnahmen ist zu erkennen, daß „Holocaust" von politischer Seite funktionalisiert wird in zweifacher Hinsicht: Einmal erhofft man sich eine Aufwertung des Ansehens der Bundesrepublik im Ausland und damit gleichzeitig größere außenpolitische Bewegungsfreiheit, zum anderen wird

74) Klaus Scholder, zit. nach: Im Kreuzfeuer, S. 249.
75) FAZ v. 1. 2. 1979.
76) FR v. 29. 1. 1979.
77) FR v. 22. 2. 1979.
78) Zit. nach: „Hör zu", 6/1979.
79) „Die Welt" v. 18. 2. 1979.

Holocaust
Wie war das möglich?

5. Auflage, 105 Seiten, DM 9,80

388 Seiten, DM 12,80

292 Seiten, DM 12,80

3. Auflage, 538 Seiten, DM 9,80

Fordern Sie bitte unsere Verlagsinformationen an, denen Sie u. a. auch vier weitere Titel zum Thema Faschismus entnehmen können

Für alle im Erziehungs- und Bildungswesen Tätige liefern wir Prüfstücke mit 40% Nachlaß. Bestellen Sie bitte mit Schul- bzw. Institutionsstempel direkt beim Verlag. Kennwort: „Blätter"

Pahl-Rugenstein

damit die Erwartung verbunden, das durch „Holocaust" gezeigte Kapitel der faschistischen Vergangenheit ließe sich durch einen einmaligen Trauerakt bewältigen, nach dem alle Kritik seitens der Nachgeborenen verstummen müsse.

Nach „Holocaust" sah sich auch das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz zu einer Erklärung veranlaßt. Eingangs bezieht man sich dort auf eine These von Eugen Kogon aus der „Expertenrunde", nach der man „totalitäre Systeme" nur bekämpfen könne, bevor sie sich etabliert hätten[80]). Zwar habe man bereits um die Jahreswende 1930/31 die zentralen Aussagen der nationalsozialistischen Weltanschauung für unvereinbar mit der Lehre der Kirche erklärt, sah sich dann aber nach dem 30. Januar 1933 vor folgendes Problem gestellt: „Die Machtergreifung brachte die Kirche in eine schwierige Lage, da über Nacht (!) aus einer lehramtlich verurteilten Bewegung die legale (!) staatliche Obrigkeit geworden war, der man den staatsbürgerlichen Gehorsam schuldete."[81]) Der Abschluß des Konkordats vom 20. Juli 1933 sei so notwendig gewesen, um der „Gleichschaltung" zu entgehen und die „unverkürzte christliche Verkündigung zu sichern". Die Auflösung des Konflikts der christlichen Lehre mit den staatsbürgerlichen Pflichten wird in die „Gewissensentscheidung des einzelnen" verwiesen; die Tatsache, daß die Kirche offiziell zu keinem Exzess gegen die Juden Stellung bezogen hat, wird beklagt und als heute schwer begreiflich bezeichnet. Daß dies ganz so schwer zu begreifen nicht ist, wird erhellt, wenn man sich diejenigen politischen Ziele vergegenwärtigt, die Kirche und NS-Staat verbanden: „Trotz ihrer religiös motivierten Ablehnung des Nationalsozialismus als Weltanschauung haben nämlich viele kirchlich-katholische Würdenträger und Verbände dem 1933 in Deutschland etablierten Staatswesen in manchen politischen Fragen durchaus Sympathien entgegengebracht und haben insofern Hoffnungen in das Dritte Reich gesetzt. Diese positiven Erwartungen bezogen sich darauf, daß der nationalsozialistische Staat, um in den damaligen Ausdrücken zu reden, mit dem Marxismus und Liberalismus aufräumen und Deutschland wieder zu ‚völkischer Größe' bringen werde."[82])

Die aufgeführten begriffs- und analysefeindlichen und offen apologetischen Positionen gilt es, im Gefolge der Holocaust-Empörung zurückzuweisen. Schon jetzt lassen sich positive Auswirkungen der Sendung in dreifacher Hinsicht konstatieren:

Einmal ist die Position der Gegner der Aufhebung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen gestärkt worden. Obwohl sich zunächst einige CDU-Bundestagsabgeordente gegen einen Zusammenhang der „Holocaust"-Diskussion mit der Verjährungsdebatte wandten[83]), haben bis Mitte Februar außer 200 SPD-Bundestagsabgeordneten auch 35 der CDU einen Antrag gegen die Auf-

80) Abgedruckt in: FR v. 10. 2. 1979; vgl. dazu auch: Karlheinz Deschner, Festgeläute zum Geburtstag des großen Führers, in: FR v. 19. 2. 1979.
81) FR v. 10. 2. 1979.
82) Arno Klönne: „Patriotische Pflichten" gegenüber dem NS-Staat?, in: „die tat" v. 2. 3. 1979.
83) So die CDU-MdBs Merten (FR v. 29. 1. 1979) und Sterken („Die Welt" v. 27. 1. 1979).

hebung unterschrieben, von den FDP-Parlamentarien werden mindestens 10 gegen die Aufhebung stimmen[84]). Zum anderen ist der Spielraum der neofaschistischen Gruppierungen, zumindest soweit sie offen antisemitisch auftreten, eingeschränkt worden. So verbot der Münchener Oberbürgermeister Kiesl eine Anti-Holocaust-Provokation der NPD[85]), gegen die dann aber die Polizei – trotz eines entsprechenden Gerichtsbeschlusses – kaum einschritt[86]). Nach der zutage getretenen Empörung der Holocaust-Zuschauer ist zu erwarten, daß ein Teil dieser Empörung sich übertragen wird auf aktuelle (antisemitische) Aktivitäten der Neonazis. So wurden z. B. bei der erwähnten „Anti-Holocaust-Aktion" in München den Flugblattverteilern ihre Pamphlete entrissen. Sie „mußten sich zum Teil wütende Proteste aus den Reihen der Passanten anhören"[87]). Drittens kann jetzt der den Faschismus verharmlosenden oder offen rechtfertigenden „Hitler-Welle" eine mediale Alternative entgegengesetzt werden, die gerade Jugendliche anspricht und ihnen die Verbrechen des Faschismus sinnlich-konkret vor Augen führt. Durch „Holocaust" bietet sich seit langer Zeit wieder die Chance – insbesondere für die im pädagogischen Bereich Tätigen – über die emotionale Betroffenheit hinaus Jugendliche für Fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen, der Realität und den Auswirkungen des Faschismus bis in die Gegenwart hinein zu interessieren. Darin liegt ein – wenn auch nicht der einzige – Anknüpfungspunkt für ein wirksames Konzept zur Bekämpfung des Neofaschismus und seiner gesellschaftlichen Wurzeln.

Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand

Von Harald Jung

Die Vorgeschichte

1909 wird in Nicaragua die liberale Regierung Zelaya, die eine Lockerung der totalen US-Abhängigkeit des Landes anstrebte, mit US-Hilfe gestürzt. In den folgenden Jahren bis 1927 sorgt dann mit kurzen Unterbrechungen – meist als Staatspräsident, bisweilen als graue Eminenz im Hintergrund – der Hauptbuchhalter einer in Nicaragua tätigen US-Bergwerksgesellschaft mit Hilfe

84) Vgl. „Die Welt" v. 16./17. 2. 1979.
85) Vgl. FAZ v. 10. 2. 1979.
86) Vgl. „die tat" v. 23. 2. 1979.
87) „Die Welt" v. 19. 2. 1979.

der US-Marines, die das Land besetzen, für die politische Geschäftsführung im Lande. 1926 – der Buchhalter hatte ein Jahr zuvor nach einem kurzen demokratischen Intermezzo erneut eine gewählte Regierung stürzen lassen – wird das Buchhalterregime, dessen ausschließlich US-Interessen verpflichtete Politik durchaus nicht die Zustimmung aller Fraktionen des nicaraguanischen Bürgertums fand, von einem liberalen, konstitutionalistischen Rebellenheer bekämpft, das die Wiedereinsetzung der gewählten Regierung verlangt. Als der Vormarsch dieses Heeres trotz massiver US-Militärintervention nicht zu stoppen ist, erinnern sich seine Gegner der Macht des Geldes und kaufen im Mai 1927 die liberalen Bürgergenerale des konstitutionalistischen Heeres im wahrsten Sinne des Wortes mit US-Dollars auf. Die Generale kassieren, verdienen sich in ganz Lateinamerika den Titel „vende patrias" (Vaterlandsverschacherer) und beenden ihren Krieg[1]).

Doch im konstitutionalistischen Heer ist auch ein anderer, nichtbürgerlicher Sektor vertreten. Unter dem Land-, Ölfeld-, Bergarbeiter und Benzinverkäufer Augusto Cesar Sandino kämpfen unabhängig von den liberalen Generalen Minen- und Plantagenarbeiter, Peones, Bauern und Kleinpächter. Es ist dieser Sektor, der sich nicht kaufen läßt, der nach wie vor den Abzug der US-Marines verlangt und für dieses Ziel einen fast sechsjährigen, sich zum Volkskrieg ausweitenden Guerillakrieg gegen die US-Marines, die Vaterlandsverschacherer und die nicaraguanische, von den Marines aufgebaute Nationalgarde führt. Ende 1932 sieht Sandino dieses Ziel erreicht: Die Marines sind abgezogen, die ausgeschriebenen Wahlen hat der Liberale Sacasa, ein in die vaterlandsverschachernden Geschäfte nicht verwickelter redlicher Intellektueller, gewonnen. Und Sandino, dessen politischer Kraft als Volksheld und militärischer Kraft als Oberbefehlshaber seiner Armee niemand in Nicaragua mehr etwas entgegensetzen könnte[2]), greift nicht selbst zur Macht, sondern erkennt 1933 die Sacasa-Regierung an, beendet den Krieg, entwaffnet seine Soldaten und löst sein Heer auf.

Während des Krieges waren zum erstenmal in der Geschichte Nicaraguas alle unteren Sektoren des Volkes, die bislang immer nur voneinander geschieden oder unter Führung irgendeiner bürgerlichen Fraktion agiert hatten, als einheitlich, selbständig und unabhängig vom Bürgertum handelndes historisches Subjekt aufgetreten. Und sie waren im Ansatz von Nationalrevolutionären zu Sozialrevolutionären geworden, die begannen, in den von ihnen kontrollierten Gebieten das Wirtschaftsleben nach dem Muster von Kooperativen umzuorganisieren. Nach dem Friedensvertrag führte Sandino dieses soziale Experiment in einigen Landesteilen weiter. Die Sandinisten begannen, ohne sich dessen richtig bewußt zu werden, mit ihren gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen als die privatwirtschaftliche Ordnung zersetzende Keimzelle zu wirken[3]).

---

1) Zur Vorgeschichte s. ausführlich: H. N. Denny, Dollars for Bullets: The Story of American Rule in Nicaragua, New York 1929.
2) Vgl. R. Millett, Guardians of the Dynasty, New York 1977, S. 146f.
3) Zu Sandino s. ausführlich: G. Selser, Sandino – General de Hombres Libres, 2 Bde., Buenos Aires 1959; ders., El Pequeño Ejercito Loco, Cuba 1960.

Im Februar 1934 verhaftet daher die Nationalgarde, nach der Selbstauflösung der Sandinoschen Armee einzige bewaffnete Kraft im Lande, über den Kopf der Regierung hinweg, aber mit Rückendeckung der US-Botschaft, Sandino und einige seiner ehemaligen Generale, erschießt sie auf der Stelle, beginnt dann eine gnadenlose Jagd auf die zerstreuten und entwaffneten Sandino-Anhänger, zerstört die Kooperativen, bringt Hunderte von Familien um, und schließlich, 1936, greift ihr von den USA eingesetzter Oberbefehlshaber selbst zum Präsidentenamt. Sein Name: Anastasio (Tacho) Somoza[4]).

Das Somoza-Regime

Einmal an der Macht, nutzten Anastasio (Tacho) Somoza und nach dessen Ermordung 1956 sein Sohn Anastasio (Tachito) Somoza ihre politischen und militärischen Machtpositionen als Staatspräsident und Oberbefehlshaber der Nationalgarde zu einer beispiellosen Selbstbereicherung. Alle wichtigen öffentlichen Ämter wurden entweder Mitgliedern der Somoza-Familie und ihr ergebenen „Geschäftsfreunden" oder der Nationalgarde unterstellt.

Die Kontrolle dieser Ämter erlaubt dem Somoza-Clan, sich fremde Reichtümer direkt durch politisch abgesicherte Formen von Raub und Diebstahl anzueignen, besonders profitable Wirtschaftszweige für sich selbst zu monopolisieren, sich grenzenlose Konkurrenzvorteile zu verschaffen, dem Bürgertum des Landes ungleiche Tauschgeschäfte aufzuzwingen und sich durch Korruption, Unterschlagung, Veruntreuung, Erpressung, Bestechung, Mord und alle überhaupt denkbaren Formen von Kriminalität zu bereichern[5]). Durch solche Methoden dringt der Clan in nahezu alle Wirtschaftsbereiche des Landes ein und wird dort zur dominierende Kraft, in deren Eigentum mittlerweile rund 60% des Bruttoinlandprodukts (BJP) erzeugt werden[6]).

Dieses Wirken hindert das nicht-somozistische Bürgertum ganz entscheidend an einer eigenen wirtschaftlichen Entfaltung und muß dieses Bürgertum damit notwendigerweise in Widerspruch zur politischen Macht des Clans bringen. Die fortwährend latent vorhandene politische Rebellion des Bürgertums konnte der Clan bis in die erste Hälfte der 70er Jahre jedoch durch im wesentlichen vier Faktoren immer wieder zersetzen: Indem der Clan abwechselnd verschiedene Fraktionen des Bürgertums an seinem „unlauteren Wettbewerb" und seinen kriminellen Bereicherungsmethoden partizipieren ließ, konnte er das Entstehen einer einheitlichen bürgerlichen Oppositionsfront verhindern. Durch eine exportorientierte Wirtschaftspolitik bei gleichzeitigem Abbau der Außenhandelsabhängigkeit von einem Land (den USA) und einer erfolgreichen Diversifikation der Exportproduktion erzielte der Clan in Nicaragua ein für Zentralamerika bemerkenswertes Wirtschaftswachstum

4) Vgl. J. Wheelock Román, Imperialismo y Dictatura, Mexico D.F. 1975, S. 79ff.; R. Millett, a.a.O., S. 169–188.
5) Nach dem verheerenden Erdbeben in Managua Ende 1972 z. B. strich der Clan und die Nationalgarde fast die gesamten eintreffenden internationalen Hilfsgüter und -gelder ein. Somoza persönlich soll über 250 Mio. Dollar veruntreut haben. Die Nationalgarde zog plündernd und raubend durch die zerstörte Stadt. (Vgl. R. Millett, a.a.O., S. 236ff.)
6) Im einzelnen: Nicaragua: how the local boys made good, in: „Latin America Economic Report", London, v. 27. 1. 1978.

und kam damit den Interessen des Bürgertums entgegen. Die totale Repressionspolitik gegenüber der Arbeiter- und Bauernschaft hielt deren Forderungen zurück und entsprach damit durchaus dem kurzfristigen Interesse des Bürgertums. Und viertens konnte die Diktatur kurz- und mittelfristig die revolutionären Bewegungen niederhalten und kam damit dem Bürgertum als Ordnungsgarant gelegen.

Zur Absicherung seiner Machenschaften braucht der Clan eine bewaffnete Macht, die im gegebenen Fall treu zu den Somozas stehen würde. Diese Macht ist die Nationalgarde. Die Somozas versichern sich der Treue der Garde, indem sie die meisten Offiziere und einen großen Teil der Garde in die unlauteren und kriminellen Machenschaften des Clans verwickeln und der Garde selbst eigenständige kriminelle Bereicherungsmaßnahmen zugestehen[7]). Das Schicksal dieser Offiziere und Soldaten ist damit untrennbar mit dem Schicksal der Somozas verbunden. Das Ergebnis dieses Wirkens des Clans ist ein gesellschaftlicher Zustand in Nicaragua, den das ordentliche Bürgertum im „Wall-Street-Journal" kurz und treffend als „Mafia-Atmosphäre" charakterisierte[8]).

Die ökonomische Entwicklung als Basis der Entwicklung des Widerstands

Die exportorientierte Wirtschaftspolitik führte im Innern zu einer gespaltenen Wirtschaft: hier der kapitalintensive, technisch entwickelte Exportsektor, dort der traditionelle Sektor der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft und der für den Innenmarkt produzierenden Kleinbauern und Handwerker. Besonders während der 60er und beginnenden 70er Jahre führte eine anhaltende Ausdehnung der kapitalintensiven Agrarexportbetriebe (Baumwolle, Kaffee, Bananen, Viehzucht) zur Vertreibung zigtausender Subsistenzwirtschaft treibender Kleinbauern und -pächter, die in die Städte abwanderten. Der Aufbau einer urbanen kapitalintensiven Exportindustrie schuf jedoch in derselben Zeit (1960–1973) nur zwölftausend neue Arbeitsplätze für Industriearbeiter, so daß die Masse der ehemaligen Agrarbevölkerung zu einem marginalisierten Dasein im Elend gezwungen wurde. In der Landvertreibung und Marginalisierung dieser Massen sowie in der Proletarisierung der Bauern in den Agrarexportbetrieben (1973 waren von den rund 280 000 in der Agrarwirtschaft Beschäftigten rund 50% Lohnarbeiter) fanden die Sandinisten den Nährboden für ihren Widerstand. Die zahlenmäßig kleine Industriearbeiterschaft (1973 ca. 80 000) war Zeit ihres Bestehens relativ gut in sozialistisch-kommunistisch oder linkschristlich orientierten Gewerkschaftsbünden organisiert.

Als Mitte der 70er Jahre die Regierung versuchte, die Fast-Stagnation der Wirtschaft (reales BIP-Wachstum 1975 ca. 1,8%) durch eine liberale Preis- und restriktive Lohnpolitik und durch Auslandsanleihen von rund 1 Mrd. Dollar

7) So sind 1977 nach Angaben von Kapuzinermönchen allein in drei Monaten in der Region Zelaya Hunderte von Bauernfamilien spurlos verschwunden, deren Land später zu Eigentum von Nationalgardisten wurde. (Vgl. Informe Oficial CPDH de Nicaragua, Los Derechos Humanos en Nicaragua, April 1977 – Februar 1978.)
8) J. Huey, Somozas' New Foes, Business Elite Joins Struggle to Displace Nicaraguan Dictator, in: „The Wall Street Journal" v. 23. 2. 1978.

(zum großen Teil zu kurzen Laufzeiten bei hoher Verzinsung) zu überwinden, trieb sie die Inflationsrate, die 1974 ohnehin schon bei 17% lag, bis 1977 auf über 35% hoch. Die Masse der urbanen Lohnabhängigen und vor allen die Industriearbeiter hatten einen erheblichen Kaufkraftverlust hinzunehmen, den sie nicht kampflos hinzunehmen bereit war[9]). Das seit Mitte der 70er Jahre nachlassende Wirtschaftswachstum und die inflationäre Politik der Regierung machten besonders für das mittlere und Kleinbürgertum das ökonomische Überleben immer schwieriger. Da seit 1972 durch Mafia-Methoden die Nationalgarde immer stärker zu einem eigenen wirtschaftlichen Machtblock aufgebaut worden war, nahmen Korruption und uneffiziente Verwaltung in einem Maße zu, daß ein geregeltes Wirtschaften im Rahmen rechtlich abgesicherter Bedingungen unmöglich wurde. Zudem war jener Zeitpunkt gekommen, in dem die kurzfristig erfolgreiche Repressionspolitik und der Terror des Regimes gegenüber der Bevölkerung seine langfristig reifenden Früchte trug: das permanente Anwachsen und die immer stärkere Verankerung der revolutionären Kräfte. Das Regime war also für das nichtsomozistische Bürgertum nicht nur ökonomisch ineffizient, es war auch politisch höchst bedrohlich geworden.

Auf diesem Hintergrund gelang es seit Mitte der 70er Jahre allen Strömungen der Opposition und des Widerstands, eine Verankerung in jenen Bevölkerungssektoren, die sie jeweils politisch repräsentieren, zu erlangen, wie sie sie in diesem Ausmaß seit Jahrzehnten nicht besessen hatten.

Die wichtigsten Gruppierungen der Opposition und des Widerstands

a) Die (UDEL) Unión Democrática de Liberación: das taktische Bündnis von Bürgern und Kommunisten

Bis Ende der 60er Jahre verfolgten die politischen Gruppierungen des Bürgertums dem Somoza-Clan und seiner zur Hauspartei umgewandelten Liberalen Partei gegenüber eine uneinheitliche, schwankende und widersprüchliche Politik. Sie gaben ihre Opposition immer dann auf, wenn ihnen der Clan vorübergehend eigene „kleine Goldgruben" und die Möglichkeit zu unlauteren Geschäften verschaffte oder sie gar an seinen eigenen kriminellen Bereicherungsmethoden teilnehmen ließ. Sie standen also voll in der Tradition der „Vaterlandsverschacherer". Anfang der 70er Jahre aber schlossen sich jene Teile der bürgerlichen Opposition, die nicht mehr bereit waren, dieses prinzipienlose Gerangel um die Freßtröge weiter mitzumachen, zu einer Oppositionskoalition zusammen, die Ende 1974 in der sieben Parteien und Gewerkschaften zusammenschließenden UDEL aufging[10]).

---

9) Einen zusammenfassenden Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung bis 1977 gibt das mexicanische Außenhandelsjournal „Comercio Exterior". (Vgl.: Nicaragua? Un pais olvidado?, in: „Comercio Exterior, Vol. 26, No. 3, México D.F., März 1976; El otoño de patriarca, in: „Comercio Exterior", Vol. 28, No. 2, Mexico D.F., Februar 1978.)

10) C. Garcia C., Alianzas de la Oposición en Nicaragua, in: „Alianzas Políticas en Centroamérica", Guatemala 1975.

Der UDEL schlossen sich auch die Kommunisten und ihr Gewerkschaftsbund an. Die kommunistische Partei, die nach dem Zweiten Weltkrieg zerschlagen worden war, wurde erst nach der cubanischen Revolution wieder rekonstruiert, spaltete sich 1967 über der Frage des Verhältnisses zur sandinistischen Guerilla und blieb bis heute eine kleine Kaderpartei, die aber eine solide syndikalistische Basis im Handwerk und in der Industriearbeiterschaft erlangen konnte. Sie vertrat seit ihrer Rekonstruktion die These, daß sie, ohne ihren „historischen revolutionären und sozialistischen Entwurf" aufzugeben, sich zunächst mit den demokratischen Kräften zusammenschließen müsse, um mit ihnen gemeinsam den vorrangigen Kampf gegen die Diktatur und für eine demokratische Erneuerung zu führen[11]).

Die UDEL verstand sich ausdrücklich als eine Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital zum Sturz der Somoza-Regierung, ohne eine soziale Umwälzung zu beabsichtigen. Ihr ging es um die Errichtung eines nach Marktmechanismen funktionierenden Kapitalismus mit einer demokratischen Form bürgerlicher Herrschaft, in dem die Austauschbeziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten den Prinzipien der Freiwilligkeit und Gleichheit gehorchen und nicht durch Korruption, Erpressung, Bestechung und diktatorische Willkür überlagert und unmöglich gemacht sind. Die Strategie der UDEL lief darauf hinaus, durch Anprangerung der Grausamkeiten des Regimes die Somoza-Gegner in den USA zu stärken und dann den Diktator durch einen Generalstreik zum Rücktritt zu zwingen[12]). Die wesentliche Frage, was mit der Wirtschaftsmacht der Somozas – immerhin 60% der nationalen Wirtschaft und vor allem die expansiven Sektoren gehören dem Clan – nach dem Rücktritt geschehen soll, bleibt in den Veröffentlichungen der UDEL ausgeklammert. Bleibt die wirtschaftliche und militärische Machteinheit der Somozas und der Militärbourgeoisie erhalten, dann wird ein Rücktritt Somozas überhaupt nichts ändern. Die neuere Geschichte Nicaraguas kennt bereits Präsidenten, die nicht Somoza hießen und zwangsläufig zu Marionetten dieser Machteinheit wurden. Die Kommunisten und Gewerkschaften in der UDEL tun sich da schon leichter: sie fordern die Nationalisierung des Somoza-Eigentums – und treffen sich in diesem Punkt mit den Sandinisten[13]).

b) Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) und Movimiento Pueblo Unido (MPU)

1961/62 entstand die FSLN durch Zusammenschluß mehrerer sich marxistisch verstehender Guerillagruppen, die gemäß der Focus-Theorie Guevaras operierten. Nach starken Verlusten gelang der FSLN gegen Ende der 60er Jahre eine zunehmende Verankerung in der Agrarbevölkerung, die sie für einen langandauernden Volkskrieg (guerra popular prolongada) zu organisieren und politisch zu schulen beabsichtigte. Das enorme Anwachsen der margina-

11) L. Sánchez, El Programa de UDEL como Alternativa para la Democratización y la Liberación de Nicaragua, in: „Alianzas Políticas en Centroamérica", a.a.O.
12) UDEL, El Programa de UDEL, Managua 1974; dies., Pronunciamento, Managua, 24. 8. 1977.
13) D. Waksman Schinca, Entrevista con el Secretario General del PC, Luis Sanchez, in: „El Dia", México D.F., v. 28. 11. 1977.

lisierten Massen in den Städten Anfang der 70er Jahre und die folgende krisenhafte Wirtschaftsentwicklung hatte auch in den Städten ein massenhaftes Widerstandspotential entstehen lassen. Diese Entwicklung führte 1975 zu einer neuen Strategiediskussion in der FSLN, die mit der Herausbildung dreier Fraktionen endete[14]). Die mehrheitliche Fraktion, die „*Tendencia Insurreccional*" (TI), die ca. 60–70% aller FSLN-Militanten umfaßte, vertrat die Position, man müsse den Guerillakampf auch in die Städte tragen und die Massenarbeit (Aufbau von Massenorganisationen, politische Schulungen etc.) auf dem Land intensivieren und in den Städten in Fabriken, Schulen, Büros und Stadtteilen in Angriff nehmen, um die Bevölkerung auf einen Aufstand vorzubereiten. Die Fraktion „*Guerra Popular Prolongada*" hielt nach wie vor an der Linie des langandauernden Volkskrieges auf dem Land fest; die Fraktion „*Tendencia Proletaria*" meinte, man müsse vom Guerillakrieg Abschied nehmen und sich dem Aufbau einer revolutionären proletarischen Partei widmen. Diese Fraktion spaltete sich ab, die beiden anderen agierten weiter gemeinsam unter einer nationalen Leitung[15]).

Die nationale Leitung öffnete nach 1975 die FSLN (hier und im folgenden sind damit immer die beiden gemeinsam agierenden Fraktionen gemeint) auch nichtmarxistischen, politisch engagierten Christen, die für die Befreiung vom Somoza-Regime und für einen um Kooperativen aufgebauten Sozialismus kämpften. Ihr gelang es dadurch, die Unterstützung wesentlicher Teile der Kirche zu gewinnen, die sich aus humanitären Gründen seit Ende der 60er Jahre immer stärker gegen das Regime gewandt hatten. Gleichzeitig begann die Mehrheitsfraktion der FSLN, neben den militärischen Organen eine politische Organisation in den Städten aufzubauen, die dort die Massenorganisierung für den Volksaufstand initiierte und vorwärtstrieb[16]).

Die FSLN verfolgte als Ziel zweifellos die sozialistische Revolution in Nicaragua. Allerdings sah sie als dazwischenliegendes Etappenziel die Zerschlagung des Somoza-Regimes samt seiner ökonomischen und militärischen Machtbasis an, was notwendigerweise die Auflösung der Nationalgarde und die Nationalisierung des Eigentums des Somoza-Clans beinhaltete[17]).

Zum Sturz der Somoza-Diktatur – so die Strategie – sollten die „politischen Volkskräfte" (d. h. die FSLN selbst, die Gewerkschaften, die verschiedenen Massenorganisationen, die Kommunisten etc.) mit den „oppositionellen bürgerlichen Kräften" (hauptsächlich die UDEL abzüglich der Gewerkschaften und Kommunisten) ein taktisches Bündnis eingehen und dann gemeinsam die folgende Übergangsregierung bilden. Damit in dieser „demokratischen Volksregierung" die „politischen Volkskräfte" die politische Oberhand gewinnen und auf der Basis des nationalisierten Somoza-Eigentums das zunächst gemischte Wirtschaftssystem in eine sozialistische Wirtschaftsordnung

14) C. Fonseca Amador, Zero Hour in Nicaragua, in: „Tricontinental", Cuba, September/Oktober 1969; D. Waksman Schinca, Entrevista con Plutarco Hernández, in: „El Gallo Ilustrado", México D.F., v. 6. 8. 1978.
15) Ebd.
16) D. Waksman Schinca, Entrevista con Plutarco Hernández, a.a.O.
17) FSLN, Por qué lucha el FSLN junto al pueblo, in: „Lucha Sandinista", Algún Lugar de Nicaragua, Juni 1978.

transformieren können, sollten diese Volkskräfte bereits vor der Erhebung möglichst einheitlich und umfassend organisiert werden[18]).

Resultat dieser Strategie war die Bildung zahlreicher neuer Massenorganisationen und schließlich im Spätsommer 1978 die Konstituierung des MPU durch den Zusammenschluß von über 22 Organisationen. Auch die kommunistische Partei schloß sich dem MPU an. Der MPU vertritt eindeutiger noch als die FSLN eine sozialistische Perspektive auf der Grundlage der Nationalisierung aller wesentlichen Wirtschaftszweige[19]).

Von der FSLN-Offensive Oktober 1977 zum Aufstand in Monimbo

Im Oktober 1977 beginnt die FSLN eine politisch-militärische Offensive. Ihre Militärorganisation greift die Nationalgarde bis in den Februar 1978 hinein nahezu pausenlos an, fügt ihr schwere Verluste zu, besetzt – besonders im Norden – vorübergehend mehrere Städte, eignet sich dort die Waffen der Garde an, öffnet die Gefängnisse, führt politische Massenversammlungen durch, rekrutiert neue Soldaten, unterrichtet die Bevölkerung in den Methoden des zivilen bewaffneten Widerstands und verschwindet wieder. Ihre politisch-zivile Organisation führt Bauern- und Landarbeiterversammlungen durch, organisiert Landbesetzungen, organisiert Streiks in Industriebetrieben und Massendemonstrationen, die meist sehr schnell den konkreten Anlaß transzendieren und sich direkt gegen das Regime richten. Besonders die Kirche und die Gewerkschaften unterstützen aktiv diese Massenaktionen und tragen zur Bildung vielfältiger neuer Selbstorganisationen der Bevölkerung bei. Gleichzeitig erklärt eine Gruppe bekannter Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Kultur in Nicaragua, die „Gruppe der Zwölf", daß ohne eine Beteiligung der FSLN in Nicaragua keine Lösung möglich sei und daß die gesamte Opposition sich unter Einschluß der Sandinisten zu einer gemeinsamen Oppositionsfront zum Sturz des Regimes zusammenschließen müsse. Danach geht die Gruppe – vorläufig – ins Exil. Ihr Aufruf wird innerhalb der UDEL bereits von den Kommunisten und Gewerkschaften befürwortet. Die um das Instituto Nacional de Desarrollo (INDE) organisierten großbürgerlichen Honoratioren Nicaraguas versuchen, unterstützt von der Kirchenleitung, den Diktator zu einem „nationalen Dialog" und zu Reformen zu bewegen. Sie scheitern[20]).

Am 10. Januar 1978 wird der Präsident der UDEL, Pedro Joaquin Chamorro, erschossen aufgefunden. Mit ihm stirbt die führende und konsequenteste Persönlichkeit des bürgerlichen Widerstands. Das nicht-somozistische Bürgertum bereitet sich auf die totale Konfrontation mit dem Clan vor. Am 22. Januar ruft ein von der nicht-somozistischen Privatwirtschaft getragenes „Nationales

18) Ebd.; ders., El Frente Amplio, el pueblo a la cabeza, in: „Lucha Sandinista", Algún Lugar de Nicaragua, Mai 1978.
19) MPU, Programa del MPU, in: Centro Internacional de Información Latinoamericana, „Boletin Informativo", No. 11/12, México D.F., September/Oktober 1978.
20) La situación en Nicaragua a partir de octubre 1977, in: „Gaceta Sandinista", México D.F., Oktober 1977–März 1978, S. 3–20; Sub-Comisión de Información, Comisión Exterior del FSLN, „Boletin Informativo", No. 3, Algún Lugar de Nicaragua, Februar 1978.

Streikkomitee" zum Generalstreik bis zum Rücktritt des Diktators auf. Die Gewerkschaften, die UDEL und zahlreiche Massenorganisationen schließen sich dem Aufruf an. Seit dem 24. Januar ruht fast die gesamte wirtschaftliche Aktivität im Lande. Und dann wird der Streik der Gewerkschaften, Stadtteilkomitees und anderer Massenorganisationen immer militanter. Als er Ende Januar die Formen eines Aufstands anzunehmen beginnt, ruft am 7. Februar das bürgerlich dominierte „nationale Streikkomitee" zur Beendigung des Streiks auf. Doch die Bevölkerung streikt weiter. Der Gegensatz zwischen den „Volkssektoren" und den „bürgerlichen Sektoren" in der UDEL bricht auf. Erstere rufen am 9. Februar zur Beendigung, letztere – die Gewerkschaften, linken Christen und Kommunisten – zur Fortführung des Streiks auf. Auch die Kirche bezieht klare Positionen: der Erzbischof von Managua deklariert das Recht eines Volkes auf kollektiven bewaffneten Widerstand. Und während das Bürgertum die Kontrolle verliert, beginnt das Volk, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Seit dem 12. Februar kommt es im ganzen Land zu Massendemonstrationen, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Nationalgardisten, zu Sabotageakten gegen Somoza-Eigentum etc., die am 21. Februar zum Gedenken des Todestages von Sandino noch einmal in einem fast totalen Generalstreik der Arbeiter gipfeln, begleitet von gigantischen Massendemonstrationen unter den Fahnen der FSLN, vom Trauergeläut fast aller Kirchenglocken des Landes und Bombenanschlägen auf Niederlassungen von Somoza-Anhängern[21]).

Dann bricht der erste Aufstand los. In Masaya, der zweitwichtigsten Stadt des Landes, wirft die Nationalgarde Tränengasbomben in einen vorwiegend von Frauen und Kindern besuchten Trauergottesdienst für den ermordeten Chamorro. Als sich darauf Protestdemonstrationen bilden, die die Garde aufzulösen versucht, und sich die Demonstranten wehren, schießt die Nationalgarde mit Maschinengewehren in die Menge. Die Bürger bauen Barrikaden und wehren sich mit Steinen, Knüppeln, Macheten und alten Gewehren. Der Indianerstadtteil Monimbo wird von seinen Einwohnern abgeriegelt und entwickelt sich zum Widerstandskern der Stadt, der von Somozas Luftwaffe bombardiert und von der Artillerie beschossen wird. Am 3. März sind die sieben Tage dauernden Kämpfe vorbei. Die Bevölkerung beklagt vier- bis fünfhundert Opfer[22]).

Der Aufstand und seine Vorbereitung

Doch Masaya steht nicht allein. Bis Juli kommt es zu Massendemonstrationen und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf zahlreiche Fabriken von Somoza-Anhängern niedergebrannt werden, in Managua, León, Rivas, Granada, Jinotepe und Estelí. Auf dem Land führt die FSLN den ganzen Sommer über den Guerillakrieg weiter, wobei sie immer stärker von der Zivilbevölkerung, die Kundschafterdienste übernimmt, Straßensperren

21) Sub-Comisión de Informacion, Comisión Exterior del FSLN, a.a.O.; La situación en Nicaragua a partir de octubre 1977, a.a.O.
22) M. G. Del Cueto, Nicaragua, El crimen fue en Masaya, in: „Bohemia", La Habana, v. 10. 3. 1978; Monimbó, machetes contra tanques, in: „Alternativa", Bogota, v. 27. 3. 1978.

und Barrikaden baut, unterstützt wird. Gleichzeitig radikalisiert sich die Bauernbewegung, die zu immer umfassenderen Landbesetzungen übergeht[23]). Im Juli bekennt sich die „Gruppe der Zwölf" zum Sandinismus, kehrt trotz Verhaftungsbekundungen Somozas aus dem Exil zurück und wird von zigtausend begeisterten Nicaraguanern empfangen[24]). Im selben Monat formiert sich die von ihr geforderte weite Oppositionsfront aller Oppositionsgruppierungen, die Frente Amplio de Oposición (FAO), auf der Grundlage eines demokratischen Erneuerungsprogramms[25]). Die FSLN nimmt an der FAO politisch-ideologisch repräsentiert durch die „Gruppe der Zwölf" teil.

Mitte des Jahres ist der gesamten Opposition klar geworden, daß sie von der Carter-Regierung keine Hilfe gegen Somoza erwarten kann. (Ich habe die Carter-Politik weiter unten in einem besonderen Kapitel dargestellt.) Die Opposition läßt alle Hoffnungen auf eine friedliche Lösung durch Verhandlungen fahren, zu denen Somoza möglicherweise durch US-Druck hätte gezwungen werden können. Die FSLN baut nunmehr einzig und allein noch auf den Volksaufstand. Am 22. August besetzt ein 25 Mann starker FSLN-Trupp den Nationalpalast, nimmt ca. zweitausend Politiker und politische Bedienstete des Somoza-Regimes als Geiseln, erpreßt eine Geldsumme und die Freilassung von sechzig politischen Gefangenen und setzt sich unter dem Jubel zigtausend Nicaraguaner, die in Spalieren den Straßenrand säumen, zum Flughafen und von dort nach Panamá und Venezuela ab[26]).

Am 25. August beginnt nach einem Aufruf der FAO ein fast totaler Generalstreik von Arbeit und Kapital. Somoza läßt zahlreiche bürgerliche und großbürgerliche Oppositionelle – unter ihnen den nicaraguanischen Geschäftsführer von Coca-Cola – verhaften und ergreift immer schärfere Maßnahmen gegen die streikenden Unternehmer, die nunmehr endgültig entschlossen sind, sich von dem Clan zu befreien. Derweil haben sich – koordiniert und initiiert durch den MPU – in fast allen Städten des Landes Stadtteilkomitees gebildet, in denen sich alle oppositionellen Organisationen des Stadtteils zusammenfinden und konkrete Schritte zur Vorbereitung des Volksaufstandes unternehmen: Medikamenten- und Verbandsdepots werden angelegt, die Bevölkerung in Erster Hilfe unterrichtet etc. Sogenannte Volksbrigaden vertreiben die Somoza-Anhänger aus den Stadtteilen und sprengen deren Häuser und Büros[27]). Dann bricht der Aufstand los.

Vom 28. August bis 15. September haben sich in 15 Städten und Ortschaften die Einwohner erhoben, die Städte mit Barrikaden abgeriegelt, hinter denen sich jeweils Hunderte meist junger Männer und Frauen, oft Jugendliche und selbst Kinder mit in der Regel alten und kleinkalibrigen Gewehren der Angriffe der Nationalgarde erwehren, deren Luftwaffe und Artillerie im wahr-

23) M. G. Del Cueto, Nicaragua, Rebeliones Campesinas, in: „Bohemia", La Habana, v. 23. 6. 1978.
24) El ejército nicaraguense reprimió en Managua a 30 mil manifestantes, in: „El Dia", México D.F., v. 6. 7. 1978.
25) Frente Amplio de Oposicion, 16 puntos para el gobierno nacional, Managua D.N., 17. 8. 1978.
26) Eine ins einzelne gehende Schilderung der Aktion gab G. Garcia Marquez, El ataque sandinista en Managua (4 Teile), in: „El Grafico", Guatemala, v. 5., 6., 7. und 8. 9. 1978.
27) A. M. Mergier, Cada casa, un cuartel sandinista, in: „Alternativa", Bogotá, v. 25. 9. 1978.

sten Sinne des Wortes die Städte zusammenbombt. Dann mähen Panzerfahrzeuge und Maschinengewehre Straße um Straße nieder. In den nachfolgenden Säuberungen und Exekutionen werden fast alle Jugendlichen, oft auch Kinder, soweit sie nicht vorher zu den Guerillas in die Berge fliehen konnten, systematisch umgebracht. Die Zahl der Toten liegt bei weit über zehntausend; Zigtausende fliehen in die zentralamerikanischen Nachbarländer[28]).

Der unmittelbare Anlaß des zu diesem Zeitpunkt nicht geplanten Aufstands war offenbar folgender: Am 28. August hatte sich spontan Matagalpa erhoben und wurde – wie im Februar/März zuvor Monimbo – von der Nationalgarde erbarmungslos zusammengeschossen[29]). Um die Kräfte der Nationalgarde zu zersplittern, griffen dann FSLN-Trupps in allen größeren Ortschaften des Landes die Kasernen an, worauf sich die Bevölkerung, die seit Wochen für den Aufstand unterwiesen wurde und seit Monaten in einer vorrevolutionären Bewegung und Unruhe war, erhob. Den FSLN-Trupps und dem MPU blieb dann nichts, als die Stadtteile so weit wie möglich abzuriegeln und zu verteidigen, um hinter den Barrikaden die Evakuierung der gefährdetsten Personen zu organisieren. Der Terror traf dann auch hauptsächlich die Zivilbevölkerung. Die FSLN soll nur 33 Soldaten verloren haben.

Die Rolle der Vereinigten Staaten

In der Geschichte der Beziehungen zwischen dem Somoza-Clan und den USA wechseln ständig Phasen, in denen der Clan die unbedingte Unterstützung der US-Regierung genießt, mit Phasen, in denen die US-Regierung diese Unterstützung entzieht, ja sogar versucht, Somoza von der Macht zu verdrängen, einander ab. Der Hintergrund ist folgender: Die kriminellen Methoden des Clans und seine zum Teil eigenständige Politik gegenüber den zentralamerikanischen Nachbarländern, die oft Ursache von Unruhen und Konflikten in der Region war, und auch die brutale Repression nach innen, die langfristig zu einer Kräftepolarisierung und einem Anwachsen der revolutionären Kräfte führt, sind durchaus nicht im Interesse der Vereinigten Staaten.

Die Somozas versuchten daher, sich selbst so unabhängig wie möglich von den USA und die USA so abhängig wie möglich von den Somozas zu machen. Der Clan baute daher die Außenhandelsabhängigkeit von den USA so weit wie möglich ab, um die wirtschaftlichen Sanktionsmöglichkeiten einzuschränken. Auf der anderen Seite entwickelte der Clan sich mit Hilfe der ihm ergebenen Nationalgarde bereitwilligst zur antirevolutionären Ordnungsmacht in der für die USA strategisch äußerst bedeutsamen zentralamerikanischen Region und wurde in diesem Sinne zum Erfüllungsgehilfen der USA, deren Ordnungspolitik in der Region sich zunehmend der Somozas und ihrer Nationalgarde bediente und damit zu einem bedeutenden Teil von ihnen ab-

28) Die internationale Presse berichtete ausführlich darüber. FSLN-Kommentare und -Berichte finden sich in: „Lucha Sandinista", Algún Lugar de Nicaragua, November 1978, S. 34–49.
29) Bombardea y ametralla a la población de Matagalpa da la fuerza aérea de tiranía de Anastasio Somoza, in: „Granma" (Resumen Semanal), La Habana, v. 10. 9. 1978.

hängig wurde[30]). Und natürlich kann jede US-Regierung an einem Rücktritt Somozas nur so lange ernsthaft interessiert sein, wie eine bürgerliche Alternative zu Somoza existiert und durch einen Rücktritt nicht quasi automatisch sandinistisch oder sozialistisch-kommunistisch orientierte Kräfte an die Macht katapultiert werden.

Diesem Zusammenhang kann auch die Carter-Administration nicht entfliehen, die im Fall Nicaragua wahrhaft bemerkenswerte Wendungen und Kehren vollzieht: Am 5. April 1977 erklärt das US-State-Department, daß es nicht gewillt sei, Nicaragua für 1978 weitere Militärhilfe zu gewähren, wenn sich in Nicaragua nicht die Situation gegenüber den Menschenrechten verbessere. – Anfang Juni 1977 beschließt das Komitee für Auslandshilfe des US-Kongresses die Suspendierung der Militärhilfe für Nicaragua. Somozas Lobby in den USA und im US-Kongreß sorgt aber schließlich dafür, daß der Kongreß am 23. Juni die weitere Gewährung von Militärhilfe an Nicaragua beschließt[31]). – Am 10. Januar 1978 ist die bürgerliche Alternative zu Somoza, Pedro Joaquin Chamorro tot. Carter kann nur versuchen, eine neue bürgerliche Alternative zu Somoza aufzubauen und dann Somoza zu schwächen, ohne die Revolutionäre zu stark werden zu lassen. In der Tagespolitik sieht das so aus: – Am 1. Februar drängt die US-Botschaft in Managua die oppositionelle Privatwirtschaft Nicaraguas, den immer militanter werdenden Streik zu beenden. – Am 5. und 6. Februar erklärt die US-Botschaft, daß die USA die Militärhilfe für Somoza einstellen wollen und eine allmähliche Veränderung des Regimes befürworten, aber eine Revolution nicht hinnehmen[32]). – Am 7. Februar erklärt das nicaraguanische Bürgertum den Streik für beendet und das US-State-Department, daß die Regierung Carter die Suspendierung jeder weiteren Militärhilfe für 1978 beabsichtige. Carter macht Somoza für die Zuspitzung der Lage in Nicaragua verantwortlich[33]). – Am 16. Februar – dem Bürgertum ist die Kontrolle des Streiks entglitten und die Massendemonstrationen nehmen Aufstandscharakter an – suspendieren die USA die Militärhilfe für Somoza nicht für 1978, sondern erst für 1979. 1978 erhält Somoza weiterhin noch Militärunterstützung[34]). – Im März – der Massenmord der Nationalgarde in Masaya-Monimbo ist gerade erst wenige Tage vorbei – sprechen hohe US-Funktionäre bei jeder Gelegenheit öffentlich von einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in Nicaragua[35]). Der US-Botschafter in Managua gibt zu, daß natürlich auch weiter ökonomische Hilfe der USA zur Beseitigung der Erdbebenschäden von 1972/73 an die Somoza-Regierung gezahlt werde[36]). (Man erinnere sich, wie gewissenhaft Somoza die internationalen Hilfsgelder veruntreute.) – Im Mai – Anfang des Monats hatte es neue giganti-

30) Das gilt besonders in Hinblick auf den zentralamerikanischen Militärrat CONDECA. (Vgl. ausführlich: G. Aguilera, La Integración Militar en Centroamérica, Guatemala 1975.)
31) J. Andrade, 200 Millones de Dls. de EU a Somoza, in: „Excelsior", México D.F., v. 7. 8. 1977.
32) A. Zapata, Nicaragua: eslabón revolucionario centroamericano, in: „Granma" (Resumen Semanal), La Habana, v. 10. 9. 1978.
33) Los Trabajadores Reanuden sus Labores y los Comercios Abren en Nicaragua, in: „El Dia", México D.F., V. 8. 2. 1978.
34) Suspendió EU a Nicaragua los Créditos para Armamento, in: „Excelsior", México D.F., v. 17. 2. 1978.
35) M. G. Del Cueto, Nicaragua, El crimen fue en Masaya, a.a.O.
36) El embajador de EU, Nos echan la culpa de todo, in: „Alternativa", Bogotá, v. 27. 3. 1978.

sche Massendemonstrationen in ganz Nicaragua gegeben – erhält die nicaraguanische Regierung von den USA einen 12 Mio. Dollar-Kredit für die bessere Ernährung und Erziehung der nicaraguanischen Bevölkerung[37]). Die UDEL betont, daß dieses Geld bestimmt nicht für die Ernährung und Erziehung verwendet wird[38]). – Im August – Somoza war zuvor in Washington gewesen – werden drei nicaraguanische Anleihen von 40, 50 und 60 Mio. Dollar in den USA angekündigt[39]). Carter selbst hatte einen persönlichen Brief an Somoza geschrieben, in dem er ihn zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Nicaragua beglückwünschte[40]). – Ende August, Anfang September (zu Beginn des Aufstands) wird in Nicaragua ein US-Plan zur Lösung der Krise in Nicaragua vorgelegt: Rückzug aller Somoza-Familienmitglieder aus der Nationalgarde, Garantien für freie Wahlen 1981 und freie politische Betätigung für alle Parteien mit Ausnahme der „Gruppe der Zwölf", des MPU und der Kommunisten, Niederschlagung der Sandinisten und als Gegenleistung der (bürgerlichen) Opposition deren Garantie, Somoza bis 1981 an der Macht zu lassen[41]). Der Aufstand im September durchkreuzt diese Pläne. Nach der Niederschlagung des Aufstands gibt die Carter-Regierung die Einstellung jeder weiteren ökonomischen und militärischen Hilfe für das Somoza-Regime bekannt.

Die jüngste Entwicklung

Durch die Art der Niederschlagung hat sich das Regime international isoliert. In die Bresche springt Israel, das nun anstelle der USA die Waffen und fünf Kampfflugzeuge samt Besatzung liefert[42]). Weitere Waffenhilfe erhält das Regime aus Spanien und Argentinien. Somoza heuert Söldner aus den USA, Israel, Brasilien, Südkorea, Exil-Vietnamesen und Exil-Cubaner an. Zugleich droht sich der Konflikt zu internationalisieren. Die Militärdiktaturen in Guatemala, Honduras, El Salvador stehen offen hinter Somoza; Costa Rica, Panamá und Venezuela unterstützen die nicaraguanische Opposition. Es kommt zu Grenzkonflikten zwischen Nicaragua und Costa Rica, dessen Grenzen seit November 1977 von venezolanischen und panamesischen Streitkräften verteidigt werden[43]). In Panamá tritt im Oktober der stellvertretende Gesundheitsminister zurück, um internationale Verbände zur Unterstützung der FSLN auf dem Territorium Panamas aufzubauen. Seit November kämpfen diese Verbände in Nicaragua unter FSLN-Kommando[44]). Die Vermittlungsversuche der USA, der Dominikanischen Republik und Guatemalas (!) scheitern, weil die USA die Nationalgarde als Bastion gegen die Sandinisten erhalten wollen. Die „Gruppe der Zwölf" verläßt daher die Verhandlungen und die FAO. Bis Ende Dezember zerfällt die FAO völlig, und schließlich gibt auch Somoza zu erkennen, daß er an der Vermittlung und dem von den Vermittlern

37) Washington concede a Nicaragua un préstamo de US 12 millones, in: „Clarin", Buenos Aires, v. 17. 5. 1978.
38) Préstamos-rendija para los dictadores, in: „La Prensa", Managua, v. 8. 5. 1978.
39) G. Garcia Marquez, a.a.O., Teil 1, 5. 9. 1978.
40) Ebd.
41) „Inforpress Centroamericana", Nr. 309, Guatemala C.A., v. 14. 9. 1978, S. 4.
42) „Nicaragua Nachrichten", Wuppertal, 8/1978.
43) „Inforpress Centroamericana", Nr. 314, Guatemala C.A., v. 19. 10. 1978, S. 10f.
44) Ebd., S. 12A, 13A.

vorgeschlagenen Volksreferendum ohnehin nichts hält. Anfang Januar 1979 sind die Vermittlungsversuche restlos und endgültig gescheitert[45]).

Und während die internationale Presse schweigt, tobt in Nicaragua der Krieg. Der von der FSLN besetzte Norden des Landes wird mit pausenlosen Flächenbombardements belegt. Ganze Dörfer werden ausgelöscht. In ganz Nicaragua werden unzählige Personen verhaftet und verschwinden. Sechzigtausend Flüchtlinge in den Nachbarländern sind dem Hungertod nahe. Im Januar 1979 schicken El Salvador und Guatemala reguläre Truppen zur Unterstützung Somozas nach Nicaragua. Auf der anderen Seite wächst die FSLN. Die geflohenen Jugendlichen aus den Städten schließen sich der FSLN an. Freiwilligenverbände aus Panamá treffen ein. Die FSLN erhält schweres – westliches (woher?) – Kriegsgerät und schießt bis Jahresende 1978 sechs Hubschrauber und sechs Kampfflugzeuge ab, zerstört Kasernen, Patrouillenboote, Militärkonvois und den ganzen Militärflughafen von Chinandega. Allein im Dezember 1978 verliert die Nationalgarde 416 Soldaten[46]).

Die Wirtschaft des Landes bricht zusammen. Rund 50% der Erwerbstätigen sind arbeitslos. Die Regierung kann im Januar ihren ausländischen Kreditverpflichtungen nicht mehr nachkommen[47]). Ein Dichter hat Sandino einmal eine zukunftsgeladene Waffe genannt. Die Waffe ist – nach viereinhalb Jahrzehnten – losgegangen.

45) Nicaragua: A Growing US Policy Problem, in: „International Herald Tribune", Paris, v. 27. und 28. 1. 1979.
46) Militärbulletin der FSLN, verlesen in: Radio Hogar, Panama City, am 29. 12. 1978.
47) Somoza seeks relief on foreign debts, in: „Financial Times", London/Frankfurt/M., v. 1. 2. 1979.

Dieter Boris / Peter Hiedl

Argentinien

Geschichte und politische Gegenwart

Kleine Bibliothek Bd. 133

209 Seiten, DM 12,80

Noch um 1900 galt Argentinien als eines der zukunftsreichsten Länder der Erde. Heute, eingegliedert in den kapitalistischen Weltmarkt, stellt dieses rohstoffreiche Land ein bedrückendes Beispiel historisch erzeugter Rückständigkeit dar.

Die Verfasser legen mit ihrem neuen Buch einen zuverlässigen Abriß der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Argentiniens vor. Die peronistische Massenbewegung bis 1955, die Überfremdung der argentinischen Wirtschaft nach dem Sturz Peróns sowie die politische Entwicklung unter der gegenwärtigen Militärdiktatur bilden besondere Schwerpunkte.

Pahl-Rugenstein

Zur Debatte über das Verhältnis von Technik und Fortschritt

Von Jürgen Kuczynski

In der gesellschaftspolitischen Diskussion der letzten Jahre hat die Frage nach den Auswirkungen des technischen Fortschritts einen immer wichtigeren Platz eingenommen. Die „Blätter" haben im vergangenen Jahr eine Reihe von Aufsätzen zu dieser Problematik veröffentlicht, an die der folgende Beitrag von Jürgen Kuczynski anknüpft. D. Red.

Liebe Freunde, ich danke sehr für Euere freundliche Aufforderung, mich an der Diskussion über die „perspektivischen Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution" zu beteiligen. Dabei möchte ich gleich bemerken, daß ich den Ausdruck Fortschritt vorziehen würde, da heute von einer Revolution bzw. von mehr als ihren allerersten Anfängen noch nicht die Rede sein kann, weder in den sozialistischen noch in den kapitalistischen Ländern – außer natürlich auf dem Gebiet der militärischen Technik.

Meiner Ansicht nach bringt uns der wissenschaftlich-technische Fortschritt an sich nicht einen einzigen Schritt weiter, wenn er nicht richtig ausgenutzt wird, und bei falscher Ausnutzung kann er uns in das größte Unglück stürzen. Auf der anderen Seite jedoch sehe ich keinen Fortschritt in der Entwicklung der Menschheit ohne wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Gleichzeitig bin ich mir klar darüber, daß der Begriff „Entwicklung der Menschheit" genau definiert werden muß, um als Kriterium für den Fortschritt dienen zu können.

Wenn zum Beispiel Kurt Bayertz aus einem Artikel von Brigitte Reuß, „Mein Bauch gehört mir", zitiert: „Die Geburt in der Klinik soll uns von Schmerzen und Risiken befreien, nimmt uns aber die Möglichkeit des ganz individuellen Erlebens. Wenn wir sie betreten, läuft ein für die Hebammen und Ärzte alltägliches Programm ab. Die Einmaligkeit unserer Geburt wird zum Fertigprodukt vom Fließband. Die persönliche Dimension läßt sich in dem Massenbetrieb nicht mehr realisieren. Wir lassen unsere Freunde, unsere gewohnte Atmosphäre, ja sogar, total eingeschüchtert, unsere Individualität draußen. Der Kopf beherrscht den Bauch, die Ratio das Gefühl, die Männer die Frauen, Realität ist das, was beweisbar ist"[1]) – so kann ich es einfach nicht als schädliche Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ansehen, daß die Geburt von Schmerzen und Risiken befreit wird oder daß der Kopf den Bauch beherrscht – das letztere bei der Geburt, natürlich nicht beim Essen, bei dem Geschmack und „Bauch" über den Kopf herrschen sollten. Wenn aber, wie eben-

1) Emanzipation von Technik und Fortschritt?, in: „Blätter" 9/1978, S. 1052.

falls von Bayertz erwähnt, in Kalifornien 44% der befragten Vorschulkinder das Fernsehen lieber haben als ihren Vater, dann ist das zweifellos bedauerlich und stellt wirklich einen Rückschlag in der Entwicklung der Menschheit dar; aber ob dieser Rückschlag dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt oder dem Rückschritt in der Entwicklung der Väter zuzuschreiben ist, muß man sich noch sehr überlegen.

Marx hat den Fortschritt der Menschheit in der Entwicklung aller ihrer Fähigkeiten, in ihrer, wie er es auch nennt, Selbstverwirklichung gesehen – und dazu betont, daß diese Selbstverwirklichung nur in Freiheit, jenseits der materiellen Produktion der Lebensnotwendigkeiten, vollbracht werden kann. Was den Arbeitsprozeß in der materiellen Produktion betrifft, so sah Marx eine Zeit voraus, in der der Mensch neben ihn tritt, nicht mehr in ihm handelt, sondern nur noch als „Wächter und Regulator" fungiert, bzw. notwendige Reparaturen durchführt[2]). Das heißt, Marx sah als Grundbedingung, als Grundvoraussetzung der höchsten Entwicklung der Menschheit den Kernprozeß dessen, was wir heute die wissenschaftlich-technische Revolution nennen, die Vollautomatisierung der materiellen Produktion voraus. Die volle Entwicklung der Menschheit kann seiner Ansicht nach nur in dem, was wir heute Freizeit nennen, stattfinden. Daher ist die Zeit, die die Menschen außerhalb der Produktion verbringen, für Marx, wie schon zuvor für William Godwin, der „wahre Reichtum eines Volkes". Darum meine ich auch, daß einst die Menschen nur noch ein, zwei Jahre in der materiellen Produktion zubringen sollten und werden, so wie heute beim Militärdienst. Eine große und größer werdende materielle Produktion bleibt selbstverständlich stets die Voraussetzung für eine sinnvoll verbrachte, der Ausbildung aller Fähigkeiten dienende Freizeit.

Natürlich kann die Arbeit in der materiellen Produktion einen tiefen Sinn haben, wenn, wie im Sozialismus, die objektive Entfremdung aufgehoben wird, wenn das Produkt allen, also auch dem an seiner Herstellung beteiligten Arbeiter gehört und mehr und mehr der sinnvollen Gestaltung einer an Umfang wachsenden Freizeit, daß heißt der Ausbildung aller Fähigkeiten der Menschen, dient, wobei unter Fähigkeiten natürlich solche des Intellekts wie des Gefühls wie der Hand, wissenschaftliche wie künstlerische wie handwerkliche und andere zu verstehen sind.

Aber niemals wird man in der materiellen Produktion die subjektive Entfremdung aufheben können, denn zumindest Monotonie wird ihr zu eigen bleiben, und eine Verkäuferin (um die Zirkulation in der Produktion einzuschließen) wird niemals Tag für Tag ein Glückgefühl empfinden können, daß sie etwa in der Deutschen Demokratischen Republik an dem zehntausendsten Paar Würstchen, das sie in der Woche verkauft hat, ebenso wie an dem ersten ganz persönlich einen Anteil von einem Siebzehnmillionstel hat. Das Gefühl, nützliche Arbeit geleistet zu haben, ist sicherlich sehr erfreulich, bedeutet aber nicht Ausbildung aller Fähigkeiten, über die man verfügt.

---

2) Vgl. dazu Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin (DDR) 1964, S. 828, und K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 505 und 592f.

Liebe Freunde, ich glaube, daß, wenn man mit mir in dem bisher Gesagten übereinstimmt, man bereits zu einigen fundamentalen Schlußfolgerungen betreffend die Perspektiven der wissenschaftlich-technischen Revolution, also nicht nur allgemein des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, kommen kann.

Eine erfolgreich durchgeführte Revolution mit vollautomatischer Produktion (und Zirkulation), mit einer Bevölkerung, die, wenn wir von ein, zwei Lebensjahren in der materiellen Produktion absehen, die Zeit mit Wissenschaft, Kunst, Gartenarbeit usw. schöpferisch verbringt, ist natürlich für eine kapitalistische Gesellschaft eine unmögliche Perspektive. Wo soll da der Profit herkommen?

Und für eine sozialistische Gesellschaft? Man wird mit Recht sagen: vorläufig merkt man noch kaum etwas von einer solchen Perspektive. Es ist richtig, daß die Freizeit heute bei uns im allgemeinen viel sinnvoller verwandt wird als bei Euch. Es wird mehr und Besseres gelesen, man geht häufiger ins Theater und in Konzerte. Man qualifiziert sich in größerer Anzahl. Auf der anderen Seite wird die Freizeit auch noch recht sinnlos verbracht mit Anstehen beim Einkaufen oder längerem Zubereiten der Mahlzeiten und Abwaschen, da die Küchen in ihrer technischen Einrichtung nicht dem heutigen Weltstandard entsprechen. Kurz und gut, wir sind noch ganz riesig weit entfernt von einer ausgedehnten Freizeit, in der die Menschen wenigstens den Großteil ihrer Fähigkeiten entwickeln können. Darum steht auch heute noch gar nicht die Frage nach den Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution bei uns – ebenso wenig wie bei Euch –, diese Revolution hat noch kaum richtig angefangen.

Aber der große Unterschied zwischen der Welt des Kapitals und der Welt des Sozialismus ist, daß die des Kapitals sich selbst zerstören muß, wenn sie die wissenschaftlich-technische Revolution über allererste Anfänge hinaus durchführen will, während der Sozialismus sich erst wirklich stark entwickeln kann, wenn er sie verwirklicht.

Das wird auch, was den Kapitalismus betrifft, so deutlich an den Ausführungen von Ulrich Briefs in Nr. 10 Ihrer Zeitschrift. In dem „Technologische Entwicklung verschärft die Massenarbeitslosigkeit" überschriebenen Teil seines Artikels heißt es einleitend: „Für die Gewerkschaften liegt die hauptsächliche Herausforderung in dem Bereich der Technologieentwicklung, der die Arbeitsplätze, die Qualifikationsstrukturen und Arbeitsbedingungen, das Recht auf Arbeit und auf eine angemessene Bezahlung mehr und mehr zuungunsten der Beschäftigten verändert. Die erste grundlegende Aufgabe für die gewerkschaftliche Politik ist die Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, ist die ‚Wiederherstellung der Vollbeschäftigung' und die Sicherung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen auch und gerade angesichts der neuen Qualitäten der Technologieentwicklung.

Nicht zufällig fällt der Verlust der Vollbeschäftigung zusammen mit einer deutlichen Veränderung und in vielen Bereichen Beschleunigung der technologischen Entwicklung."[3])

Zunächst zur Überschrift. Bei uns würde sie lauten: „Technologische Entwicklung vermindert den Arbeitermangel und steigert die Produktion." In einiger Zeit werden wir auch hinzufügen können „und senkt allgemein die Arbeitszeit".

Sodann: Was die Forderungen der Gewerkschaften, die sich aus der Situation bei Euch ergeben, betrifft, so kann man nur sagen, sie sind voll berechtigt. Die Frage ist nur: sind sie durchführbar unter den gegenwärtig bei Euch herrschenden Verhältnissen?, und weiter: wenn sie nicht realisiert werden können, wie soll es weitergehen, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern? Die letzte Frage beantwortet der Autor selbst so: „Da die neuen Technologien – insbesondere die EDV – jedoch in erster Linie Rationalisierungstechnologien sind und weniger Technologien, die neue Gebrauchswerte schaffen, müssen die Perspektiven für den Arbeitsmarkt und das ‚Recht auf Arbeit' gerade deshalb düster sein: Für die Mitte der 80er Jahre sagen selbst Wirtschaftsofrschungsinstitute, die den Gewerkschaften fernstehen, eine Verdoppelung, für die 90er Jahre eine Verdreifachung der Arbeitslosigkeit voraus. Einige Stimmen gehen noch erheblich weiter. Die dann möglicherweise realisierten Arbeitslosigkeitsquoten in der Größenordnung von 8–15% entsprächen denen, die man bereits heute aus den USA und Kanada kennt, Ländern, die nach wie vor der BRD auch technologisch voraus sind."[4])

Meiner Ansicht nach sind die gewerkschaftlichen Forderungen Ziele, für deren Erreichung man unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle Kraft einsetzen muß, auch, wie die Gewerkschaften es tun, die Kraft des Streiks, ohne sich jedoch der Illusion hinzugeben, sie auch nur annähernd erreichen zu können. Denkt nur zum Beispiel an das von Marx gefundene Gesetz der Existenz einer industriellen Reservearmee im Kapitalismus: Tut man das, dann wird man sehen: Man muß sich natürlich dem Ziel der „Vollbeschäftigung" soweit wie möglich zu nähern suchen, kann es vielleicht sogar in diesem oder jenem Jahr annähernd erreichen, aber niemals unter der Herrschaft des Kapitals für längere Zeit – außer etwa in einem Krieg oder in einer Zeit der Wiederherstellung von Kriegsschäden, einer Zeit, die natürlich nicht von den Gewerkschaften herbeigewünscht wird.

Ich meine, daß in dieser Beziehung die Perspektiven des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Kapitalismus stets düster bleiben müssen und immer düsterer werden, während sie im Sozialismus heiter sind und immer heiterer werden.

Ganz anders steht es mit folgender Problematik, die Briefs unter der Überschrift „Entwertung der Arbeit als Folge der technischen Revolution" ange-

3) „Blätter", 10/1978, S. 1183. – Vgl. die „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung", Düsseldorf 1977. Inwieweit diese und ähnliche Vorschläge dem Anspruch des Titels gerecht werden können, sei dahingestellt.
4) Ebd., S. 1185.

schnitten hat: „Das zweite grundlegende Problem der Technologieentwicklung, soweit die Folgen für die Massen der Beschäftigten angesprochen sind, ist die Frage der Qualifikationsentwicklung, der Anforderungen, die an die menschliche Arbeit in der Zukunft gestellt werden, des Sinns der Arbeit und der Entwicklungsmöglichkeiten, die die Beschäftigten haben.

Die neuen Technologien, die neuen Qualitäten der technischen Revolution werfen mit großer Gewalt die Fragen nach dem Sinn und den Inhalten von Qualifikationen und der Arbeit insgesamt auf. Das Vordringen der Elektronik (EDV, Mikroprozessoren) und anderer neuer Produktions- und Verwaltungstechnologien führen zur beschleunigten massenhaften Entwertung traditioneller Qualifikationen. Sie lassen zwar auch durchaus neue und anspruchsvolle Qualifikationen und Tätigkeiten entstehen, doch beschränken sich diese auf kleine, mehr und mehr ‚elitäre' Gruppen von Beschäftigten."[5])

Zunächst entwertet sich die Arbeit in gewisser Weise ständig seit Anbeginn der Menschheit. Es wird nämlich immer weniger Arbeitszeit notwendig, um die Arbeitskraft des Menschen zu reproduzieren: Soviel höher der materielle Lebensstandard des Arbeiters heute auch ist, die Produktion der materiellen Güter, die er heute verbraucht, erfordert wesentlich weniger Arbeitszeit als die Produktion seines wesentlich niedrigeren materiellen Lebensstandards vor 100 oder 1000 Jahren.

Was aber seine Geschicklichkeiten, seine Qualifizierung betrifft, die für die Arbeit in der materiellen Produktion (und Zirkulation) notwendig sind, so kann ich kein Ideal darin sehen, daß sie immer mehr wachsen müssen. Seit wann gibt es ein Ideal der Menschheit, daß es immer höherer Qualitäten bedürfen soll, um etwas zu produzieren? Das kann doch nur der Fall sein, wenn, ganz gleich, was der gesellschaftliche Nutzen der Arbeit ist, höher qualifizierte Arbeit höher bezahlt wird. An sich müßte man doch über eine wissenschaftlich-technische Entwicklung beglückt sein, die die materielle Produktion so vereinfacht – und das tut sie vielfach auch –, daß ein Mensch sie ohne jede Bildung, ohne jede Qualifikation ausführen kann. Wie unsinnig die Idee, daß die materielle Produktion immer höhere Qualifikation erfordern sollte oder daß es zu bedauern wäre, wenn jemand durch weitere Vereinfachung der materiellen Produktion sich nicht mehr qualitativ so anstrengen muß, um diese Produktion zu schaffen!

Natürlich hat Briefs völlig recht mit seiner Schilderung der Entwicklungstendenzen. Sie werden sich hoffentlich auch immer mehr im Sozialismus durchsetzen – bis in der automatischen Fabrik die einzigen hochqualifizierten Arbeiter die Reparaturarbeiter sein werden, von denen man natürlich hofft, daß

5) Ebd., S. 1187. – Vgl. Ulrich Briefs, Vom qualifizierten Sachbearbeiter zum Bürohilfsarbeiter? – Zu den Auswirkungen der EDV auf die Arbeitsbedingungen der Büroangestellten, in: „WSI-Mitteilungen", 2/1978, S. 84–91; G. Brandt/B. Kündig/Z. Papadimitriou/J. Thomae, Computer und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M./New York 1978; H. Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/M./New York 1977; CFDT, Les dégats du progrès, Paris 1977; A. Minc/S. Nora, L'informatisation de la societé, Paris 1978. – Vgl. Ulrich Briefs, Perspektiven der elektronischen Datenverarbeitung und die Lage der abhängigen Beschäftigten, in: „DATA Exchange", Zeitschrift des Diebold Forschungs-Programms, 4/1976, S. 18–27, 42; englisch, in: „DATA Exchange", 5/1976, S. 4–12, sowie J. Greenbaum, Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Computertechnik, in: „Monthly Review", 3/1976, S. 42–57.

sie nichts zu tun haben werden, während die paar anderen Arbeiter als Wächter und Regulatoren neben dem Produktionsprozeß stehen werden – und beide, die Wächter wie die Regulatoren, werden keiner hohen Qualifikation bedürfen, um ihre Arbeit zu leisten.

Also findet eine außerordentliche „Verarmung" im Prozeß der materiellen Produktion statt. Ja, und das ist genau so ein Glück wie die „Verarmung" etwa bei der Produktion von Feuer, die vor 10 000 Jahren ein außerordentliches Geschick erforderte, heute aber mit einem Streichholz auch von einem technisch völlig Unbegabten geleistet werden kann.

Dabei handelt es sich doch um einen Prozeß, der seit dem Beginn des Kapitalismus auf breitester Basis begonnen hat. Niemand kann bezweifeln, daß die Qualifikation eines Handwerkers weit breiter gefächert und höher ist als etwa die eines Arbeiters an einem Fließband. Wenn man ein Auto repariert haben will, kann man sich doch heute nicht an einen Fließbandarbeiter wenden; dafür sind Handwerker in Reparaturwerkstätten, eine „Elite", da. Marx hat doch wahrlich deutlich genug auf die Verarmung des materiellen Arbeitsprozesses durch die Maschine hingewiesen.

Wie aber soll der Mensch seine Fähigkeiten immer besser entwickeln, wenn die Arbeit in der materiellen Produktion immer „unqualifizierter" wird?

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß für die große Masse der Menschen – zu Anfang, in der Urgesellschaft, für alle – der Prozeß der materiellen Produktion gewissermaßen die Hauptbildungsanstalt war. Nur einer kleinen Minderheit war es, worauf Engels so deutlich hingewiesen hat[6]), vorbehalten, da sie nicht in der materiellen Produktion beschäftigt war, da sie gewissermaßen nur Freizeit (von der materiellen Produktion) hatte, Wissenschaft, Kunst usw., das heißt dadurch sehr viele ihrer Fähigkeiten, zu entwickeln. Mit dem Kapitalismus aber wurden die Möglichkeiten der Entwicklung von einer Reihe von Fähigkeiten im Prozeß der materiellen Produktion immer geringer – bestenfalls entwickelte man ganz wenige Spezialfähigkeiten.

Und diese Tendenz setzt sich selbstverständlich auch im Sozialismus weiter fort. Wir sind doch nicht daran interessiert, daß die Arbeit in der Produktion immer qualifizierter wird, immer höhere und mehr Fähigkeiten erfordert. Der Arbeiter, der *Mensch* soll immer qualifizierter werden. Und das wird er seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts auch. Seit der Zeit, in der die Arbeiterklasse, zuerst in England, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzte und so mehr Freizeit, mehr Zeit zur Qualifizierung erhielt – nicht zum wenigsten durch Aktivität und Lektüre in der Arbeiterbewegung –, entwickelten sich in ihr immer mehr Fähigkeiten. Bei uns kommt innerhalb des Betriebes noch die gesellschaftliche Arbeit sowie die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse als Bildungsstimulans hinzu.

Die Hauptentwicklung von Fähigkeiten, zumeist noch von passiven, wie wissenschaftliches oder Kunstverständnis, erfolgt aber bei uns auf der Schule, der

6) Vgl. den „Anti-Dühring", Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin (DDR) 1962, S. 168.

Fachschule und in der Freizeit. Natürlich stehen wir noch ganz am Anfang der Entwicklung möglichst vieler Fähigkeiten der Arbeiter. Wir haben schon fast die Grenze des ohne Verkürzung der Arbeitszeit in der materiellen Produktion (und Zirkulation) Möglichen erreicht. Doch liegt das bereits Erreichte in der Qualität weit über allem, was deutsche Arbeiter zuvor erzielen konnten. –

Zum Schluß muß ich noch auf ein Problem, ein Hauptproblem in unserem Zusammenhang, eingehen. Alles, was Briefs über Arbeit sagt, bezieht sich gewissermaßen ganz selbstverständlich, ohne daß er ein Wort hinzufügt, auf die Arbeit in der materiellen Produktion. Wir müssen aber den Begriff der Arbeit viel weiter fassen. Im Laufe der Zeit, mit der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution, wird sich die Qualitätsarbeit, die wirklich schöpferische Arbeit, die Arbeit in Wissenschaft und Kunst und Handwerk und Gartenbau usw. auf die Freizeit verlegen und alle werden an ihr teilhaben. Das wird nicht nur eine viel schönere, wirklich die Fähigkeiten der Menschen voll entwickelnde, sondern natürlich auch eine sehr ernste Arbeit sein. Von solcher Arbeit in Freiheit und Freizeit sprechend, bemerkt Marx: „Wirklich freie Arbeiten, z. B. Komponieren ist grade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung." [7]) Und für solche Art von Arbeit wird der Mensch für sich nicht eine 35- oder auch 48-Stundenwoche, sondern, wie heute schon so manche Wissenschaftler und Künstler, eine viel längere Arbeitszeit fordern – und genießen!

Doch, liebe Freunde, ich bin mit meiner Perspektive schon bei der weitgehenden Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution und auf ihrer Grundlage beim entwickelten Kommunismus angelangt – bei einer heute leider noch sehr, sehr fern liegenden Perspektive. Aber eben eine Perspektive, die nur der Sozialismus erlaubt.

Die Chinesen haben seit Jahrhunderten den schönen Wunsch: „Mögen Sie zehntausend Jahre alt werden." Da wir an einem Jahresbeginn stehen, möchte ich ihn wiederholen, aber in etwas abgewandelter Form: „Mögt Ihr noch den vollendeten Kommunismus erleben" – sicherlich eine wesentlich kürzere Lebensspanne, die ich Euch mit diesem Wunsch gebe, aber die zweite Hälfte Eueres Lebens wird dabei für Euch viel schöner sein als der doch völlig vernachlässigte Inhalt des Lebens in dem chinesischen Wunsch.

Euer Jürgen Kuczynski

7) K. Marx, „Grundrisse", a.a.O., S. 505.

Die Carter-Administration und die Panama-Frage

Entkolonialisierung auf Raten – Kontinuität der strukturellen Abhängigkeit

Von Erich Süssdorf

Seit 1903 existieren im wesentlichen unveränderte Verträge zwischen den USA und Panama über die Nutzung von Kanal und Kanalzone. Sie waren seinerzeit zustandegekommen, nachdem ein internationales Konsortium zum Bau des Kanals mit Unterstützung der US-Kriegsmarine die Abtrennung Panamas von Kolumbien erreicht hatte. In Lateinamerika ist die militärische und politische Präsenz der USA in Panama immer wieder als Mißachtung der Souveränität lateinamerikanischer Staaten kritisiert worden. Seit den 20er Jahren wird mit unterschiedlichem Nachdruck der Abzug der USA aus Panama gefordert[1]). Seit 12 Jahren wird zwischen Panama und den USA über die Aufhebung und Veränderung der Kanalverträge, die ihrem Charakter nach der militärisch offensiven „big stick"-Politik der USA gegenüber Mittelamerika entsprachen, verhandelt[2]). In den Verhandlungen trafen starke ökonomische und militärisch-politische Interessen der USA auf das Interesse Panamas an der Kontrolle der potentiell wichtigsten Devisenquelle des Landes, verbunden mit der massiven Forderung der Panamesen nach Herstellung territorialer Integrität. Die Notwendigkeit neuer Verträge wurde von mehreren US-Regierungen betont, aber es zeichnete sich kein Verhandlungsergebnis ab, das es einer Regierung der USA nahegelegt hätte, das mit der Ratifizierung im Senat verbundene Risiko einzugehen.

Nach der Einschaltung der Vereinten Nationen kam es 1974 zu einer Absichtserklärung bezüglich eines neuen Vertrags zwischen den Außenministern Henry Kissinger und Juan Antonio Tack. Bereits in dieser Absichtserklärung kam die Position Panamas weniger stark zur Geltung als sie bis 1973 vertreten worden war; Panamas Plan, mit internationaler Hilfe einen Kanal auf Meereshöhe zu bauen, wurde zu Gunsten der Zusammenarbeit mit den USA aufgegeben. In den folgenden Jahren bis zur Formulierung der neuen Verträge von 1977/1978 wurde die panamesische Verhandlungsposition zusehends schwächer[3]), es ist eine der Intentionen dieser Arbeit, den Bedingungen für diese Schwächung der panamesischen Position nachzugehen und zu prüfen, wodurch die Regierung Torrijos an Handlungsspielraum und Konfliktfähigkeit eingebüßt hat. Es soll versucht werden eine Verbindung von dem konkreten politischen Ereignis des Vertragsabschlusses herzustellen zum Problem der strukturell abhängigen Entwicklung.

Es stellt sich auch die Frage welche Rolle der Vertragsabschluß in der seit Carter modifizierten Außenpolitik der USA hat. In der Presse der USA wurden die

1) Vgl. beispielhaft: Raul Haya de la Torre, Gründungsprogramm der APRA.
2) Alex Schubert, Panama, Berlin 1978, Seite 5ff.
3) North American Council on Latin America (NACLA), Report, September 1977.

Verträge als wichtigstes und schwierigstes Problem der Carter-Administration angekündigt und Carter hat selbst für seine Politik gegenüber Lateinamerika vier Schwerpunkte genannt: Panama, Kuba, die Forderung nach Gewährleistung der Menschenrechte und das Problem der Verbreitung der Kernenergie. Die ökonomischen, militärischen und ideologisch vermittelten politischen Interessen der USA gegenüber Panama können hier nur kurz behandelt werden, um die Lage Panamas nicht allzu verkürzt darstellen zu müssen. Einerseits sollen die Zwänge und Notwendigkeiten und andererseits die besonderen Möglichkeiten bestimmt werden, die zu dem Vertragsabschluß gerade jetzt geführt haben.

Die Inhalte der Vereinbarungen zwischen Panama und den USA lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Bei Inkrafttreten des Abkommens übergeben die USA rund 70% der Kanalzone sofort an Panama.

2. Die Verwaltung des Kanals geht bis 1980 an Panama über. Vom Jahr 2000 an erhält Panama die vollen Hoheitsrechte über die Kanalzone. Die USA behalten sich jedoch das Recht vor, den Kanal auch über das Jahr 2000 hinaus militärisch zu verteidigen.

3. Über die wirtschaftlichen Aspekte liegen unterschiedliche Interpretationen vor. Aufgrund des zu erwartenden Verkehrsaufkommens wird damit gerechnet, daß Washington an Panama bis 1990 jährlich 50 bis 60 Mio US $ Kanaleinnahmen zahlen wird. Anderen, panamesischen Schätzungen zufolge ist von rund 80 Mio US$ die Rede.

4. Panama erhält für 10 Jahre von den USA Militärhilfe und Kredite im Wert von 295 Mio US$[4]).

Das Vertragswerk besteht aus 2 Teilverträgen, von denen der erste die Übergabe der Verwaltung an Panama bis zum Jahre 2000 behandelt und der zweite mit dem sogenannten „Neutralitätsabkommen" die Vereinbarungen über das Interventionsrecht der USA enthält und über das Jahr 2000 hinaus gültig bleibt.

Zur Beurteilung der ökonomischen Veränderungen, die durch den Abschluß der Verträge eintreten, ist es unerläßlich, die ökonomische Bedeutung des Kanals selbst zu skizzieren. Seit der Kanal benutzbar ist, werden auf der Schiffsreise zwischen Ost- und Westküste der USA 20 Reisetage eingespart. Die Gebühren für die Kanalpassage sind nicht nach Marktmechanismen festgelegt, vielmehr wird bei ihrer Festsetzung der Tatsache Rechnung getragen, daß 70% der den Kanal passierenden Güter in die USA transportiert werden oder von dort kommen. Die Gebührenpolitik der „Panama-Canal-Company" impliziert eine erhebliche Subvention des internationalen Verkehrs. Davon geht ein beträchtlicher Teil an die USA, denn sie sind ihr größter Nutznießer. An Panama zahlte die Regierung der USA für die Nutzung der Kanalzone zwischen 1965 und 1974 insgesamt 19,5 Mio. Dollar, was einem Anteil von *nur* 2,5% an den Kanalgebühren entspricht. Da der Kanal, bei einer maximalen Schiffsgröße von 65 000 t zu flach und zu schmal ist für die größten Supertanker, Massengutfrachter und Containerschiffe, ist der Höhepunkt seiner öko-

4) Text der Kanalverträge, „New York Times" v. 7. 9. 1977, zitiert nach der Presse-Dokumentation des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Oktober 1977.

nomischen Bedeutung überschritten, die Durchschnittszahl täglicher Schiffspassagen fiel in den letzten 5 Jahren von 38 auf 33. Weil die Transporttonnage nahezu stabil blieb, wird seine Bedeutung für die Handelsschiffahrt jedoch weitere Jahrzehnte noch sehr viel höher sein, als aus verhandlungstaktischen Gründen gelegentlich behauptet wurde[5]). Die Kanalgebühren, auf die die USA erst ab dem Jahr 2000 ganz verzichten, wären möglicherweise für Panama eine entscheidende Devisenhilfe für den Aufbau der Infrastruktur und Ansätze einer Industrialisierung gewesen. Neben dem bereits erwähnten Interesse am eigenverantwortlichen Bau eines Kanals auf Meereshöhe, werden andere grundlegende Forderungen der panamesischen Regierung nicht erfüllt. Dies trifft insbesondere zu für die Forderung nach totaler Souveränität, die durch das Interventionsrecht der USA verletzt wird.

Da der Zusatzantrag des US-Senators de Concini mit der Verletzung der Souveränität Panamas mit der in Panama populären Forderung der Regierung Torrijos nach „totaler Souveränität" kollidiert, wurde in dem Teilvertrag zu den Modalitäten der Übergabe ein Passus eingefügt, der die Nichteinmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Panamas garantiert. Die offensichtliche Widersprüchlichkeit dieser im Zuge der Ratifizierung gebilligten Zusatzanträge löst sich dahingehend auf, daß Nichteinmischung garantiert wird für die Phase der ohnehin vereinbarten Präsenz nordamerikanischer Streitkräfte in Panama bis zum Jahre 2000. Mit dem Abschluß der Laufzeit dieses Teilvertrages endet dann auch die Gültigkeit der Nichteinmischungsgarantie. Weiterhin zeitlich unbegrenzt gültig bleibt jedoch das sogenannte Neutralitätsabkommen und mit ihm das Interventionsrecht der USA[6]).

Panama befindet sich in einer ökonomischen Krise, die Regierung hat den ohnehin begrenzten politisch-ökonomischen Spielraum verloren, den sie gebraucht hätte, um gegenüber den USA die Positionen durchzusetzen, mit denen sie in die Auseinandersetzung eingetreten ist. Das Interventionsrecht der USA konnte nur durchgesetzt werden, weil Panamas ökonomische Konjunktur mit dem Abschluß der Verträge vielfach verbunden war – wie im letzten Teil dieses Artikels noch dargestellt wird.

Für die USA hat der Panamakanal eine doppelte militärische Funktion. Die Bedeutung der 14 amerikanischen Stützpunkte, die in der Kanalzone aufgegeben werden, ist durch die Entwicklung der militärischen Technik stark gesunken. Durch die Beherrschung des Luftraums und die Einführung von Fernlenk-Raketen hat sich die Dringlichkeit der US-Präsenz in der Kanalzone nach einer Darstellung des Pentagon stark verringert. Gegen die Angriffe einer Guerrilla-Bewegung wäre der Kanal militärisch schwer zu verteidigen. So ist zu erklären, daß das Pentagon nach einem politischen Schutz des Kanals verlangt, was den Rückzug der US-Truppen aus der Kanalzone impliziert. Die Funktion der „Escuela de las Americas", eines US-amerikanischen Ausbildungszentrums, wurde durch den Abschluß bilateraler Militärhilfeabkommen weitgehend von den nationalen Streitkräften lateinamerikanischer Staaten übernommen: „. . . die ‚Excuela de las Americas", ein militärisches Ausbildungszentrum in dem 42 000 Mann ausgebildet wurden, unter ihnen viele militärische Staatschefs und hohe Offiziere in Lateinamerika." [7]) Von hohem

5) „Business Week", v. 6. 12. 1976, „Is the Panama Canal worth it?".
6) „Die neuen Verträge bilden den Übergang von einer kolonialen zu einer neokolonialen Situation . . ." Stellungnahme des exilierten panamesischen Gewerkschaftsführers Jorge Turner; aus „El DIA", Mexico, 8. 9. 77.
7) Latin America Bureau (Hrsg.), Panama and the Canal Treaty, London 1978, S. 7.

militärischen Wert bleibt der Kanal als Transportweg im Fall eines nicht-atomaren Krieges. Während des Vietnam-Kriegs stieg die Zahl der militärischen Transporte von 1 pro Woche auf 4 pro Tag.

Für den Kriegsfall ist in den Verträgen vorgesehen, daß US-Kriegsschiffe ein Vorfahrtsrecht gegenüber allen anderen Schiffen genießen. Dies bedeutet, daß die USA durch den stufenweisen Rückzug aus der Kanalzone schwer kalkulierbare militärische Risiken senken, ohne militärische oder ökonomische Interessen aufzugeben.

Die *politische Bedeutung* der Verträge hat einen wichtigen internationalen Aspekt. Die Regierung Torrijos hatte es nicht nur erreicht, das Kanalproblem zu einem „kolonialen Zankapfel" interamerikanischer Politik zu machen. Sie hatte auch in bilateralen Verhandlungen ein internationales Gerüst zur Unterstützung ihrer Forderungen aufgebaut. Dies gilt allgemein für Lateinamerika, aber insbesondere für die Regierungen von Kolumbien und Venezuela, deren Repräsentanten auch unmittelbar an der Ausarbeitung der Verträge beteiligt waren. Noch bedeutender als die Unterstützung einzelner Staaten der „Dritten Welt" waren die Stellungnahmen der Vereinten Nationen, durch die der „Kolonialismus-Vorwurf" gegenüber den USA erhärtet wurde. 1973 bei der Tagung des Sicherheitsrats der UNO in Panama sahen sich die USA gezwungen, gegen die Resolution zu Panama ein Veto einzulegen.

Unter der Regierung Carter sind die USA zu einer flexibleren Politik gegenüber der „Dritten Welt" übergegangen und die Handhabung des Konflikts mit Panama erfolgte in einer Form, die die Verhandlungs-Elastizität dieser modifizierten Außenpolitik beispielhaft demonstrieren sollte. Der Carter-Administration ist es in diesem Fall gelungen, Interessen der USA mittelfristig zu sichern und gleichzeitig außenpolitische Verhandlungsbereitschaft und innenpolitische Durchsetzungsmöglichkeit zu signalisieren.

Der Verhandlungsführer der Regierung Carter mit Panama war Sol Linowitz, vorher Vorsitzender einer Kommission, die ein für die Carter-Administration grundlegendes Papier zur Veränderung der Beziehungen zu Lateinamerika verfaßte. In diesem Papier wird eine differenzierte Lateinamerika-Politik gefordert, die dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Länder entspricht; die den Anspruch eines besonderen Verhältnisses gegenüber dem gesamten Kontinent aufgibt, eines traditionellen Verhältnisses, in dem die USA eine Hegemonie-Rolle spielen. Die Kommission verurteilt explizit militärische und politische Interventionsformen und stellt insgesamt eine Verbindung her zwischen der Abkehr von der Unterstützung kolonialer Politik zur Etablierung einer US-Diplomatie auf nicht-interventionistischer Grundlage. Im Falle Panamas entspricht es genau dieser Politik, die *unmittelbare* Form militärisch-politischer Kontrolle aufzugeben (allerdings mit Interventionsvorbehalt) und das Herrschaftsverhältnis in eine anonyme *ökonomische Form der Penetration* überzuführen[8]).

Im Sinne dieser Politik wurde der OAS von der Regierung Carter in Kooperation mit Torrijos eine Rolle zugewiesen, die sie unter den vorangegangenen Regierungen zunehmend eingebüßt hatte. Carter unternahm im Rahmen der

8) Zur neueren Außenpolitik der USA und zur Funktion der „trilateralen Kommission", die in diesem Zusammenhang wichtig wird, vgl.: a) Carter y la logica del imperialismo, Artikelsammlung, San José, Costa Rica 1978; b) la comision trilateral, in „Revista Mensual", Madrid, 1978.

Verhandlungen mit Panama einen Versuch, die durch die Politik vorausgegangener US-Regierungen teilweise für US-Interessen instrumentalisierte, teilweise einfach vernachlässigte Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in ihrer Rolle als interamerikanische Vermittlungsinstanz wieder aufzuwerten. Die feierliche Einladung der OAS an alle Staatschefs zur Unterzeichnung der neuen Verträge schien geeignet, dem Legitimationsverlust der OAS in demonstrativer Weise gegenzusteuern; die Einladung im September 1977 hatte drei wesentliche Funktionen:

1. Eine Aufwertung von Staatschefs von Militärdiktaturen, die von starken innenpolitischen Kräften in den USA verlangt wird, aber zur außenpolitischen Moral des Weißen Hauses nicht gepaßt hätte,
2. die Demonstration der Möglichkeit eines interamerikanischen Konsensus,
3. die Aufwertung der Rolle der OAS als kollektiver Konfliktinstanz.

Grundsätzlich ist die Lateinamerikadiplomatie der Regierung Carter und dies soll hier auch am Beispiel der Verträge mit Panama gezeigt werden, ein Versuch der Rekonstruktion einer moralischen Legitimationsbasis der Lateinamerikapolitik der USA. Trotz dieser Politik erhöhter diplomatischer Flexibilität, wäre der Vertrag nicht zustandegekommen, wenn die Forderung nach totaler Souveränität in Panama konsequent aufrecht erhalten worden wäre. Warum dies der Regierung Torrijos nicht möglich war, obwohl diese Forderung den Kern ihres politischen Programms ausmacht, dafür sollen jetzt die Bedingungen angegeben werden.

Die Eingliederung Panamas in den Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung drückt sich besonders deutlich in dem ausgeprägt tertiären Charakter seiner Ökonomie aus, der durch die Existenz des internationalen Finanzzentrums und der Freihandelszone von Colon weiter verstärkt wurde. Das internationale Finanzzentrum entstand sprunghaft parallel zu der Ausbreitung der transnationalen Konzerne. Die Zahl der Banken stieg von 5 im Jahre 1960 auf 74 im Jahre 1976. Die Einlagen in den Banken betrugen mit 11 Mrd. 1976 30mal mehr als 8 Jahre zuvor. Im gleichen Jahr betrug das Brutto-Inlandsprodukt des 1,7 Mill. Einwohner zählenden Staates nur 2,2 Mrd Dollar[9]). Das internationale Finanzzentrum arbeitet auf der Grundlage eines besonders günstigen Bankgesetzes, das 1970 verabschiedet wurde, eine panamesische Zentralbank existiert nicht, und die landeseigene Währung existiert nur in der Form einer geprägten Illusion.

Der „Balboa", die Einheit der panamesischen Währung ist in seinem Wert an den Kurs des US-Dollars gebunden, er existiert nur in Münzform, als Papiergeld werden US-Dollars benutzt. Im Steuerparadies Panama fließen Kapitalströme nahezu unkontrolliert und es gibt keine gesetzliche Grundlage für die Kontrolle von Aktivitäten panamesischer Firmen außerhalb der Grenzen des Landes. Unter diesen Bedingungen fast fehlender staatlicher Kontrolle sind 50 000 Briefkastenfirmen entstanden. Symptomatisch für den „Dienstleistungscharakter" der panamesischen Ökonomie ist Panamas Rolle in der internationalen Handelsschiffahrt, wo es als sogenannte „Billigflagge" eine fragwürdige Berühmtheit erlangt hat.

Ein weiteres Glied in dieser Kette bildet die Freihandelszone von Colon, sie wurde in den 50er Jahren auf Initiative des US-Handelsministeriums einge-

9) Xabier Gorostiaga, Panama n'est pas seulement un Canal, „Le Monde diplomatique", September 1977.

richtet und ist nach Honkong die bedeutendste Freihandelszone des internationalen Handels. In der Lager- und Umschlagszone sind 600 meist multinationale Firmen registriert und das Handelsvolumen der Zone beträgt nahezu das doppelte des Handelsvolumens des mittelamerikanischen gemeinsamen Marktes. Die internationalen Strukturen der panamesischen Ökonomie wurden verdeutlicht, um den widersprüchlichen Zusammenhang zwischen einer internationalisierten Ökonomie und entwicklungsnationalistischer Regierungspolitik zu thematisieren.

Die Regierung von General Torrijos ist 1968 durch einen Militärputsch zur Macht gekommen. Nationalistische Militärs der Nationalgarde, der einzigen bewaffneten Organisation des Landes, putschten damals gegen ein siegreiches Wahlbündnis, dem sie antinationale Interessen unterstellten.

Im ersten Jahr der Militärregierung wurde eine vorsichtige Landreform in Gang gesetzt, die politischen Parteien des Landes wurden „suspendiert", ihre Führer ausgewiesen. Konflikte innerhalb der Nationalgarde wurden durch personalpolitische Maßnahmen unterdrückt. Zentrale Parolen der Militärs waren: „Nicht für die Rechte nicht für die Linke – für Panama!" und „Totale Souveränität in der Kanalzone!" Die relative Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Nationalgarde gegenüber den politischen Organisationen des Landes wurde entschieden gestärkt durch die Unterdrückung eines „Gegen-Putsches" im Dezember 1969. Unterstützt wurde dieser Putsch-Versuch von dem Unternehmerverband „Consejo Nacional de la Empresa Privada" und von ehemaligen Verbindungsbeauftragten zwischen Nationalgarde und CIA.

In den folgenden Jahren wurde gemäß dem entwicklungsnationalistischen Konzept der staatliche Sektor durch Verstaatlichungen und in größerem Maß durch den Kauf von Unternehmen stark ausgebaut. Außer in der Infrastruktur hat der panamesische Staat in der Landwirtschaft, im Bergbau, im Energiesektor und im elektrotechnischen Bereich investiert. Es wurde eine Reform des Erziehungswesens durchgeführt, die die Nähe zur Grundausbildung betont und den Aufbau von Selbstverwaltungseinheiten an der Basis unterstützt (Juntas Comunales, Juntas Locales). Diese Vorgeschichte stand als Projekt der Regierung bei der Volksabstimmung über die neuen Verträge mit zur Diskussion. Die Ratifizierung der neuen Verträge durch diese Volksabstimmung im Oktober 1977 mußte von der Regierung Torrijos gegen eine zwar heterogene, aber nicht schwache Opposition durchgesetzt werden.

Heterogen war die Opposition gegen die Verträge bezogen auf ihre soziale Lage und ihre politische Motivation. Da in der Vorbereitung der Volksabstimmung die Regierung sich vehement für die Verträge eingesetzt hatte, gab es ein großes Potential von Gegenstimmen, die sich primär gegen die Person eines regionalen Regierungsvertreters in einem Wahlkreis richtete. Nur so ist zu erklären, daß es in benachbarten Wahlkreisen mit sehr ähnlichen sozialen und politischen Strukturen zu extrem unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen kam. Es sprachen sich insgesamt 66% der Abstimmenden für die neuen Verträge und 33% dagegen aus. Weniger an der Regierungspolitik als an grundsätzlichen nationalistischen Vorstellungen orientiert waren die Gegenstimmen der Studenten und Stimmen aus dem Einflußbereich der „Bewegung unabhängiger Rechtsanwälte". Die studentischen Organisationen, soweit sie von der Regierung und der Kommunistischen Partei – dem „Partido del Pueblo" – unabhängig sind, haben eine Kampagne gegen die Verträge geführt,

die allerdings außerhalb der Universitäten auf wenig Unterstützung traf. Andere Motive bewogen die Indianerstämme (6% der Bevölkerung), insbesondere die Cunas, gegen die Verträge zu stimmen: Sie leben vom Tourismus und befürchten, daß mit dem Abzug der USA diese Einnahmequelle versiegen würde.

Noch vor der Abstimmung des „de Concini"-Antrags im US-Senat formulierte die „Bewegung der Unabhängigen Rechtsanwälte" in Panama eine Kritik, die sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: [10])

1. Die Verträge legalisieren erstmalig die Präsenz des US-Militärs in Panama.
2. Die Verantwortung der USA für die „Neutralität" des Kanals bedeutet eine zeitlich unbegrenzte Interventionsberechtigung.
3. Die Regierungskontrolle über die Massenmedien wurde in der Zeit öffentlicher Auseinandersetzungen über die Verträge nicht aufgehoben. In der Zeitspanne von 43 Tagen war eine ausführliche Diskussion und demokratische Willensbildung unmöglich.
4. Es ist grundsätzlich falsch, von „Neutralität" zu sprechen, solange US-Truppen in Panama stationiert sind und Panama einem bestimmten „Lager" zugerechnet wird.
5. Durch die neuen Verträge wird den USA die Möglichkeit eröffnet, einen neuen Kanal auf Meeresniveau ebenfalls zu kontrollieren.

Diesen Argumenten kam die Regierung insofern entgegen, als die Verträge von ihr immer nur als der beste augenblicklich zu erreichende Kompromiß dargestellt wurden und nicht als Realisierung aller panamesischen Interessen. Die Position der Bewegung der Rechtsanwälte unterscheidet sich kaum von dem Programm, an dem die Regierungspolitik bis 1974 orientiert war.

Torrijos hat nach der Ratifizierung der Verträge in den USA die Rückkehr von Exilierten zugestanden und den Beginn einer „neuen Ära" einschließlich der Legalisierung parteipolitischer Tätigkeit versprochen. Die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung im August 1978 und die intensivierten Kontakte der panamesischen Regierung zur Sozialistischen Internationale sowie die Kooperationsverträge mit der spanischen „Sozialistischen Arbeiterpartei" [11]) geben der Erwartung Anlaß, daß bei der Rekonstruktion parlamentarischer Herrschaftsverhältnisse die von Torrijos gegründete „Revolutionäre Demokratische Partei" von dem Parlamentisierungsprozeß in Spanien lernen will und möglicherweise eine sozialdemokratische Rolle spielen wird.

Der entscheidende Druck auf die Regierung Torrijos geht aus von der gestiegenen Arbeitslosenzahl und der rapide gefallenen Wachstumsrate der Wirtschaft: Ende der 60er Jahre: 8%, 1971–74: 5,4%; 1975: 2% und schließlich 1976: 0,0035% [12]). Die ökonomische Krise, die Panama zwar nicht ausschließlich, wegen des erwähnten Sonderstatus seiner Ökonomie jedoch besonders stark getroffen hat, wirkte entscheidend negativ auf den Verhandlungsspiel-

---

10) Vgl.: Mittelamerika-Kollektiv, Westberlin, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 2 (Hrsg.: Veronika Bennholdt Thomsen, Tilman Evers, Klaus Meschkat, Clarita Müller-Plantenberg, Urs Müller-Plantenberg, Werner Olle und Wolfgang Schoeller), Berlin (West) 1978, S. 327 ff.
11) Kooperationsverträge zwischen der panamesischen Regierungspartei und der PSOE, „el pais", Madrid, 14. 10. 1978.
12) Demetrio Polo-Cheva/Mechthild Jungehülsing, in: Länderbericht Mittelamerika, Lateinamerika, Analysen und Berichte 1, Berlin (West) 1977, S. 282.

raum Panamas in den diplomatischen Auseinandersetzungen mit den USA, und bewirkte die schrittweise Aufgabe der ursprünglichen Positionen. Die Regierung kalkuliert mit einem deutlichen Wirtschaftsaufschwung nach dem Abschluß der Verträge und diese Erwartung stützt sich auf mehrere geplante Projekte: 1. den Bau eines Container-Terminials in Coco Solo; 2. den Bau eines internationalen Flughafens für Colon; 3. den Ausbau der Freihandelszone durch industrielle Montagebetriebe usw. Neben den hauptsächlich infrastrukturell orientierten Vorhaben gibt es hohe internationale Kreditzusagen für den Ausbau des staatlichen Sektors, die auch an den Abschluß der Kanalverträge gebunden sind.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Einschränkung der Konfliktfähigkeit der Regierung Torrijos durch ökonomische Zwänge in Panama weitgehend über das internationale Finanzzentrum, d. h. die Kreditpolitik der Banken und die damit verbundene Investionsbereitschaft der multinationalen Unternehmen vermittelt wurde. Das internationale Finanzzentrum hat in der Phase der Internationalisierung der Produktion und des Kapitals Funktionen übernommen, die um die Jahrhundertwende durch die militärische Präsenz der USA garantiert wurden. Die Formveränderungen in den Beziehungen zwischen USA und Panama seit den 60er Jahren verweisen grundsätzlich auf die Steigerung der Bedeutung ökonomischer Intergrations- und Herrschaftsmechanismen im Verhältnis zur politischen und militärischen Intervention. Im Falle Panamas hat sich die Krise seit 1973 verbunden mit an den Vertragsabschluß geknüpften Kreditzusagen. Der so entstandene ökonomische Druck war die entscheidende Bedingung für die panamesische Kompromißbereitschaft gegenüber den USA. Die Dynamik der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung hat das Instrumentarium und die institutionellen Voraussetzungen ökonomischer Einflußnahme differenziert und ausgedehnt.

„Obwohl finanzielle Zugeständnisse an Panama gemacht werden, begünstigt der Vertrag Interessen der USA, insofern er den ‚kolonialen Zankapfel' beseitigt und an seine Stelle die Anonymität der ohnehin vorhandenen ökonomischen Machtverhältnisse setzt"[13]).

13) „Lateinamerika Nachrichten" Nr. 59, 4. 5. 1978, S. 65.

Jürgen Ostrowsky / Wolfgang Geisler

Südafrika

Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, DM 12,80

„Mit dem Buch hat der Leser eine kompakte Darstellung und Analyse der südafrikanischen Apartheid-Politik in der Hand, die sich durch eine beachtliche Fülle von Detailinformationen auszeichnet. Die Fakten, Statistiken und Dokumente sind sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Der vorliegende Band ist allen Gruppen, die sich näher mit Südafrika befassen wollen, aber auch Lehrern und Multiplikatoren, zu empfehlen."

Weltmission Evangelisches Missionswerk

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

DIE BRAVEN SOLDATEN DES IMPERIALISMUS

Das „Vietnam-Trauma" hat in der amerikanischen Kultur eigentümliche Spuren hinterlassen. Als weitgehend vorpolitische Ausdrucksform der Erfahrung „Vietnam" ist ein Ensemble von desillusionierten Helden, korrumpierten Idealen und verkrüppelten Veteranen entstanden. Pazifistischen Bewältigungsversuchen (z.B. „Coming Home" mit Jane Fonda) im Umgang mit dem Thema Vietnam steht dabei die Tendenz zur Verdrängung politischer Konsequenzen durch Sentimentalität und Selbstmitleid gegenüber. Fast gibt es schon so etwas wie einen Mythos des verwundeten Amerika, in dem die Erinnerung an das Opfer Vietnam verschwindet und nur noch Amerika selbst als Opfer seines eigenen Krieges dargestellt wird.

Der Film *„The Deer Hunter"* (deutscher Verleihtitel: Die durch die Hölle gehen) von Michael Cimino erzählt die Geschichte vom braven amerikanischen Soldaten am Beispiel dreier Freunde. Sie entstammen der Arbeiterklasse, leben im Schatten eines Stahlwerkes, sind geprägt von der harten Arbeit, von der gewaltigen Naturlandschaft ringsum und von der Kultur ihrer Vorfahren, weißrussischer Auswanderer. Die Landschaft, die soziale und kulturelle Zusammengehörigkeit schließen die Menschen zusammen. Einer der Freunde heiratet vor der Einberufung nach Vietnam, die Hochzeitsfeier zeigt der Film als Volksfest, mit dem die Heimat ihre Soldaten verabschiedet. Ein letztes Mal treffen sich die Männer zur Hirschjagd oben in den hohen Bergen, dann versetzt der Film mit einem abrupten Schnitt seine braven Soldaten in den Krieg und fragt so wenig wie sie nach dem Wofür und Warum. In der Hölle des Dschungels, die der Film voyeuristisch und brutal vorführt, sind die Vietnamesen die Teufel. Rücksichtslos gegen die Zivilbevölkerung, grausam gegen ihre Gefangenen ketten sie als Zerrbilder des „Vietkong" den Zuschauer an die Perspektive ihrer amerikanischen Opfer. Leutnant Calley scheint ein Nordvietnamese gewesen zu sein...

Vom vietnamesischen Folterer zu dessen sadistischem Vergnügen gezwungen, „russischen Roulett" miteinander zu spielen, befreien sich die Freunde nach den Regeln des amerikanischen Action-Krimis aus der Gewalt ihrer Peiniger. Einer erliegt im folgenden der Faszination des perversen Roulettspiels und stirbt an ihm wie an einer Droge als Star der Saigoner Spielhöllen. Der zweite verliert beide Beine und kehrt als Krüppel in die Heimat zurück. Der dritte wird immer stärker zur Zentralfigur, zum Helden aus Notwehr. Er entkommt der Hölle, indem er sie nach ihren eigenen „vietnamesischen" Gesetzen bekämpft, hochdekoriert kehrt er heim. Er ist äußerlich unversehrt, aber hart mitgenommen von den Abenteuern des Kriegs, dem Tod des Freundes – ein gebrochener Held, aber ein Held. Er fährt wieder zur Jagd in die Berge, kann den Hirsch aber nur noch stellen, nicht mehr (wie früher) mit einem Schuß töten.

So verlangt das Vietnam-Trauma seinen Tribut, und der verschonte Hirsch läuft davon als Symbol der Hoffnung auf eine neue amerikanische „Humanität" (so die FAZ). Im Zeichen dieser Hoffnung versammeln sich am Ende alle zur Leichenfeier für das Opfer des vietnamesischen Todesspiels; als Krüppel, als Held und als Toter ist der brave Soldat heimgekehrt und braver Soldat geblieben. Die Heimat dankt es ihm, und so stimmen die Versammelten zum Ausklang die amerikanische Nationalhymnne an. Der Film meint das ernst, nicht ironisch. Wie Phönix aus der Asche entsteht hier aus dem Vietnam-Trauma der alte Traum vom (trotz allem) *guten* Amerika. Das sentimentale Pathos dieser Botschaft lebt von der Ignorierung dessen, was dem *fremden* Volk angetan wurde, von der Blindheit gegenüber den wirklichen Ursache und Schuldigen – und von einer zynischen Logik der Verdrängung, derzufolge für die Wunden eines Räubers die Gegenwehr des Opfers verantwortlich ist.

P.S. Eine gerade nach der Aggression Chinas überträgliche „Beleidigung des heroischen Volkes von Vietnam" sahen die Delegationen mehrerer sozialistischer Länder in dem Film und verließen die Berlinale, als die Festivalleitung sich weigerte, ihn aus dem Programm zu nehmen.

Lothar Müller

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1978

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Das Bruttosozialprodukt (BSP) – immer noch der übliche Wachstumsindikator – hat 1978 rascher zugenommen als im Vorjahr. Die reale Wachstumsrate des BSP lag bei etwa 3,4%. Sie erreichte damit die am Jahresanfang prognostizierten Werte, die von Wachstumsraten zwischen 3 und 3,5% ausgegangen waren.

Tabelle 1
Bruttosozialprodukt (BSP) 1978

	In Mrd. DM		*In % gegenüber dem Vorjahr*	
	Real[1])	*Nominal*	*Real*	*Nominal*
BSP	*841*	*1287*	*+ 3,4*	*+ 7,4*
Privater Verbrauch	*473*	*712*	*+ 3,8*	*+ 6,5*
Öffentlicher Verbrauch	*147*	*256*	*+ 3,1*	*+ 6,5*
Anlageinvestitionen	*192*	*278*	*+ 6,2*	*+ 11,0*
Export	*245*	*348*	*+ 5,0*	*+ 5,8*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 1/1979, S. 68.

Als wichtigste Grundlage der verbesserten wirtschaftlichen Entwicklung, die allerdings erst Mitte 1978 einsetzte, erwies sich die stabile Entwicklung des privaten Verbrauchs. Dies ist sowohl auf die steuerliche Entlastung der Löhne und Gehälter als auch auf die unerwartet günstige Entwicklung der Verbraucherpreise zurückzuführen. Hier sorgten Sonderfaktoren wie die rückläufigen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise – als Ergebnis außergewöhnlich guter Ernten – und die Abwertung des Dollar für eine Verlangsamung der Inflation.

Beschleunigt hat sich 1978 die Expansion des öffentlichen Verbrauchs, der noch 1977 fast stagniert hatte. Davon profitierte vor allem die Bauwirtschaft. Dort wuchs aber nicht nur die Bauleistung, sondern auch das Preisniveau, das sich sprunghaft um 6,1% erhöhte. Relativ günstig entwickelte sich auch die Investitionstätigkeit, wobei sich hier die vergrößerte staatliche Investitionsnachfrage auswirkte. Allerdings belebte sich aud die private Investitionstätigkeit. Die Investitionen in der verarbeitenden Industrie expandierten real um etwa 6–7%, lagen allerdings immer noch um real 20% unter dem Ergebnis von 1970. Zweck der Investitionen ist immer noch in erster Linie die Rationalisierung und der Ersatz, Erweiterungsinvestitionen werden nach wie vor nur wenig getätigt. Stabil entwickelte sich wiederum der Export, der von den bedeutenden Währungsverschiebungen im Jahre 1978 kaum berührt wurde. Auch hier ist im zweiten Halbjahr eine verstärkte Expansion festzustellen.

Während das BSP beschleunigt zunahm, veränderte das produzierende Gewerbe sein Expansionstempo kaum. Hier ist eine Belebung erst in den letzten fünf Monaten des Jahres festzustellen.

Tabelle 2
Produktion im Produzierenden Gewerbe

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr 1977	1978
Insgesamt	+ 2,7	+ 2,9
Grundstoff- und Produktionsgüter	+ 0,7	+ 4,1
Investitionsgüter	+ 5,5	+ 0,5
Verbrauchsgüter	+ 3,8	+ 1,5
Bauhauptgewerbe	0,0	+ 7,6

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 2/1979, S. 65*

Bei den Jahreszahlen ist zu berücksichtigen, daß die industrielle Produktion in der ersten Jahreshälfte stagniert hatte, der Zuwachs also nur der Belebung in der zweiten Jahreshälfte zu verdanken ist. Allerdings sind von Monat zu Monat starke Schwankungen festzustellen, die Expansion verläuft keineswegs kontinuierlich. Immerhin kam es gegen Ende 1978 zu einer Verbesserung des Auslastungsgrads der industriellen Anlagen, der im Oktober bei etwa 81,5% lag.

Als wichtigstes Kennzeichen des Wirtschaftsverlaufs im Jahre 1978 muß die starke Ausweitung der privaten Unternehmergewinne angesehen werden, die etwa Mitte des Jahres einsetzte.

Tabelle 3
Einkommensverteilung 1978

	In Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	711	+ 6,0
Nettolohn und -gehaltsumme	408	+ 6,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	292	+10,6
Nettoeinkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	237	+12,2

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 4–5/1979, S. 30

Im zweiten Halbjahr 1978 stiegen die Nettoeinkommen der Selbständigen um 15,5% gegenüber dem Vorjahr, für das laufende erste Halbjahr 1979 wird mit einem Anstieg um 19% gerechnet. Trotz einer vergleichsweise günstigen Entwicklung der realen Arbeitseinkommen konnten die Unternehmer ihre Verteilungsposition deutlich verbessern.

Tabelle 4
Löhne und Gehälter

	Veränderung in % gegenüber den Vorjahren 1976	1977	1978
Tariflohn und -gehaltsniveau[1])	+ 5,9	+ 6,8	+ 5,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	+ 7,0	+ 6,9	+ 5,4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	+ 4,3	+ 5,7	+ 6,2
Reallöhne und -gehälter je Beschäftigten	− 0,3	+ 1,8	+ 3,6

1) Auf Monatsbasis.

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 2/1979, S. 69*; eigene Berechnungen.

Die relativ günstige Entwicklung der Reallöhne – sie liegt etwa im Rahmen der Erhöhung der Arbeitsproduktivität – kam trotz der niedrigen Tarifabschlüsse zustande, die gleichwohl erst nach längeren Streiks erreicht werden konnten. Sie ist u. a. Ergebnis der niedrigen Inflationsrate, eine Folge der bereits erwähnten Sonderfaktoren.

Tabelle 5
Preise

	Veränderung in % gegenüber den Vorjahren		
	1976	*1977*	*1978*
Lebenshaltung [1]	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,6
Industrielle Erzeugerpreise	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,2
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	+ 11,9	− 4,5	− 5,5
Einfuhrpreise	+ 6,7	+ 1,6	− 5,2

1) Alle Haushalte.

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 2/1979, S. 68*.

Im laufenden Jahr wird es jedoch zu einer erneuten Belebung der inflationären Entwicklung kommen. Die industriellen Erzeugerpreise steigen schon seit Mai 1978 beschleunigt, die Lebenshaltung verteuert sich seit November wieder stärker. Der Preisindex der privaten Lebenshaltung lag im Januar schon wieder um 2,9% über dem Vorjahresstand.

Nur wenig Auswirkungen hatte die leichte wirtschaftliche Belebung auf die Beschäftigungssituation.

Tabelle 6
Beschäftigung [1]

	1976	*1977*	*1978*
Erwerbstätige	*25088*	*25021*	*25081*
darunter:			
Abhängig Beschäftigte	*21288*	*21314*	*21415*
Selbständige [2]	*3800*	*3707*	*3666*
Registrierte Arbeitslose	*1060*	*1030*	*993*
„Stille Reserve"	*572*	*600*	*625*
Abgewanderte Ausländer [3]	*296*	*426*	*471*

1) In 1000 Personen.
2) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
3) Seit 1973.

Quellen: „DIW-Wochenbericht", 4–5/1979, S. 42; Sachverständigengutachten 1978/79, S. 60; „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 1/1978, S. 54; eigene Berechnungen.

Die leichte Senkung der registrierten Arbeitslosenzahlen wurde durch die Erhöhung der „stillen Reserve" weitgehend ausgeglichen, außerdem wurde der Arbeitsmarkt wiederum durch die erzwungene Abwanderung ausländischer Erwerbspersonen entlastet.

Geht man von der Definition der „Vollbeschäftigung" des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung aus, nach der im Vollbeschäftigungszustand „jedem der dies wünscht, die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit gegeben sein soll", so ist die Bundesrepublik noch viel weiter von diesem Zustand entfernt, als es die oben angegebenen Zahlen erkennen lassen. Nach einer Repräsentativerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom Sommer 1977 wünschen 55% der Hausfrauen im erwerbsfähigen Alter sich eine Berufstätigkeit. Hauptgründe für die Nichtrealisierung dieses Wunsches sind die fehlenden Möglichkeit zur Kinderbetreuung

und die fehlenden Arbeitsplätze. („Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 4/1978, S. 407)

Die Prognosen für 1979 gehen von einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung im laufenden Jahr aus. Bei einer erwarteten Wachstumsrate von etwa 4% wird es aber wiederum keine wesentliche Verbesserung der Beschäftigungssituation geben. Zudem ist keineswegs gesichert, daß die leichte Belebung anhält. Vor allem für das zweite Halbjahr 1979 zeichnen sich Gefahrenmomente ab.

– Die Beschleunigung der Inflation auch als Folge der Mehrwertsteuererhöhung im Juli 1979, führt zur Aushöhlung der privaten Kaufkraft. Nur bei Tarifabschlüssen, die deutlich über denen des Vorjahres liegen, kann eine weitere stabile Entwicklung des privaten Verbrauchs gewährleisten werden.

– Die öffentlichen Ausgabenprogramme zur Stützung der Konjunktur laufen allmählich aus, ohne daß die Bundesregierung bereit zu sein scheint, neue Programme zu beschließen. Mittelfristig muß daher eine Abflachung der Baukonjunktur erwartet werden. Dafür spricht auch die Tendenz zur Erhöhung der Zinsen, die die Wohnungsbaufinanzierung verteuert.

– Schließlich ist die internationale Konjunkturlage unsicher. Wenn die für die USA, den größten Importeur der Welt, vorhergesagte Rezession eintritt, dann dürfte sich das ungünstig auf Welthandel und Export auswirken.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zum Aggressionskrieg der chinesischen Machthaber gegen Vietnam vom 17. Februar 1979

(Wortlaut)

Am 17. Februar 1979 begannen die chinesischen Machthaber einen durch nichts gerechtfertigten Aggressionskrieg gegen Vietnam. Mit Unterstützung von Luftstreitkräften haben mehrere Divisionen Infanterie, Panzereinheiten und Artillerie das gesamte Grenzgebiet Vietnam-China massiv überfallen. Sie griffen die Provinzstädte Lao Cai, Mong Cai sowie die Kreisstädte Dong Dang, Muong Khuong tief im Innern des vietnamesischen Territoriums an. Sie besetzten zahlreiche Grenzposten in Gebieten der Distrikte Dinh Lap, Trang Dinh, Loc Binh, Van Lang (Provinz Lang Son), Tra Linh, Ha Quang, Quang Ha (Provinz Cao Bang), Muong Khuong, Bat Xat (Provinz Hoanh Lien Son), Phong Tho (Provinz Lai Chau), Binh Lieu (Provinz Quang Ninh). Sie haben dabei zahlreiche Verbrechen begangen und viele Verluste an Menschenleben sowie an Hab und Gut der vietnamesischen Bevölkerung verursacht.

Es liegt klar zu Tage, daß die chinesischen Machthaber, nachdem sie mit ihrer feindseligen Antivietnam-Politik schwere Niederlagen erlitten, nunmehr auf dem alten Weg der chinesischen

Feudalisten und der imperialistischen Kolonialisten einen Aggressionskrieg gegen Vietnam, ein unabhängiges und souveränes Land, vom Zaune brachen.

Mit der Aggression gegen Vietnam entlarven die chinesischen Machthaber selbst ihren Expansionismus, ihren Großmachtchauvinismus und ihre reaktionäre Politik, welche den Interessen des chinesischen Volkes widerspricht und die traditionelle Freundschaft der Völker Vietnams und Chinas ernsthaft stört.

Mit der Aggression gegen Vietnam treten die chinesischen Machthaber gegen das gesamte sozialistische System, gegen die Bewegung der nationalen Unabhängigkeit auf und stören damit den Frieden sowie die Stabilität in Südostasien und in der Welt.

Mit diesem Aggressionskrieg treten sie auf gröbste Weise die elementarsten Prinzipien der internationalen Beziehungen und der UN-Charta mit Füßen; dies ist eine freche Herausforderung gegenüber der den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Menschheit.

Trotz der massiven Provokationen und Bedrohungen durch die chinesischen Machthaber haben das Volk und die Regierung Vietnams in friedlichem und freundschaftlichem Bestreben seit Jahren, und besonders in letzter Zeit, mit nahezu grenzenloser Geduld und Zurückhaltung alles nur Mögliche versucht, die Probleme in den Beziehungen beider Länder durch Verhandlungen zu lösen. Gegen jegliche Gerechtigkeit betrieben die chinesischen Machthaber eine Politik der schrittweisen Vorbereitung und schließlichen Durchführung des Aggressionskrieges gegen Vietnam. Angesichts dieser Aggression der chinesischen reaktionären Machthaber sehen das Volk Vietnams und seine Streitkräfte keinen anderen Weg, als den gerechten Verteidigungskampf gegen die Aggressoren mit aller Entschiedenheit zu führen.

Eingedenk der Worte des verehrten Vorsitzenden Ho Chi Minh, daß es „Nichts Wertvolleres als Unabhängigkeit und Freiheit" gibt, schließt sich das Volk, seine Streitkräfte, Millionen Frauen und Männer, Greise und Jugendliche, eng zusammen, um entschieden für die Verteidigung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der heiligen territorialen Integrität des Vaterlandes zu kämpfen.

Das Volk und die Regierung Vietnams richten den dringenden Appell an die Sowjetunkon, die sozialistischen Brüderländer, die national unabhängigen Länder, die nichtpaktgebundenen Länder, die befreundeten Länder, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die fortschrittlichen Völker der Welt, die Solidarität mit Vietnam zu verstärken, Vietnam zu unterstützen und zu verteidigen, die Pekinger Machthaber aufzufordern, den Aggressionskrieg gegen Vietnam sofort einzustellen und alle ihre Aggressionstruppen aus Vietnam unverzüglich abzuziehen.

Die Völker Vietnams, Laos und Kampucheas, die eng zusammen kämpften und gemeinsam gegen imperialistische Aggressoren siegten, verstärken nunmehr ihre Solidarität zur Zerschlagung der reaktionären Politik der chinesischen Machthaber.

Im Interesse des Friedens und der traditionellen Freundschaft appelliert das vietnamesische Volk an die chinesische Bevölkerung und deren Streitkräfte, gegen den Aggressionskrieg der Pekinger Machthaber entschieden zu protestieren.

Das Volk und die Regierung Vietnams appellieren an die Vereinten Nationen und an die demokratischen Organisationen, im Interesse des Friedens und der Gerechtigkeit den Aggressionskrieg der Pekinger Machthaber entschieden anzuprangern.

Das mutige, heldenhafte und unbeugsame Volk Vietnams, das bisher alle Aggressoren besiegt hat, ist fest davon überzeugt, daß es unter der Führung der Kommunistischen Partei und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam, mit Zustimmung und Unterstützung der Brüder und Freunde in der ganzen Welt auch die Aggression der chinesischen Reaktionäre zerschlagen, seine Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen und damit einen wichtigen Beitrag für die Sache des Friedens, der Stabilität in Südostasien und in der Welt leisten wird.

Hanoi, den 17. Februar 1979

Stellungnahme des Herausgeberkreises der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" zum Einmarsch chinesischer Truppen in Vietnam vom 18. Februar 1979

(Wortlaut)

Unmittelbar nach Bekanntwerden der chinesischen Aggression gegen Vietnam am 17. Februar 1979 beschloß der Herausgeberkreis der „Blätter" die nachstehende Protesterklärung, die am 18. Februar der Bundesregierung, den Botschaften der VR China und der SR Vietnam sowie der Presse übermittelt wurde. D. Red.

Die Herausgeber der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" verurteilen den Überfall Chinas auf Vietnam aufs schärfste und appellieren an die Bundesregierung, ihrerseits unverzüglich die chinesische Regierung zur sofortigen Feuereinstellung und zum Rückzug der chinesischen Truppen aufzufordern.

Köln, den 18. Februar 1979

Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Marburg
Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Frankfurt/M.
Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen
Prof. Dr. Urs Jaeggi, Berlin (West)
Prof. Dr. Gerhard Kade, Berlin (West)
Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg
Dr. Jutta Menschik, Berlin (West)
Dr. Reinhard Opitz, Köln
Manfred Pahl-Rugenstein, Köln
Prof. Dr. Helmut Ridder, Gießen
Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz
Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen

Gemeinsames amerikanisch-chinesisches Pressekommuniqué vom 1. Februar 1978

(Wortlaut)

Nach dem Abschluß der Gespräche zwischen dem Präsidenten der USA, Jimmy Carter, und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China, Teng Hsiao-ping, wurde am 1. Februar 1979 in Washington ein gemeinsames Pressekommunique veröffentlicht, dessen Wortlaut wir nachstehend dokumentieren. D. Red.

Auf Einladung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und Mrs. Carter befinden sich der Stellvertretende Ministerpräsident des Staatsrates der Volksrepublik China, Deng Xiaoping, und Madame Zhuo Lin auf einem offiziellen Besuch der Vereinigten Staaten, der vom 29. Januar bis zum 4. Februar 1979 dauert. Der Stellvertretende Ministerpräsident Deng und Präsident Carter besprachen in Washington Fragen gemeinsamen Interesses. Der Stellvertretende Ministerpräsident Deng wurde begleitet von dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Fang Yi, von Außenminister Huang Hua und anderen. In der Begleitung Präsident Carters befanden sich Vizepräsident Mondale, Außenminister Vance, der Berater des Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, Dr. Zbigniew Brzezinski, und andere.

Die Gespräche waren herzlich, konstruktiv und fruchtbar. Beide Seiten erörterten die internationale Situation und stimmten darin überein, daß sie auf vielen Gebieten gemeinsame Interessen haben und ähnliche Ansichten teilen. Sie erörterten ferner jene Gebiete, auf denen sie unterschiedliche Perspektiven haben. Sie bekräftigen, daß sie die Bemühungen eines jeden Landes oder einer jeden Gruppe von Ländern ablehen, Hegemonie oder Herrschaft über andere zu errichten, und daß sie entschlossen sind, einen Beitrag zur Wahrung des Weltfriedens, der Sicherheit und der nationalen Unabhängigkeit zu leisten. Beide Seiten sind der Ansicht, daß die Unterschiede in ihren sozialen Systemen kein Hindernis bei der Stärkung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit darstellen sollten. Sie sind entschlossen, auf dieses Ziel hinzuarbeiten, und sind der festen Überzeugung, daß eine solche Zusammenarbeit im Interesse ihrer beiden Völker wie auch im Interesse des Friedens und der Stabilität in der Welt und insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum liegt.

Im Namen der Regierung der Volksrepublik China hat der Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping und im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten hat Präsident Carter ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Technologie sowie ein Kulturabkommen unterzeichnet. Der Stellvertretende Ministerpräsident Fang Yi und der Wissenschaftsberater des Präsidenten, Frank Press, tauschten schriftliche Einverständniserklärungen über eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf dem Gebiete der Erziehung, der Landwirtschaft und des Weltraums aus. Der Stellvertretende Ministerpräsident Fang Yi und der amerikanische Energieminister James Schlesinger unterzeichneten eine Übereinkunft zwischen beiden Ländern über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochenergiephysik. Außenminister Huang Hua und Außenminister Cyrus Vance unterzeichneten ein Abkommen über die beiderseitige Aufnahme konsularischer Beziehungen sowie die Eröffnung von Generalkonsulaten in dem jeweils anderen Land.

Beide Seiten kamen überein, die Akkreditierung von ständigen Journalisten in dem jeweils anderen Land zu erleichtern.

Beide Seiten stimmten überein, Abkommen auf dem Gebiete des Handels, der Luftfahrt und der Schiffahrt abzuschließen. Darüber wird während der Besuche von Finanzminister Michael Blumenthal und Handelsministerin Juanita Kreps in der Volksrepublik China gesprochen werden.

Namens der chinesischen Regierung und im Namen von Ministerpräsident Hua Guofeng hat der Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping Präsident Carter eine Einladung zu einem Besuch Chinas zu einem ihm genehmen Zeitpunkt überbracht. Präsident Carter hat diese Einladung angenommen. Präsident Carter hat seinerseits Ministerpräsident Hua Guofeng zu einem Besuch der Vereinigten Staaten eingeladen. Der Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hat diese Einladung im Namen von Ministerpräsident Hua Guofeng angenommen. Das genaue Datum für die Besuche der führenden Staatsmänner der beiden Länder wird zu einem späteren Zeitpunkt erörtert und festgelegt werden.

Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USA an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

(Wortlaut)

Im Zusammenhang mit dem Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China und stellvertretenden Parteivorsitzenden der KPCh Teng Hsiao-ping in den USA Ende Januar 1979 hat die Kommunistische Partei der USA einen offenen Brief an die Kommunistische Partei Chinas gerichtet. Im Lichte der auf Teng Hsiao-pings USA-Besuch folgenden chinesischen Aggression gegen Vietnam erscheint uns die Dokumentation des Briefes im Wortlaut als von aktuellem Interesse. D. Red.

Werte Genossen, vor einigen Jahren sandte uns das Zentralkomitee Ihrer Partei ein Telegramm, in dem Sie unsere Partei dafür kritisierten, daß sie „dem Imperialismus der Vereinigten Staaten gegenüber Schlappheit an den Tag legt". Sie haben diese Kritik mit keinerlei Beweisen belegt, offenbar weil Ihre Anschuldigungen nicht nur falsch, sondern auch verleumderisch waren. Jetzt erheben wir Anschuldigungen gegen Sie, die Führung Ihrer Partei, die mit dem Imperialismus zusammenarbeitet und ihn beschönigt. Wir äußern diese Kritik, weil die Politik und Tätigkeit Ihrer Partei den Imperialismus überhaupt unterstützt und ermutigt und – was für uns das Wichtigste ist – weil Ihre Politik den US-Imperialismus stärkt. Folglich wirkt sich Ihre Politik direkt auf unsere inneren Angelegenheiten aus. Unsere Kritik wird auf diejenigen Ihrer politischen Schritte beschränkt bleiben, die unseren Kampf gegen die Politik des US-Imperialismus unmittelbar berühren, was für uns – für die Arbeiterklasse und das Volk der Vereinigten Staaten – größte Tragweite hat.

Wir üben zu unserem größten Leidwesen Kritik. Wir hatten dieses Schreiben an Sie aufgeschoben in der Hoffnung, daß die Lehren aus dem Leben und die Erfahrungen Ihre Partei zum Abschwenken von dem Weg veranlassen werden, den Sie jetzt gehen. Es ist aber klargeworden, daß Ihre Schritte keine vereinzelten Fehler sind, die auf einer beschränkten Urteilsfähigkeit beruhen würden, sondern daß sie eher auf grundsätzlich falschen Konzeptionen fußen, die davon herrühren, daß Sie vom revolutionären Weg der Arbeiterklasse abgewichen sind.

Zum Beweis könnten noch ältere Beispiele angeführt werden, aber es wird genügen, bei der Krise zu beginnen, die die Regierung Kennedy auslöste, als ausgesprochene Verteidigungsraketen nach Kuba geliefert wurden. Im Jahre 1962, in den ersten Tagen dieser Raketenkrise, griffen Sie in Ihren öffentlichen Erklärungen die Sowjetunion für ihr, wie Sie sagten, „provokatorisches Vorgehen" an. Es war schwer zu glauben, daß die Führer eines sozialistischen Landes mit langjähriger Geschichte des Kampfes gegen den Imperialismus sich auf die Seite einer imperialistischen Aggression schlagen und die Hilfe an das sozialistische Kuba verleumderisch eine „Provokation" nennen würden.

Bei den Verleumdungen gegen die Sowjetunion ließen Sie kein Wort über die Tatsache verlauten, daß die Raketen auf kubanischen Boden gelangten, weil der US-Imperialismus Vorbereitungen zum Einfall in Kuba durch einen breiten, massierten militärischen Angriff zu Ende führte. Das war für alle, die die Wahrheit kennen wollten, kein besonderes Geheimnis. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten wollte das, was er mit der Invasion in der Schweinebucht nicht erreicht hatte, mit einem massierten militärischen Vorstoß erreichen. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten sah im sozialistischen Kuba einen Bereitstellungsraum des Antiimperialismus und Sozialismus in Nord- und Südamerika. Der US-Imperialismus brauchte für seine aggressiven Absichten gegen die junge sozialistische Republik Kuba einen Deckmantel. Mit Ihren unverantwortlichen Anschuldigungen, die Sowjetunion begehe eine „Provokation", zogen Sie einen solchen demagogischen Rauchvorhang. Sie suchten es so hinzustellen, als sei diese Krise von Kuba und der Sowjetunion und nicht durch die aggressiven Pläne des US-Imperialismus verursacht worden. Als die Krise zu Ende war, als der US-Imperialismus, die Regierung Kennedy ihre Invasionspläne aufgeben mußten und dafür die Raketen abtransportiert wurden, führte Ihre Partei eine Wendung um 180° aus und zieh die Sowjetunion „der Feigheit und des Verrats". In Erklärungen Ihrer Partei und in redaktionellen Artikeln hieß es, keinerlei Vereinbarungen seien getroffen worden, und die USA würden, gleich wenn die Raketen fortgeschafft wären, in Kuba einfallen. Der US-Imperialismus wollte die ganze Welt glauben machen, daß Präsident Kennedy im sogenannten Zweikampf gesiegt hätte. Ihre falschen Behauptungen von „Feigheit und Verrat" bekräftigten diese Lüge. In Ihren Erklärungen verleumdeten Sie das Heldenvolk Kubas, dessen Standhaftigkeit und Bereitschaft, sein Vaterland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, einer der wichtigsten Faktoren waren, die die Regierung Kennedy von der Notwendigkeit überzeugten, die sorgfältig geplante Aggression abzublasen. Kurz, in jener Krise ergriffen Sie bei jeder Wendung der Geschehnisse für den US-Imperialismus Partei. Die Entwicklung seit damals hat bewiesen, daß Sie in allen Stücken unrecht hatten. Was wirklich vorging, wurde zu einem wichtigen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba. Für den US-Imperialismus war es eine Niederlage.

1971 hatte der Sudan seine Unabhängigkeit errungen und ging allmählich zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft über. Der US-Imperialismus tat alles, um dieses Land von einem solchen Kurs abzubringen. Heute weiß die ganze Welt, daß die CIA im Bündnis mit gewissen reaktionären Elementen aus Saudi-Arabien in die Situation im Sudan eingriff. Diese Kräfte verübten eine Provokation, wodurch die Konterrevolution die Oberhand gewann. Im selben Augenblick, als die reaktionäre Militärjunta im Sudan Kommunisten und andere Revolutionäre mordete, sandte Ihre Partei auf Weisung Mao Tse-tungs ein zustimmendes Schreiben nicht an die Revolutionäre, sondern an die Leute, die Revolutionäre mordeten und einkerkerten. Gleich darauf schickten Sie eine Handelsdelegation nach dem Sudan. Der Sieg der Konterrevolution war ein Sieg des US-Imperialismus. Das war ein vorübergehender, aber ernster Fehlschlag für die Fortschrittskräfte im

Sudan. Die Ultrarechten in den USA begrüßten Ihre Handlungsweise als einen „erfreulichen stabilisierenden Faktor im Sudan". Ihr Vorgehen machte Sie zum Komplizen, zum „stabilisierenden Faktor" für die Konterrevolution und für die imperialistischen Erdölinteressen im Nahen Osten. Ebenfalls 1971 war allen klar, daß das von den USA unterstützte reaktionäre, faschistische und feudale Regime in Pakistan versuchte, das Volk von Bangladesh durch Mord und Hunger zu unterjochen. Das war eine Völkermordpolitik. Als das Volk von Bangladesh sich erhob, nahmen die Führung Ihrer Partei und der US-Imperialismus – fast als einzige in der ganzen Welt – öffentlich für die Kräfte der Reaktion und Konterrevolution Stellung. Die Führung Ihrer Partei begnügte sich nicht mit zustimmenden Erklärungen. Sie fingen wieder an, schleunigst Delegationen nach Pakistan zu schicken und dessen Delegationen öffentlich voll Wärme in Peking zu empfangen. Der US-Imperialismus begrüßte Ihre Handlungsweise und gab seinen Segen dazu. Als die Völker der Welt gegen die Morde protestierten, hofierten Sie weiter die reaktionären Marionetten der USA in Pakistan. Wieder sahen die Kräfte der nationalen Befreiung und des Sozialismus betroffen, wie sich die Führer des sozialistischen Chinas auf die Seite des Imperialismus und der nationalen Unterdrückung schlugen.

Am unverblümtesten unterstützten Sie den US-Imperialismus während des konterrevolutionären Umsturzes in Chile. Bis auf den heutigen Tag, da die chilenische Militärjunta ernste Schwierigkeiten hat, erweisen Sie ihr weiter materielle und moralische Unterstützung. Das war nie ein Geheimnis, aber jetzt hat die Weltöffentlichkeit alle Fakten darüber erfahren, wie die konterrevolutionären Kräfte für den Sturz der fortschrittlichen Regierung der Unidad Popular organisiert wurden, deren Oberhaupt Salvador Allende Gossens war, wer diese Kräfte leitete und wer sie bezahlte.

Diese Fakten beweisen, was schon damals klar war. Die chilenische Konterrevolution war eine Ausgeburt des US-Imperialismus. Organisiert und geleitet wurde sie von einer Allianz der CIA, der multinationalen Mammutkonzerne der USA und der reaktionären und faschistischen Elemente in Chile, besonders der Reaktionäre und Faschisten unter den Militärs. Seit Hitler hat die Welt nichts so Grauenhaftes wie das Gemetzel unter den Kommunisten und anderen revolutionären und fortschrittlichen Aktivisten gesehen, das diesem Umsturz folgte. Ihre Gebeine werden jetzt in Steinbrüchen Chiles gefunden. Wahr ist aber auch, daß es seit Hitler keine solche weltweite Bewegung des Protests, des Boykotts und der Isolierung gegeben hat, wie sie gegen die chilenische Junta entfaltet worden ist. Das ist eine weltweite Einheitsfront zum Kampf gegen die Reaktion und den vertierten Faschismus. Dieser Kampf hat Resultate. Der US-Imperialismus hat sich aus Leibeskräften angestrengt, die weltweite Einheitsfront zum Kampf gegen das faschistische Regime in Chile zu torpedieren. Fast allein hat Ihre Partei diese Front durchbrochen und sich beeilt, diese faschistische Junta diplomatisch anzuerkennen. Noch bevor der ermordete Präsident Allende beigesetzt war, setzten Sie den Botschafter Chiles mit Brachialgewalt aus der chilenischen Botschaft in Peking hinaus. Sie schlugen alle Rekorde, als Sie den Henkern des chilenischen Volks die Hand zur Zusammenarbeit und Freundschaft reichten. Wenn dieses Vorgehen keine Verteidigung und Unterstützung des US-Imperialismus ist, dann haben Worte und Ideen ihre Bedeutung restlos eingebüßt. Keine einzige auch nur bürgerliche Regierung stützt derart unterwürfig und offen die Positionen des US-Imperialismus in aller Welt. Und doch konnten viele schwer begreifen, warum die Führung eines Landes, das auf eine langjährige, glänzende Geschichte des Kampfes gegen den Imperialismus zurückblickt, eine derart grausame imperialistische Unterdrückung unterstützt. Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß gerade der Beistand des US-Imperialismus und Ihre fortdauernde wirtschaftliche, politische und diplomatische Unterstützung die konterrevolutionären faschistischen Mörder in Chile befähigen, sich an der Macht zu halten.

Das Volk Angolas hat einen langwierigen, erbitterten Freiheitskrieg gegen die rassistischen Imperialisten Portugals geführt. Die Führung der Kommunistischen Partei Chinas hat keinen Finger gerührt, um diesen heroischen Kampf Angolas zu unterstützen. In all den Jahren leisteten viele andere sozialistische Länder, besonders die Sowjetunion, den Angolanern unumschränkt und unentwegt Hilfe. Doch Sie sprechen von nationaler Befreiung, stehen immer auf seiten der Kräfte des Imperialismus. Nachdem das Volk Angolas seine Befreiung erlangt hat, haben viele Länder der Welt seine neue, revolutionäre, demokratische Regierung anerkannt. Ausnahmen bilden wieder der US-Imperialismus, die Volksrepublik China und die Republik Südafrika. Doch sind der US-Imperialismus, die RSA und die Führung Ihrer Partei in diesem Kampf nicht neutral geblieben. Sogar nachdem das Volk Angolas seine Unabhängigkeit errungen hatte, schlossen Sie sich dem US-Imperialismus und der RSA an, die von den multinationalen Ölkonzernen und der CIA inspiriert wurden, und gingen dazu über, den bewaffneten Kampf zur Vernichtung der Volksrepublik Angola zu unterstützen. In diesem Falle halfen und helfen Sie noch jetzt dem Militärflügel der CIA. Noch heute stehen Sie im Bündnis mit dem US-Imperialismus und strengen sich an, den revolutionären Prozeß in Afrika rückgängig zu machen. In wütendsten Ausdrücken verleumden Sie die Sowjetunion, Kuba und die anderen sozialistischen Länder, die den nationalen Befreiungskräften helfen, während Sie auf seiten des Imperialismus stehen.

Sie können nicht von der Hand weisen, daß Ihre Partei den US-Imperialismus unterstützt und mit ihm in Angola, Äthiopien, Afghanistan, Jemen, Burma und vielen anderen Ländern gemeinsame Sache macht. Es ist eine bittere Wahrheit, daß Sie überall, wo der Imperialismus herausgefordert wird und Schwierigkeiten hat, ihn politisch, ideologisch und militärisch unterstützen, um ihn zu stärken. Sie befinden sich auf demselben Orbit wie die Reaktion, die Konterrevolution und der Imperialismus.

Und jetzt können Sie Ihre aggressive Großmachtpolitik gegen die Regierung und das Volk Vietnams nicht bemänteln. Nach der Manier der Imperialisten schicken Sie Kriegsschiffe in die Gewässer Vietnams und betreiben Vietnam gegenüber eine Kanonenbootdiplomatie, d. h. Sie führen genau die Waffe, die der Imperialismus viele Jahre gegen das Volk Chinas geführt hat. Jetzt verlangen Sie, daß die Sozialistische Republik Vietnam den bürgerlichen Elementen chinesischer Herkunft ein „Vorrecht" einräumen und sie der Notwendigkeit entheben soll, die Gesetze einzuhalten und sich am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu beteiligen. Ebenso, wie Sie es in Indonesien und anderen Gebieten getan haben, fordern Sie, daß den Kapitalisten und Feudalherren chinesischer Herkunft erlaubt wird, das Volk Vietnams und Hunderttausende Menschen chinesischer Herkunft weiter auszubeuten. Es sind nicht die Arbeiter und nicht die armen Leute chinesischer Herkunft, um die Sie sich sorgen, wenn Sie die Welt auch glauben machen wollen, daß es so sei. Nein, Sie kümmern sich um die reichen, die wohlhabenden Leute chinesischer Herkunft in Vietnam. Das ist eine Ausdehnung Ihres bürgerlichen Nationalismus über die Staatsgrenze hinaus. Die Weltanschauung und die Ideen der Arbeiterklasse haben Sie gegen die Ideen der Imperialisten- und Kapitalistenklasse vertauscht. Es wirkt wie eine Ironie des Schicksals und stößt ab, daß das Volk Vietnams, nachdem einige Generationen von Vietnamesen siegreich gegen die Interventionskräfte der Imperialisten der USA, Frankreichs und Japans sowie gegen die Interventionskräfte des feudalen Chinas kämpften, von den Streitkräften der Volksrepublik China erneut bedroht und angegriffen wird. Darüber sind Hunderte Millionen in aller Welt entrüstet, auch Millionen Amerikaner, die das Volk Vietnams in seinem Kampf gegen den US-Imperialismus unterstützten. Es wirkt auch wie eine Ironie des Schicksals, daß Ihre Streitkräfte die Kräfte des Imperialismus dabei abgelöst haben, das Volk Vietnams zu peinigen und zu bedrohen. Sie haben die Idee der altchinesischen feudalen Herrscher und bürgerlichen Nationalisten übernommen, daß alle Chinesen, wo sie auch sind, den Standpunkt zu teilen hätten, daß „überall China ist, wo Chinesen sind", und Sie setzen diese Idee in die Tat um.

Die vietnamesischen Kommunisten haben eine äußerst wichtige Frage an Sie gestellt, die Sie nicht beantwortet haben: „Ist es etwa richtig, daß das unumstößliche Gesetz der sozialistischen Revolution, wonach der kapitalistische Sektor der Industrie und des Handels umgewandelt werden muß, für manche Kapitalisten nicht gelten soll, bloß weil sie Chinesen sind, obwohl sie ihren ganzen Besitz dem Arbeitsschweiß und Blut der Arbeiterklasse, des ganzen arbeitenden Volks von Vietnam zu verdanken haben? Warum macht man auf chinesischer Seite von der Handvoll Kapitalisten chinesischer Herkunft in Vietnam so viel her und ignoriert völlig das Schicksal Hunderttausender werktätiger chinesischer Emigranten, die schonungslos ausgebeutet, verfolgt und in verschiedenen Weltgegenden sogar ausgetilgt werden?"

Sie beschimpfen und verleumden den Freundschaftsvertrag zwischen zwei sozialistischen Ländern – Vietnam und der Sowjetunion –, haben aber selbst soeben einen Vertrag mit dem imperialistischen Japan geschlossen. Wir sind sicher: Sie wissen, daß der US-Imperialismus für den japanisch-chinesischen Vertrag ist, weil er darin eine Grundlage für eine neue Fernost-Achse unter seiner eigenen Ägide sieht. Der japanische Imperialismus betrachtet diesen Vertrag als Grundlage seiner Politik, mit der er seinen alten Traum von einer ostasiatischen „Sphäre gemeinsamer Prosperität" wahrmachen will. Im Grunde richtet sich der japanisch-chinesische Vertrag gegen die Sowjetunion, gegen Vietnam und Laos, gegen die nationalen Freiheitsbewegungen überhaupt.

Die Verbindung zwischen dem US-Imperialismus, der rassistischen RSA und China tritt immer wieder in Erscheinung. In den letzten 60er Jahren, als der Krieg in Nigeria ausbrach und der US-Imperialismus der Schaffung eines geeinten, wirklich unabhängigen Nigerias entgegenwirkte, unterstützten die Führung Ihrer Partei und der US-Imperialismus die Separatisten Biafras und gaben ihnen Waffen. Sie fingen an, gewissen Kräften in Somalia militärische Hilfe zu leisten, erst nachdem sich diese auf die Seite des Imperialismus geschlagen hatten und zu einer Handhabe im Kampf gegen die äthiopische Revolution geworden waren. Auch in Zaire solidarisierten Sie sich restlos mit der NATO, die die Kräfte der Reaktion militärisch unterstützte. Der Rassismus ist eine Handhabe imperialistischer Unterdrückung, besonders in Afrika. Ihre Vorschubleistung und Unterstützung für die rassistische Politik der RSA und des US-Imperialismus ist Unterstützung des Rassismus, ja sie ist Rassismus.

In allen diesen Fällen sind Sie auf der falschen Seite. Ihre Politik ist auf Unterstützung des Imperialismus eingestellt. Sie sind auf seiten der nationalen Unterdrückung. Sie sind im Kampf für Sozialismus auf der falschen Seite. Das beweist, daß Sie im Klassenkampf überhaupt auf der falschen Seite stehen, auf der falschen Seite des ganzen weltweiten revolutionären Prozesses. Sie

müssen sich darüber klar werden, daß Sie eine aktive Kraft im Kampf gegen die nationale Befreiung in allen Teilen der Welt geworden sind. Sie sind eine konterrevolutionäre Kraft geworden, die sich gegen den Aufbau des Sozialismus in der ganzen Welt richtet.
Neben diesen konkreten Äußerungen Ihrer Politik und Ihren Aktionen verficht Ihre Führung die unglaubliche, irrsinnige Idee, daß jede Generation „ihren eigenen Krieg haben muß", weshalb Sie Ihre Aufgabe darin sehen. zum Krieg zu rüsten. Diese Frage stand auf der Tagesordnung des XI. Parteitags Ihrer Partei von 1977 und auf der der I. Tagung des Nationalen Volkskongresses Chinas (5. Legislaturperiode) von 1978. Hua Kuo-feng sagte damals: „Wir müssen jede Fiber anspannen, um die Einsatzfähigkeit und Moral der Armee zu heben, um die Vorbereitungen zum Krieg auf ein neues Niveau zu bringen." In einem kürzlich zum Jahrestag der Gründung der VR China veröffentlichten Artikel hat Ihr Verteidigungsminister, ein Mitglied des Zentralkomitees Ihrer Partei, erklärt, daß „der Krieg eine moralische Unvermeidlichkeit" sei, und hat die Überzeugung ausgesprochen, daß „der dritte Weltkrieg jeden Tag ausbrechen kann". In einem anderen Artikel schrieb der stellvertretende Stabschef Ihrer Armee: „China muß sich zu einem Verheerungskrieg bereit machen." So merkwürdig das scheinen mag, ist die Führung Ihrer Partei die einzige politische Gruppe der Welt, die die Kriegspropaganda zu dem Prinzip erhoben hat, daß „jede Generation ihren Krieg haben muß".
Was Sie sagen – daß jede Generation einen Krieg haben müsse, daß Kriege eine „moralische Unvermeidlichkeit" seien und daß China sich zu einem „Verheerungskrieg" bereitzumachen habe – ist nichts als Tarnung für Ihre eigenen Aggressionspläne gegen Chinas Nachbarn, für Ihre eigenen Pläne für ein Groß-China. Ihre „Vorbereitung zum Krieg" hängt mit Ihrer Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion zusammen.
Die Konzeption vom Kampf gegen den Imperialismus haben Sie gegen Unterstützung des Imperialismus und Zusammenarbeit mit ihm vertauscht. Die Konzeption vom Internationalismus der Arbeiterklasse haben Sie gegen die eines engen Nationalismus vertauscht, der zur Unterstützung des Weltimperialismus führt. Die Konzeption vom Kampf für ein Nachlassen der Spannungen, für friedliche Koexistenz und Entspannung haben Sie gegen Ihre Pläne für eine Verschärfung der Spannungen, gegen Ihre Expansions- und Aggressionspläne vertauscht. Sie bemühen sich, die chinesische Jugend zum Glauben daran zu erziehen, daß sie zu einem „Verheerungskrieg" gegen andere sozialistische Länder bereit sein müsse. Welch abscheuliche Auffassung! Das ist der totale ideologische, politische und moralische Bankrott.

Jetzt hat Ihre Kapitulation und Ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus neue, noch gefährlichere Ausmaße angenommen. Ihre Manöver und Ihre Verhandlungen mit dem Imperialismus über militärische Bündnisse, Ihre Kriegspropaganda sind neue Faktoren zur Verstärkung der Gefahr einer nuklearen Konfrontation und Weltkatastrophe. Aber allem Anschein nach halten Sie einen Kernkrieg für keine solche Katastrophe, denn auf der UNO-Tagung für Abrüstung hat Ihr Außenminister, früheren Äußerungen Mao Tse-tungs folgend, erklärt, daß „das chinesische Volk das angsteinflößende Gerede nicht glaubt, daß ein Kernkrieg zum Untergang der Menschheit führen wird". Manche Sprecher des US-Imperialismus sind mit Ihnen einverstanden. Zbigniew Brzezinski, der Reaktionär und kalte Krieger, nannte, aus Peking zurück, den Gedanken, daß ein Atomkrieg der Untergang der Menschheit sein werde, einen Unsinn und erklärte: „Es ist falsch zu sagen, daß der Kernwaffeneinsatz das Ende der Menschheit bedeuten würde. Das ist eine egozentrische Idee . . . Statistisch gesehen, wäre es nicht einmal der Untergang der Menschheit, wenn die Vereinigten Staaten ihr ganzes Rüstzeug gegen die Sowjetunion und die Sowjetunion das ihre gegen die Vereinigten Staaten aufbrauchen würde. Das zu denken, ist egozentrisch." („New Yorker" v. 1. 5. 1978, S. 126.) Solches Gerede ist unverantwortlicher Irrsinn, und dieser nukleare Tollhäusler ist Carters Chefberater für Landessicherheit. Schon 1957 sprach Mao Tse-tung denselben Irrsinn aus: „Kann jemand angeben, wieviel Menschenleben ein künftiger Krieg kosten würde? Wahrscheinlich wird ein Drittel der 2,7 Milliarden Menschen umkommen, also nur 900 Millionen. Ich denke aber, das ist noch wenig, wenn wirklich Atombomben zum Einsatz kommen. Einerseits ist das natürlich schrecklich, aber anderseits wird es nichts ausmachen, wenn es die halbe Menschheit . . . wäre, wenn die Hälfte der Menschheit umkäme. Die andere Hälfte bliebe ja . . . In einem halben Jahrhundert oder in einem Jahrhundert wird die Bevölkerung wieder anwachsen, sogar um mehr als die Hälfte." Der Ausspruch Ihres Außenministers über einen Kernkrieg war kein falscher Zungenschlag. In früheren Reden hatte er gesagt: „Man soll nicht zuviel von der Abrüstung erhoffen . . . Die Neutronenbombe ist gar keine schlechte Waffe."
Mit allen diesen Äußerungen reden Sie dem Imperialismus nach dem Munde. Der US-Imperialismus, die Pentagonspitze und besonders die reaktionärsten Rechtselemente sind von Ihrer Politik, von Ihren Worten und Taten entzückt. Daraufhin hat die Regierung Carter beschlossen, die Lieferung von Militärtechnologie und -ausrüstungen an China, die nur für aggressive Zwecke brauchbar sind, zu beschleunigen. Sprecher des US-Imperialismus spornen die westeuropäischen Länder an, China mehr militärische Hilfe zu leisten. Das Koordinationskomitee der NATO für den Export strategischer Güter hat Waffenverkäufe an China gestattet. Ihre Regierung hat Listen von Waffen aufgesetzt, die Sie erwerben möchten. Darauf stehen auch Kampf- und Trans-

portflugzeuge, Hubschrauber, Panzer, Raketen und andere militärische Güter. Diese Listen und Heeresgüter brauchen Sie, um das Militärbündnis mit dem Imperialismus aufrechtzuerhalten und auszuweiten.
Man braucht kein Rätselraten darüber anzustellen, warum Sie so massenhafte militärische Ankäufe tätigen. Haben Sie doch offen geäußert und dem imperialistischen Lager privatim versichert, daß sich die Steigerung Ihres Militärpotentials gegen die Sowejtunion, gegen Vietnam, die Mongolei und die anderen sozialistischen Staaten sowie gegen die Entwicklungsländer richtet, besonders gegen diejenigen, die an China grenzen. Andauernd versichern Sie dem US-Imperialismus, daß Sie einen „Verheerungskrieg" gerade gegen die Sowjetunion vorbereiten. Da Sie die Konzeption vom Kampf gegen den Krieg, besonders den Kernkrieg, gegen Ihre wütende Propaganda für einen Krieg, besonders einen Kernkrieg, vertauscht haben, erhöht Ihre Politik ernsthaft die Kriegsgefahr und besonders die Gefahr einer nuklearen Katastrophe. Ihre Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung sind ein Deckmantel, namentlich ein ideologischer, für die Kriegsvorbereitungen des Pentagon und der imperialistischen Kräfte.
Lenin sagte mit vollem Recht, in der Welt sei es die wichtigste Frage, wer wen ausnutzt. Vielleicht glauben Sie, daß Sie den Weltimperialismus und besonders den amerikanischen Imperialismus für sich ausnutzen. Man kann sich ja Widersprüche in der imperialistischen Welt zunutze machen. Aber nicht das tun Sie. Vielmehr machen Sie es dem Weltimperialismus möglich, Differenzen in der Welt des Sozialismus, in den nationalen Freiheitsbewegungen und in der Arbeiterbewegung für sich auszuschlachten. Tatsächlich sind Sie der Hauptfaktor, der solche Differenzen schafft.
Unverkennbar haben Sie die Illusion, daß Ihnen der US-Imperialismus Zugeständnisse machen wird. Wir, die wir das Weltgeschehen aus der Höhle des Löwen beobachten, sind davon überzeugt, daß Ihnen diese Illusion Enttäuschungen eintragen wird. Vielleicht werden für Sie ein paar Brosamen vom Tisch des Imperialismus abfallen, aber der US-Imperialismus heimst bereits die Früchte Ihrer Politik ein. Es ist ein gefährlicher Irrtum zu glauben, daß der US-Imperialismus dazu gebracht werden kann eine Basis und Stütze des sozialistischen Aufbaus, ganz gleich wo, abzugeben.

Unsere Partei hat sich immer für eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen unseren beiden Ländern eingesetzt. Es wäre aber unehrlich von uns, wenn wir unsere Besorgnis über die Aufnahme diplomatischer und kommerzielleBeziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten sowie über die Tatsache nicht aussprächen, daß Sie damit die Politik des US-Imperialismus unterstützen. Man darf sich keinerlei Illusionen darüber machen, warum sich die Regierung Carter herbeigelassen hat, diplomatische Beziehungen zu China aufzunehmen. Die Regierung Carter ist überzeugt, China für ihre Aggressionspolitik den sozialistischen Ländern gegenüber und für ihre imperialistische Aggressionspolitik den nationalen Befreiungskräften und den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber ausnutzen zu können. Der Imperialismus hat nie aus Freundschaft und Gerechtigkeit gehandelt.
Der Antisowjetismus ist ein wichtiges Element in den ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Plänen des US-Imperialismus. Früher tarnten Sie Ihre Kampagne gegen die Entspannung und das Nachlassen der Spannungen damit, daß Sie eine solche Politik als „Beschwichtigung" des Imperialismus brandmarkten. Jetzt sind Sie ins andere Extrem verfallen und fordern den US-Imperialismus und die NATO-Länder auf, nicht auf die Entspannung einzugehen und keine Abkommen über Rüstungskontrolle und Waffenabbau zu schließen, weil, wie Sie sagen, „das zu einer Schwächung der NATO-Länder führen würde". Im November 1977 erklärte Li Hsien-nien, Vizepremier des Staatsrates: „Wir wollen, daß Europa stark ist und daß seine Verteidigung gegen die Sowjetunion verstärkt wird", und weiter: „China und die Vereinigten Staaten müssen zusammenarbeiten, um den nordischen Bären unterzukriegen." Es war in der Tat ein trauriger Tag, an dem einer von den Führern eines sozialistischen Landes öffentlich Tränen darüber vergoß, daß der Imperialismus „geschwächt" werden könnte. Jetzt setzen Sie sich für eine weitere Aufrüstung des Imperialismus ein.
Das Feigenblatt, mit dem Sie solche proimperialistischen Stellungnahmen zu verbergen suchen, ist in erster Linie die Behauptung, daß „die Sowjetunion zu einem Überfall auf China rüstet". Natürlich wissen Sie, daß das eine notorische Lüge ist. Hätte die Sowjetunion das geplant, so hätte sie bestimmt nicht bis jetzt gewartet. Sie können die Wahrheit nicht leugnen, daß die Führung der Kommunistischen Partei und der Regierung der Sowjetunion wiederholt die Bereitschaft und den dringenden Wunsch gezeigt haben, sich mit China über alle Fragen zu einigen.
Wenn die Eroberung neuer Gebiete zur Politik der Sowjetunion gehört hätte, dann hätte sie nach dem Abschluß des zweiten Weltkriegs anders gehandelt. Als die sowjetischen Streitkräfte die Japaner in der Mandschurei schlugen (wo Japan übrigens seine größte Streitmacht zu Lande stehen hatte), übergab die Sowjetunion der Armee unter Chinas kommunistischer Führung die ganzen Riesenbestände an japanischem Heeresgut und außerdem viel von dem Heeresgut, das die sowjetischen Streitkräfte benutzt hatten. Es war modern genug für die Ausrüstung seiner Streitkräfte (einschließlich Armee, Flotte und Luftstreitkräfte) in einer Stärke von 1,5 Millionen Mann. Wie

Sie sehr wohl wissen, hat diese Kriegstechnik, die Ihnen die Sowjetunion gab, Sie dazu befähigt, in die Offensive zu gehen und Ihre historische Revolution zum siegreichen Ende zu führen. Es erübrigt sich zu sagen, daß ein Land, das Ihr Landesgebiet erobern wollte, anders gehandelt hätte. Mao Tse-tung hat sich sehr angestrengt, zu verbergen, aber Sie und die ganze Welt wissen trotzdem, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder China nach dem Sieg der chinesischen Revolution eine materielle Hilfe für Milliarden Dollars in jeder nur vorstellbaren Form geleistet haben. Die Sowjetunion gab China ganze Industriebetriebe, Bergbau- und Transportausrüstungen, ohne daran zu denken, wann und ob China überhaupt das alles zu bezahlen imstande sein wird. Ein potentieller Eroberer hätte das nicht getan.

In Ihrer unverantwortlichen antisowjetischen Kampagne stimmen Sie Ihre ideologischen Auffassungen mit denen der arbeiterfeindlichen Kräfte ab. Ebenso mit denen der antisozialistischen, reaktionärsten Kräfte des Weltimperialismus. Jetzt solidarisieren Sie sich mit den Kräften des Imperialismus, die einen Kernkrieg gegen den Weltsozialismus und die nationalen Befreiungskräfte im Schilde führen und einen solchen Krieg verfechten. Jetzt sind Sie mit Kalten Kriegern wie Zbigniew Brzezinski, wie Senator Henry M. Jackson und anderen vereint. Faktisch sind Sie jetzt die aktivste und führende ideologische Kraft in der Brigade des Weltimperialismus, in der Brigade aus Feinden der Arbeiterklasse, Feinden des Sozialismus, Feinden der nationalen Befreiung. Jetzt erkennen die meisten, aber besonders diejenigen, die sich aktiv am weltweiten revolutionären Prozeß beteiligen, daß Ihre Klischees „zwei Supermächte" und „Hegemonismus" nur eine dürftige Tarnung Ihrer Politik zur Unterstützung des US-Imperialismus und Ihrer eigenen Träume und Pläne von einer Herrschaft über weite Gebiete der Welt sind. Sie unterstützen die USA, Japan, die imperialistischen NATO-Mächte bei ihren Versuchen, den sozialistischen Aufbau und den Prozeß der nationalen Befreiung aufzuhalten, in der Hoffnung, ihren Segen zur Ausführung Ihrer Pläne zu bekommen, besonders die kleinen Länder Asiens unter Ihre Kontrolle und Herrschaft zu stellen. Noch deutlicher wird das aus der jüngsten Erklärung Ihres Zentralkomitees vom Dezember. Darin sprechen Sie von „neuen und wichtigen Erfolgen bei der Bildung der internationalen Einheitsfront gegen den Hegemonismus". Es folgt eine Aufzählung von „Schritten", die Sie zur „Entfaltung der internationalen Einheitsfront" unternommen haben, u. a. der „chinesisch-japanische Vertrag" und „die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten". Das verdeutlicht wiederum, daß Ihre „Einheitsfront" mit den imperialistischen Mächten gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten und die Entwicklungsländer gerichtet ist. In Europa ermutigen Sie die NATO-Militärallianz dazu, ihre Streitkräfte zu verstärken, und solidarisieren sich mit den Kräften der Konterrevolution und den Feinden der nationalen Befreiung überall auf Erden. Bei den Vereinten Nationen sperren sich Ihre Sprecher gegen alle Vorschläge, die zu Frieden und Abrüstung führen würden.

Warum steuern Sie diesen Kurs? Was hat die Führung Ihrer Partei veranlaßt, diesen verhängnisvollen Kurs einzuschlagen und so lange zu halten? Auf was für einer Logik beruht Ihre Politik der Unterstützung des Imperialismus und der Konterrevolution? Da Ihre Politik das genaue Gegenteil einer Arbeiterklassenpolitik ist, da Ihre Politik nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemein hat, da Ihre Politik den Interessen des Sozialismus und der nationalen Befreiung zuwiderläuft, fällt es vielen schwer zu begreifen, warum Sie diesen opportunistischen Weg weitergehen. Vor Jahren hätte man sagen können, Mao habe in seinen Urteilen und Betrachtungen einige Fehler gemacht. Man hätte auch konstatieren können, daß es durchaus verständliche taktische Differenzen gegeben habe, die die chinesischen Realitäten widergespiegelt hätten. Heute kann man das nicht sagen.

Wie wir wissen, muß jede kommunistische Partei, wenn sie den Marxismus-Leninismus in der Praxis anwendet, die Geschichte, die Erfahrungen und das Entwicklungsniveau der sozialen und politischen Kräfte des eigenen Volks und Landes berücksichtigen. Deshalb sind die Strategie und Taktik, wie wir wissen, nicht immer identisch. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Anders steht es aber mit der Politik, die Sie betreiben. Sie verfolgen eine Generallinie, die mit nationalen Besonderheiten nichts zu tun hat. Was Ihre Partei in diesen Morast hineingebracht hat, das ist natürlich eine wichtige Frage. Wie Sie sehr wohl wissen, ging es in den scharfen inneren Kämpfen in Ihrer Partei immer um grundlegende Fragen des Klassenkampfes. Früher kämpften viele hervorragende marxistisch-leninistische Führer Ihrer Partei für eine politische Linie und eine Politik, davon ausgehend, daß die Arbeiterklasse die führende revolutionäre Kraft ist. Sie wußten sehr wohl, daß es vom Klassenstandpunkt nicht darauf ankommt, wie viele Arbeiter China hat, sondern darauf, wie die Bewegung und der Kampf von einem grundsätzlichen und klaren Arbeiterklassenstandpunkt zum Klassenkampf geführt werden muß.

Es ist klar, daß Ihre jetzige Politik in der Geschichte Ihrer Partei wurzelt. Ihren folgerichtigsten und klarsten Ausdruck haben diese Linie und Politik und ihre Wurzeln in den Werken Mao Tsetungs gefunden. Die größten Fehler lagen schon vor dem Sieg der großen chinesischen Revolution vor. Faktisch gehörten sie zur Weltanschauung Mao Tse-tungs von dem Augenblick an, als er in der Kommunistischen Partei Chinas eine Rolle zu spielen begann. Zu sagen, er habe „zu 70% recht gehabt", heißt die Geschichte verdrehen. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Chi-

nas ist eine Geschichte des Kampfes zwischen zwei Linien, zwei verschiedenen Richtungen. Die eine ist die marxistische Arbeiterklasseneinstellung. Viele hervorragende marxistisch-leninistische Führer, solche wie Li Ta-tschao, Tschu Tschiu-po, Peng Pai, Tschang Tai-lei, Su Tschao-tscheng, Tschu Teh und andere, haben Bedeutendes zu diesem Kampf beigesteuert. Der entgegengesetzte Trend war immer schwankend, nicht klassenbewußt, kleinbürgerlich und eng nationalistisch. Für seine Anhänger war die Konzeption vom Klassenkampf, die Einteilung in Klassen und folglich eine Arbeiterklasseneinstellung niemals das ausschlaggebende Prinzip. Mao Tse-tung hing immer diesem Trend an. Gewöhnlich zieht er – dieser Trend – Elemente an, die in keiner Klasse verwurzelt sind, nämlich nationalistische und fremde Elemente. Es war dieser Trend, der zur „Lehre Mao Tse-tungs" wurde.

Die Geschichte Ihrer Partei ist auch eine Geschichte heroischer Kämpfe und Opfer. Da der Klassenfeind besonders die Städte aufs Korn nahm, hatte die Arbeiterklasse, hatten die Kommunisten und kommunistischen Arbeiterführer immer die meisten Verluste. Viele von ihnen waren führend im Kampf für eine marxistische Arbeiterklasseneinstellung. Infolge des brutalen Terrors sank in den Städten die Zahl der Arbeiter in der Partei. Das alles wirkte sich auf den Kampf in der Partei aus. Die Siege der chinesischen revolutionären Bewegung sind ebendieser marxistischen Arbeiterklasseneinstellung zu verdanken, und ihre Schwächen und Fehler gehen auf den in keiner Klasse fußenden kleinbürgerlichen Trend zurück.

Der größte aller Fehler war, daß Mao Tse-tung die grundlegende Idee von Marx nie akzeptierte und nie verstand, daß die Geschichte, aller bisherigen Gesellschaften die Geschichte von Klassenkämpfen war und daß der Kapitalismus keine Ausnahme von dieser Regel ist. Der Klassenkampf war für Mao Tse-tung nie wichtig und ausschlaggebend. Seiner Ansicht nach war er einer von vielen gleichwichtigen Faktoren. Faktisch lehnte er die grundlegende Wahrheit ab, daß der Gegensatz zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse der erstrangige Gegensatz ist. Er sah die Welt als einen Mischmasch von Gegensätzen an. Daraus folgt, daß er die Arbeiterklasse – ein Produkt dieses primären Gegensatzes – nie als die konsequentest revolutionäre Klasse ansah. Er verwarf die Rolle, die ihr die Geschichte angewiesen hat. Deshalb war der Klassenkampf nicht sein ausschlaggebendes Prinzip. Er sah den Klassenkampf nicht als die Achse an, um die sich alles dreht. An seiner Stelle vertrat er einen klassenlosen Nationalismus. Eben darauf, daß er die Natur einer Klassengesellschaft und der Kräfte einer solchen Gesellschaft nicht begriff und leugnete, beruhte die subjektive maoistische Einstellung zu den Geschehnissen.

Sieht man Erscheinungen nicht vom Standpunkt des Klassenkampfes, dann ist es keine Prinzipienfrage, auf wessen Seite man in diesem Kampf steht und ob man überhaupt für die Sache der Arbeiterklasse kämpft. Bei einer solchen nicht klassenbewußten Anschauung ist das Einstehen für die Sache der Arbeiterklasse nur eine von mehreren möglichen Varianten. Wenn man z. B. den Klassenkampf nicht anerkennt und wenn man nicht versteht, welch einzigartige, avantgardistische Rolle die Arbeiterklasse spielt, dann muß man nicht unbedingt die Auffassung vom proletarischen Internationalismus akzeptieren, denn die Auffassung, daß die Arbeiterklasse nicht unbedingt seine eigene Klasse ist, kann zu dem Schluß führen, daß die Kapitalistenklasse nicht unbedingt der Feind sei. In der kleinbürgerlichen nationalistischen Lehre Mao Tse-tungs war der Klassenkampf nie ein grundlegendes, richtungweisendes Prinzip. Deshalb war der Maoismus nie ein Trend in der Arbeiterklassenbewegung, denn Mao hat ja niemals die grundlegende Anschauung vom Klassenkampf akzeptiert. In einem Gespräch mit einem US-Schriftsteller sagte Mao 1944: „Wir wollen keineswegs eine Politik der Diktatur des Proletariats übernehmen. Was die Regierung betrifft, so wird unsere demokratische Regierung Gutsbesitzer, Kaufleute, Kapitalistien, Bourgeois, Bauern und Arbeiter umfassen." Eine derartige Auffassung beruht unverkennbar nicht auf den Realitäten des Klassenkampfes. Die Worte „und Arbeiter" waren ein Zugeständnis an den Klassenstandpunkt. In Maos Auffassungen waren die Arbeiter nie mehr als ein geringes Nachgeben auf einen Klassendruck. Eine Klasseneinstellung läßt auch folgende frühere Erklärung Mao Tse-tungs vermissen: „Außer seinen anderen Charakteristiken ist über Chinas 600-Millionen-Volk vor allem zu sagen, daß es ‚arm und ein unbeschriebenes Blatt' ist. Das mag schlimm klingen, in Wirklichkeit aber ist es gut . . . Auf ein unbeschriebenes Blatt kann man die neuesten und schönsten Schriftzeichen malen." Mao sah in China eine klassenlose Gesellschaft, ein „unbeschriebenes Blatt". Für Maos Leute war China ein „unbeschriebenes Blatt" ohne Klassen und ohne Geschichte.

Eindrücke von Abgesandten des US-Staatsdepartements muß man immer kritisch betrachten. Es ist aber interessant, daß in den kürzlich veröffentlichten Geheimdokumenten über ihre Diskussionen mit Mao das Leitmotiv der Antisowjetismus und die Ablehnung des Klassenstandpunkts ist. So schrieb ein gewisser David Barnet, Mao habe ihm 1944 gesagt: „Wir werden Ihre Hilfe jederzeit, jetzt oder in Zukunft, dankbar annehmen. Wir sind bereit, unter einem amerikanischen General ohne irgendwelche Bedingungen oder Vorbehalte zu dienen. So sind wir zu Ihnen eingestellt." Und weiter: „Jeder amerikanische Soldat in China sollte eine wandernde und sprechende Reklame für die Demokratie sein. Er sollte mit jedem Chinesen, dem er begegnet, über sie reden. Amerikanische Offiziere sollten mit chinesischen Offizieren darüber reden. Wir Chinesen sehen

in Ihnen, den Amerikanern, das Ideal der Demokratie." Und zum Schluß: „China muß industrialisiert werden. Das kann in China nur durch freies Unternehmertum und mit Hilfe von Auslandskapital geschehen. Die chinesischen und die amerikanischen Interessen sind miteinander verbunden und laufen parallel." Natürlich war es damals notwendig, mit den Kräften zusammenzuarbeiten, die im Kampf gegen die faschistischen Achsenmächte miteinander verbündet waren. Aus den Mitteilungen aber sieht man, daß Mao Ideen äußerte, die weit über diese Beweggründe hinausgingen. In den veröffentlichten Dokumenten kommen dauernd antisowjetische Äußerungen Maos vor.

Lenin sprach mit Recht von der Notwendigkeit und Möglichkeit, die Gegensätze zwischen imperialistischen Ländern und sogar zwischen verschiedenen Gruppierungen des Monopolkapitals in einzelnen Ländern auszunutzen. Diese Anschauung beruht auf der Ausnutzung von Gegensätzen in den Reihen des Klassengegners. Aber nicht das meint der Maoismus. Der Lehre Maos liegt die Auffassung zugrunde, daß man die Gegensätze zwischen den sozialistischen Ländern und dem Lager des Imperialismus opportunistisch ausnutzen soll, wobei besonderer Nachdruck auf die Ausnutzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen USA und der sozialistischen UdSSR gelegt wird. Natürlich könnte man das nicht tun, wenn man den Klassenkampf anerkennen und einen Partei-, einen Arbeiterklassenstandpunkt einnehmen würde, denn jeder, der die Interessen der Arbeiterklasse wahrt, wahrt auch die Interessen des Sozialismus.

In dem Abschnitt der Geschichte, in dem sozialistische und kapitalistische Länder bestehen, hat die Führung sozialistischer Länder zwei Möglichkeiten. Sie hat zwischen den beiden Hauptklassen zu wählen. Da der Maoismus den Begriff des Klassenkampfes nicht anerkennt, akzeptiert er ihn auch nicht als Richtschnur in einer Welt, in der zweierlei Staaten bestehen: kapitalistische und sozialistische.

Der Opportunismus der sozialistischen Parteien der II. Internationale, der im ersten Weltkrieg seinen Höhepunkt erreichte, war dem Kräfteverhältnis in einer vom Imperialismus beherrschten Welt angepaßt. Deshalb bedeutete er immer und überall eine Anpassung an die Interessen und Forderungen der herrschenden Klasse des eigenen Landes. Der Maoismus ist ein dem Kräfteverhältnis in einer Welt angepaßter Opportunismus, in der zwei rivalisierende Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme bestehen. Er ist deshalb der Opportunismus der Zeit des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Maoismus besteht vor allem aus einer Politik des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse und an den sozialistischen Idealen für Brosamen vom Tisch des Imperialismus. Maoismus ist Anpassung an die Interessen des Imperialismus im allgemeinen und des führenden imperialistischen Landes, der Vereinigten Staaten, im besonderen. Er ist ein Opportunismus, der nur möglich ist, weil andere sozialistische Länder bestehen, die festen Kurs auf den Kampf gegen den Imperialismus halten. Im Kampf der Arbeiterklasse können Streikbrecher und andere arbeiterfeindliche Elemente ihre Dienste nur deshalb den Konzernen verkaufen, weil die militanten Arbeiter und die Gewerkschaften standhaft weiterkämpfen. Maoismus ist Opportunismus zu einer Zeit, wo der Weltkapitalismus verrottet, er zum Rückzug gezwungen ist und deshalb nach Mitteln und Wegen sucht, die Kräfte des weltweiten revolutionären Prozesses zu entzweien und zu schwächen. Der Maoismus bietet dem Imperialismus seine Dienste an.

Es gibt nur eine Art, wie ein sich sozialistisch nennendes Land Gegensätze zwischen den beiden Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen „ausnutzen" kann, nämlich mit dem Imperialismus paktieren, ihm die Stiefel lecken und Zugeständnisse machen. Wenn ein sozialistisches Land so etwas mitmachen und dafür bezahlt werden soll, dann muß es für den Imperialismus von Nutzen sein. Dienst am Imperialismus ist aber Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse. Leute, die eine auf Opportunismus beruhende Politik treiben, hoffen und machen sich vor, daß sie ihre Dienste am Imperialismus bezahlt bekommen werden. Der Imperialismus hat auch nichts dagegen, ihnen etwas zu zahlen. Aber solche Dienste werden dem Imperialismus auf Kosten der Arbeiterklasse, auf Kosten des nationalen Befreiungskampfes und zum Schaden des Aufbaus des Sozialismus in der ganzen Welt geleistet. Das sind die einzigen Dienste, an denen der Imperialismus interessiert ist. Solche Dienste tun den Interessen der Kräfte Abbruch, die den weltweiten revolutionären Prozeß voranbringen.

Ihre Politik ist Dienst am Imperialismus, weil sie dazu beiträgt, die Kräfte des weltweiten revolutionären Prozesses zu schwächen, und das ist es gerade, was der Imperialismus will. Auch versuchen Sie, die nationalen Befreiungskräfte von den Kräften des Weltsozialismus zu trennen, die kommunistische und revolutionäre Bewegung zu spalten, und das will der Imperialismus. Wie die Geschichte lehrt, verspricht der Imperialismus viel, gibt aber wenig und nicht lange. Der US-Imperialismus ist bereit, China Heeresgut zu liefern und dafür Anleihen zu geben, nur solange China seine jetzige, den Interessen des US-Imperialismus entsprechende Politik betreibt. Ein Krieg zwischen China und der Sowjetunion steht ganz oben auf der Liste der imperialistischen Absichten. Der US-Imperialismus sucht China vom Aufbau der industriellen Basis des Sozialismus abzubringen und zu veranlassen, Menschen und Material für unproduktive militärische Zwecke zu vergeuden.

Der Opportunismus ist eine Sackgasse. Die Geschichte ist in der Tat ein strenger Lehrmeister. Ihre wichtigste Lehre für die Arbeiterklasse lautet, daß Einheit und Kampf die unerläßliche Voraussetzung für einen Sieg sind. Kriecherei vor den Konzernen oder vor dem Weltimperialismus hat nie einen bleibenden Sieg gebracht. Der Klassenkampf zwischen dem Weltkapitalismus und dem Weltsozialismus ist keine Ausnahme von der Regel.

Innerhalb Ihrer Parteiführung wurden vielfach Warnungen vor den Folgen einer auf opportunistischen Motiven beruhenden Politik laut. Das meinte offenbar Liu Schao-tsi, als er sagte: „Wenn man der bürgerlich-nationalistischen Auffassung der Nation folgt . . ., wenn man sich gegen die Sowjetunion stellt, statt sich mit ihr zu vereinen, wenn man sich gegen die Volksdemokratien stellt, statt sich mit ihnen zu vereinen, wenn man sich gegen die Kommunisten, das Proletariat und die volksdemokratischen Kräfte in allen Ländern stellt, statt sich mit ihnen zu vereinen, wenn man sich gegen die nationalen Freiheitsbewegungen stellt . . ., statt sich mit allen unterdrückten Nationen zu vereinen . . ., dann will man sich natürlich mit den Vereinigten Staaten und den anderen Imperialisten vereinen, wird man sich natürlich dem imperialistischen Lager anschließen und wird bestimmt nicht die nationale Befreiung erringen, wird nie etwas für den Sozialismus ausrichten und nur das eigene Land den Vereinigten Staaten und den anderen Imperialisten preisgeben, wodurch es seine Unabhängigkeit verlieren und sich in eine Kolonie der Imperialisten verwandeln wird."

Politische Analysen vornehmen ist nicht dasselbe wie in der Buchhaltung Bilanz ziehen. Hier genügt es nicht, die Aktiva und die Passiva abzuwägen. Die Wahrheit verlangt, daß man die Folgen von Taten untersucht, die auf einer richtigen oder auf einer falschen Politik beruhen. Den Maoismus beurteilen heißt ein Fazit aus den Folgen einer falschen Politik ziehen.

Es ist unmöglich, den Schaden zu ermessen, den der Maoismus der Menschheit zugefügt hat. Man kann sich vorstellen, wo der weltweite revolutionäre Prozeß jetzt stünde, wie weit der sozialistische Aufbau, die nationale Freiheits- und die Arbeiterbewegung der Welt jetzt wäre ohne die Spaltungspolitik der Maoisten, ohne die Verleumdung des Sozialismus und den Wirrwarr in den Gemütern, den der Maoismus angerichtet hat. Nur die Geschichte in ihrer Objektivität wird ein volles Fazit dieser Verbrechen ziehen.

Wofür hat der Maoismus das alles getan, was für ein Entgelt hat er dafür erwartet? Für ein paar unwesentliche Zugeständnisse, aber hauptsächlich für illusorische Versprechungen des Weltimperialismus.

Wären die Kräfte des weltweiten revolutionären Prozesses geeint, wieviel glänzende Siege hätten sie erringen können, Siege, die den Aufbau des Sozialismus überall, auch in China, vorangebracht hätten. Der Maoismus hat sich darauf verlassen, daß es ihm gelingen wird, den Kampf zwischen den beiden Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen durch Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse opportunistisch für sich auszunutzen. Wenn die Geschichte der revolutionären Bewegung etwas lehrt, so ist es dies: Der Opportunismus ist ein Sumpf, letztlich ein Verlustgeschäft.

Wir schicken diesen Brief im Gedenken an die zahlreichen früheren Kämpfe gegen den Imperialismus, an denen unsere beiden Völker und Parteien teilgenommen haben. Unsere Partei und Millionen Amerikaner haben am Kampf gegen die Angriffe teilgenommen, die der US-Imperialismus gegen China ausführte, am Kampf gegen die Unterdrückung Ihres Landes und Ihres Volks. Wir haben uns am Kampf gegen die imperialistische Aggression Japans in China beteiligt. Von uns ging die Initiative zum Kampf gegen die Absicht General Douglas MacArthurs aus, die Atombombe auf Ihr Land abzuwerfen. Wir haben uns nach Ihrem historischen revolutionären Sieg über den Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus aktiv an der Bewegung „Hände weg von China" beteiligt.

Wir sind überzeugt, im Sinne aller Teilnehmer des weltweiten revolutionären Prozesses, all der Millionen zu sprechen, die den Sozialismus überall in der Welt aufbauen, der Millionen, die gegen die imperialistische Unterdrückung kämpfen, der weiteren Millionen, die gegen den Neokolonialismus kämpfen, der Millionen Arbeiter in der kapitalistischen Welt, der Hunderte Millionen auf der ganzen Welt, die aktiv am Kampf für Frieden, für Entspannung, für die Verhütung einer globalen Kernkatastrophe teilnehmen, welche zum endgültigen Untergang der Menschheit führen würde. Wir sind überzeugt, das Sinnen und Trachten einer überwiegenden Mehrheit aller Menschen auszudrücken, wenn wir Ihnen sagen: Sehen Sie genau hin, wohin Sie gehen, schätzen Sie ehrlich die Kräfte ein, mit denen Sie einen Block bilden. Wenn Sie das tun, dann werden Sie bestimmt zu dem Schluß gelangen, daß das ein gefährlicher Weg ist, daß er nicht im wirklichen Interesse des chinesischen Volkes und des Kampfes für sozialen Fortschritt liegt. Wir sind überzeugt, Sie werden zu dem Schluß gelangen, daß ihre Politik den Erfordernissen des historischen Übergangs vom Kapitalismus mit allen seinen Übeln zur Welt des Sozialismus nicht entspricht, die der ganzen Menschheit die breite Bahn zum unbegrenzten Fortschritt ebnet.

Wir senden Ihnen diesen Brief in der Hoffnung, daß er den Beginn einer diesbezüglichen Diskussion zwischen unseren Parteien ermöglichen wird. Diese Fragen haben entscheidende Bedeutung für den Kampf um die Verhütung eines Kernkriegs, für den Aufbau des Sozialismus, für den nationalen Freiheitskampf und für die Interessen sowohl des chinesischen als auch des amerikanischen Volkes.

Mit brüderlichem Gruß
Gus Hall, Generalsekretär der KP der USA

Appell der Außerordentlichen Tagung des Weltfriedensrates vom 2. bis 5. Februar 1979 in Berlin (DDR) – „Schluß mit dem Wettrüsten"

(Wortlaut)

Völker der Welt! Männer und Frauen aller Kontinente! Der gesunde Menschenverstand, die Sorge um die Bewahrung der Zivilisation sowie die Zukunft der Menschheit verlangen von uns allen gebieterisch die gemeinsame Lösung der vordringlichsten Aufgabe:

Schluß mit dem Wettrüsten! – Die Herstellung neuer Massenvernichtungsmittel mit immer größerer Zerstörungskraft hat erschreckende Dimensionen erreicht. Sie hat einen solch gefährlichen Charakter angenommen, daß das Wettrüsten – wird es nicht unverzüglich eingestellt – außer Kontrolle zu geraten droht und die Menschheit an den Abgrund einer Kernwaffenkatastrophe führt.

Schluß mit dem Wettrüsten! – Das bedeutet: Durchsetzung entschlossener, wirksamer Schritte auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, um dauerhaften Frieden zu garantieren.

Schluß mit dem Wettrüsten! – Das bedeutet: Fortsetzung und Vertiefung der Politik der Entspannung, um ihr neue Perspektiven zu eröffnen.

Schluß mit dem Wettrüsten! – Das ist die Hauptforderung in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes für den Frieden.

Diese Forderung vereint immer breitere Volksmassen, alle friedliebenden Kräfte. Sie war Willensbekundung einer erstmals in der Geschichte der UNO einberufenen Sondertagung über Abrüstung. Sie prägt den Inhalt vieler konstruktiver Vorschläge und Ideen, die von einer Reihe von Regierungen sozialistischer, nichtpaktgebundener und anderer friedliebender Länder, politischen Parteien, nichtstaatlichen Organisationen, von Persönlichkeiten unterschiedlichster Auffassungen, unterbreitet worden sind. Real besteht die Möglichkeit, unverzüglich mit der praktischen Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens zu beginnen. Damit diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird, bedarf es des noch aktiveren, noch entschlosseneren, noch zielstrebigeren Handelns der Völker. Der Widerstand jener, die am Wettrüsten profitieren und deshalb alle Maßnahmen zu seiner Einstellung sabotieren, muß gebrochen werden.

Nie zuvor waren die Friedenskräfte so zahlreich und stark wie heute. Sie sind in der Lage, das Komplott der militaristischen Kreise und der Massenmedien des Imperialismus zu vereiteln. Die Friedenskräfte vermögen jene in die Schranken zu weisen, die mit der bereits aus der Vergangenheit bekannten Erfindung von der „sowjetischen militärischen Bedrohung" die Entspannung blockieren wollen. Die Friedenskräfte müssen ihre Anstrengung verstärken, damit die NATO-Staaten aufhören, ihr militärisches Potential zu vergrößern und die Rüstungsbudgets weiter zu erhöhen, weil damit eine neue Runde des Wettrüstens ausgelöst würde. Die Produktion von Neutronenwaffen und ihre Stationierung in verschiedenen Ländern muß verhindert werden.

Die Friedenskräfte sind zutiefst darüber besorgt, daß sich die Führer der Volksrepublik China weigern, an konkreten Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens teilzunehmen. Ihre Unterstützung für die reaktionärsten Kräfte, insbesondere in Chile, Iran und Südafrika, ruft tiefe Besorgnis hervor. Diese Position, verbunden mit der These von der „Unvermeidlichkeit des Krieges", gefährdet ernsthaft die Interessen der Entspannung und des Friedens.

Von der Außerordentlichen Tagung des Weltfriedensrates appellieren wir an alle, die nach Frieden streben und bereit sind, ihren praktischen Beitrag zu seiner Erhaltung zu leisten.
Entfalten wir eine machtvolle und dynamische Bewegung zur Einstellung des Wettrüstens!
Organisieren wir Massenmeetings, Manifestationen und Märsche.
Richten wir Petitionen, Proteste und Forderungen an Parlamente und Regierungen.
Bekunden wir auf nationalen und internationalen Treffen der friedliebenden Öffentlichkeit, mit den verschiedensten Formen und Methoden, die Friedenshoffnungen der Völker.

Wir sagen nein zu den Kernwaffen! – Fordern wir die schnellste Unterzeichnung und das Inkrafttreten eines Abkommens zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen zwischen der UdSSR und den USA; den unverzüglichen Beginn von Verhandlungen der fünf Kernwaffenmächte – der UdSSR, der USA, Großbritannien, Frankreichs und Chinas –, um schließlich alle Arten von Kernwaffen zu vernichten.

Wir sagen nein zur Neutronenbombe! – Entlarven wir die Umtriebe der Militaristen, die auf die Irreführung der öffentlichen Meinung und die Einführung der Neutronenwaffe in die Arsenale der NATO gerichtet sind. Fordern wir das Verbot der Herstellung jeglicher neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungsmitteln.

Wir sagen nein zu den Rüstungsbudgets! Wir sagen ja zu den Friedensbudgets! – Fordern wir: Schluß mit der unaufhörlichen Steigerung der Ausgaben für Kriegszwecke; Kürzung der Rüstungsbudgets der in militärischer und ökonomischer Hinsicht stärksten Staaten, vor allem der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO; Verwendung der freiwerdenden Mittel für den Wohlstand der Völker, zur Hilfe für die Entwicklungsländer, für die Beseitigung von Hunger, Not, Krankheit und Analphabetentum. Die Einstellung des Wettrüstens, die Verwirklichung der Abrüstung und die Erhaltung des Friedens ist uns gemeinsame Herzenssache!

Handeln wir entschlossen unter der Losung:
– Im Namen des Lebens: Weg mit den Massenvernichtungswaffen! Schluß mit dem Wettrüsten!

Aufruf zur Internationalen Kundgebung für ein Europa ohne Faschismus am 21. April 1979 in Strasbourg

(Wortlaut)

Wenn der Deutsche Bundestag vorher keine andere Entscheidung trifft, wird der 31. Dezember 1979 ein schwarzer Tag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein. Nach einem Beschluß des Deutschen Bundestages von 1968 sollen dann die Verbrechen des Naziregimes verjähren.

Diese Aussicht ist unerträglich. Die millionenfachen Opfer der Nazityrannei würden nachträglich noch einmal beleidigt und diffamiert. Die Massenmöder von einst aber könnten sich aus ihren Verstecken herauswagen und sich ihrer Verbrechen öffentlich rühmen. Ihre Straffreiheit wäre geradezu ein Anreiz für sie, sich provokatorisch zur Nazi-Vergangeheit zu bekennen. Der heute schon gefährlich angewachsene Neonazismus würde erheblichen Auftrieb erhalten: er würde die letzten Hemmungen fallen lassen. Die Verbände der ehemaligen SS und Waffen-SS müßten sich bestätigt fühlen.

UM DER ZUKUNFT WILLEN DÜRFEN
NAZIMORDTATEN NICHT VERJÄHREN!

Die Vereinten Nationen (UNO) haben sich schon 1968 in einer Konvention zur Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bekannt. Die Bundesrepublik ist dieser Konvention bis jetzt nicht beigetreten. Sollten Bundesregierung und Bundestag sich für die Verjährung entscheiden, würde sich die Bundesrepublik weltweit isolieren. Dem Ansehen unseres Landes würde erheblicher Schaden zugefügt.

Die Naziverbrechen waren in ihrer Perfektion und in ihrem Ausmaß erst- und einmalig in der Menschheitsgeschichte. Sie können und dürfen durch Verjährung nicht als kriminelle „Normalfälle" dargestellt werden. Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit müssen für alle Zukunft geächtet werden. Nur ihre Nichtverjährbarkeit ist eine ständige Warnung an alle, die ähnliches planen und durchführen wollen. Sie müssen wissen, daß sie nie ungestraft davonkommen werden.

Die ehemaligen Widerstandskämpfer und Naziopfer aus ganz Europa wenden sich gegen die Verjährung der Verbrechen des Naziregimes. Sie appellieren an alle Menschen in allen europäischen Staaten:

Fordert von Bundestag und Bundesregierung den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO-Konvention über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, veranstaltet die „Internationale Initiative des Widerstandes und der Opfer des Nazismus und Faschismus" in Weiterführung der Internationalen Manifestation von Köln im April 1978

am Samstag, dem 21. April 1979, um 16 Uhr in Strasbourg, Place Etolle, eine INTERNATIONALE KUNDGEBUNG

für die Nichtverjährung der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
für die Auflösung der SS-Verbände;
für die Unterbindung jeglicher Nazipropaganda.

Das „Nationale Komitee für die Auflösung der SS-Verbände – gegen die Rehabilitierung des Nazismus" ruft die Bevölkerung der Bundesrepublik auf, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen:

FÜR EIN EUROPA OHNE FASCHISMUS!

Komitee für die Auflösung der SS-Verbände –
gegen die Rehabilitierung des Nazismus

Bonn, im Januar 1979

Der Sprecherkreis: Prof. Dr. Walter Fabian, Paul Grünewald, Willi Höhn, Dr. Werner Koch, Dr. Werner Licharz, D. Martin Niemöller, Horst Symanowski

„Den Frieden sichern – das Wettrüsten beenden." Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit zum Antikriegstag 1979

(Wortlaut)

Vor vierzig Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg der opferreichste aller Kriege

Am Morgen dieses 1. September marschierten deutsche Truppen ohne Kriegserklärung in Polen ein. Den Vorwand zu diesem vorsätzlichen Friedensbruch hatten sich die Nazis selbst geschaffen. Hitler ließ am 31. August 1939 von Deutschen in polnischen Uniformen den Sender Gleiwitz überfallen, um die angebliche Bedrohung aus dem Osten zu beweisen.
Für die Völker begannen sechs Jahre der Zerstörung und des Todes. 50 Millionen Menschen mußten sterben – im Bombenterror und in den Schützengräben, in den Konzentrationslagern und im Widerstand.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg mahnt und verpflichtet uns: gemeinsam und engagiert einzutreten für Frieden und Völkerverständigung

Denn heute wie damals gilt:
– Frieden wird nicht durch Abschreckung und Konfrontation gesichert. Rüstungswettlauf schafft den Völkern keine Sicherheit, sondern bedroht die Menschheit in zunehmendem Maße.
– Vorurteile und Haßgefühle gegenüber anderen Völkern, Unterdrückung demokratischer Rechte und Streben nach Vorherrschaft bilden den Nährboden für Kriege.
– Rüstung behindert wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

Neu

Pahl-Rugenstein Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften

Seit Anfang des Jahres 1979 bietet der Pahl-Rugenstein Verlag eine neue Publikationsmöglichkeit für wissenschaftliche Literatur an, die er als Unterstützung der fortschrittlichen Wissenschaft betrachtet. An vielen Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs konnten demokratische Wissenschaftler in den letzten Jahren Inhalte und Formen von Forschung und Lehre mitgestalten, Beziehungen zu den Arbeitnehmerorganisationen anknüpfen und die ersten Studentenjahrgänge zum Studienabschluß führen. Damit nahm die Zahl der wissenschaftlichen Arbeiten zu, die entweder unmittelbar von den demokratischen Wissenschaftler- und Studentenorganisationen initiiert oder doch in ihrem Umkreis entstanden sind und dem allgemeinen Fortschritt dienen. An der Veröffentlichung dieser Arbeiten besteht über das wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Interesse hinaus ein allgemeines politisches Interesse.
In der neuen Sammlung „Pahl-Rugenstein Hochschulschriften" erscheinen wissenschaftliche Arbeiten (Dissertationen, Diplom- und Staatsarbeiten, Habilitationsschriften) aus allen Bereichen der Gesellschafts- und Naturwissenschaften.
Allgemeine Voraussetzungen für die Aufnahme sind:
– eine eigenständige wissenschaftliche Leistung mit hohem Forschungsanteil,
– eine demokratische Perspektive der Forschung.
Entsprechend den spezifischen Schwierigkeiten, die mit der Herausgabe und der Verbreitung von Hochschulschriften in kleinerer Auflage verbunden sind, trägt der Verfasser einen Teil der Kosten. Der Verfasser trägt die reinen Herstellungskosten, während der Verlag die Kosten für seine Dienstleistungen wie Lektorat, Werbung und Vertrieb über den Verkauf erwirtschaftet.

Nähere Informationen über die Konditionen der Reihe fordern Sie bitte an beim Lektorat „Hochschulschriften". Manuskriptangebote nimmt der Verlag entgegen.

Im März erscheinen:

Harald Werner
Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein.
Eine empirische Untersuchung zum Bewußtsein von Teilnehmern an Arbeiterbildungsveranstaltungen
Band 1, 456 S., brosch. ca. DM 49,–;
ISBN 3-7609-5000-0

Brigitte Nauhaus
Probleme der Frauenarbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Krise
Band 3, 240 S., brosch. ca. DM 36,–;
ISBN 3-7609-5002-7

Martin Kutscha
Verfassung und „streitbare Demokratie".
Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote
Band 9, ca. 280 S., brosch. ca. DM 32,–;
ISBN 3-7609-5008-6

Erika Meyer
Die Herausbildung der Arbeiterklasse im Spiegel der zeitgenössischen Lyrik.
Vom Vormärz bis zum Anfang der siebziger Jahre
Band 2, 589 S., brosch. ca. DM 75,–;
ISBN 3-7609-5001-9

Christoph Türcke
Zum ideologiekritischen Potential der Theologie.
Konsequenzen einer materialistischen Paulus-Interpretation
Band 8, ca. 120 S., brosch. ca. DM 20,–;
ISBN 3-7609-5007-8

Pahl-Rugenstein · Gottesweg 54 · D-5000 Köln 51

Dies waren 1945 die Einsichten von Millionen von Menschen. Dies bestätigten damals alle Parteien in ihren Programmen. Dies fand als Verpflichtung zum Frieden Eingang in das Grundgesetz.

Zum friedlichen Miteinander gibt es keine vernünftige Alternative

Die politische Entspannung schafft die Möglichkeit, das Wettrüsten in Ost und West zu beenden. Die zahlreichen Verträge über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit, über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, wie z. B. die gesamteuropäische Konferenz von Helsinki (KSZE) und die Verhandlungen zwischen UdSSR und USA über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT), beweisen, daß Fortschritte zu erzielen sind. Die Entspannung bringt mehr Sicherheit als Kalter Krieg. Sie muß ausgebaut, gefestigt und durch die militärische Entspannung ergänzt werden.

Dennoch wird weiter aufgerüstet und damit die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschworen

Heute, 40 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, gibt es in der Welt Zehntausende von Atomwaffen, mit denen die Menschheit sich selbst zu vernichten droht. 700 Milliarden DM werden jährlich weltweit für Militär und Rüstung ausgegeben. Die Bundesregierung z. B. will 1979 58 Milliarden DM (nach NATO-Kriterien) für Rüstungszwecke ausgeben und hat dem neuen Langzeit-Rüstungsprogramm der NATO zugestimmt. Das Wettrüsten wird darin bis zum Jahre 1993 vorprogrammiert.
Immer neue zerstörerische Massenvernichtungswaffen werden entwickelt. So wird an der Perfektionierung solcher Atomwaffen wie der Neutronenbombe gearbeitet.
Entscheidende Einzelteile dieser Waffe, die vor allem in der Bundesrepublik stationiert werden soll, werden bereits hergestellt. Diese neue Generation von Atomwaffen senkt die atomare Schwelle und macht einen atomaren Weltbrand wahrscheinlicher.

Rüstung tötet – auch ohne Krieg

Während täglich zwei Milliarden DM für die Rüstung ausgegeben werden, sterben stündlich 4000 Menschen in Afrika, Asien und Süd- und Mittelamerika an Hunger und Seuchen. Der verstärkte Rüstungsexport trägt dazu bei, die Entwicklung dieser Länder zu verhindern.
Heute wird dreißigmal soviel für die Rüstung wie für den Kampf gegen Analphabetentum, Epidemien und Unterernährung in der Dritten Welt ausgegeben.

Das Wettrüsten vernichtet Arbeitsplätze und verschärft Arbeitslosigkeit

Mit den über 3 Milliarden DM, um die die Bundesregierung den Rüstungshaushalt jährlich aufstockt, könnten zusätzlich 150 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. In der hochtechnisierten Rüstungsindustrie ist ein Arbeitsplatz doppelt so teuer wie in der zivilen Wirtschaft, viermal so teuer wie im Bildungsbereich. Trotz höchster Gewinne hat die Rüstungsindustrie laufend Arbeitsplätze wegrationalisiert. Hingegen entstanden in den letzten fünf Jahren der Entspannung durch den Ost-West-Handel mehr Arbeitsplätze, als in der gesamten Rüstungsindustrie heute vorhanden sind.

Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt

Auch für die Bundesrepublik gilt:
– Jede Mark kann nur einmal ausgegeben werden, entweder für Rüstung oder wirtschaftliche und soziale Reformen.
– Hunderttausend Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Von dem Geld für 250 moderne Kampfpanzer könnten qualifizierte Ausbildungsplätze geschaffen werden.
Zehntausend Lehrer sind arbeitslos. Von dem Geld der geplanten MRCA-Tornado-Kampfflugzeuge könnten 50 000 Lehrer ein Jahr lang bezahlt werden.
Für einen hinreichenden Umweltschutz können nicht genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden.
Von den 800 Millionen DM, die die abgestürzten Starfighter gekostet haben, hätten Seen und Flüsse gesäubert und der Erholung zur Verfügung gestellt werden können.

Das Wettrüsten gefährdet die demokratische Entwicklung und stärkt entspannungsfeindliche und neonazistische Kräfte

Der vierzigste Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs mahnt, einen Abbau der Demokratie nie wieder zuzulassen.
Fortschreitende Einschränkung demokratischer Rechte, Berufsverbote, die Aushöhlung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung sind entspannungs- und demokratiefeindlich und erzeugen ein Klima des Mißtrauens und der Vorurteile.
Mit alten und neuen Feindbildern, mit antikommunistischen Parolen, wie sie schon bei den Nazis üblich waren, und durch Verunglimpfung anderer Völker soll die Zustimmung zur verstärkten Aufrüstung erreicht werden.
Wie in der Vergangenheit sind es wieder jene, die an der Rüstung verdienen, die mit der angeblichen Bedrohung aus dem Osten die internationalen Abrüstungsverhandlungen erschweren und Entspannung zu verhindern versuchen.
Mit der Verharmlosung des Hitler-Regimes und seiner Untaten soll die Erinnerung an das Grauen ausgelöscht und demokratische Bewußtseinsbildung verhindert werden.
Im Interesse der Demokratie und des Friedens müssen wir dagegen aktiv werden.

Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich

Ebenso wie bei der Entspannung sind auch Fortschritte bei der Abrüstung möglich, wenn jeder sich dafür einsetzt. Darum gilt es, die Erziehung zum Frieden zu entwickeln, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu sichern und ein vorurteilsfreies, demokratisches Bewußtsein zu schaffen, um gemeinsam für den Frieden zu arbeiten.
Die letzten Jahre haben gezeigt:
Die Völker können erfolgreich handeln – ohne ihr Handeln wird es keinen Fortschritt zu Demokratie und Frieden geben.
Von der Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen, von Regierungen, von Gewerkschaften, Parteien und Kirchen sowie von anderen gesellschaftlichen Kräften wurden konstruktive Vorschläge unterbreitet. Mit ihnen gemeinsam fordern wir:
– Keine weitere Erhöhung der Rüstungshaushalte und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte, einschließlich der Neutronenbombe.
– Konstruktive Beiträge zum UNO-Abrüstungsprogramm, zu den SALT-Verhandlungen und zu den Wiener Verhandlungen über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa.

– Senkung der Rüstung entsprechend der UNO-Resolution zunächst um zehn Prozent, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.

Beendet das Wettrüsten in Ost und West
Wir rufen auf, gemeinsam dafür zu handeln
Wir rufen auf zur gemeinsamen Demonstration und Kundgebung am 1. September 1979 in Bonn

Erstunterzeichner:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth – Inge Aicher-Scholl – Pastor Heinrich Albertz – Prof. Dr. Wilhelm Alff – Carl Amery, Schriftsteller – Carl Backhaus – Prof. Dr. h. c. Fritz Bärmann – Gerd Baltus, Schauspieler – Willi Baumann, Gewerkschaftssekretär – Heinz Bennent, Schauspieler – Senta Berger, Schauspielerin – Rolf Berghorn, Bundesvorsitzender des Sozialistischen Hochschulbundes – Prof. Dr. Luise Berthold – Willi Bleicher – Wolfgang Bleyer, Personalratsvorsitzender – Prof. Dr. Klaus Brake – Paul Bresgen, Gewerkschaftssekretär – Klaus Bretthauer, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Egbert Brieskorn – Heidrun Brieskorn, Musikerin – Werner Buchner, Vertrauenskörperleiter – Helmut Buck, Gewerkschaftssekretär – Dr. Ernst Busche, Sprecher der Bürgeraktion Garlstedter Heide – Martha Buschmann, Mitglied des Präsidiums der Deutschen Kommunistischen Partei – Peter Chotjewitz, Schriftsteller – Prof. Dr. Frank Deppe – Prof. Dr. h. c. Walter Dirks, Schriftsteller – Franz Josef Degenhardt, Schriftsteller – Dr. Karlheinz Deschner, Schriftsteller – Prof. Dr. Andreas Dress – Pastor Hartmut Drewes – Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin – Dr. Heinz Düx, Richter – Dr. Konrad Elsässer, Vorsitzender des Christlichen Friedensdienstes – Bernt Engelmann, Erster Vorsitzender des Schriftstellerverbandes in der Industriegewerkschaft Druck und Papier – Anne-Maria Fabian, Journalistin – Prof. Dr. Walter Fabian – Pater Anatol Feid – Hansjörg Felmy, Schauspieler – Richard Förster, Betriebsratsvorsitzender – Helmut Friedrich, Betriebsratsvorsitzender – E. F. Fürbringer, Schauspieler – Wolfgang Gehrcke, Bundesvorsitzender der Sozialistiche Deutsche Arbeiterjugend – Prof. D. Dr. Hans Gerber – Prof. Dr. Wolfgang Gleissberg – Klaus Goehrke, Hauptpersonalratsvorsitzender – Lutz Görner, Schauspieler – Prof. D. Helmut Gollwitzer – Manfred Haas, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Friedrich Hahn – Dr. Franz v. Hammerstein, Akademiedirektor – Heinrich Hannover, Rechtsanwalt – Dr. Michael Hatry, Dramaturg – Prof. Helmut Heinemann – Martin Held,

Staatsschauspieler – Kurt Heinzmann, Betriebsratsvorsitzender – Professor Carl Georg Heise, Direktor der Hamburger Kunsthalle – Prof. Dr. Joachim Hellmer – Dieter Hildebrandt, Kabarettist – Helga Hirsch, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende – Rainer Hirsch, Autor – Prof. Dr. Hans Heinz Holz – Prof. Dr. Horst Holzer – Prof. Dr. Klaus Horn – Günter Hütter, Personalratsvorsitzender – Prof. Dr. Jörg Huffschmid – Mechtild Jansen – Prof. Dr. Gerhard Kade – Helmut Wolfgang Kahn, Autor – Werner Kandlbinder, Personalratsvorsitzender – Christine Kaufmann, Schauspielerin – Alma Kettig, Demokratische Frauen Initiative – Heinar Kipphardt, Schriftsteller – Prof. H. G. v. Klöden – Prof. Dr. Arno Klönne – Dr. Heinz Kloppenburg DD, Oberkirchenrat i. R. – Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender – Rolf Knecht, Gesamtbetriebsratsvorsitzender – Lorenz Knorr, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedensunion – Prof. D. Walter Kreck – Volker Kriegel, Musiker – Franz Xaver Kroetz, Schriftsteller – Prof. Dr. H. J. Krysmanski – August Kühn, Schriftsteller – Prof. Dr. Reinhard Kühnl – Beate Landefeld, Vorsitzende des Marxistischen Studentenbundes-Spartakus – Pfarrer Gerhardt Langguth, Akademiedirektor – Liberaler Hochschulverband – „Loriot" (Vicco v. Bülow) – Pastor Konrad Lübbert, Vorsitzender des Versöhnungsbundes – Heinz Lukrawka, Betriebsratsvorsitzender – Albert Mangelsdorff, Musiker – Klaus Mannhardt, Bundesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner – Hansjörg Martin, Schriftsteller – Michael Martin, Vertrauensleutesprecher – Achim Maske – Eva Mattes, Schauspielerin – Gunnar Matthiessen – Pfarrer Friedhelm Meyer, Vorsitzender der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland – Dr. h. c. Herbert Mochalski – Naturfreundejugend Deutschlands, Bundesjugendleitung – Pastor D. Martin Niemöller – Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann – Josef Reding, Schriftsteller – Prof. Dr. med. Michael Regus – Rechtsanwalt Heinz Reichwaldt, Staatssekretär a. D. – Prof. Dr. Helmut Ridder – Werner Riedel, Betriebsratsvorsitzender – Werner Rieß, Gewerkschaftssekretär – Luise Rinser, Schriftstellerin – Klaus Rogner, Betriebsratsvorsitzender – Dr. Joseph Rossaint, Präsident der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten – Heinz Rühmann, Schauspieler – Dr. Erika Runge, Autorin – Adolf Salzer, Stadtverordneter – Prof. Dr. H. J. Sandkühler – Hans Seichter, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Dorothee Sölle – Ernst Späth, Betriebsratsvorsitzender – Dieter Süverkrüp, Graphiker – Pfarrer Horst Symanowski – Pastor Kurt Scharf, Bischof em. – Heinrich Schirmbeck, Schriftsteller – Prof. Dr. C. U. Schminck-Gustavus – Volker Schlöndorff, Regisseur – Alice Schwarzer, Journalistin – Christoph Strässer, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten – Prof. Fritz Straßmann – Prof. Dr. Gerhard Stuby – Harald Thumann, Musikproduzent – Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden – Prof. Dr Margarete Tjaden-Steinhauer – Horst Trapp – Margarethe v. Trotta, Regisseurin – Peter Tümmers, Betriebsratsvorsitzender – Gösta v. Uexküll, Publizist – Vereinigte Deutsche Studentenschaften, Bundesvorstand – Konrad Wagner, Betriebsratsvorsitzender – Otto Waalkes, Philosoph – Edith Wahsner, Diplompsychologin – Prof. Dr. Roderich Wahsner – Günter Wallraff, Schriftsteller – Gerhard Weber, Generalsekretär des christlichen Vereins Junger Männer, Hamburg – Prof. Dr. med. Erich Wulff – Jochen Zimmer, stellvertretender Landesvorsitzender der Jungsozialisten Baden-Württembergs.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54. Konten: Postscheckamt Köln 65 14–503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. ISSN 0006–4416

Autoren dieses Heftes

Ingrid KURZ, geb. 1941 in Kaltenkirchen, Dozentin an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg, Mitglied des Arbeitsausschusses „Weg mit den Berufsverboten". *** *Ryszard WOJNA*, geb. 1920, Journalist, Träger des Polnischen Nationalpreises 1972 für Publizistik, von 1972 bis 1973 Chefredakteur von „Zycie Warszawy", zur Zeit Kommentator bei „Trybuna Ludu", lebt in Warschau; Buchveröffentlichungen u. a.: Und ruhig fließt der Rhein, Warschau 1971. *** *Bernt ENGELMANN*, geb. 1921 in Berlin, Schriftsteller, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Prof. Dr. Günter GIESENFELD*, geb. 1938 in Düren, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienwissenschaft an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, unternahm in letzter Zeit mehrere Reisen nach Vietnam. *** *Dr. Knut KRUSEWITZ*, geb. 1941 in Hildesheim, wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin, Institut für Landschafts- und Freiraumplanung; zahlreiche Veröffentlichungen zu Umweltfragen. *** *Karin GAUER*, geb. 1950 in Trier, Diplom-Volkswirt, wissenschaftliche Assistentin und Lehrbeauftragte an der Technischen Universität Berlin, Institut für Landschaftsökonomie. *** *Dierk JOACHIM*, geb. 1951 in Hamburg, Studium der Germanistik, Wissenschaftlichen Politik und Erziehungswissenschaft an den Universitäten Hamburg und Marburg, 1. Staatsexamen, z. Z. arbeitslos; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Bernhard KELLER*, geb. 1950 in Berlin, Studienrat in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Volker ULLRICH*, geb. 1943 in Celle, Studienrat in Hamburg und Lehrbeauftragter für Didaktik der Politik an der PH Lüneburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Harald JUNG*, geb. 1949 in Klagenfurt/Österreich, Studium der Sozialwissenschaften in Bochum und Essen; z. Z. „research fellow", St. Antony's College an der Universität Oxford. Buchveröffentlichung zum Thema: „Nicaragua – Bereicherungsdiktatur und Widerstand" (angekündigt für Frühjahr im Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt/M.). *** *Dr. Jürgen KUCZYNSKI*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Erich SÜSSDORF*, geb. 1947 in Kaiserslautern, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik; Mitarbeit an den „Lateinamerika Nachrichten". *** *Lothar MÜLLER*, geb. 1954 in Dortmund, Studium der Germanistik, Geschichte und Politik in Marburg bis 1978, zuletzt beim Akademischen Auslandsamt der Universität Marburg.

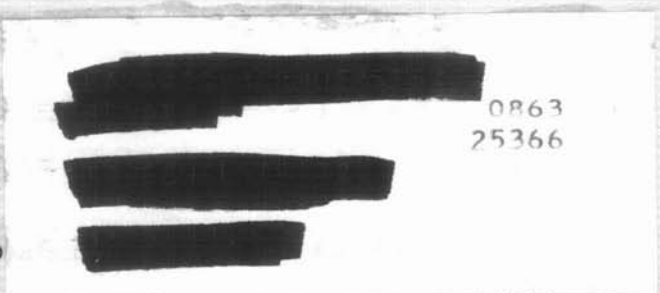
Bemerkungen

Einer Teilauflage dieses Heftes liegen Prospekte der Elefanten Press (kann auch direkt bestellt werden bei Elefanten Press, Dresdener Str. 10, 1 Berlin 36) und des „Argument"-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (3/79)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51



Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–

Autoren dieses Heftes

Ingrid KURZ, geb. 1941 in Kaltenkirchen, Dozentin an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg, Mitglied des Arbeitsausschusses „Weg mit den Berufsverboten". *** *Ryszard WOJNA*, geb. 1920, Journalist, Träger des Polnischen Nationalpreises 1972 für Publizistik, von 1972 bis 1973 Chefredakteur von „Zycie Warszawy", zur Zeit Kommentator bei „Trybuna Ludu", lebt in Warschau; Buchveröffentlichungen u. a.: Und ruhig fließt der Rhein, Warschau 1971. *** *Bernt ENGELMANN*, geb. 1921 in Berlin, Schriftsteller, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Prof. Dr. Günter GIESENFELD*, geb. 1938 in Düren, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienwissenschaft an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, unternahm in letzter Zeit mehrere Reisen nach Vietnam. *** *Dr. Knut KRUSEWITZ*, geb. 1941 in Hildesheim, wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin, Institut für Landschafts- und Freiraumplanung; zahlreiche Veröffentlichungen zu Umweltfragen. *** *Karin GAUER*, geb. 1950 in Trier, Diplom-Volkswirt, wissenschaftliche Assistentin und Lehrbeauftragte an der Technischen Universität Berlin, Institut für Landschaftsökonomie. *** *Dierk JOACHIM*, geb. 1951 in Hamburg, Studium der Germanistik, Wissenschaftlichen Politik und Erziehungswissenschaft an den Universitäten Hamburg und Marburg, 1. Staatsexamen, z. Z. arbeitslos; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Bernhard KELLER*, geb. 1950 in Berlin, Studienrat in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Volker ULLRICH*, geb. 1943 in Celle, Studienrat in Hamburg und Lehrbeauftragter für Didaktik der Politik an der PH Lüneburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Harald JUNG*, geb. 1949 in Klagenfurt/Österreich, Studium der Sozialwissenschaften in Bochum und Essen; z. Z. „research fellow", St. Antony's College an der Universität Oxford. Buchveröffentlichung zum Thema: „Nicaragua – Bereicherungsdiktatur und Widerstand" (angekündigt für Frühjahr im Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt/M.). *** *Dr. Jürgen KUCZYNSKI*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Erich SÜSSDORF*, geb. 1947 in Kaiserslautern, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik; Mitarbeit an den „Lateinamerika Nachrichten". *** *Lothar MÜLLER*, geb. 1954 in Dortmund, Studium der Germanistik, Geschichte und Politik in Marburg bis 1978, zuletzt beim Akademischen Auslandsamt der Universität Marburg.

Bemerkungen

Einer Teilauflage dieses Heftes liegen Prospekte der Elefanten Press (kann auch direkt bestellt werden bei Elefanten Press, Dresdener Str. 10, 1 Berlin 36) und des „Argument"-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.